

AT HOME IN
EUROPE

EUROPE'S
WHITE
WORKING
CLASS
COMMUNITIES

BERLIN



OPEN SOCIETY
FOUNDATIONS

©2014 Open Society Foundations

Diese Veröffentlichung ist auf der Internetseite der Open Society Foundations im Rahmen einer Creative-Commons-Lizenz im PDF-Format erhältlich. Diese Lizenz erlaubt Kopie und Verbreitung dieser Veröffentlichung nur als Gesamtdokument. Die Urheberschaft von Open Society Foundations muss erwähnt werden. Kopie und Verbreitung sind ausschließlich zu nicht-gewerblichen Zwecken gestattet.

ISBN: 9781940983196

Veröffentlichung von
OPEN SOCIETY FOUNDATIONS
224 West 57th Street
New York NY 10019
United States

Weitere Informationen unter
AT HOME IN EUROPE
OPEN SOCIETY INITIATIVE FOR EUROPE
Millbank Tower, 21-24 Millbank,
London, SW1P 4QP, UK

www.opensocietyfoundations.org/projects/home-europe

*Umschlaggestaltung von Ahlgrim Design Group
Layout von Q.E.D. Publishing
Druck in Ungarn*



DIE OPEN SOCIETY FOUNDATIONS
SETZEN SICH FÜR DEN AUFBAU
LEBHAFTER UND TOLERANTER
DEMOKRATIEN EIN, DEREN REGIERUNGEN
IHREN BÜRGERINNEN UND BÜRGERN
RECHENSCHAFT ABLEGEN. IN DER
ZUSAMMENARBEIT MIT LOKALEN
GEMEINSCHAFTEN IN MEHR ALS 100
LÄNDERN UNTERSTÜTZEN DIE OPEN
SOCIETY FOUNDATIONS RECHT UND
MENSCHENRECHTE, MEINUNGSFREIHEIT
SOWIE DEN ZUGANG ZUM
GESUNDHEITSWESEN UND BILDUNG.

Danksagung

Dieser Bericht wurde als Teil einer Serie von Berichten mit dem Titel “Europe’s White Working Class Communities“ erstellt. Die Serie untersucht sechs Städte in der Europäischen Union und betrachtet spezifische Stadtteile: Arhus (Trigeparken), Amsterdam (Tuindorp Buiksloot und Floradorp), Berlin (Marzahn-Hellersdorf Nord), Lyon (8. Arrondissement), Manchester (Higher Blackley) und Stockholm (Südliches Botkyrka).

Die Forschungsberichte wurden vom Programm *At Home in Europe*, Teil der Open Society Initiative for Europe, Open Society Foundations und in Zusammenarbeit mit lokalen Experten und Expertinnen erstellt.

Die vorliegende Studie wurde von Dr. Andreas Hieronymus (iMIR) und Dušan Ugrina durchgeführt und verfasst. Dies wäre nicht möglich gewesen ohne die wohlwollende Unterstützung vieler Einzelpersonen und Organisationen, die es der Open Society Stiftung ermöglichten, einen Zugang zu Marzahn-Hellersdorf zu erlangen und dem Forschungsteam Räume zur Verfügung stellten, um Interviews und Fokusgruppen durchzuführen und Gespräche mit Akteuren zu führen. Besonderer Dank gilt dem Bezirksbürgermeister Hr. Stefan Komoß für seine besondere Unterstützung, Fr. Elena Marburg, die dem Team oft Wege durch die komplizierten institutionellen Arrangements im Bezirk aufgezeigt hat, Dr. Jochen Goldbach für seine kritischen und stets produktiven Perspektiven auf das Projekt sowie Michael Blau, der sich die Zeit genommen hat, den Bezirk aus Bewohnerperspektive vorzustellen.

Am 2. Februar 2014 lud die Open Society Stiftung zu einem geschlossenen Round Table Meeting in Hellersdorf, um Gelegenheit für Kritik und Anmerkungen zum Entwurf des Berichts zu geben. Wir sind den zahlreichen Teilnehmern dankbar, die ihre Zeit und Expertise eingesetzt haben. Zu diesen zählten Vertreter zivilgesellschaftlicher Organisationen, Vertreter der Bezirksverwaltung und Experten. Desweiteren möchten wir dem Bezirk Marzahn-Hellersdorf danken, der einen Raum für die Veranstaltung zur Verfügung stellte.

At Home in Europe trägt die Verantwortung für Inhalt und etwaige Fehler und Fehldarstellungen des Berichts.

Open Society Initiative for Europe Team (At Home in Europe)

Nazia Hussain	<i>Leitung</i>
Hélène Irving	<i>Programmkoordination</i>
Klaus Dik Nielsen	<i>Lobbyarbeit</i>
Csilla Tóth	<i>Programmassistenz</i>
Tufyal Choudhury	<i>Politikberatung</i>
Ana Macouzet	<i>Programmkoordination</i>
Szivia Szekeres	<i>Verwaltungskordinator</i>

Vorwort

Die west- und nordeuropäischen Länder erleben seit 50 Jahren tiefgreifende demografische, soziale und ökonomische Veränderungen. Dazu gehören Deindustrialisierung und der Wandel zu Dienstleistungsgesellschaften ebenso wie zunehmende soziale Ungleichheit, der Umbau der staatlichen Wohlfahrtssysteme und wachsende ethnische und kulturelle Vielfalt. Die durch diese Veränderungen entstehenden Herausforderungen für sozialen Zusammenhalt und gesellschaftliche Integration sind auch auf lokaler Ebene in Europas Städten zu spüren.

Seit 2007 arbeitet das "Zuhause in Europa"-Projekt der Open Society Foundations daran, soziale Integration, Partizipation und Gleichberechtigung in 20 Städten in 10 Ländern der EU zu unterstützen und zu fördern. Zu diesem Zweck arbeitet es mit politischen Entscheidungsträgern, Experten und der Zivilgesellschaft zusammen. Den Impuls für dieses Engagement gab das Mandat der Open Society Foundations, die Interessen benachteiligter Gruppen aufzugreifen und Schwierigkeiten, denen sie sich gegenübersehen, zu entschärfen zu einer Zeit, in der Europas Regierungen begannen, die Tatsache zu akzeptieren, dass die Vielzahl von Einwanderergruppen – insbesondere diese mit muslimischem Hintergrund – in Europa bleiben würden und integraler Bestandteil der sozialen, politischen und kulturellen Landschaft sind.

Die zunehmend sichtbare und wachsende Gemeinschaft der Muslime und anderer Minderheiten in Europa ging Hand in Hand mit der Entwicklung verschiedener integrationspolitischer Ansätze. Gleichzeitig wuchs die Angst vor Zuwanderung und der möglichen Erosion nationaler Identität sowie das Gefühl, dass auch randständige Gruppen aus Europas Mehrheitsbevölkerungen vergessen und ihre Rechte unterlaufen werden.

Zwar wird von Integration als "wechselseitigem" Prozess gesprochen, doch allzu oft ziehen Ansätze der Integrationspolitik und solche zur Förderung des sozialen Zusammenhalts die Meinungen und Erfahrungen der bereits im Land lebenden Minderheiten nicht ausreichend in Betracht. Stattdessen werden die Integrationsleistungen betont, die Einwanderer und ihre Nachkommen erbringen sollen. Auch durch ökonomischen und sozialen Wandel auf lokaler Ebene entstandene Anliegen und Ängste wurden von der Politik nicht ausreichend berücksichtigt. Dadurch verstärkt sich das Gefühl randständiger Gruppen, ignoriert, vergessen oder dämonisiert zu werden. In manchen Ländern trug dies zur Ablehnung etablierter politischer Parteien und der von ihnen vertretenen liberalen Wertvorstellungen sowie zum Aufstieg populistischer, meist rechter, aber auch linker Parteien und insgesamt zu einer Entfremdung vieler Menschen von der Politik bei.

Das Projekt "Europe's White Working Class Communities" dokumentiert die Erfahrungen dieser Gruppen in sechs europäischen Städten (Aarhus, Amsterdam,

Berlin, Lyon, Manchester und Stockholm). Jeder Bericht in dieser Serie konzentriert sich auf einen bestimmten Bezirk oder ein ausgewähltes Viertel innerhalb der Städte. Damit bietet das Projekt innovative Forschung über die Erfahrungen von gesellschaftlichen Gruppen, deren Leben oft zwar karikiert, deren Stimmen und Meinungen in öffentlichen Debatten und Diskussionen zu gesellschaftlicher Integration und sozialem Zusammenhalt aber nur selten gehört werden. Durch den komparative Ansatz hebt das Projekt außerdem Ähnlichkeiten und Unterschiede in politischen Ansätzen, Praxis und Erfahrungen in mehreren europäischen Städten hervor.

Table of Contents

- 6 Abkürzungsverzeichnis**
- 7 Zusammenfassung**
- 11 Einleitung**
- 15 Bevölkerung und Demografie**
 - Erstbesiedlung
 - Marzahn-Hellersdorf während der Wende
 - Marzahn-Hellersdorf heute
- 24 Politischer Kontext**
 - Verwaltungsebenen in Deutschland
 - Verwaltungsstrukturen in Marzahn-Hellersdorf
 - Programme und Organisationen für sozioökonomische Integration
- 32 Identität und Zugehörigkeit**
 - Nationales Zugehörigkeitsgefühl und DDR-Nostalgie
 - Grenzen nationaler Zugehörigkeit
 - Zugehörigkeit zu Berlin
 - Identifikation mit dem Bezirk
 - Klassenidentifikationen
- 45 Bildung**
 - Das Bildungssystem
 - Familiärer Hintergrund und Gründe für Schulabbruch
 - Bildung für Kinder mit Behinderungen
 - Diskriminierung
 - Effekte der Komplexität im Bereich Bildung
 - Übergang von Schule zu Arbeitsmarkt
- 58 Arbeit**
 - Das zweite deutsche Wirtschaftswunder und seine Folgen für Marzahn-Hellersdorf
 - Gründe für Arbeitslosigkeit
 - Am stärksten von Arbeitslosigkeit bedrohte Gruppen
 - Dauerhafte Probleme und mögliche Lösungsansätze

68 Wohnen

Die Neubausiedlungen
Die Wende und ihre Folgen
Die Regenerationsprogramme
Wohnen in Marzahn-Hellersdorf heute

78 GESUNDHEIT UND SOZIALE SICHERUNG

Geschichte des deutschen Gesundheitssystems
Wahrnehmung von Gesundheitssystem und Wende
Gesundheit randständiger Gruppen
Gesundheit und finanzielle Situation von Sozialleistungsempfängern und Älteren
Qualität der Gesundheitsdienste in Marzahn-Hellersdorf

93 Polizei und Sicherheit

Kurze Geschichte der Polizeistruktur in Berlin
Zahlen und das Gefühl von Sicherheit
Angst und Sicherheit in orten und zeiten
Lokale Erklärungen für Kriminalität und Gewalt
Rassismus und Rechtsextremismus nach der Wende
Image und Rolle der Polizei
Erstattung von Anzeigen, Prävention und Kooperation

109 Partizipation und STAATSBÜRGERSCHAFT

Definition der Staatsbürgerschaft in Deutschland
Beteiligung bei Wahlen
Partizipationsmöglichkeiten auf Bezirksebene
Herausforderungen im Fall des Asylbewerberheims
Partizipationshindernisse
Aktivierung

131 DIE ROLLE DER MEDIEN

Darstellung von Marzahn-Hellersdorf in den Medien im Lauf der Zeit
Das Bild von Marzahn-Hellersdorf heute
Reaktion der Anwohner auf Bilder in den Medien

146 Anhang 1. Literaturverzeichnis**152 Anhang 2. Fokusgruppen und Interessenvertreter**

Abkürzungsverzeichnis

ABM	Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen
AfD	Alternative für Deutschland
CDU	Christlich Demokratische Union
EU	Europäische Union
BRD	Bundesrepublik Deutschland
DDR	Deutsche Demokratische Republik
GKV	Gesetzliche Krankenversicherung
NGO	Non-Governmental Organisation (<i>Nichtregierungsorganisation</i>)
NPD	Nationale Partei Deutschlands
PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus
POLIS	Bezirkliche Koordinierungsstelle für Demokratieentwicklung in Marzahn-Hellersdorf
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SFZ	Sozialwissenschaftliches Forschungszentrum
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Zusammenfassung

Dieser Bericht ist Teil eines internationalen vergleichenden Projektes über randständige Gruppen aus der Mehrheitsbevölkerung in Europa im Rahmen des Projekts "Zuhause in Europa" der Open Society Foundations (OSF). Er präsentiert die Ergebnisse qualitativer Forschung, beruhend auf Interviews und Fokusgruppen mit Anwohnern¹ und Interessenvertretern aus Verwaltung und Zivilgesellschaft im Norden des ehemals Ost-Berliner Bezirks Marzahn-Hellersdorf, insbesondere den Stadtteilen Marzahn-Nord, Hellersdorf-Nord und Hellersdorf-Ost.

In den späten 1970er-Jahren wurden die Dörfer am Rande Berlins, die sich auf dem Gebiet des heutigen Marzahn-Hellersdorfs befanden, in ein riesiges Neubaugebiet verwandelt. Junge, gut ausgebildete Familien, hauptsächlich aus der Ost-Berliner Innenstadt, wurden in die Neubauwohnungen umgesiedelt. Heute zeichnet sich die Bevölkerung des Bezirks durch zwei große Gruppen aus: diejenigen in ihren späten Fünfzigern, die in den Bezirk zogen, als dieser entstand und die Gruppe der Mitt-Zwanziger, die sowohl die Kinder der ersten Gruppe beinhaltet als auch Zugezogene.

Während insgesamt der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund gering ist, haben zwei Drittel der Neuankömmlinge einen solchen. Es gibt große Unterschiede in der Bewohnerstruktur zwischen dem nördlichen und südlichen Teil des Bezirks, wobei im Süden mehr ältere Bewohner deutscher Herkunft wohnen, die man dem Mittelstand zuordnen kann. Durch das ursprüngliche Besiedlungsmuster ist der Bezirk sozial und in Bezug auf Bildungshintergründe der Bevölkerung gut gemischt. Dieses Gleichgewicht droht sich jedoch zu verändern, durch den Zuzug in den Norden von Marzahn-Hellersdorf von Bewohnern innerstädtischer Bezirke Berlins, welche unter starkem Gentrifizierungsdruck stehen.

Die Bewohner des Bezirks identifizieren sich als Berliner, gestalten ihre lokale Identität allerdings in Abgrenzung zu den als großstädtisch wahrgenommenen Problemen der Stadt und insbesondere in Abgrenzung zu den von außen, durch die Medien verbreiteten Stereotypen, die Marzahn-Hellersdorf als ausländerfeindliches ostdeutsches Ghetto darstellen. Auf der anderen Seite gaben einige Interessenvertreter an, dass viele Bewohner, die im Süden leben, sich vom stigmatisierten Gesamtbezirk Marzahn-Hellersdorf distanzieren und sich stattdessen bevorzugt mit ihren Stadtteilen identifizieren. Die ältere Generation scheint Unterschiede wahrzunehmen zwischen ihnen selbst und jenen, die im Laufe der letzten 20 Jahre zugezogen sind.

¹ In diesem Bericht verwenden wir der Lesbarkeit halber die männliche Form als Plural, der ausdrücklich alle Genderformen umfassen soll.

Es sind die Schwierigkeiten der Vereinigungszeit², welche die Gruppe der Älteren verbindet. Viele Mitglieder der älteren Generation äußerten sich nostalgisch über die DDR und bedauerten den Verlust ökonomischer Sicherheit sowie des sozialen Zusammenhalts, der unter dem früheren politischen System kultiviert wurde. Auf diese Weise kritisierten sie indirekt heutige Politik und gaben ihrem Gefühl Ausdruck, vergessen worden zu sein und heutigen Machtstrukturen hilflos gegenüberzustehen. Während einige Anwohner einen Zusammenhang herstellten zwischen der Einwanderung während der 1990er Jahre und hoher Arbeitslosigkeit sowie daraus resultierenden Problemen, betrachten Jüngere ihre Lebenswelt weitaus weniger nach ethnischen Gesichtspunkten, geprägt durch eigenen multikulturellen Erfahrungen in der Schule und auf Spielplätzen.

Das Bildungssystem hat mehrere Reformen durchlaufen und ist heute offener für gesellschaftliche Wandlungsprozesse. Dabei blieben positive Aspekte sowohl aus der DDR als auch aus der BRD erhalten: fast alle Kinder besuchen Vorschulen und Kindertagesstätten, in denen mit hochentwickelten interkulturellen und inklusiven Bildungsmodellen gearbeitet wird. Zwar gibt es keine Statistik über Schulabbrecher, aber rund die Hälfte der Schülerinnen und Schüler im Bezirk verlassen die Schule mit einem Abschluss, der ihnen den Zugang zu einer Hochschule ermöglicht. Dramatisch sinkende Bevölkerungszahlen in Marzahn-Hellersdorf in jüngerer Vergangenheit führten zu Schließung und sogar Abriss von Schulen und Jugendeinrichtungen. Inzwischen sagen demografische Prognosen wieder steigende Kinderzahlen in Bezirk voraus, der Mangel an Infrastruktur wird zum Problem. Lehrer berichteten vom schlechten Ruf des Bezirks und der hohen Fluktuation von Lehrpersonal.

Marzahn-Hellersdorf hat verschiedene Zyklen von Arbeitslosigkeit durchlaufen, Maßnahmen und Programme sowie wirtschaftliche Trends wirken sich unterschiedlich auf die einzelnen Stadtteile aus. Immer wieder wird eine „verlorene Generation“ erwähnt: gemeint sind damit Menschen zwischen 40 und 60 Jahren, die nach der Vereinigung nicht zurück in den Arbeitsmarkt gefunden haben und ihrerseits keine Vorbilder für die Jüngeren abgeben können. Interessenvertreter geben an, dass die hohe Arbeitslosigkeit in den nördlichen Quartieren des Bezirks und die unvorhergesehenen negativen Nebeneffekte der sogenannten Hartz-IV-Reformen eine Kultur der Abhängigkeit vom Wohlfahrtsstaat geprägt hätten. Zahlreiche Kinder wachsen in Haushalten auf, in denen kein Erwachsener einer geregelten Tätigkeit nachgeht. Junge Interviewteilnehmer sehen wenige Chancen auf Arbeit in Marzahn-Hellersdorf, sie suchen anderswo nach Jobs. Der wachsende Gesundheitssektor und der Clean Tech Business Park Marzahn-Hellersdorf werden in Zukunft gut ausgebildete Arbeitskräfte suchen, jedoch besteht eine Diskrepanz zwischen beruflichen Orientierungen der Anwohner und dem Bedarf dieser neu entstehenden Arbeitsfelder.

2 Die von uns befragten Menschen verwendeten fast ausschließlich den Begriff der „Wende“ für die Geschehnisse nach 1989. Um eng an den alltagsweltlichen Konzeptionen der Befragten zu bleiben, wird der Begriff der „Wende“ für die zu beschreibenden Aspekte dieses Übergangs verwendet. Der Begriff der „Vereinigung“ wird für die Beschreibung des Prozesses der politischen Vereinigung der BRD mit der DDR verwendet.

Das Büro des Bezirksbürgermeisters arbeitet an einer Strategie zur Synchronisierung von Ausbildung und Angeboten in der Industrie, um den Übergang von Schule zu Beruf stärker zu unterstützen.

Die Trennung des Bezirks in einen nördlichen und einen südlichen Teil wird auch in der Bebauung offensichtlich. Die Gegend nördlich der Bundesstrasse B5 ist dominiert von riesigen Wohnriegeln, wohingegen im Süden hauptsächlich Einfamilienhäuser stehen. Grundsätzlich sind die Bewohner von Marzahn-Hellersdorf mit der Lebensqualität in ihrer Gegend recht zufrieden: sie nannten Grünflächen, gute Anbindung an öffentliche Verkehrsmittel und Sanierungsprogramme als Ausdruck guter Lebensqualität. Allerdings fehlen Cafés, Galerien und Theater, als Bestandteile einer urbanen Infrastruktur. Ebenso vermisst werden Schulen und andere Einrichtungen, die im Rahmen von Regenerationsprogrammen abgerissen wurden. Mietpreise steigen aufgrund des geringeren Leerstandes, der durch den Druck der innerstädtischen Gentrifizierung stetig abnimmt. Wenn dieser Trend anhält, kann der soziale Zusammenhalt der Gegend unter Druck geraten durch die Verdrängung der ökonomisch schwächsten Mitglieder der lokalen Bevölkerung und durch abnehmendes soziales Engagement der ansässigen Wohnungsbaugesellschaften.

Diskussionen rund um das Thema Gesundheit wurden vom Vergleich zwischen dem alten sozialistischen und dem komplizierten marktorientierten System heute dominiert. Interessensvertreter äußerten sich besonders besorgt über Kinder aus armen Familien im Norden des Bezirks, die besonders häufig von Entwicklungsverzögerungen und anderen gesundheitlichen Problemen betroffen sind. Es scheint, dass die Verbreitung von Gesundheitsrisiken in den nördlichen sozial benachteiligten Stadtteilen eng mit den sozioökonomischen Bedingungen verknüpft sind, unter denen diese Kinder aufwachsen. Rauchende Eltern und exzessiver Fernsehkonsum wurden als Risikofaktoren genannt. In Bezug auf ihre eigene Gesundheit nannten Anwohner vor allem altersbedingte Probleme und den Mangel an adäquater Versorgung im Alter. Interviewteilnehmer beklagten lange Wartezeiten in Arztpraxen und unpersönliche Konsultationen.

Die Diskrepanz zwischen der stark ausgeprägten Angst vor Kriminalität und der tatsächlichen, niedrigen Kriminalitätsrate ist groß. Einige Studienteilnehmer gaben an, dass kriminelle Aktivitäten bestimmten ethnischen Gruppen zugeordnet werden könnten. Rechtspopulistische Gruppen nutzen solche Zuschreibungen für ihre Zwecke und äußern sich in verallgemeinernden Aussagen über die Anwesenheit von Ausländern und Kriminalität im Bezirk. Anwohner haben eine hohe Erwartungshaltung an die Polizei, doch viele der von ihnen erwähnten Probleme fallen nicht in deren Zuständigkeitsbereich. Um Ängsten und Sorgen der Anwohner zu begegnen, beschäftigt sich die Polizei zunehmend mit Sozialtechniken („Social Engineering“), wie der Polizeisprecher erklärte. Damit sollen Verhaltensweisen langfristig geändert werden. Diese Aufgabe übersteige allerdings den Kompetenz- und Verantwortungsbereich vieler Polizeibeamter. Eine erfolgreiche Initiative der Polizei ist

die Wiederaufnahme lokaler Sprechstunden. Anwohner können dort ihre Sorgen und Anliegen direkt mit Polizeibeamten diskutieren. Außerdem versuchen verschiedene Akteure wie Präventionsbeamte, Sozialarbeiter, Quartiersmanagement, private und öffentliche Einrichtungen und Schulen, ihre Bemühungen zu koordinieren.

Die Wahlbeteiligung in Marzahn-Hellersdorf liegt meist unter dem Berliner Durchschnitt. Der Norden des Bezirks wählt traditionell links, allerdings können in manchen Gegenden auch rechte Nationalisten hohe Wählerunterstützung verzeichnen. Dies sind, nicht ohne Zusammenhang, diejenigen Gegenden mit den gravierendsten sozioökonomischen Problemen und der geringsten Wahlbeteiligung. Der Bezirk bietet zahlreiche Möglichkeiten für Engagement und Partizipation, die jedoch von vielen Menschen nicht wahrgenommen werden, hauptsächlich aufgrund finanzieller Hürden. Wachsende Beteiligung hingegen ist im Bereich Stadtentwicklung zu verzeichnen. Auf Initiative der Bewohner wurden mehrere Wohnriegel saniert, statt wie geplant abgerissen. Es gibt eine ganze Reihe von Maßnahmen, um Anwohner zu mehr Teilnahme am öffentlichen Leben zu motivieren, darunter niedrigschwellige Initiativen, die wenig Zeit beanspruchen, und sich auf soziale Milieus statt auf ethnische Gruppen konzentrieren, und die wie im Marketing auf direkte Kommunikation mit den Menschen zielen, um gemeinsame Interessen der Anwohner herauszuarbeiten.

Trotz dieser Fortschritte weckt Marzahn-Hellersdorf außerhalb der Bezirksgrenzen nach wie vor überwiegend negative Assoziationen. Diese gehen überwiegend auf in den Medien vermittelte Bilder der 1990er Jahren zurück. Bis heute wird selten differenziert über den Bezirk berichtet. Allerdings gab es in jüngerer Zeit auch weniger schlechte und klischeehafte Pressestimmen. Mitglieder verschiedener Generationen nutzen unterschiedliche Medien: jüngere Leute verlassen sich stärker aufs Internet und wenden sich von traditionellen Medien wie Radio, Zeitung oder Fernsehen zunehmend ab. Ältere reagieren empfindlicher auf negative Berichterstattung über den Bezirk, während Jüngere und Zugezogene weniger kritisch mit verbreiteten Medienperspektiven auf Marzahn-Hellersdorf umgehen.

Die Vereinigung Deutschlands und die tiefgreifenden Veränderungen, die der Übergang von Sozialismus zu Marktwirtschaft mit sich brachte, spielen in Marzahn-Hellersdorf immer noch eine große Rolle. Wer diese Jahre im Bezirk miterlebte, fühlt sich von ihnen geprägt. Diese Erfahrungen unterscheidet diese Gruppe von neuen oder jüngeren Bewohnern. Andere Trennlinien, wie die zwischen dem Norden und Süden des Bezirks, sind ebenfalls wichtig. Das Zugehörigkeitsgefühl zum Bezirk ist trotz allem insgesamt stark ausgeprägt, und obwohl sich die Gegend weiterhin verändert und Menschen mobil sind, bleibt die lokale Identifikation hoch. Das begünstigt den sozialen Zusammenhalt, der für den Bezirk wichtig ist, um zukünftige Herausforderungen zu meistern.

1.

EINLEITUNG

Dieser Bericht ist Teil einer komparativen Studie der Open Society Foundations (OSF) über randständige Gruppen aus der Mehrheitsbevölkerung in Europa im Rahmen des Projekts „Zuhause in Europa“.³ Dieses Projekt untersucht politische, soziale, kulturelle und wirtschaftliche Teilhabe benachteiligter Gruppen in Westeuropa durch die Zusammenarbeit mit Anwohnern, der Zivilgesellschaft und politischen Entscheidungsträgern. Durch politikorientierte Forschung und Politikberatung analysiert es verschiedene Formen gesellschaftlicher Partizipation und dokumentiert die Erfahrungen randständiger Bevölkerungsgruppen, die in den folgenden sechs Städten leben: Arhus, Amsterdam, Berlin, Lyon, Manchester und Stockholm. Die übergeordneten Ziele des Projekts sind die Identifikation von Beteiligungs- und Gleichstellungshürden und ein besseres Verständnis von Marginalisierungsfaktoren. Mit Hilfe von Forschung und „Advocacy“ (politische Lobbyarbeit) möchte es einen positiven Beitrag zur Entwicklung effektiver politischer Strategien leisten, um randständige Gruppen und Communities auf lokaler Ebene stärker einzubeziehen und ihren verschiedenen Bedürfnissen Rechnung zu tragen.

Während das „Zuhause in Europa“-Projekt zunächst die Erfahrungen ethnischer und religiöser Minderheitengruppen in den oben genannten Städten untersuchte, weitet sich der Blick im Folgeprojekt „Europe’s White Working Class Communities“⁴ auf sozial benachteiligte Mitglieder und Gruppen innerhalb der Mehrheitsbevölkerung. Dabei geht es um randständige Gruppen, die sich in Gegenden mit einem hohen Maß an sozialer, politischer und ökonomischer Ausgrenzung zur ethnischen und religiösen Mehrheit zählen.

Ziel dieser Forschung ist ein umfassender Eindruck über die verschiedenen politischen Handlungsansätze, mit denen kommunale und nationale Entscheidungsträger den verschiedenen Herausforderungen gesellschaftlicher und sozialer Integration in Europas Städten zu begegnen versuchen, insbesondere in Bezug auf wachsende soziale, politische und ökonomische Spannungen. Es ist beabsichtigt, politische Maßnahmen und Initiativen zu identifizieren, die an verschiedenen Standorten mehr oder weniger erfolgreich zur Förderung sozialen Zusammenhalts und gesellschaftlicher Integration beitragen konnten. Des Weiteren sollen Hinderungsfaktoren aufgezeigt werden, an denen bestimmte lokale Initiativen scheiterten. Die vorliegende qualitative Forschung hat Daten aus Interviews und Fokusgruppen-Diskussionen mit Anwohnern und Interessenvertretern aus bestimmten lokalen Gebieten der Stadt zusammengetragen.

Dieser Bericht konzentriert sich auf den nördlichen Teil des ehemals Ostberliner Bezirks Marzahn-Hellersdorf, insbesondere auf die Stadtteile Marzahn-Nord, Hellersdorf-Nord und Hellersdorf-Ost. Er will folgende Fragen beantworten: Wie

3 Mehr Informationen unter <http://www.opensocietyfoundations.org/projects/home-europe> (Zugriff 11. Juli 2014).

4 In diesem Bericht wurde der Begriff „White Working Class Communities“ mit „randständige bzw. marginalisierte Gruppen aus der Mehrheitsbevölkerung“ übersetzt und wird im Folgenden so verwendet.

wird der soziale Zusammenhalt im Bezirk unter Berücksichtigung der Bedürfnisse randständiger Bevölkerungsgruppen aus der Mehrheitsgesellschaft gefördert? Welches sind die Herausforderungen in Bezug auf sozialen Zusammenhalt und gesellschaftliche Integration dieser Gruppen in Marzahn-Hellersdorfs Norden? Wie werden Zusammenhalt und gesellschaftliche Integration definiert? Wie betrachten Anwohner ihre Gegend und ihre Stadt? Welches sind die wichtigsten Anliegen und Sorgen der an der Studie teilnehmenden Anwohner? Sind es die gleichen wie die ethnischer Minderheiten in der Gegend? Stimmen sie mit den politischen Handlungsfeldern im Bezirk überein?

Um diese Fragen zu beantworten, wurden zunächst 20 semi-strukturierte Interviews mit Vertretern von Bezirk und NGOs (Nichtregierungsorganisationen) sowie meinungsbildenden Vertretern der Zivilgesellschaft geführt, die sich für die Förderung des sozialen Zusammenhalts und soziale Integration in Marzahn-Hellersdorf einsetzen. Weiterhin fanden 12 Fokusgruppen mit Anwohnern statt, die sich als Mitglieder der Mehrheitsbevölkerung identifizieren, sowie eine weitreichende Literaturrecherche von Studien, statistischen Daten und anderen Quellen zum Thema. Die Studie erhebt keinen Anspruch auf Repräsentativität. Statt dessen kann man die zugrundeliegende wissenschaftliche Methodologie als einen offenen, qualitativ-heuristischen Ansatz verstehen, mit dem keine bestehenden Hypothesen getestet, sondern neue Aspekte innerhalb eines Forschungsfelds entdeckt und sichtbar gemacht werden.⁵

Es gibt vier Hauptgründe, den nördlichen Teil Marzahn-Hellersdorfs als Forschungsgebiet in Berlin zu wählen.

1. Die sozioökonomischen Bedingungen (Arbeitslosigkeit, Sozial- und Transferleistungen, Art von Beschäftigungsverhältnissen) im nördlichen Teil des Bezirks sind symbolisch für die wirtschaftliche Stagnation der ehemals Ostberliner Arbeiterviertel. Die rasch fortschreitende Gentrifizierung zentral gelegener Stadtteile und Bezirke wie Neukölln, Friedrichshain, Lichtenberg und Prenzlauer Berg verdrängt außerdem Geringverdiener in sozial und wirtschaftlich schlechter gestellte Gebiete am Stadtrand, wie die hier untersuchten. Diese Dynamik liefert die Rahmenbedingungen für sich stets neu generierende soziale und ökonomische Ausgrenzungsmechanismen. Genau diese sollen untersucht und thematisiert werden.
2. Im Berliner Gesamtvergleich verfügt der Bezirk Marzahn-Hellersdorf über den höchsten Anteil ethnisch-deutscher Bevölkerung und ist damit ein adäquates Forschungsfeld für eine Studie zu Mehrheitsangehörigen. Abgesehen von einer großen Bevölkerungsgruppe mit Wurzeln in Vietnam sind andere Zuwanderer äußerlich nicht von der Mehrheitsbevölkerung zu unterscheiden. Die sogenannten

5 Gerhard Kleining & Harald Witt "The Qualitative Heuristic Approach: A Methodology for Discovery in Psychology and the Social Sciences. Rediscovering the Method of Introspection as an Example" (2000), unter <http://www.qualitative-research.net/index.php/fqs/article/view/1123/2495> (Zugriff 23. März 2014).

Spätaussiedler, Zuwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion, sind ethnisch deutsch und haben meist die deutsche Staatsangehörigkeit angenommen, werden von jenen ohne Migrationsgeschichte jedoch häufig als Russen betrachtet- eine Situation, die das Konzept der Mehrheitsgesellschaft komplex werden lässt und interessante Aspekte von Zugehörigkeit und Teilhabe zutage bringt, was die Identifikation von Wahrnehmungen über die Mehrheitsbevölkerung erschwert.

3. Einige der Wahlbezirke im nördlichen Teil von Marzahn-Hellersdorf verzeichnen eine sehr niedrige Wahlbeteiligung und hohe Ergebnisse für die rechtsextreme Nationale Partei Deutschlands (NPD). In der Berliner Landtagswahl 2011 erreichte die NPD in manchen Gegenden Marzahn-Hellersdorfs bis zu 10% der Stimmen. Dieses Ergebnis lag weit über den durchschnittlichen 1,5% für die NPD in ganz Berlin.
4. Schließlich wurde der Bezirk aufgrund seiner archetypischen Rolle im öffentlichen Diskurs, in Berlin und Deutschland insgesamt, für die Studie ausgewählt. Seit der Vereinigung wurden die großen Wohnriegel in Marzahn und Hellersdorf, welche die vorliegende Studie in den Blick nimmt, von Zeitungen und Politikern oft als verarmte Wohnblocks mit unzumutbaren Lebensumständen dargestellt, heimgesucht von zahlreichen sozio-ökonomischen Problemen wie Abhängigkeit vom Wohlfahrtsstaat, Kriminalität und wachsender Unterstützung verschiedener Neo-Nazi-Gruppen (und anderen anti-demokratischen Tendenzen). Der gesamte Bezirk wurde auf diese Weise im öffentlichen Diskurs unverhältnismäßig stark marginalisiert, eine Situation, die früher oder später andere, konkretere Formen von Benachteiligung und sozialer Ausgrenzung nach sich zieht.

Dieser Bericht besteht aus 12 Kapiteln. Das folgende Kapitel beschreibt die demografische Zusammensetzung des Forschungsgebiets, wie Alter und ethnische Zusammensetzung der Bevölkerung. Es diskutiert auch die signifikanten sozialen und ökonomischen Unterschiede innerhalb des Bezirks. Kapitel 3 umreißt den politischen Kontext in Marzahn-Hellersdorf, mit besonderem Fokus auf Verwaltungsstrukturen, verschiedenen Programmen und Organisationen, die sich mit dem thematischen Fokus dieser Studie beschäftigen. Kapitel 4–11 sind thematisch aufgebaut, jedes beschäftigt sich mit einem anderen gesellschaftlichen Bereich (Identität und Zugehörigkeit, Bildung, Arbeit, Wohnen, Gesundheit und soziale Absicherung, Polizei und Sicherheit, Partizipation und Engagement, die Rolle der Medien). Für jeden Bereich werden Mechanismen sozialer, ökonomischer und politischer Exklusion sichtbar gemacht und können zukünftig politisch aufgegriffen werden. Das letzte Kapitel zeigt die wichtigsten Erkenntnisse und Schlussfolgerungen der Studie noch einmal auf. Übergeordnete Themen, die während der Forschung herausgearbeitet wurden, welche die Prozesse sozialer, ökonomischer und politischer Inklusion im nördlichen Teil von Marzahn-Hellersdorf beeinflussen, werden diskutiert. Im Anhang finden sich Literaturangaben, Informationen über die Fokusgruppen und eine Liste der interviewten Interessenvertreter. Die Beiträge aller Studienteilnehmer sind im Bericht anonymisiert. Dies gewährleistet Vertraulichkeit im Umgang mit Informationen und erlaubt den Interviewteilnehmern uneingeschränkte und engagierte Offenheit im Gespräch.

2.

BEVÖLKERUNG UND DEMOGRAFIE

In Anbetracht der noch kurzen Lebenszeit der untersuchten Großsiedlungen lässt sich die heutige soziale und demografische Zusammensetzung von Marzahn-Hellersdorf am besten darstellen, indem man zunächst die historische Entwicklung der letzten 40 Jahre umreißt, seit der offiziellen Entstehung Marzahns und einige Jahre später der von Hellersdorf als neue Bezirke Ostberlins. Auf diese Weise zeigt das vorliegende Kapitel den Einfluss historischer Entwicklungen auf die heutige demografische und sozioökonomische Situation des jüngsten Bezirk Berlins.

2.1 | ERSTBESIEDLUNG

Bis 1977 bestand die Fläche des heutigen Marzahn-Hellersdorfs aus fünf Gemeinden und Dörfern (Marzahn, Biesdorf, Hellersdorf, Kaulsdorf und Ahrensfelde), gelegen am Rande Ostberlins, mit einer Gesamteinwohnerzahl von ca. 40.000.⁶ Trotz offizieller Eingemeindung in den Großraum Berlin in den 1920er Jahren blieben lokale Identitäten in den fünf Orten über das gesamte 20. Jahrhundert hinweg intakt. Als Resultat der Bemühungen der ostdeutschen Regierung, den Wohnraummangel in der DDR und besonders in Berlin, zu beheben und ein leuchtendes Beispiel des sogenannten real existierenden Sozialismus zu errichten, wurde die Gegend in den späten 1970ern in eines der größten Wohnungsbauprojekte Europas verwandelt. Die ehemals eigenständigen Dörfer wurden unter gemeinsame rechtliche Zuständigkeit der neu entstandenen Bezirke Marzahn und Hellersdorf gebracht. Im Jahr 1990 lebten dort 290.000 Menschen.⁷ Die Entstehungsgeschichte des Bezirks hat den sozialen und ökonomischen Charakter des Forschungsgebietes entscheidend beeinflusst, wie dieses Kapitel zeigen wird.

Die 250.000 neuen Anwohner, die zwischen 1977 und 1990 in das Gebiet zogen, waren meist junge Familien mit Kindern, von denen viele vorher in den heruntergekommenen Altbauten der Ostberliner innerstädtischen Bezirke Prenzlauer Berg, Friedrichshain und Lichtenberg lebten. Die besten Wohnungen in den gleichförmigen Neubausiedlungen waren jedoch für Offizielle und Beamte des riesigen Verwaltungsapparates der DDR reserviert, zumeist Mitglieder der Polizei, des Geheimdienstes, Grenzbeamte und andere privilegierte Mitglieder der ostdeutschen sozialistischen Gesellschaft⁸, die aus Sachsen, Schlesien und Pommern herzogen. Laut Aussagen eines in den frühen 1980er Jahren in die Gegend gezogenen Studienteilnehmers führte diese Bevorzugung zu manchen Spannungen und Feindseligkeiten zwischen den jungen Berliner Familien und den als privilegiert betrachteten Nicht-Berlinern.⁹ Die meisten für diesen Bericht

6 Eli Rubin, "Concrete Utopia: Everyday Life and Socialism in Berlin-Marzahn", *Bulletin of the German Historical Institute* Supplement 7 (2011), S. 29–45 (hiernach: Rubin, "Concrete Utopia").

7 Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf, "Demographische Situation in Marzahn-Hellersdorf 2012, Beiträge zur integrierten Gesundheits- und Sozialberichterstattung", Marzahn-Hellersdorf, 2013 (hiernach: Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf, "Demographische Situation in Marzahn-Hellersdorf 2012").

8 Rubin, "Concrete Utopia".

9 Interview mit einer Aktivistin in einer lokalen Initiative, 17. April 2013.

befragten Anwohner beschrieben diese Jahre jedoch als eine Zeit, in der die neuen Bewohner von Marzahn und Hellersdorf zusammenkamen in ihrem Versuch, sich in dem noch nicht komplett fertiggestellten Betonschungel zurechtzufinden, der sich stark von ihren vorigen Wohnorten unterschied.¹⁰ Die Mehrheit der Studienteilnehmer betonte außerdem, dass Marzahn-Hellersdorf niemals ein reiner Arbeiterbezirk war, sondern sich aus verschiedenen sozioökonomischen Schichten der DDR-Gesellschaft zusammensetzte. In Interviews und Fokusgruppen berichteten Teilnehmer z.B. immer wieder von Nachbarschaften, in denen Arbeiter gleich neben Professoren und anderen Bildungsbürgern oder anderweitig Privilegierten wohnten.

Zwar war die untersuchte Gegend von Anfang an sozial und ökonomisch gemischt, nicht aber in Hinblick auf ihre ethnische Komposition. Marzahn-Hellersdorf (wie der Rest der DDR) war ethnisch extrem homogen und hauptsächlich von Menschen deutscher Herkunft bewohnt. Einzige Ausnahme der Regel bildeten die wenigen Vertragsarbeiter aus Polen, Ungarn, Algerien, Kuba, Mosambik, der Sowjetunion, China und schließlich – in Bezug auf Marzahn-Hellersdorf wichtig – aus Vietnam. Obwohl sie nie einen bemerkenswerten Anteil an der Gesamtbevölkerung Marzahn-Hellersdorfs ausmachten, brachten diese Vertragsarbeiter aus Vietnam und anderen “befreundeten“ sozialistischen Staaten in den Entwicklungsländern einen gewissen Grad ethnischer Vielfalt in die ansonsten ethnisch homogene deutsche Bevölkerung des Bezirks. Während der letzten 10 Jahre des DDR-Regimes wurden diese Vertragsarbeiter klar von der Mehrheitsbevölkerung isoliert. Sie lebten in speziell zugewiesenen Wohnheimen. Es gab keine rechtliche Grundlage für einen permanenten Aufenthalt in Ostdeutschland.¹¹ Nach der Vereinigung blieben jedoch viele der ehemaligen Vertragsarbeiter aus Vietnam in Berlin und trugen so stark zur ethnischen Diversität des Forschungsgebiets bei.

2.2 | MARZAHN-HELLERSDORF WÄHREND DER WENDE

Als sich die Errichtung von Marzahn und Hellersdorf ihrem Abschluss näherte, lösten der Fall der Berliner Mauer und die kurz darauf folgende Vereinigung von Ost- und Westdeutschland einige radikale Veränderungen aus, welche die sozioökonomische und demografische Zusammensetzung der Bezirke hochgradig beeinflussen sollten. Zu den folgenschwersten Konsequenzen dieser Zeit gehörte die Auflösung der ostdeutschen Schwerindustrie und ihrer wirtschaftlichen Infrastruktur.¹² Viele Menschen in Marzahn-Hellersdorf verloren ihre Arbeit und fanden aufgrund der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit in Berlin selten eine neue. Zusätzlich verschlechterte

10 Dazu mehr in Kapitel 4.

11 Eva Kolinsky, “Former Contract Workers from Vietnam in Eastern Germany between State Socialism and Democracy 1989–1993”, *German as Foreign Language*, 3 (2004), S. 83–101.

12 Siehe Kapitel 8.

sich besonders der Ruf von Marzahn im neu vereinten Deutschland rapide.¹³ Westliche Medien porträtierten die Gegend als Paradebeispiel für misslungene ostdeutsche Wohnungspolitik, versinnbildlicht durch die großen Plattenbauten. Diese avancierten schnell zum Lieblingsobjekt vorurteilsbeladener westdeutscher Projektionen gegenüber den neuen ostdeutschen Mitbürgern. Wie eine der Studienteilnehmerinnen zusammenfasste, etablierte sich in den westlichen Medien schnell das Bild von Marzahn-Hellersdorf als Bezirk „voll grauer Menschen in grauen Platten“.¹⁴ Hinzu kamen Phasen rechter Gewalt, meist gegen vietnamesische Arbeiter, die nach der Vereinigung in Berlin bleiben wollten, was zur weiteren Verschlechterung des Images des Bezirks beitrug. Die Gegend wurde, in den Augen der Außenstehenden, zum Symbol für das Wiedererwachen einer ausgeprägten Ausländerfeindlichkeit in Ostdeutschland, die bis 1990 nur durch Ideologie und einen eisernen Staatsapparat der DDR in Schach gehalten wurde.

Die Kombination dieser Entwicklungen trug zum schnellen sozioökonomischen Abstieg von Marzahn und Hellersdorf Mitte der 1990er bei. Hohe Arbeitslosigkeit und die neu gewonnene Freiheit, im Westen (d.h. Berlin und Westdeutschland) nach einem besseren Leben suchen zu können, führten zur Abwanderung besser gebildeter und/ oder wirtschaftlich besser gestellter Bewohner aus der Gegend. Wie einer der Studienteilnehmer bemerkte, zogen in dieser Zeit gut 20% der Bewohner der Plattenbauten aus Marzahn-Hellersdorf weg. Im Süden des Bezirks (Kaulsdorf, Biesdorf, Mahlsdorf) war die Situation weniger dramatisch. Dort lebten die Menschen in Einfamilienhäusern, die ihnen oft gehörten. Doch auch dort sank während der 1990er Jahre die Gesamtzahl der Anwohner.¹⁵ Diese Wegzugswelle und die sehr geringe Anzahl von Zuzügen in die Gegend (neben dem schlechten Ruf Marzahns damals darf man nicht vergessen, dass es damals massenhaft billigen Wohnraum in zentralen Lagen Berlins gab – auch ein Grund, warum Berliner nicht in die Vororte zogen) führte innerhalb von nur 10 Jahren zu einer Verringerung der Bevölkerung um ca. 50.000 Anwohner.¹⁶ Wie Studienteilnehmer berichteten, zogen viele dieser Menschen entweder in angrenzende Regionen im benachbarten Brandenburg, wo sie den Großstadtproblemen Marzahns durch den Kauf eines Eigenheims entfliehen konnten, oder sie zogen in den Westteil der Stadt.

Viele der in dieser Zeit frei gewordenen Wohnungen wurden anschließend an ehemalige vietnamesische Vertragsarbeiter (oft inzwischen als Asylbewerber klassifiziert) vermietet, die in Berlin bleiben konnten, nicht aber in ihren Gemeinschaftsunterbringungen bleiben konnten, sowie an Bürgerkriegsflüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien. Etwa zur gleichen Zeit kam eine weitere wichtige Einwanderergruppe nach Marzahn-Hellersdorf: deutschstämmige Russen, die aus der ehemaligen Sowjetunion und

13 Siehe Kapitel 10.

14 Interview mit einer Mitarbeiterin der Bezirksverwaltung, 18. April 2013

15 Interview mit einem Journalist, 17. April 2013.

16 Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf, "Demographische Situation in Marzahn-Hellersdorf 2012".

ihren Nachfolgestaaten „heimkehrten“, und Dank des großzügigen deutschen Staatsbürgerschaftsgesetzes schnell eingebürgert wurden. Die hohe Fluktuation im Wohnungsmarkt in Kombination mit dem Wunsch nach Erhalt der sozialen Bindungen innerhalb dieser beiden ethnischen Gruppen, setzten die Rahmenbedingungen für einen Prozess der (Selbst-)Segregation der Zuwanderer aus Vietnam und der Spätaussiedler. Teile der deutschen Bevölkerung erlebten diese Entwicklung als ethnische Ghettoisierung einzelner Stadtteile, hauptsächlich Marzahn-Nord und Hellersdorf-Nord, und bewegte langjährige Anwohner, aus diesen Gegenden wegzuziehen.¹⁷

2.3 | MARZAHN-HELLERSDORF HEUTE

Im Laufe der letzten 15 Jahre unternahmen Senats- und Bezirksverwaltungen gemeinsam mit den lokalen Wohnungsbaugesellschaften wichtige Schritte zur Verbesserung der Wohnqualität im Studiengebiet. Wie Kapitel 7 zum Thema Wohnen zeigt, wurde sich insbesondere auf Sanierung des Bestandswohnraums konzentriert, in der Hoffnung den Wegzug aus Marzahn-Hellersdorf zu stoppen. Solche Programme, und die stets steigenden Mietpreise in Berlins innerstädtischen Bezirken, leiteten die jüngste demografische Veränderung ein, die der Bezirk seit etwa fünf Jahren erlebt. Wie eine Repräsentantin des bezirklichen Integrationsbüros erklärte, zeigen statistische Erhebungen seit 2008 eine steigende Zahl meist ärmerer junger Familien mit Migrationshintergrund (oft aus Polen, Rumänien und anderen EU-Ländern, aber auch aus der Türkei und arabischen Ländern), die im nördlichen Teil des Bezirks nach bezahlbaren Wohnungen suchen.¹⁸ Die Tatsache, dass in den letzten fünf Jahren mehr Menschen (besonders junge Leute mit Kindern) in den Bezirk hinein zogen als heraus und die Geburtenrate langsam steigt (die Kinder der ersten Bewohnergeneration gründen nun eigene Familien), erklärt das erneute, wenn auch noch schwache, Bevölkerungswachstum in Marzahn-Hellersdorf.

2.3.1 | ALTERSSTRUKTUR

Die gegenwärtige demografische und sozioökonomische Situation im Bezirk ist von der historischen Entwicklung geprägt. Im Vergleich zu anderen, etablierten Bezirken in Berlin, weist Marzahn-Hellersdorf eine auffällige statistische Doppelspitze in der Altersverteilung auf.¹⁹ Die erste Spitze reflektiert die hohe Anzahl von Menschen zwischen 50 und 60 Jahren im Forschungsgebiet. Diese Gruppe setzt sich hauptsächlich aus der ersten Bewohnergeneration zusammen, die mit Mitte Zwanzig in die Gegend zog und über die letzten 30 Jahre mit ihr alterte. Die zweite Spitze in

17 Interview mit einem Aktivist, 8. Mai 2013. Siehe auch Buttler, Harald, Interview, „20 Jahre Integrationsbeirat Marzahn-Hellersdorf“, 2011, S. 9 (hiernach: Buttler, Interview).

18 Interview mit einer Mitarbeiterin der Bezirksverwaltung, 14. Februar 2013.

19 Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf, „Demographische Situation in Marzahn-Hellersdorf 2012“.

der Altersverteilung des Bezirks besteht aus Bewohnern zwischen 20 und 30 Jahren. Diese besteht hauptsächlich aus den Kindern der ersten Siedler sowie jungen Familien, die seit 2008 nach Marzahn-Hellersdorf zogen.²⁰ Die relativ kurze Geschichte des Bezirks erklärt auch, warum Marzahn-Hellersdorf der Bezirk ist, der am schnellsten altert. Jedes Jahr steigt das Durchschnittsalter der Bewohner um 9 Monate.²¹ So liegt der Bezirk, der in den 1980er Jahren der jüngste von ganz Berlin war, heute mit einem Durchschnittsalter von 43,1 Jahren über dem Berliner Durchschnitt von 42,8 Jahren. Projektionen der Bezirksregierung zeigen außerdem, dass sich die Anzahl der Menschen über 75 Jahren bis 2030 verdoppeln und die Zahl der Menschen über 85 Jahren sich sogar verdreifachen wird.²² Solche Zahlen können nur im Kontext eines ehemals extrem jungen Bezirks verstanden werden, in dem bis vor kurzem kaum ältere Menschen lebten. Bei der geografischen Verteilung der verschiedenen Altersgruppen ist zu beachten, dass die meisten jungen Menschen in Hellersdorf-Nord, Marzahn-Nord und Hellersdorf-Ost leben (Stadtteile, die am stärksten von sozialen und ökonomischen Problemen betroffen sind). Ältere Leute hingegen leben öfter in Marzahn-Süd, Marzahn-Mitte und Biesdorf. Die unterschiedliche Altersverteilung in beiden Gebieten ist deutlich ausgeprägt: während das durchschnittliche Alter in Hellersdorf-Nord 37,9 Jahre beträgt, liegt es in Marzahn-Süd bei 46,6 Jahren.²³

2.3.2 | ETHNISCHE ZUSAMMENSETZUNG

Die Geschichte des Bezirks wirkt sich auch auf dessen ethnische Zusammensetzung aus. Laut Amt für Statistik Berlin-Brandenburg lebten in Marzahn-Hellersdorf Anfang 2013 30.828 Menschen mit Migrationshintergrund. Davon hatten 11.519 eine nicht-deutsche Staatsangehörigkeit. Betrachtet man ihren Anteil an der Gesamtbevölkerung vor Ort, zeigt sich, wie wenige Einwanderer in Marzahn-Hellersdorf leben im Vergleich zu Gesamt-Berlin.²⁴ Während in Gesamt-Berlin der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund 27% beträgt, liegt er in Marzahn-Hellersdorf bei 12,5%. Der Unterschied zwischen Berlin (14,5%) und Marzahn-Hellersdorf (4,7%) ist noch größer, wenn man die Anzahl der Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft betrachtet. Dies erklärt sich durch die hohe Anzahl von Aussiedlern und Spätaussiedlern, die aufgrund ihres Rechts auf automatische Einbürgerung bereits bei Ankunft in Deutschland die deutsche Staatsangehörigkeit erhielten. Die Zusammensetzung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund besteht fast zur Hälfte (53%) aus Menschen aus Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion und zu 21% aus Zuwanderern aus EU-Mitgliedsstaaten (besonders Polen und Bulgarien). Aus den oben beschriebenen historischen Gründen machen die Einwohner vietnamesischer Herkunft mit 10% eine weitere wichtige Gruppe aus. Die restlichen 16% der Bevölkerung mit

20 Interview mit einer Mitarbeiterin der Bezirksverwaltung, 18. April 2012

21 Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf, "Demographische Situation in Marzahn-Hellersdorf 2012".

22 Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf, "Demographische Situation in Marzahn-Hellersdorf 2012".

23 Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf, "Demographische Situation in Marzahn-Hellersdorf 2012".

24 Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, unter www.statistik-berlin-brandenburg.de (Zugriff 12. September 2013).

Migrationshintergrund stammen aus 110 verschiedenen Ländern, 2% davon aus dem ehemaligen Jugoslawien, Bulgarien und der Türkei (jeweils etwa 700-1000 Personen).²⁵

TABELLE 1: ETHNISCHE ZUSAMMENSETZUNG IN MARZAHN-HELLERSDORF, 2012

	Population	% der Gesamt-population
Deutschland	221,051	87.6
Ehemalige Sowjetunion	16,310	6.4
Vietnam	3,232	1.3
Polen	2,657	1.0
Ehemalige Sozialistische Republik Jugoslawien	1,088	0.4
Ehemalige Tschechoslowakei	739	0.3
Türkei	743	0.3
Bulgarien	473	0.2
Rumänien	385	0.2

Quelle: Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf,
“Demographische Situation in Marzahn-Hellersdorf 2012”

Eine Untersuchung der geografischen Verteilung von Menschen mit Migrationshintergrund in Marzahn-Hellersdorf zeigt signifikante Unterschiede zwischen den verschiedenen Stadtteilen innerhalb des Bezirks auf. Die Diskrepanz zwischen den großen Wohnriegeln nördlich der Bundesstraße B5 und dem von Einfamilienhäusern geprägten Süden ist, wie bei anderen sozioökonomischen Indikatoren, auffällig. Tatsächlich scheint die B5 eine Art Trennlinie darzustellen, die den Bezirk in zwei unterschiedliche sozioökonomische Gebiete teilt. So leben etwa 57% der Menschen mit Migrationshintergrund in Marzahn, 27% in Hellersdorf und nur 16% in den Einfamilienhausgebieten im Süden (Mahlsdorf, Biesdorf, Kaulsdorf).²⁶ Die Verteilung der Menschen mit Migrationshintergrund verändert sich auch deutlich von Viertel zu Viertel. In Marzahn-Nord haben etwa 21% der Gesamtbevölkerung einen Migrationshintergrund, in Mahlsdorf hingegen sind es nur 5%. Betrachtet man die Verteilung auf Kiezebene, zeigt sich, dass Hellersdorf-Mitte mit 38% Menschen mit Migrationshintergrund den höchsten Anteil aufweist²⁷. Mehr als die Hälfte der unter 18-jährigen in Hellersdorf-Mitte haben einen Migrationshintergrund – ein Prozentsatz, der sich an traditionelle Einwandererbezirke wie Kreuzberg oder Neukölln annähert.

²⁵ Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf, “Demographische Situation in Marzahn-Hellersdorf 2012”.

²⁶ Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf, “Demographische Situation in Marzahn-Hellersdorf 2012”.

²⁷ Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf, “Demographische Situation in Marzahn-Hellersdorf 2012”.

Hellersdorf-Mitte ist auch eines der Viertel mit der höchsten Arbeitslosigkeit und den meisten Menschen, die soziale Transferleistungen beziehen.²⁸

Von den 2.600 neuen Anwohnern, um die Marzahn-Hellersdorfs Gesamtbevölkerung im Jahr 2012 wuchs, haben 1.900 (73%) einen Migrationshintergrund und 1.100 (42%) eine nicht-deutsche Staatsangehörigkeit. Die größten nicht-deutschen Gruppen von Zugezogenen in Zahlen kamen aus Polen (245 neue Bewohner) und Rumänien (120 neue Bewohner).²⁹ Auch die meisten dieser Menschen leben nun in den Vierteln nördlich der B5, ebenso wie die Menschen vietnamesischer und deutsch-russischer Herkunft (besonders in Marzahn-Nord, Hellersdorf-Mitte und Springpfuhl).

2.3.3 | SOZIALE KLASSENSTRUKTUR

Im öffentlichen Diskurs wird Marzahn-Hellersdorf oft als typisches Beispiel eines stagnierenden Ostberliner Arbeiterviertels dargestellt. Dies ist jedoch eine starke Vereinfachung, welche die Unterschiede innerhalb des Bezirks außer Acht lässt. So kann der Bezirk beispielsweise in einen nördlichen und einen südlichen Teil geteilt werden, mit der Bundesstraße B5 als Trennlinie.³⁰ Unterhalb dieser Straße finden sich hauptsächlich Einfamilienhäuser, die von Familien des Mittelstands und des gehobenen Mittelstands bewohnt werden. Die sozialen und ökonomischen Indikatoren hier sind gut im Vergleich zu Gesamt-Berlin. Auf der anderen Seite sind einige der großen Plattenbauten (6-22stöckig) nördlich der Bundesstraße B5 jedoch mit massiven sozialen und ökonomischen Problemen konfrontiert. Laut Aussagen eines Vertreters des Jugendamts zeigt die Statistik eine hohe Anzahl von Menschen in Marzahn-Nord, Hellersdorf-Nord und Hellersdorf-Ost, die Hartz IV³¹ beziehen, zahlreiche Kinder leben unterhalb der Armutsgrenze und viele Alleinerziehende kämpfen ums finanzielle Überleben.³² Zur Illustration der deutlichen Unterschiede zwischen verschiedenen Teilen des Bezirks reicht bereits die Betrachtung der Arbeitslosenstatistik: in Marzahn-Nord beträgt die Arbeitslosigkeit 42%, in Mahlsdorf sind es nur 4%.³³ Die meisten sozioökonomischen und psychomotorischen Daten bestätigen die Trennung des Bezirks in Nord und Süd. Angesichts der extremen Unterschiede der sozialen und ökonomischen Bedingungen (zusätzlich zu den demografischen, sozialen und politischen Unterschieden) äußerten manche der für diese Studie befragten Teilnehmer die Meinung, dass der Bezirk Marzahn-Hellersdorf

28 Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf, "Zur sozialen Situation in Marzahn-Hellersdorf 2009", Marzahn-Hellersdorf, 2010. (hiernach: Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf, "Zur sozialen Situation in Marzahn-Hellersdorf 2009").

29 Bezirksamt, Marzahn-Hellersdorf, "Zur sozialen Situation in Marzahn-Hellersdorf 2009".

30 Interview mit einem Mitarbeiter einer lokalen NGO, 2. Mai 2013

31 Seit der Reform der staatlichen Wohlfahrt durch die rot-grüne Regierung im Jahr 2001 benutzen die meisten Deutschen den Nachnamen des Architekten des neuen Systems, Peter Hartz, als Synonym für Arbeitslosengeld und Sozialhilfe, die im Rahmen der Reform kombiniert wurden.

32 Interview mit einer Mitarbeiterin eines lokalen Jugenddienstes, 14. April 2013.

33 Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf, "Zur sozialen Situation in Marzahn-Hellersdorf 2009".

eigentlich gar nicht existiere.³⁴ Vielmehr muss man sich den Bezirk als aus zwei Teilen bestehend vorstellen, grob getrennt durch die Bundesstraße B5, aber mit einer überspannenden bürokratischen Struktur. Auch deshalb konzentriert sich diese Studie hauptsächlich auf das Gebiet nördlich der B5, wo der größte Anteil der randständigen Mehrheitsbevölkerung im Bezirk lebt. Doch auch dieses Gebiet ist in Bezug auf seine soziale Zusammensetzung nicht homogen. Es sollte weiter in Gegenden mit stabiler Bevölkerungsstruktur (wie Marzahn-Süd, Marzahn-Mitte und Alt-Marzahn) und problematische Quartiere mit höherer Bewohnerfluktuation differenziert werden. In letzteren haben sich während der letzten 10 Jahre sozial benachteiligte Menschen angesiedelt, die aus innerstädtischen Bezirken verdrängt wurden.³⁵

34 Interview mit einer Mitarbeiterin der Bezirksverwaltung, 14. Februar 2013.

35 Interview mit Einer Mitarbeiterin der Bezirksverwaltung, 14. Februar 2013.

3.

POLITISCHER KONTEXT

Bevor der Einfluss administrativer Strukturen auf die Bemühungen verschiedener Akteure in Marzahn-Hellersdorf, benachteiligte Mehrheitsangehörige im Bezirk besser einzubeziehen, diskutiert werden kann, ist es wichtig, den Aufbau des deutschen föderalen politischen Systems zu verstehen und dessen Wirkungen auf lokale Politik in Berlin und Marzahn-Hellersdorf. Daher erläutert dieses Kapitel zunächst kurz Berlins Positionierung innerhalb des gesamtdeutschen politischen Systems und den Aufbau der Regierungsstrukturen einer Stadt, die sowohl Hauptstadt der Republik als auch eines von 16 Bundesländern ist. Es folgt ein kurzer Überblick über die zahlreichen administrativen Veränderungen in Marzahn-Hellersdorf während der vergangenen Jahrzehnte und ein Überblick über die heutige Organisation der Verwaltung im Bezirk. Das Kapitel untersucht die räumliche Untergliederung in kleinere kommunale Einheiten und den langfristigen Einfluss von Verwaltungsreformen auf die soziale und ökonomische Entwicklung des Forschungsgebietes. Vor allem aber stellt dieses Kapitel detailliert die wichtigsten Bezirksverwaltungsstellen und Interessenvertreter vor, die sich mit sozialer Integration in den Bereichen Bildung, Arbeitsmarkt, Wohnen, Gesundheit und Polizei und Sicherheit befassen. Es endet mit einem Überblick über die verschiedenen Bundes-, Landes- und Bezirksprogramme, die in Marzahn-Hellersdorf mit dem Ziel der besseren Integration randständiger Bevölkerungsgruppen aus der Mehrheitsgesellschaft durchgeführt wurden.

3.1 | VERWALTUNGSEBENEN IN DEUTSCHLAND

Deutschland ist offiziell in drei Verwaltungsebenen unterteilt: Bund, Bundesländer und Gemeinden. Auf Bundesebene besteht die Regierung aus 12 Ministerien, dem Bundespräsidialamt, dem Bundeskanzleramt, dem Bundespresseamt sowie dem Bundesrechnungshof. In der legislativen Säule macht der Bundestag Gesetzesvorschläge, während sich der Bundesrat mit Gesetzen auf Länderebene beschäftigt.

Die Verwaltungsstrukturen der Länder spiegeln im Wesentlichen die Verwaltungsstrukturen des Bundes auf regionaler Ebene wider. So setzt sich die Berliner Regierung aus einem gewählten Bürgermeister (dem seit 2001 im Amt befindlichen Sozialdemokraten Klaus Wowereit) und acht Senatoren zusammen, die für verschiedene Senatsverwaltungen zuständig sind. Mit Fragen sozioökonomischer und politischer Integration, dem Fokus dieser Studie, befassen sich insbesondere die Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales (geleitet von Mario Czaja von der CDU), die Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen (unter Dilek Kolat von der SPD) und die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft (geleitet von Sandra Scheeres, SPD). Entsprechend der Bundesebene verfügt die Stadt Berlin über ein Parlament, das Abgeordnetenhaus von Berlin, das sich aus gewählten Vertretern der verschiedenen Parteien zusammensetzt. Jedes Bundesland zudem hat

einen von anderen Regierungsstellen unabhängigen Landesrechnungshof und ein Ministerium für Bundesangelegenheiten.

Unterhalb der Landesebene befinden sich die Gemeinden. Sie bilden unabhängige politische und administrative Einheiten, ihre Beziehungen zur Landesebene werden von den jeweiligen Landesverfassungen bestimmt. Laut Berliner Verfassung sind die verschiedenen Bezirke der Stadt keine Gemeinden. Die Regierungsverantwortung ist dementsprechend komplex zwischen Stadt und Bezirken aufgeteilt. Trotzdem haben Bezirke ihre eigenen Bezirksregierungen, die Bezirksamter, bestehend aus Bezirksbürgermeister und vier Mitgliedern der Bezirksverordnetenversammlung, den Bezirksstadträten. Sie sind verantwortlich für Bereiche wie Sozial- und Gesundheitsdienste, Wirtschaft, Sport und Kultur etc. Die Bezirksverordnetenversammlung fungiert als Parlament der Bezirke, sie besteht aus lokal gewählten Volksvertretern, die für lokale Gesetzgebung und Überwachung der Arbeit des Bezirksstadtrats zuständig sind.

3.2 | VERWALTUNGSSTRUKTUREN IN MARZAHN-HELLERSDORF

Der gegenwärtige Bezirksbürgermeister von Marzahn-Hellersdorf, Stefan Kosmoß (SPD³⁶) ist auch für Bildung und Sport zuständig. Es gibt vier weitere Bezirksstadträte: Dagmar Pohle (Die LINKE³⁷), zuständig für Soziales und Gesundheit,³⁸ Christian Gräff (CDU³⁹), verantwortlich für Wirtschaft und Stadtentwicklung, Juliane Witt (Die LINKE), Bezirksstadträtin der Abteilung Jugend und Familie, und Stephan Richter (SPD), zuständig für Bürgerdienste und Facility Management.⁴⁰ Der Bezirksrat setzt sich proportional zu den Ergebnissen der politischen Parteien in den Kommunalwahlen zusammen, in denen zuletzt 2011 die Bezirksverordnetenversammlung gewählt wurde. Wie die Parteizugehörigkeiten der Bezirksstadträte aufzeigen, wird die Bezirksverordnetenversammlung von Marzahn-Hellersdorf traditionell von Vertretern aus dem linken Spektrum dominiert (Die LINKE und SPD), die auch in den letzten Wahlen eine große Mehrheit der Stimmen erhielten.⁴¹

36 Sozialdemokratische Partei Deutschlands, SPD, eine der beiden Volksparteien in Deutschland

37 DIE LINKE ist ein Zusammenschluss von Mitgliedern der ehemaligen Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED), die sich nach der Wende in PDS umbenannte und linken Sozialdemokraten, die nach der Reform des wohlfahrtsstaatlichen Systems (Agenda 2010) unter der ersten rot-grünen Koalitionsregierung (1998-2005) die Partei verließen.

38 Frau Pohle ist auch stellvertretende Bürgermeisterin von Marzahn-Hellersdorf.

39 Christlich Demokratische Union, CDU, konservativ, eine der zwei Volksparteien in Deutschland.

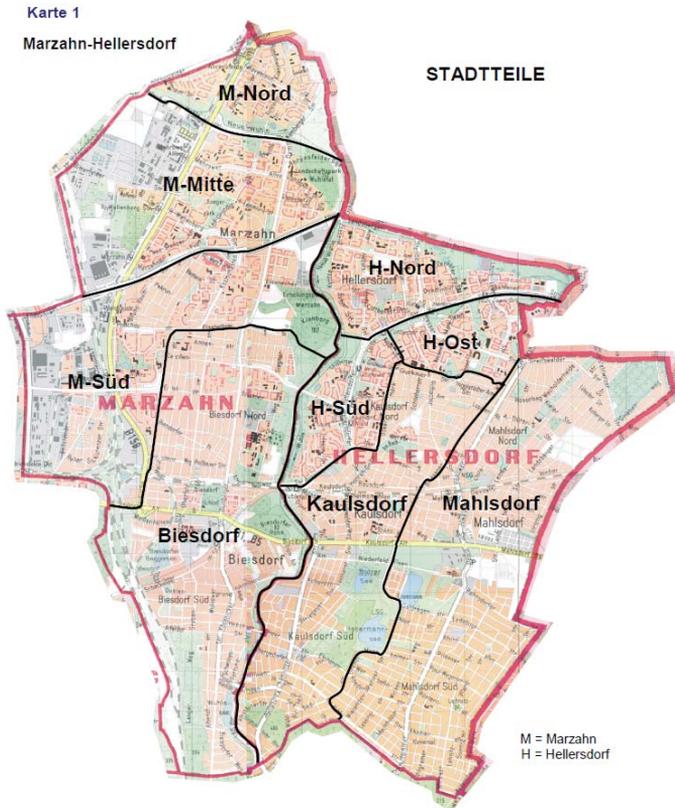
40 Siehe Bezirk Marzahn-Hellersdorf unter: www.berlin.de/ba-marzahn-hellersdorf (Zugriff 2. Februar 2014).

41 In den Bezirksverordnetenversammlungswahlen 2011 erhielt die LINKE 31,2% der Stimmen, die SPD 26,4% und die CDU 17,3%. Die linksgerichtete PIRATEN-Partei erhielt 8,6% und Bündnis 90/ Die Grünen 5,8%. Auf der anderen Seite des politischen Spektrums konnte die NPd 4,6% der Stimmen für sich verbuchen. Siehe: www.wahlen-berlin.de (Zugriff 4 April 2014). Siehe auch Kapitel 10.

Durch die Zusammenlegung der Bezirke Marzahn und Hellersdorf im Rahmen der berlinweiten Verwaltungsreform von 2001 beschäftigt sich der neue Bezirk Marzahn-Hellersdorf noch immer mit Umorganisation und Konsolidierung der Verwaltung. Eine der wichtigsten Neuerungen durch den Zusammenschluss war die Fusionierung der Bezirksverordnetenversammlungen und der Bezirksstadträte und anderen Regierungseinheiten. Wie Abbildung 1 zeigt, wurde der Bezirk im Jahr 2006 außerdem in neue Stadtteile und Sozialräume unterteilt. So besteht der Norden des Bezirks, die ehemalige Großsiedlung Marzahn, nun verwaltungstechnisch aus sechs Stadtteilen: Marzahn-Nord, Marzahn-Mitte, Marzahn-Süd, Hellersdorf-Nord, Hellersdorf Ost und Hellersdorf-Süd. Der Süden, das ehemalige *Siedlungsgebiet* besteht heute aus den Stadtteilen Biesdorf, Kaulsdorf und Mahlsdorf.⁴² Die Unterteilung des Bezirks in einen nördlichen und südlichen Teil, getrennt von der Bundesstraße B5, ist rein funktional. Sie durchschneidet die alten Bezirksgrenzen von Marzahn und Hellersdorf, doch berücksichtigt die sehr verschiedenen Bedürfnisse der Gebiete dieses neu gebildeten Bezirks (große Wohnsiedlungsblöcke im Norden und Einfamilienhäuser im Süden). Marzahn-Hellersdorf ist weiterhin in 33 sogenannte Sozialräume unterteilt, eine soziologische Kategorie von Quartier Ihre Grenzen wurden anhand sozialer und ökonomischer Bedingungen sowie räumlicher und städtebaulicher Merkmale jedes Quartiers bestimmt, ziehen aber auch die persönlichen Wahrnehmungen der Anwohner über die Ausdehnung ihrer Quartiere in Betracht.⁴³

42 Marzahn-Hellersdorf Bezirksamt, "Strukturierung der sozialräumlichen Planungsgrundlagen des Bezirks Marzahn-Hellersdorf"

43 Bezirksamt, "Strukturierung".

ABBILDUNG 1: STADTTTEILE VON MARZAHN-HELLERSDORF

Quelle: Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf

3.3 | PROGRAMME UND ORGANISATIONEN FÜR SOZIOÖKONOMISCHE INTEGRATION

Neben den allgemeinen Verwaltungsstrukturen des Bezirks gibt es eine Reihe öffentlich geförderter Programme, welche auf die soziale und ökonomische Entwicklung bestimmter Bezirksgebiete abzielen und die für die Analyse des Integrationsprozesses randständiger Bevölkerungsgruppen im Forschungsgebiet wichtig sind. Analog zu den sozioökonomischen Charakteristika des Bezirks richten sich die meisten Programme auf den nördlichen Teil Marzahn-Hellersdorfs, wo soziale und ökonomische Benachteiligung am stärksten ausgeprägt ist. Das wichtigste dieser Programme war das aus Bundesmitteln geförderte und 2002 begonnene Regenerationsprogramm *Stadtumbau Ost*. Es sollte die Revitalisierung stagnierender Bezirke mit hohem Wohnungsleerstand in Ostberlin, durch Wegzug vieler Menschen während der 1990er Jahre, mit Hilfe städtebaulicher Maßnahmen

anstoßen.⁴⁴ Das Hauptförderprogramm, im Rahmen dessen hauptsächlich Haus- und Wohnungsbestand im nördlichen Teil des Bezirks saniert wurde, endete im Jahr 2008. Mit dem Folgeprogramm sollen die Infrastruktur aufgewertet und strukturelle Lösungen für die städtebauliche Herausforderungen durch zukünftige demografische Veränderungen im Bezirk gefunden werden.

Zum anderen sind seit 1999 die Quartiere Marzahn-Nordwest, Mehrower Allee und Hellersdorfer Promenade Teil des Programms Soziale Stadt, welches in Gegenden mit hohem Maß an sozioökonomischer Benachteiligung sozialen Zusammenhalt und Teilhabe fördern will.⁴⁵ In Berlin wurde dieses von Bund und Land finanzierte Programm mit Hilfe des *Quartiersmanagement* implementiert, das die Aktivierung der Bürger anstrebt. Anwohner sollen sich stärker an der Gestaltung ihres Kiezes beteiligen, z.B. indem sie einen Quartiersbeirat wählen, der sie bei Anliegen ihrer unmittelbaren Nachbarschaft betreffend vertreten soll.⁴⁶ Während manche Akteure der lokalen Ebene die Effizienz der Einbeziehung von Anwohner durch Quartiersbeiräte in Frage gestellt haben,⁴⁷ weist ein Mitarbeiter des Quartiersmanagement Marzahn-Nordwest auf die stabilisierende Rolle dieses Gremiums für den Kiez seit seiner Implementierung hin.⁴⁸ Dies trifft auch auf die Einrichtung von Stadtteilzentren zu, die laut Aussagen eines Studienteilnehmers als Kontaktpunkt zwischen lokalen Vereinen und Initiativen, die sich für soziale und ökonomische Teilhabe einsetzen, und der Bezirksamtsabteilung für Soziales dienen.⁴⁹

Der größte Teil des Nordens des Bezirks ist Teil des *Aktionsraums Plus*. Dies ist ein Senatsprogramm, das 2010 von Berlins Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt ins Leben gerufen wurde, in Kooperation mit den fünf Bezirken, in denen es umgesetzt wird. Wichtigstes Ziel ist die Verhinderung weiterer Stagnation von Stadtteilen, die von einem hohen Maß an sozialer und ökonomischer Ausgrenzung betroffen sind, durch die Verbesserung der allgemeinen Lebensbedingungen, die Befähigung sozial und ökonomisch marginalisierter Anwohner durch bessere Bildungsangebote und Arbeitsmöglichkeiten und die Entwicklung von Strategien zur Stabilisierung der betroffenen Gebiete, was ihre demografischen und sozioökonomischen Charakteristika betrifft.⁵⁰

44 Für eine detaillierte Übersicht über dieses Programm und seine Auswirkungen auf Marzahn-Hellersdorf siehe Kapitel 7.

45 Siehe http://www.staedtebaufoerderung.info/StBauF/DE/SozialeStadt/soziale__stadt__node.html (Zugriff 12. Mai 2014).

46 Quartiersmanagement Berlin unter: www.quartiersmanagement-berlin.de (Zugriff 10. Mai 2014). Siehe auch Kapitel 10.

47 Interview mit einem Aktivist, 8. Mai 2013 und mit einem Journalist, 17. April 2013.

48 Interview mit einem Mitarbeiter einer lokalen Organisation, 6. Mai 2013.

49 Interview mit einer Bezirkspolitikerin, 26. April 2013.

50 Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt. Aktionsräume Plus: Bilanz und Ausblick. 2013 unter: http://www.stadtentwicklung.berlin.de/soziale_stadt/aktionsraeume_plus/download/Aktionsraeumeplus_Dokumentation2013.pdf (Zugriff 10. Mai 2014).

Neben Bundes- und Landesprogrammen gibt es noch zahlreiche Bezirksinitiativen zur Bekämpfung sozialer und ökonomischer Benachteiligung. Das Büro des Bezirksbürgermeisters lädt regelmäßig verschiedene Interessenvertreter zum Ressourcen- und Erfahrungsaustausch ein. Dies ist auch Konsequenz der angespannten finanziellen Lage des Bezirks, in dem für vieles keine Finanzierungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen.⁵¹ Ein Beispiel für die Zusammenlegung von Ressourcen und Zusammenarbeit ist der Masterplan *Arbeit und Ausbildung für Alle Jugendlichen in Marzahn-Hellersdorf bis 2016*, der sich verpflichtet, für alle Jugendlichen einen Ausbildungsplatz im Bezirk zu finden.⁵² Um dieses Ziel zu erreichen, bringt der Bezirk verschiedene Akteure wie das JobCenter Marzahn-Hellersdorf, Vertreter von Schulen und Wirtschaft (repräsentiert in der Organisation *Wirtschaftskreis Marzahn-Hellersdorf*) im Bezirk, sowie Berlins Senatsverwaltung für Bildung und Arbeit zusammen.⁵³

Die administrative Verflechtung von Land, Stadt und Bezirksebenen wird anhand dieses ambitionierten Unterfangens gut sichtbar. Die Berliner Senatsverwaltung für Bildung und Arbeit muss zunächst Veränderungen im Bildungssystem im Bezirk zustimmen, da der Bereich Bildung im Zuständigkeitsbereich des Senats liegt.⁵⁴ Laut einiger Bezirksvertreter führt die duale Regierungsstruktur in Berlin häufig zu Unklarheit über Zuständigkeiten für bestimmte Probleme oder Lösungskompetenzen für Bedürfnisse der Bürger. Sie stifte Verwirrung unter den beteiligten Akteuren und nicht selten zu Frustration bei Anwohnern, die in ihrem Viertel etwas bewegen wollen. Wie ein Angestellter der Bezirksverwaltung zum dualen Verwaltungssystem sagte: “Zu viele Köche verderben den Brei.”⁵⁵

Auch das Büro der Integrationsbeauftragten von Marzahn-Hellersdorf beschäftigt sich mit sozialer Integration und sozialem Zusammenhalt. Priorität hat die Integration von Einwanderern im Bezirk, doch in den letzten Jahren rückten die strukturellen Bedingungen für Chancengleichheit und gerechten Zugang zu verschiedenen sozialen Einrichtungen und Organisationen für alle Bezirksbewohner, unabhängig von ihrer ethnischen Zugehörigkeit, zunehmend in den Mittelpunkt.⁵⁶ In den letzten 10 Jahren wurden beträchtliche Ressourcen für Präventionsprogramme gegen Ausländerfeindlichkeit und Rechtsextremismus aufgebracht, Probleme, die den Bezirk vor allem während der 1990er Jahre plagten. Eins dieser Programme ist die *Bezirkliche Koordinierungsstelle für Demokratieentwicklung am Ort der Vielfalt Marzahn-Hellersdorf* (POLIS), die sich für Demokratieförderung und gegen demokratiegefährdende Tendenzen stark macht. Sie bringt Vertreter aus

51 Interview mit einer Mitarbeiterin der Bezirksverwaltung, 14. Februar 2013.

52 Interview mit einem Bezirkspolitiker 17. April 2013.

53 Für eine ausführliche Auseinandersetzung mit diesem wichtigen Projekt siehe Kapitel 5 und 6.

54 Interview mit einer Bezirkspolitikerin, 17. April 2013

55 Interview mit einem Bezirkspolitiker, 25. April 2013.

56 Interview mit einer Mitarbeiterin der Bezirksverwaltung, 14. Februar 2013.

öffentlicher Verwaltung und Politik und zivilgesellschaftliche Akteure aus diesem Arbeitsbereich zusammen, um gemeinsam und effizient gegen die teils beharrlichen anti-demokratischen Einstellungen innerhalb der lokalen Bevölkerung vorzugehen. In den letzten Jahren verlagerte die Integrationsbeauftragte ihre Aufmerksamkeit vom direkten Kampf gegen rechtsextreme Gruppen auf die Verbesserung demokratischer Partizipationsmöglichkeiten verschiedener Bevölkerungsgruppen. Diese Umorientierung folgt POLIS' Grundannahme, dass Bildungs- und Präventionsarbeit mit leichterem Zugang zu öffentlichen Strukturen und mehr Partizipationsmöglichkeiten am sozialen und kulturellen Leben der Stadt einhergehen muss, um der gesellschaftlichen Verbreitung rechtsextremer Tendenzen Einhalt zu gebieten.⁵⁷

Nicht zuletzt gibt es in Marzahn–Hellersdorf auch zahlreiche Vereine und Einrichtungen, die sich mit sozialer Integration und Aktivierung verschiedener Bevölkerungsgruppen beschäftigen. Die zahlreichen Jugendclubs, Frauengruppen, Kulturzentren und Rentnervereine sind auf verschiedene Weise mit bezirklichen Strukturen vernetzt. Die beiden größten Einwanderergruppen im Bezirk sind ebenfalls sichtbar organisiert: die vietnamesische Gemeinschaft durch den Reistrommel e.V. und Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler durch den Verein Kulturring. Die Bezirksregierung unterstützte die Einrichtung der *FreiwilligenAgentur*, eine Organisation, die verschiedene soziale Einrichtungen mit Menschen zusammenbringt, die sich engagieren möchten.⁵⁸ Einige Studienteilnehmer berichteten, dass die Hauptverantwortlichen innerhalb dieser Organisationen sehr gut vernetzt sind und sich seit Jahren kennen.⁵⁹ Dies trifft insbesondere auf den nördlichen Teil des Bezirks zu. Aufgrund der sozialen und ökonomischen Lage stehen dort viele Gewerbeeinheiten leer, und zivilgesellschaftliche Einrichtungen und Vereine haben hauptsächlich dort ihre Büros. Viele Initiativen nutzen außerdem die öffentlichen Gemeindezentren. Dort pflegen sie Beziehungen sowohl untereinander als auch mit der Bezirksverwaltung, die Raum und begrenzte finanzielle Unterstützung zur Verfügung stellt. Es muss allerdings hinzugefügt werden, dass die zahlreichen Querverbindungen zwischen Akteuren nicht in allen Generationen bestehen. Junge Menschen scheinen nicht wirklich in Vereinen zur Förderung sozialer Integration in Marzahn-Hellersdorf involviert zu sein. Dies könnte in naher Zukunft zu großen Führungsproblemen führen, wenn die Mitglieder der *Gummistiefelgeneration* (siehe Kapitel 4) sich entscheiden, in Rente zu gehen.

57 Interview mit einem Mitarbeiter der Bezirksverwaltung, 2. Mai 2013.

58 Siehe *FreiwilligenAgentur* Marzahn-Hellersdorf unter: <http://www.aller-ehren-wert.de> (Zugriff 7. Juni 2013).

59 Interview mit einer Bezirkspolitikerin, 26. April 2013; einer Mitarbeiterin der Bezirksverwaltung, 14. Februar 2013 und einem Journalist, 17. April 2013.

4.

IDENTITÄT UND ZUGEHÖRIGKEIT

Die meisten Forscher, die sich mit den Konzepten Identität und Zugehörigkeit beschäftigen, sind sich einig, dass Identität kein singuläres Phänomen ist. Persönliche Identität wird als fluid, multipel und relational betrachtet, da sie ständig neu ausgehandelt wird, abhängig von sozialer Position, der Beziehung zu verschiedenen sozialen Gruppen innerhalb einer bestimmten Gesellschaft, sowie der mehr oder weniger bewussten Positionierung einer Person *vis-à-vis* verschiedener Diskurse über Zugehörigkeit und Identität, beeinflusst durch Medien und andere Informationskanäle.⁶⁰

Eine Analyse der Beziehungen der Menschen zu ihrer sozialen Umwelt, in die sie eingebunden sind, muss diese Komplexität der Identifikationen in Betracht ziehen. Auf Marzahn-Hellersdorf trifft das ganz besonders zu, aufgrund der starken sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Veränderungen der letzten 25 Jahre. Wie in Kapitel 2 beschrieben, stagnierte in dieser Zeit die soziale und ökonomische Entwicklung des Bezirks, während er in den Medien diskursiv vom leuchtenden Vorbild für ein neues sozialistisches Leben zur "Berliner Bronx"⁶¹ degradiert wurde, und als Ghetto aus grauen Häuserblocks dargestellt wurde, bevölkert von ausländerfeindlichen und asozialen Menschen (abschätzig als "Assis" bezeichnet), die von sozialen Transferleistungen leben und keinerlei Verantwortung für ihr eigenes Leben übernehmen.⁶² Ohne an dieser Stelle zu bewerten, wie zutreffend solche Charakterisierungen des Bezirks sind, ist jedoch eindeutig, dass Identifikation und Konstruktion des Zugehörigkeitsgefühls der Bewohner durch die radikale soziale Transformation, die Marzahn-Hellersdorf erlebt hat, beeinflusst wurden.

Sozialwissenschaftler differenzieren bei Identitätsbildungsprozessen auch Ähnlichkeiten zwischen Individuen, die auf gemeinsamer sozialer und ökonomischer Positionierung beruhen. Allgemein akzeptierte Marker identitätsbildender sozioökonomischer Nähe sind Generation, Geschlecht, Ethnizität, Religion, Klasse, Beruf und geografische Position (etwa städtisch im Gegensatz zu ländlich).⁶³ Die Analyse der im Rahmen der Open Society Foundations-Studie durchgeführten Interviews und Diskussionen in den Fokusgruppen in Marzahn-Hellersdorf zeigt die wichtigsten identitätsstiftenden Leitlinien der Menschen im Bezirk auf: Generation (mit einer klaren Differenzierung zwischen ersten Siedlern und ihren Kindern), Ankunftszeit im Viertel (grob aufgeteilt in vor und nach der Vereinigung), Ethnizität (einerseits verbunden mit der Ankunftszeit, andererseits beeinflusst durch gegenwärtige Diskurse darüber, wer zur "deutschen Nation" gehört und wer nicht) und geografische Lage (Unterscheidung zwischen denen, die in den Einfamilienhäusern im Süden des Bezirks und in den Plattenbauten im Norden

60 Homi K. Bhabha, *Location of Culture*. Routledge, London, 1994. Siehe auch Patricia Price, *Dry Place: Landscapes of Belonging and Exclusion*. Minneapolis, MN, University of Minnesota Press, 2004.

61 Interview mit einer Journalistin, 6. Mai 2013.

62 Mehr zu den zahlreichen Vorurteilen über Marzahn in Berlin und in Westdeutschland in Kapitel 10.

63 W. Rogers Brubaker und Frederick Cooper, "Beyond Identity". *Theory and Society* 20 (1) (Februar 2000), S. 1–47.

worden, auch konzeptualisierbar im Sinne von Klassenzugehörigkeit). Wie der Rest dieses Kapitels zeigen wird, beeinflussen diese Marker die individuellen Definitionen von Zugehörigkeit zu Deutschland, zu Berlin und zu Marzahn-Hellersdorf. Sie beeinflussen auch, wen Bewohner des Bezirks als zugehörig zu ihrer Gegend und auch Deutschland zählen und wie sie ihre eigenen Identitäten konstruieren, in Wechselwirkung zu anderen Gruppen und bestehenden Klassenstrukturen.

Die Tatsache, dass Generation und Ankunftszeit im Viertel in Marzahn-Hellersdorf so wichtige Identitätsmarker sind, kann zum Teil dadurch erklärt werden, dass die ältere Generation gemeinsam die Probleme der letzten 30 Jahre erlebt hat. Diese Erfahrung hat sie sicher enger zusammengebracht. So erinnern sich alle an die Zeit, als sie in Gummistiefeln durch wadenhohes Wasser auf Marzahns noch ungepflasterten Straßen waten mussten. Viele ältere Menschen in Marzahn bezeichnen sich selbst tatsächlich als *Gummistiefelgeneration*. So unterscheiden sie sich von ihren eigenen *Wendekindern* und anderen, die während der letzten 25 Jahre ins Viertel zogen. Die Siedler der 1980er Jahre durchlebten auch die schwierige Zeit nach der Wende, als sich die Außenwelt (die Medien, die Regierung, die Westberliner) gegen sie verschworen zu haben schien, oder drohte, sie zu vergessen. Diese beiden Erlebnisse haben die Identifikation der Menschen im Bezirk stark beeinflusst, was einen Einfluss darauf hat, wer Marzahner oder Hellersdorfer anerkannt wird und wer nicht.

4.1 | NATIONALES ZUGEHÖRIGKEITSGEFÜHL UND DDR-NOSTALGIE

Wie erwartet, zeigen die aus Interviews und Fokusgruppen ausgewerteten Daten ein starkes Gefühl der Zugehörigkeit zum wiedervereinten Deutschland für die meisten Teilnehmer. Allerdings gibt es einige wichtige Unterschiede zwischen der oben erwähnten Gummistiefelgeneration, die sich noch gut an das Leben in der DDR erinnert, und den sogenannten Wendekindern, die zu jung sind, um sich wirklich an die DDR zu erinnern. Aufgrund negativer persönlicher Erlebnisse während und nach der Vereinigung haben nicht wenige Mitglieder der älteren Generation gemischte Gefühle gegenüber Deutschland und seiner politischen Führungsriege. David, ein Teilnehmer der Fokusgruppe mit älteren Männern, formulierte diese Einstellung sehr eloquent:

Nach der Vereinigung hieß es, wir sind ein Volk. Heute merkt keiner mehr was hier geschieht, keiner nimmt Rücksicht auf das was wir wollen. Volksentscheide werden oft nicht zugelassen. DDR-Betriebe wurden abgewickelt, plattgemacht, Maschinen wurden verkauft und Unternehmen runtergewirtschaftet.⁶⁴

64 Fokusgruppe mit älteren Männern, 5. Juli 2013.

Das Gefühl, von der Regierung ignoriert oder von den Mitbürgern aus dem Westen als Bürger zweiter Klasse betrachtet zu werden, ist besonders bei älteren Menschen aus dem Bezirk weit verbreitet. Sie fühlen sich von dem politischen System, das auf die DDR folgte, im Stich gelassen. Dieser Aussage folgte oft der Vergleich zwischen der gegenwärtigen Lebenssituation und der leicht nostalgisch gefärbten und selektiven Erinnerung an das Leben in der DDR (die repressive Seite der DDR wurde selten erwähnt). Damals, so hieß es häufig, hatten die Leute noch das Gefühl, in einer Gemeinschaft zu leben und die Bürger wurden noch zur aktiven Teilnahme am gesellschaftlichen Leben aufgefordert. Zudem sei das Leben in der DDR sorgenfrei gewesen, so Anna, eine Fokusgruppenteilnehmerin, soziale Leistungen, Wohnungen und Kinderbetreuung waren umsonst, Arbeitsplätze und Renten waren sicher. Im Gegensatz dazu habe die Gesellschaft der ehemaligen DDR nach der Vereinigung und Einführung des kapitalistischen Wirtschaftssystems in den neuen Bundesländern einen radikalen Individualisierungsprozess durchlaufen. Nach Ansicht einiger älterer Teilnehmer in der Fokusgruppe Identität hat dieser Prozess auch die persönlichen Eigenschaften der Menschen verändert. Zu DDR-Zeiten seien sie wärmer, offener und großzügiger gewesen.⁶⁵ Mit solchen Feststellungen schließen die ersten Siedler von Marzahn und Hellersdorf nicht nur später Zugezogene, sondern auch ihre eignen Kinder aus ihrer imaginierten Gemeinschaft aus, die auf den Erfahrungen der Lebenswelt in der DDR der 1980er Jahre beruht.

Die meisten jüngeren Studienteilnehmer hingegen hatten weniger Vorbehalte, sich mit dem neuen Deutschland zu identifizieren. Sie sagten häufig aus, dass eine Ost-West-Spaltung in ihrem Leben keine Rolle spiele. Wie Michael, Teilnehmer der Fokusgruppe Arbeit sagte:

*Ich bin 1990 geboren und die Trennung in Ost und West spielt für mich überhaupt keine Rolle. Für mich ist es egal Ost oder West. Und dass Leute so denken – ich finde das traurig.*⁶⁶

Dieses Zitat kann als Kritik an den *Ewiggestrigen*, wie ein Teilnehmer sie nannte, verstanden werden, den Menschen, die sich nostalgisch an die guten alten Zeiten in der DDR erinnern und die mit den neuen sozialen und ökonomischen Gegebenheiten im Bezirk nicht zurechtkommen.⁶⁷ Wie oben angemerkt, gehören diese meist zur älteren Generation. Obwohl die Mehrheit der Jüngeren sich als Deutsche bezeichnen, bedarf diese Identifikation in einer sozial atomisierten Umwelt genauerer Betrachtung.

65 Fokusgruppe Identität, 11. Juni 2013.

66 Fokusgruppe Arbeit, 4. Juni 2013.

67 Interview mit einer Mitarbeiterin der Bezirksverwaltung, 14. Februar 2013.

4.2 | GRENZEN NATIONALER ZUGEHÖRIGKEIT

Es haben sich einige interessante Unterschiede gezeigt, auf welche Weise Mitglieder der Mehrheitsgesellschaft nationale Zugehörigkeit in Abgrenzung zu den beiden größten Einwanderergruppen im Bezirk definieren, den Spätaussiedlern aus der ehemaligen UdSSR und der vietnamesischen Gemeinschaft. Vertragsarbeiter aus Vietnam kamen vor den Spätaussiedlern nach Marzahn-Hellersdorf, aber aufgrund äußerer Unterscheidungsmerkmale wurden sie nie als Deutsche betrachtet. Eine Studienteilnehmerin, die seit über 20 Jahren innerhalb der vietnamesischen Gemeinschaft arbeitet, berichtete, dass Vietnamesen im Gegenteil während der 1990er Jahre primäres Ziel rechts-radikaler Gewalt waren und Diskriminierung und Schikane durch die Polizei erlebten.⁶⁸ Während der Erhebungsphase für diese Studie wurde außerdem festgestellt, dass viele Leute noch immer Menschen vietnamesischer Abstammung in Berlin abwertend als „Fidschis“ bezeichnen. Es verwundert also nicht, dass die vietnamesische Gemeinschaft sich immer noch vom Rest der Gesellschaft fern hält und in sich eng geschlossen ist. Laut einiger Interviewteilnehmer hat sich dies in den letzten 10 Jahren ein wenig verändert. Die Mehrheitsbevölkerung habe Vietnamesen inzwischen als hart arbeitende und gewaltlose Nachbarn kennengelernt, deren Kinder in der Schule erfolgreich sind.⁶⁹ Die steigende Akzeptanz mag auch daran liegen, dass Zuwanderer aus Vietnam genauso wie die Gummistiefelgeneration den Bezirk sowohl während der DDR-Zeit als auch in den harten Wendejahren der 1990er erlebt haben.

Die diskursive Stellung der Gemeinschaft der Spätaussiedler, die erst während der 1990er Jahre in den Bezirk kamen, ist etwas anders. Sie sind offiziell Deutsche, da sie bei Ankunft die deutsche Staatsangehörigkeit erhielten. Dies lag am immer noch geltenden *jus sanguinis*-Prinzip des deutschen Staatsbürgerschaftsrechts (welches Familienabstammung als wichtigen Faktor in der Bestimmung von Nationalität betrachtet) und der daraus abgeleiteten deutschen Konzeption von nationaler Zugehörigkeit. Interviews der Open Society Foundations machen deutlich, dass die Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler in Marzahn-Hellersdorf nie wirklich als Deutsche akzeptiert wurden, trotz des öffentlichen Abstammungsdiskurses und der Vertrautheit der Ostdeutschen mit russischer Kultur und Sprache (die überall in der DDR unterrichtet wurde). Ein Teilnehmer der Fokusgruppe zu Polizei und Sicherheit stellte fest:

“Spätaussiedler mögen statistisch als Deutsche gelten, aber bei den Leuten im Bezirk gelten sie immer noch als Ausländer.”⁷⁰

68 Interview mit einer Aktivistin in einer lokalen Initiative, 17. April 2013.

69 Interview mit einer Bezirkspolitikerin, 26. April 2013; Fokusgruppe Wohnen, 13. Juni 2013; Fokusgruppe Arbeit, 4. Juni 2013.

70 Fokusgruppe Polizei und Sicherheit, 5. Juli 2013.

Diese Einstellung wird durch das langlebige Vorurteil vieler Mitglieder der Mehrheitsbevölkerung verschärft, dass Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler seit ihrer Ankunft in Marzahn-Hellersdorf unwillig seien, deutsche kulturelle Umgangsformen zu akzeptieren und damit zu den vielen Probleme im Bezirk beitragen.⁷¹ Die meisten sozialen Herausforderungen im Bezirk sind völlig unabhängig von der Ankunft der Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler im Bezirk entstanden,⁷² aber das Misstrauen führte zu einer Dynamik zunehmender ethnischer Segregation zwischen beiden Gruppen. Wie Harald Butler, ehemaliger Vorsitzender des Ausländerbeirats von Marzahn, schrieb:

*Migranten neigen zur Konzentration... Wenn aber 30% in einem Aufgang Russlanddeutsche sind, beginnen die 70% Deutschen auszuziehen. Das war ein schwerer Prozess, den die Wohnungsbaugesellschaften durchmachen mussten.*⁷³

Trotz der Probleme, mit denen besonders ältere Spätaussiedler und Einwanderer aus Vietnam in ihrem Bestreben nach nationaler Zugehörigkeit konfrontiert sind, scheint sich für jüngere Angehörige dieser Bevölkerungsgruppen die Situation zu ändern. Ein Interessenvertreter des größten Spätaussiedlervereins im Bezirk erklärte, dass die Kinder von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern in Marzahn-Hellersdorf von klein auf Deutsch lernen und oft sehr gut in der Schule sind. Die zweite deutsch-russische Generation identifiziere sich so stark mit Deutschland, dass ihre offene Ablehnung der russischen Sprache und aller mit russischer Identität assoziierten kultureller Verhaltensmuster ihren Eltern manchmal Sorgen mache.⁷⁴ Die gleiche Entwicklung mag in der zweiten Generation vietnamesischer Einwanderfamilien stattfinden. Doch ihr rechtlicher Status, unterscheidbare äußerliche Merkmale und die engmaschig geknüpften ethnische Gemeinschaft, in der sie leben, machen es für sie schwerer, zu gleichwertig akzeptierten deutschen Bürgern zu werden.

Eine Studie mit Kindern in Jugendzentren in Marzahn-Hellersdorf kam jedoch zu dem Ergebnis, dass Gleichaltrige sowohl russischer als auch vietnamesischer Abstammung oft als Gruppenmitglieder akzeptiert werden – ein Zeichen für die Akzeptanz des zunehmend multikulturellen Charakter des Lebensumfelds dieser Kinder und Jugendlichen.⁷⁵ Dieser wurde auch von jüngeren Teilnehmern der Fokusgruppe Arbeit bestätigt. So seien Jugendgangs zwar von Spätaussiedlern und Albanern dominiert, aber nicht nach ethnischen Gesichtspunkten zusammengesetzt. Im Gegenteil, meist seien sie ethnisch gemixt und identifizierten sich mit einer bestimmten Gegend, einer Straße oder dem Viertel.⁷⁶

71 Interview mit einem Anwohner, 14. Februar 2013.

72 Interview mit einer Mitarbeiterin der Bezirksverwaltung, 14. Februar 2013

73 Interview mit einer Mitarbeiterin der Bezirksverwaltung, 14. Februar 2013.

74 Interview mit einem Mitarbeiter einer NGO, 19. April 2013.

75 Interview mit einer Bezirkspolitikerin, Bezirkspolitikerin, 26. April 2013.

76 Fokusgruppe Arbeit, 4. Juni 2013.

Andererseits kann dies auch eine Konsequenz des jüngsten Zuzugs von Roma und Familien arabischer Herkunft sein, wie ein Repräsentant des Jugendamts bemerkte. In dem Fall hat sich das Ausgrenzungsverhalten der Jugendlichen im Bezirk zu Ungunsten der Neuankömmlinge verschoben und der Druck auf etablierte Gruppen sich dementsprechend entspannt.⁷⁷ Eine solche Entwicklung wurde in mehreren Fokusgruppen deutlich, wenn junge Leute von positiven Einstellungen gegenüber Einwanderern aus Vietnam sprachen, sich aber weiterhin negativ über Spätaussiedler und andere Neulinge äußerten, die sie oft als Roma oder Araber bezeichneten. Laut offizieller Statistik ist deren Anteil an der Bevölkerung in Marzahn-Hellersdorf allerdings sehr gering. Auch in der Fokusgruppe Polizei und Sicherheit äußerten ältere Teilnehmer ihre Unsicherheitsgefühle und Angst vor Verbrechen oft in Zusammenhang mit der größeren ethnischen Vielfalt der Gegend.⁷⁸ Solche ethnisierten Wahrnehmungen von Kriminalität und Sicherheit werden in Kapitel 9 näher untersucht.

4.3 | ZUGEHÖRIGKEIT ZU BERLIN

Beim Zugehörigkeitsgefühl zu Berlin gibt es weniger Unterschiede zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen als in Bezug auf Zugehörigkeit zu Deutschland. Die meisten Interviewteilnehmer bestätigten ein Zugehörigkeitsgefühl zu Berlin und nicht wenige beschrieben sich stolz als Berliner. Dieses Ergebnis entspricht dem gegenwärtigen Stand sozialwissenschaftlicher Forschung zu urbaner Identifikation, in der dargelegt wird, dass die Beanspruchung urbaner Zugehörigkeit aufgrund der offenen Beschaffenheit von Städten oft einfacher ist als die Identifikation mit einer Nation. Letztere wird in der Regel mit Abstammung oder zumindest Erhalt der Staatsangehörigkeit gleichgesetzt.⁷⁹ Gleichwohl betrachtet die ältere Generation in Marzahn-Hellersdorf die gegenwärtige Entwicklung in den innerstädtischen Bezirken mit Skepsis: sie sehen die Stadt überschwemmt mit Touristen und jungen Besuchern, die in der Partyhauptstadt Europas feiern wollen. Viele der älteren Menschen reagieren auf diesen Trend mit Beschwerden über Lärm, Müll, Drogen- und Alkoholkonsum, die man in bestimmten Stadtteilen jedes Wochenende ertragen müsse (vor allem in Friedrichshain, Kreuzberg und Mitte).⁸⁰

Einige der älteren Teilnehmer der Fokusgruppe Sicherheit beschwerten sich auch über den hohen Prozentsatz an Einwanderern in bestimmten Gegenden Berlins wie Neukölln oder Kreuzberg. Werner, Teilnehmer in der Fokusgruppe Polizei und

77 Interview mit einer Bezirkspolitikerin, 26. April 2013.

78 Fokusgruppe Polizei und Sicherheit, 5. Juli 2013

79 Jens Schneider, Tineke Fokkema, Raquel Matias, Snežana Stoj i , Dušan Ugrina & Constanza Vera-Larrucea, "Identities: Urban Belonging and Intercultural Relations", in M. Crul, J. Schneider and F. Lelie (eds), *The European Second Generation Compared*. Amsterdam University Press: Amsterdam, 2012.

80 Fokusgruppe Wohnen, 13. Juni 2013.

Sicherheit, meinte: "Es ist schon wie in Antalya".⁸¹ Andere sagten, sich in diesen Bezirken nicht willkommen und sicher zu fühlen.⁸² Ein Fokusgruppenteilnehmer formulierte drastisch, dass dort „unsere Kultur, im Prinzip, untergeht“.⁸³ Solch negative und ethnisierte Wahrnehmungen des Lebens in der Berliner Innenstadt fanden sich unter jüngeren Interviewteilnehmern nur selten. Dies mag auch daran liegen, dass sie aufgrund mangelnder Angebote für Jugendliche im Bezirk öfter dorthin fahren als die ältere Generation. Das starke Zugehörigkeitsgefühl zu Marzahn-Hellersdorf wurde jedoch ungeachtet des Alters der Studienteilnehmer meist im Vergleich mit anderen Bezirken der Stadt ausgedrückt (siehe unten). Marzahn-Hellersdorf wurde oft als friedlich, grün und sauber beschrieben, wohingegen Berlin an sich (und besonders die inneren Stadtbezirke) als chaotisch, dreckig und zu wenig grün dargestellt wurde.

4.4 | IDENTIFIKATION MIT DEM BEZIRK

Betrachtet man die Identifikation der Menschen mit ihrem Bezirk, fallen einige wichtige Unterschiede entlang den Trennlinien Generation, Ethnizität und geografische Lage auf. Ältere Deutsche, die den Bezirk zuerst besiedelten und mit ihm älter wurden (die Gummistiefel-generation), identifizieren sich stark mit Marzahn-Hellersdorf. Sie können sich meist nicht vorstellen, woanders zu leben.⁸⁴ Dies trifft auf ihre Kinder, die nur die schwierigen Zeiten in der Gegend miterlebt haben, seltener zu. Sie fühlen sich von Medien und Gleichaltrigen aus anderen Berliner Bezirken vermittelten negativen Klischeevorstellungen ausgesetzt. Die meisten jungen Teilnehmer an der Open Society Foundations-Studie sagten, dass sie gerne aus der Gegend weg ziehen würden und sie hier keine Zukunftsperspektive hätten. Fabian, ein Teilnehmer der Fokusgruppe mit jungen Männern sagte nachdrücklich:

“Marzahn-Hellersdorf ist einfach ein Loch – ein Loch von Berlin, in dem Leute sich nicht entwickeln können.”⁸⁵

Dieses Gefühl vereint auch viele Außenseiter und vor kurzem Zugezogene im Bezirk (besonders Menschen unter 60 Jahren), vermutlich, weil viele von ihnen gezwungen waren, hierher zu ziehen, weil sie die steigenden Mieten in ihren alten Stadtvierteln nicht mehr bezahlen konnten.

81 Fokusgruppe Polizei und Sicherheit, 5. Juli 2013.

82 Wie Kapitel 9 zeigt bewerten ältere Fokusgruppenteilnehmer die Sicherheit ihres Viertels oft in Zusammenhang mit ethnischen Minderheiten.

83 Fokusgruppe Polizei und Sicherheit, 5. Juli 2013.

84 Fokusgruppe mit älteren Frauen, 3. Juni 2013; Fokusgruppe mit älteren Männern, 5. Juli 2013.

85 Fokusgruppe mit jüngeren Männern, 4. Juli 2013.

4.4.1 | IDENTIFIKATION MIT DEM VIERTEL

In Anbetracht der Geschichte der Gegend muss untersucht werden, wie die Menschen selbst den Bezirk in für sie sinnvolle Gebiete unterteilen, die ihre persönlichen Lebenserfahrungen widerspiegeln. Viele Fokusgruppenteilnehmer betonten den Unterschied zwischen Marzahn und Hellersdorf, sowohl in Bezug auf deren unterschiedliche Geschichte, die sozialen und ökonomischen Strukturen als auch aufgrund der Tatsache, dass zwei ehemals unabhängige Bezirke im Jahr 2001 aus vorwiegend verwaltungstechnischen Gründen zusammengefügt wurden. Die Bewohner von Marzahn-Hellersdorf scheinen sich also nicht mit dem Bezirk an sich zu identifizieren, sondern vielmehr mit seinen Teilbereichen, denen eigene soziale und ökonomische Identifikationsmerkmale zugeschrieben werden. In der Fokusgruppe mit jungen Männern gab es eine lebendige Diskussion über die Unterschiede zwischen Menschen aus Marzahn und denen aus Hellersdorf. Die Mehrheit der Teilnehmer war sich einig, dass die Bewohner dieser beiden Gegenden sich grundlegend voneinander unterscheiden: in Marzahn lebten sozial Benachteiligte, die Bewohner von Hellersdorf seien meist Ostdeutsche und deren Kinder.⁸⁶ Die Frage, inwiefern die Betonung dieser Unterschiede besonders im Fall Marzahns das Resultat öffentlicher Stigmatisierung ist, bleibt offen für zukünftige Forschung.

Menschen aus dem südlichen, von Einfamilienhäusern geprägten Teil des Bezirks formulierten häufig mit Bedacht, nicht in Marzahn oder Hellersdorf, sondern in Mahlsdorf, Kaulsdorf oder Biesdorf zu wohnen, die sie als ganz anders als die großen Plattenbausiedlungen im Norden beschrieben. Viele Interviewteilnehmer bestätigten die Wahrnehmung, dass Menschen im Süden sich oft von Marzahn-Hellersdorf distanzieren.⁸⁷ Dies ist insofern verständlich, als dass diese Gebiete sich nicht nur sozioökonomisch, sondern auch optisch voneinander unterscheiden. Die Einfamilienhäuser im Süden passen nicht in das Bild, dass Berliner gemeinhin von Marzahn oder Hellersdorf haben. Viele befragte Interessenvertreter betonten zunächst stets die Trennung des Bezirks in einen nördlichen und einen südlichen Teil, und die unterschiedlichen Probleme dieser beiden Gebiete. Tatsächlich sind die sozialen und ökonomischen Bedingen nördlich und südlich der B5 so verschieden, dass Marzahn-Hellersdorf laut Aussagen eines Interviewteilnehmers eigentlich gar nicht existiere. Der Bezirk bestehe aus zwei Teilen, die außer Bezirksregierung und Verwaltungsstrukturen wenig gemeinsam hätten.⁸⁸

Diese Trennung erfolgt auch anhand einer weiteren Dimension. Wie in Kapitel 2 beschrieben, gibt es zwischen beiden Bezirksteilen signifikante Klassenunterschiede, die auch verschiedene kulturelle Muster beinhalten. Wie ein Interviewteilnehmer

86 Fokusgruppe mit jüngeren Männern, 4. Juli 2013.

87 Interview mit einem Bezirkspolitiker, 17. April 2013; Interview mit einem Journalist, 17. April 2013.

88 Interview mit einer Mitarbeiterin eines lokalen Jugenddienstes, 14. April 2013.

erklärte,⁸⁹ gelten die Bewohner des südlichen Teils als kleinbürgerlicher Mittelstand, vielleicht auch aufgrund ihrer stark ausgeprägten Unterstützung für die CDU, die im Gegensatz steht zum Rest des Bezirks, in dem die Bewohner überwiegend links wählen.

4.4.2 | DIE HAUSGEMEINSCHAFTEN

Die unterste Ebene persönlicher Identifikation fand die Open Society Foundations-Studie in den Häusern der ursprünglichen Siedler von Marzahn und Hellersdorf. Die Gummistiefelgeneration hat oft starke Bindungen zu den Nachbarn im selben Gebäude. Studienteilnehmer boten zwei mögliche Erklärungen für dieses Phänomen. Zunächst, wie bereits erwähnt, zogen viele Mitglieder der Gummistiefelgeneration zur gleichen Zeit in die Gegend. Während der 1980er Jahre hatten sie Kinder, und trafen sich auf Spielplätzen, während sie die Kinder dort beaufsichtigten. Als Konsequenz der tiefgreifenden Veränderungen der 1990er Jahre verloren viele ihre Arbeit, also teilten sie Ratschläge für ihr ökonomisches Überleben und die Suche nach einer neuen Stelle. Nun sind sie gemeinsam gealtert und wieder mit ähnlichen Problemen konfrontiert: wie von der mageren Rente leben, wo einen guten Arzt finden, wie aus der sozialen Isolation herausfinden und ihre zu großen Wohnungen in Stand halten, nun, da die Kinder weg gezogen sind.

Die zweite Erklärung für die engen nachbarschaftlichen Bande der Plattenbaubewohner der ersten Generation ist die Anregung zu zwischenmenschlichem Kontakt in der DDR durch die damals geltende Auflage, Wohnraum gemeinsam zu pflegen und instand zu halten. Damit wurde allerdings auch gleichzeitig ein gewisses Maß an gegenseitiger sozialer Kontrolle gewährleistet.⁹⁰ Von den Bewohnern der Großsiedlung wurde erwartet, dass sie an sogenannten *sobotniks* teilnehmen, regelmäßigen Treffen aller Hausbewohner. Dort wurden Instandhaltungsmaßnahmen besprochen und persönliche Konflikte gelöst. Oft hatten solche Treffen eine rein soziale Funktion, die neuen Mietern den Zugang zu sozialen Netzwerken erleichterten und Grundlage für neue Freundschaften bildeten.⁹¹ Die meisten älteren Studienteilnehmer erinnern sich gerne an diese semi-formellen Treffen zurück und bedauern, dass sie nicht mehr stattfinden. Es scheint, dass einige der in dieser Zeit entstandenen Bindungen hingegen noch heute existieren und im Zugehörigkeitsgefühl der Älteren zu ihren Hausgemeinschaften eine wichtige Rolle spielen. Tatsächlich trugen das alte Gemeinschaftsgefühl und die Verantwortung für das eigene Umfeld nach der Vereinigung zum Entstehen einiger neuer Vereine bei, die sich seit nunmehr 20 Jahren mit den zahlreichen sozialen Problemen in Marzahn-Hellersdorf beschäftigen.⁹²

89 Interview mit einer Bezirkspolitikerin, 26. April 2013.

90 Fokusgruppe mit älteren Frauen, 3. Juni 2013.

91 Fokusgruppe mit älteren Frauen, 3. Juni 2013.

92 Wie diese neu eingerichteten Initiativen realisierbare Optionen für die Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt von Menschen, die im Rahmen der Wende ihre Arbeit verloren haben schaffen, wird in Kapitel 6 dargestellt.

In einem Bezirk wie Marzahn-Hellersdorf sind persönliche Bindungen besonders wichtig. Die moderne Planung der Siedlungen, die von Anfang an wenig Raum für soziale Einrichtungen als Orte der Begegnung ließ, und die jahrzehntelange wirtschaftliche Stagnation begrenzten die Effekte der bereits bestehenden sozialen Institutionen. Anwohner beklagen als das größte Problem der Gegend (neben Kriminalität, Mangel an Polizeipräsenz und Arbeitslosigkeit) fehlende Möglichkeiten der sozialen Interaktion. Über diesen Mangel beschwerten sich sowohl alte als junge Menschen, deren Jugendclubs geschlossen wurden oder sich ohne finanzielle Unterstützung des Bezirks am Limit ihrer Existenz befinden. Die Älteren beklagen auch die Auflösung alter DDR-Strukturen, die soziale Teilhabe und Zusammenhalt unterstützen.

Auf der anderen Seite zeigen die Interviews, dass die starke Identifikation der älteren Generation mit der Hausgemeinschaft, die auch deren weitere geo-räumliche Identifikation mit Land oder Stadt beeinflusst, auch ausgrenzende Wirkung haben kann. Sie bezeichnen beispielsweise nur diejenigen als echte Marzahner, die bereits in den 1980er Jahren herzogen (vorzugsweise in ihren Gummistiefeln), die der Gegend auch in den schwierigen 1990er Jahren die Treue hielten und so den Bezirk zu dem gemacht haben, was er ist.⁹³ Solch eine Definition von Zugehörigkeit grenzt eine Reihe von Menschen aus, nämlich alle, die erst später in den Bezirk zogen, insbesondere Einwanderer, aber interessanterweise auch die eigenen Kinder und andere jüngere Leute, die nicht die gleichen Dinge erlebt haben wie die ursprünglichen Siedler. Sie werden häufig konsequent aus sozialen Netzwerken und Entscheidungsmechanismen im Bezirk herausgehalten.

4.5 | KLASSENIDENTIFIKATIONEN

Die Selbstidentifikation der Klassenzugehörigkeit der Studienteilnehmer ist ebenfalls interessant. Während die meisten Berliner Marzahn-Hellersdorf als frühere Arbeitergegend betrachten, die sich in einen problematischen „Hartz-IV-Bezirk“ verwandelt hat, sehen die Bewohner (wie bereits erwähnt, besonders die aus dem südlichen Teil) ihre Gegend mit ganz anderen Augen. Sie betonen vor allem die sozioökonomische Vielfalt der Anwohner, die den Bezirk ursprünglich prägte, sowie die Tatsache, dass selbst nördlich der Bundesstraße 5 auch heute noch mittelständische Familien leben. Auf diese Weise versuchen die Bewohner des Bezirks, diskursiv den Effekten vereinfachter medialer Berichterstattung zu begegnen, in denen Marzahn-Hellersdorf stets als armer Arbeiterbezirk dargestellt wird. Die Anwohner sind sich der negativen Auswirkungen solcher Typisierungen während der 1990er Jahre sehr bewusst. Damals zogen zahlreiche mittelständische Familien aus dem Bezirk weg, die nicht als Anwohner einer sozial und ökonomisch hoffnungslosen Gegend stigmatisiert werden wollten.

Entscheidender sind die im Rahmen der Forschung zu Tage getretenen Abgrenzungsmechanismen, mit deren Hilfe sich Anwohner von dem Stigma distanzieren, das mit dem Leben in einem angeblichen Prototyp von Hartz-IV-Bezirk einhergeht. Einerseits beschwerten Interviewteilnehmer sich über die Entstehung einer sozialen Transferleistungskultur, die ihrer Meinung nach die Fähigkeit der Menschen unterbindet, aktiv an der Gesellschaft teilzuhaben und sie auf passive Empfänger verschiedener staatlicher finanzieller Leistungen reduziert. Andererseits gibt es Menschen wie Herbert, Teilnehmer der Fokusgruppe Medien, der Sozialhilfe als Lebensstil praktiziert und der Meinung ist, „dass Marzahn-Hellersdorf wie für den Wohlfahrtsstaat geschaffen ist“. Die Alternative (anstrengende, oft schlecht bezahlte Arbeit) sei gar kein Leben. Hier steht die berühmte deutsche Arbeitsethik zur Debatte, eine Ideologie, die ein hohes Maß an Eigenständigkeit verlangt und staatliche Hilfsleistungen nur akzeptiert, wenn es anders nicht mehr geht. Wie Herbert allerdings in der gleichen Fokusgruppe anmerkte:

Ich werde doch nicht jeden Job annehmen, den sie mir anbieten ... sie haben den Bezirk in diesen Zustand gebracht und ich werde nicht für ihre Fehler bezahlen ... Ich habe lieber ein angenehmes Leben und arbeite schwarz, anders als die Idioten, die sich in regulären Jobs des Rücken brechen.⁹⁴

Während er einer der wenigen Teilnehmer war, der solch radikale Ansichten in einer Fokusgruppe offen zugab, lassen statistische Daten darauf deuten, dass Herbert nicht der einzige in Marzahn-Hellersdorf ist, der so denkt.

Viele Fokusgruppenteilnehmer wehrten sich gegen Stigmatisierung des Bezirks durch den Rest der Gesellschaft, indem sie sich von Bezeichnungen wie „Proll“ abgrenzten. Das beste Beispiel dafür ist, wie Fokusgruppenteilnehmer auf die Komikerin Cindy aus Marzahn reagierten. Sie erlangte mit der Personifizierung gängiger Stereotypen des ost-deutschen weiblichen Prolls nationale Berühmtheit. Die meisten Interviewteilnehmer wiesen gezielt darauf hin, dass die Komikerin gar nicht aus Marzahn komme und sie, ohne die wachsende Vielfalt der Menschen in Marzahn zur Kenntnis zu nehmen, lediglich bestehende Klischees bediene.⁹⁵ In ähnlicher Undifferenziertheit benutzten zahlreiche Teilnehmerinnen der Fokusgruppe mit jüngeren Frauen das Label „Proll“, um damit abwertend Menschen zu bezeichnen, die sich im Hinblick auf ihre sozialen und ökonomischen Merkmale kaum von ihnen selbst unterscheiden.⁹⁶ Während die protestantische Arbeitsethik für die Menschen in Marzahn-Hellersdorf noch Bestand zu haben scheint, distanzieren sie sich eindeutig von der ehemals stolzen Selbstidentifikation als Proletarier. Diese hat im Auflösungsprozess der in der DDR geförderten sozialistischen Ideologie ihre Bedeutung vollständig verloren.

94 Fokusgruppe Medien, 25. Juli 2013.

95 Fokusgruppe mit jüngeren Frauen, 6. Juni 2013.

96 Fokusgruppe mit jüngeren Frauen, 6. Juni 2013.

Die Identifikation mit der Arbeiterklasse scheint bei jungen Leuten von Konsumdenken abgelöst worden zu sein. Dieses hilft ihnen bei der Überwindung des dem Bezirk anhaftenden Stigmas. Durch Konsum werden sie zu gleichwertigen Mitgliedern der Gesellschaft. Dies wird durch die ständige Suche nach dem neuesten, sozial akzeptierten Prestigeobjekt versucht. Ein Interessenvertreter wies auf die kuriose Tatsache hin, dass Kinder aus ökonomisch prekären Haushalten trotzdem neue iPhones oder andere teure Dinge mit sich herum tragen. Diese dienen als Symbole sozialen Erfolgs.⁹⁷ Der Übergang Ostdeutschlands von einer Gesellschaft, die Arbeit zelebrierte zu einer Gesellschaft, die Konsum und den Anschein von Wohlstand als legitimen Weg zu sozialer Akzeptanz vorlebt, ist ein Phänomen, das weiter untersucht werden sollte.

STANDORTMARKETING

Um das anhaltend negative Image Marzahn-Hellersdorfs zu verbessern, beschloss der Bezirk 2012 seine Bewerbung für das Bundesförderprogramm GRW – Gemeinschaftsaufgabe “Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur” und den EU-Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) einzureichen und das *Standortmarketing Marzahn-Hellersdorf* zu etablieren. Unter Leitung von Oleg Peters soll Standortmarketing die zahlreichen positiven Veränderungen in Marzahn-Hellersdorf während der letzten 10 Jahre hervorheben und so die allgemeine Medienberichterstattung über den Bezirk verbessern. Die Stelle will den Bezirk für Unternehmen und Investoren attraktiv machen und die touristische Infrastruktur verbessern.

5.

BILDUNG

Dieses Kapitel basiert auf Daten aus der Fokusgruppe speziell zum Themenbereich Bildung, obwohl dieser auch in den Gruppendiskussionen mit jüngeren Frauen und jüngeren Männern eine Rolle spielte, genauso wie in Interviews mit Interessenvertretern innerhalb und außerhalb der Bezirksverwaltung (inklusive eines Interessenvertreters, der bereits selbst im Bezirk zur Schule gegangen war und eine ältere Tochter hat, die durch das Schulsystem gegangen ist und dessen kleiner Sohn nun in einer Kindertagesstätte ist). Die Interviewdaten sind mit Ergebnissen aus offiziellen Statistiken, anderen Berichten und Publikationen, wie der Analyse der integrierten Berichterstattung über Gesundheit und Soziales, der Schulentwicklungsplanung und von Schulkonzepten sowie der Schuleignungsprüfung komplementiert.

Das Bildungssystem in Marzahn-Hellersdorf hat bis heute mehrere Reformen durchlaufen und ist dementsprechend offen für Veränderungen. Seit dem Jahr 2000 gibt es im Vergleich mit internationalen Standards einige Zweifel an der Leistungsfähigkeit des (West-)deutschen Schulsystems. In Antwort darauf wurde in Berlin das dreigliedrige Schulsystem zugunsten des zweigliedrigen Systems abgeschafft. Das Kapitel beginnt mit einer Analyse dieser Reform in Marzahn-Hellersdorf. Es identifiziert das positive Vermächtnis der DDR, wie die hohe Anzahl von Kindern in Kindertagesstätten, als auch des westdeutschen Systems, z.B. der von Anwohnern geschätzte interkulturelle und inklusive Bildungsansatz. Die Anzahl von Schülern geht in ganz Berlin zurück, in Marzahn-Hellersdorf war diese Entwicklung aufgrund der schrumpfenden Bevölkerung seit der Vereinigung jedoch besonders hervorstechend. Der aktuelle Schulentwicklungsplan allerdings schätzt die Zahl der Schüler inzwischen wieder als stabil oder leicht steigend ein, da die Bevölkerungszahlen im Bezirk nicht weiter sinken.

Das Kapitel beschäftigt sich weiterhin mit der Zahl der Schulabbrecher und diskutiert den möglichen Zusammenhang mit der hohen Jugendarbeitslosigkeit vor Ort. Die integrierte Berichterstattung über Gesundheit und Soziales im Bezirk ist ebenfalls ein Vermächtnis der DDR. Sie erlaubt einen Einblick in die Akkumulation sozialer Risikofaktoren im Norden Marzahns, wie die hohe Anzahl von Müttern ohne oder mit niedrigem Bildungsabschluss, der hohe Anteil alleinerziehender und minderjähriger Eltern, sowie die Zahl der Kleinkinder, die von Sozialhilfe leben müssen. Wie die Berichterstattung belegt, benötigt fast die Hälfte der Kinder im Bezirk zusätzliche Unterstützung in der Schule. Dies betrifft mehr Jungen als Mädchen und mehr Kinder mit Migrationshintergrund als Kinder deutscher Herkunft.

Der Bezirk tut sich, wie die meisten Bezirke, schwer mit der Inklusion von Kindern mit Behinderung ins geregelte Schulsystem. Zwar gibt es zahlreiche spezielle Bildungseinrichtungen für Kinder mit Behinderungen und Lernschwierigkeiten und Berlin hat das Modell der Integrationsklassen übernommen, dennoch sind sowohl die Eltern von Kindern mit und ohne Behinderungen besorgt.

5.1 | DAS BILDUNGSSYSTEM

Bildung ist ein hoch umstrittenes und komplexes Thema in Deutschland. Die föderale Struktur des Landes sieht die Verantwortlichkeit für das Thema Bildung bei den Bundesländern. Dementsprechend kann man nicht von einem einheitlichen deutschen Bildungssystem sprechen, sondern von 16 oft sehr unterschiedlichen bildungspolitischen Ansätzen. Diese Situation unterscheidet sich stark vom zentralistischen Bildungssystem in der ehemaligen DDR, das nur zweimal grundlegend reformiert wurde. Mit dem Gesetz über die sozialistische Entwicklung des Schulwesens von 1959 wurde ein einheitlicher Schultyp für alle Schüler eingeführt, die 10-jährige Polytechnische Oberschule (POS). Das Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem der DDR von 1965 legte das Bildungsmonopol des Staates fest. Es galt bis zur Wende 1989.⁹⁸

Als die OECD im Jahr 2000 zum ersten Mal einen internationalen Vergleich von Schulleistungen veröffentlichte, erlebte Deutschland den "Pisa-Schock".⁹⁹ Das deutsche Schulsystem schnitt im Vergleich zu anderen eher schlecht ab. Die Folge war eine Reformwelle in fast allen Bundesländern und der Umstieg vom dreigliedrigen zum zweigliedrigen Schulsystem im Jahr 2010.¹⁰⁰ Nun gibt es entweder die Integrierte Sekundarschule, die in 13 Jahren zum Abitur führt, oder das Gymnasium, auf dem in 12 Jahren die Hochschulreife erreicht werden kann. Eltern von Kindern mit Behinderungen haben die Wahl zwischen speziellen Förderschulen oder Inklusionsklassen in Regelschulen. Private und Freie Schulen sind keine andere Schulform, sondern folgen dem gleichen Lehrplan wie staatliche Schulen.¹⁰¹ Mit Schuleintritt bleiben die Kinder zwei Jahre lang in der altersgemischten ersten Klasse. Mit Eintritt in die 3. Klasse sollten dann alle Schüler auf gleichem Lernstand sein. Zu Beginn dieser Regelung waren altersgemischte erste Klassen vorgeschrieben, inzwischen können Schulen selbst darüber entscheiden. Ein Drittel aller Berliner Grundschulen hat dieses Modell bereits wieder aufgegeben, in Schulen in Marzahn-Hellersdorf wird es noch praktiziert.¹⁰²

Die Wende brachte große Veränderungen in den Schulen und im Bildungssystem in Marzahn-Hellersdorf. Zwischen 1991 und 2006 verringerte sich die Bevölkerungszahl von 291.210 auf 247.127 Anwohner. Damit einher ging der Rückgang von Schülerzahlen, einige Schulen in Marzahn-Hellersdorf wurden daher geschlossen.

98 Bildung in Ostdeutschland, unter: http://en.wikipedia.org/wiki/Education_in_East_Germany (Zugriff 11. Juli 2014).

99 Die erste PISA-Studie 2000 (Programme for International Student Assessment) schockierte die Öffentlichkeit, da Deutschland unter dem Durchschnitt lag und jeder 4. Schüler unter 15 nicht in der Lage war, richtig zu lesen und zu schreiben. "Internationale Schulleistungsstudie der OECD" unter: <http://www.oecd.org/berlin/themen/pisa-internationaleschulleistungsstudieroecd.htm> (Zugriff 14. März 2014).

100 Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft, "Schulreform. Ergebnisse und Ausblick" (2013), unter: <http://www.berlin.de/sen/bildung/bildungspolitik/schulreform> (Zugriff 14. März 2014).

101 Bildungssystem in Berlin, unter: http://en.wikipedia.org/wiki/Education_in_Berlin (Zugriff 11. Juli 2014) und Schulstrukturreform in Berlin, unter: http://de.wikipedia.org/wiki/Schulstrukturreform_in_Berlin (Zugriff 14. März 2014).

102 Interview mit einem Bezirkspolitiker, 17. April 2013.

Laut des Bezirksbürgermeisters entwickelte Marzahn-Hellersdorf eine solche Expertise im Schließen von Schulen, dass sich Vertreter aus Westberliner Bezirken von der Bezirksverwaltung zu diesen Prozess beraten ließen. Es war dort das erste Mal in 60 Jahren, dass Schulen geschlossen wurden.¹⁰³ Seit 2006 haben sich die Bevölkerungszahlen jedoch wieder stabilisiert. Der aktuelle Schulentwicklungsplan erwartet eine stabile oder leicht steigende Anzahl von Schülern.¹⁰⁴ Die Anzahl der Schüler geht in ganz Berlin zurück, in Marzahn-Hellersdorf waren die Zahlen überdurchschnittlich hoch.¹⁰⁵

Im Berliner Vergleich war die Zahl öffentlicher und privater Schulen im Jahr 2010 in Marzahn-Hellersdorf und im Nachbarbezirk Treptow-Köpenick am niedrigsten. Der Bezirk verfügt über 57 öffentliche Bildungseinrichtungen, 46 davon sind Schulen mit insgesamt 841 Klassen und 19.788 Schülern. Neben den öffentlichen Schulen gibt es sechs Privatschulen in Marzahn-Hellersdorf. Damit hat der Bezirk zusammen mit Lichtenberg die wenigsten Privatschulen Berlins – im wohlhabenden Bezirk Steglitz-Zehlendorf gibt es 24 Privatschulen.¹⁰⁶

Ein positiver Aspekt der DDR-Vergangenheit ist, dass fast alle Kinder (98%) Kindertagesstätten (Kitas) besuchen. Hier liegt der Bezirk mit anderen Berliner Bezirken gleichauf.¹⁰⁷ Vertreter der Verwaltung erklärten, dass der Besuch von Kitas wichtiger Bestandteil der Berliner Strategie für Chancengleichheit für Kinder bei Schuleintritt sei.¹⁰⁸ Ein 40-jähriger Anwohner und sogenanntes Wendekind, der im Bezirk aufwuchs, wusste auch von vielen Tagesmüttern im Bezirk, die privat bei sich zu Hause auf Kinder aufpassen.¹⁰⁹ Sein Sohn besucht eine Kita in der Gegend. Er erklärte, wie Kitas sich um die Integration ausländischer Familien bemühen und auf alle Kinder unabhängig von ihrer Herkunft gleich eingehen. Sie helfen Einwandererfamilien und ihren Kindern beim Erlernen der deutschen Sprache und erleichtern es Eltern, mit anderen in Kontakt zu kommen. Eine Teilnehmerin der Fokusgruppe mit jüngeren Frauen lobte ebenfalls, dass Kinder in Kitas mit Kindern mit unterschiedlichen ethnischen Hintergründen in Berührung kämen.

103 Interview mit einem Bezirkspolitiker, 17. April 2013.

104 Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf, Abteilung Schule, Sport und Finanzen, Schulentwicklungsplan 2008 2012, Marzahn-Hellersdorf unter: https://www.berlin.de/imperia/md/content/bamarzahnhellersdorf/publikationen/schule/schulentwicklungsplanmarzahn_hellersdorf2008_2012.pdf?start&ts=1222770167&file=schulentwicklungsplanmarzahn_hellersdorf2008_2012.pdf (Zugriff 11. Juli 2014) (hiernach: Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf, Schulentwicklungsplan 2008–2012).

105 Ferchland, Rainer; Wilfried Barthel, Ursula Schröter und Renate Ullrich (2010), "Zur sozialen Lage von Kindern und Jugendlichen in Marzahn-Hellersdorf. Ein Beitrag zur integrierten Sozialberichterstattung". Thesen zur Studie, Originalstudie unter: http://www.kommunalpolitik-berlin.de/pdf/Broschuere_soziale_Lage_Kinder_Jugend_Marzahn_Hellersdorf.pdf (Zugriff 11. Juli 2014) (hiernach: Ferchland et al., "Zur sozialen Lage").

106 Ferchland et al., "Zur sozialen Lage".

107 Ferchland et al., "Zur sozialen Lage".

108 Interview mit einem Bezirkspolitiker, 17. April 2013. Siehe auch <http://www.berlin.de/sen/bwf/presse/archiv/20110506.1145.343337.html> (Zugriff 11. Juli 2014).

109 Interview mit einem Anwohner, 14. Februar 2013.

Im Jahr 2010 wurden 17% der Erstklässler in Marzahn-Hellersdorf als Kinder mit Migrationshintergrund klassifiziert. Dies ist der dritt-niedrigste Anteil in ganz Berlin, der bei durchschnittlich 37% liegt. Drei Viertel der Kinder mit osteuropäischem Hintergrund haben Eltern aus Russland (105 Kinder oder 5,2% aller Kinder) und Kasachstan (59 Kinder oder 2,9%). Siebzig Prozent der Kinder aus „anderen Ländern“ sind vietnamesischer Herkunft (77 Kinder oder 3,8% aller Kinder).¹¹⁰

Von insgesamt 32.856 Schülern im Bezirk verließen im gleichen Jahr 7,5% die Schule ohne einen Schulabschluss, 5,8% mit dem Hauptschulabschluss, 9,8% mit einem erweiterten Hauptschulabschluss, 27,1% mit der mittleren Reife und 50,2% mit der Hochschulreife.¹¹¹

5.2 | FAMILIÄRER HINTERGRUND UND GRÜNDE FÜR SCHULABBRUCH

Schulabbruch wird als ernst zu nehmendes Phänomen betrachtet, jedoch existieren keine Primärdaten zu Schulabbrechern in Berlin. Dieses Unterkapitel beruft sich dementsprechend auf Sekundärquellen wie Vergleichsstudien oder Zeitungsberichte.¹¹² Um ungerechtfertigte Rankings von Schulen zu vermeiden, veröffentlicht der Berliner Senat keine nach Schulen gegliederte Schulabbrecherstatistik. Die Rate hängt stark vom sozialen Umfeld der Schule ab, welches in Berlin teilweise stark variiert.¹¹³ Ein Bericht in der *Süddeutschen Zeitung* gibt an, eine Schule im wohlhabenden Bezirk Zehlendorf sei mit einer Schule im armen Bezirk Wedding nicht vergleichbar.¹¹⁴ Er verweist auf eine Studie der Technischen Universität Dortmund, laut derer 7,1% der Berliner Jugendlichen im Jahr 2012 die Schule ohne formellen Abschluss verließen. In der Sekundarstufe II liege die Schulabbrecherrate mit 27% am höchsten im Vergleich zu anderen Bundesländern der ehemaligen DDR.¹¹⁵ Berlins Integriertes

110 Interview mit einem Anwohner, 14. Februar 2013.

111 Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf, Schulentwicklungsplan 2008-2012.

112 Das Deutsche Jugendinstitut veröffentlichte nach dem PISA-Schock bis 2005 mehrere Studien zu Schulabbrechern in Deutschland. Siehe DJI Online Oktober 2005, "Chancen für Schulmüde", unter: <http://www.dji.de/index.php?id=40632> (Zugriff 15. März 2014).

113 "Berlin verweigert Auskunft über Schulabbrecher. Transparenz: ungenügend", 31. Januar 2013, unter <http://www.sueddeutsche.de/bildung/berlin-verweigert-auskunft-ueber-schulabbrecher-transparenz-ungenuegend-1.1588611> (Zugriff 3. September 2013).

114 "Berlin verweigert Auskunft über Schulabbrecher. Transparenz: ungenügend", 31. Januar 2013, unter <http://www.sueddeutsche.de/bildung/berlin-verweigert-auskunft-ueber-schulabbrecher-transparenz-ungenuegend-1.1588611> (Zugriff 3. September 2013).

115 Die Quelle der Studie im in Fußnote 107 erwähnten Artikel der "Süddeutschen Zeitung" findet sich nicht im Internet, aber es gibt eine Sonderausgabe der Zeitschrift für Pädagogik 57 (2) (März/April 2011), die sich mit einer Reihe von Aspekten im Zusammenhang mit Schulabbruch in Deutschland beschäftigt: http://www.pedocs.de/zeitschriften.php?action=get_heft&zeitschriftentitel=Zeitschrift+f%FCr+P%E4dagogik&zeitschriftenjahr=2011&zeitschriftenheft=2 (Zugriff 11. Mai 2014).

Stadtentwicklungskonzept¹¹⁶ will die Gründe für die hohe Jugendarbeitslosigkeit weiter in Bezug auf mögliche Zusammenhänge mit der Zahl der Jugendlichen ohne Schulabschluss erforschen.

Wie bereits erwähnt, geht der Berliner Senat von einem Zusammenhang von sozialem Umfeld einer Schule und der Schulabbrecherrate aus. In Interviews mit Interessenvertretern und Fokusgruppenteilnehmern wurden soziale und ökonomische Faktoren sowie der Bildungshintergrund von Eltern ebenfalls als wichtige Faktoren erwähnt.

In Marzahn-Hellersdorf haben 23,4% der Mütter entweder keinen Schulabschluss oder lediglich einen Hauptschulabschluss, im Vergleich zu 20,1% im Berliner Durchschnitt. Über die Hälfte aller Eltern in Marzahn-Hellersdorf besuchten nur 10 Jahre lang eine Schule. Das sind mehr Eltern als in allen anderen Bezirken, in denen der Durchschnitt bei 33% liegt. Im Gegensatz dazu liegt der Anteil von Eltern mit Abschluss der Polytechnischen Oberschule oder mit Universitätsabschluss nur bei 25%, was der Hälfte des Berliner Mittelwerts entspricht (50%).¹¹⁷

Fast die Hälfte (46%) aller Kinder unter sechs Jahren in Marzahn-Hellersdorf leben in Haushalten, die soziale Transferleistungen beziehen. Dies liegt weit über dem Berliner Durchschnitt von 35%.¹¹⁸ Im Vergleich zu anderen Bezirken leben in Marzahn-Hellersdorf die meisten alleinerziehenden Eltern: 38,5% der Erstklässler leben in Haushalten mit nur einem Elternteil, im Rest der Stadt sind es durchschnittlich 25,5%. Alleinerziehende Eltern mit niedrigem Bildungshintergrund sind besonders häufig von Armut und Überarbeitung gefährdet. In der Fokusgruppe Bildung erwähnten Teilnehmer die auffällig hohe Anzahl von geschiedenen Familien in Marzahn. Sie sagten auch, dass alleinerziehende Eltern wegen der niedrigen Mieten in die Gegend ziehen. Der Anteil der Kinder, die mit beiden Elternteilen zusammen leben (60%) ist der niedrigste von ganz Berlin. Der Durchschnitt beträgt 74%.¹¹⁹

Einige Fokusgruppenteilnehmer äußerten sich kritisch gegenüber der als hoch empfundenen Zahl minderjähriger Eltern. Ein Teilnehmer formulierte drastisch:

*Statt zu lernen setzen sie Kinder in die Welt.*¹²⁰

116 Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf, Abteilung Ökologische Stadtentwicklung & Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Abteilung IV, "Integriertes Stadtentwicklungskonzept", INSEK 2011/12, unter: http://www.berlin.de/imperia/md/content/bamazahnellersdorf/stadtplanung/grosssiedlungen/insek/insek2012_bericht_k_1.pdf?start&ts=1358239890&file=insek2012_bericht_k_1.pdf (Zugriff 11. Juli 2014).

117 Marzahn-Hellersdorf, Berlin, Bezirksamt, "Gesundheitsberichterstattung. Ergebnisse der Einschulungsuntersuchungen Schuljahr 2011/2012. Beiträge zur integrierten Gesundheits- und Sozialberichterstattung" (hiernach: Marzahn-Hellersdorf, Berlin, Bezirksamt, "Gesundheitsberichterstattung").

118 Marzahn-Hellersdorf, Berlin, Bezirksamt, "Gesundheitsberichterstattung".

119 Marzahn-Hellersdorf, Berlin, Bezirksamt, "Gesundheitsberichterstattung".

120 Teilnehmer/in der Fokusgruppe Partizipation, 21. Mai 2013.

Ein anderer Teilnehmer fügte hinzu:

*Es gibt sehr viele junge Eltern, und meist sind sie überfordert.*¹²¹

Der offizielle Gesundheitsbericht der Bezirksverwaltung unterstützt diese Aussage und verweist auf die höchste Rate von Schwangerschaften im Teenager-Alter von ganz Berlin.¹²² Einige Teilnehmer äußerten die Ansicht, dass diese Rate mit Sozialhilfe und Kindergeld in Zusammenhang stehen könnte.¹²³ Eine Teilnehmerin in der Fokusgruppe mit jüngeren Frauen erklärte das Phänomen Schwangerschaft von Minderjährigen mit Verweis auf die „Generation Hartz IV“. Ihrer Meinung nach gibt es zwei oder drei solcher Generationen ohne geregelte Arbeitsverhältnisse, in denen sich eine Kultur der Abhängigkeit entwickelt habe.¹²⁴ Eine andere Teilnehmerin meinte, Kinder kämen zu früh mit Pornographie in Berührung und Kinder seien ein Weg, um an Geld zu kommen.¹²⁵ Noch eine Teilnehmerin sagte:

*Einige der jungen Mütter sehen ihre Kinder als Spielzeuge, nur um dann zu spät zu merken, dass sie doch keine Spielzeuge sind.*¹²⁶

Ein Anwohner beschrieb den Kontakt zu minderjährigen Eltern in der Kita seines Sohnes. Seiner Erfahrung nach nehmen diese Eltern nicht an Elternabenden teil und kümmern sich nicht um die Erziehung ihrer Kinder.¹²⁷ Andere zählten die Schwierigkeiten auf, mit denen junge Mütter konfrontiert sind, und bemühten sich um Lösungsvorschläge, wie diese Teilnehmerin der Fokusgruppe mit jüngeren Frauen:

*Es fehlen ordentliche Spielplätze und flexible Öffnungszeiten der Kita bis 20h, beides würde jungen alleinerziehenden Müttern helfen.*¹²⁸

Fokusgruppenteilnehmerinnen äußerten sich positiv über eine Kita in Marzahn-Hellersdorf, wo die Kinder sogar übernachten können. Kinder- und Jugendklubs sollten auch an Wochenenden geöffnet sein, und sie forderten, es solle mehr solcher Einrichtungen geben.¹²⁹

121 Teilnehmer/in der Fokusgruppe Partizipation, 21. Mai 2013.

122 Marzahn-Hellersdorf, Berlin, Bezirksamt, "Gesundheitsbericht Marzahn-Hellersdorf 2006/2007. Beiträge zur integrierten Gesundheits- und Sozialberichterstattung Marzahn-Hellersdorf" S. 4, unter: https://www.berlin.de/imperia/md/content/bamarzahnhellersdorf/publikationen/gesbericht2002/gesbericht2006_2007.pdf?start&ts=1215168222&file=gesbericht2006_2007.pdf (Zugriff 15 März 2014).

123 Fokusgruppe Partizipation, 21. Mai 2013.

124 Teilnehmer/in der Fokusgruppe Partizipation, 6. Juni 2013.

125 Teilnehmer/in der Fokusgruppe mit jüngeren Frauen, 6. Juni 2013.

126 Teilnehmer/in der Fokusgruppe mit jüngeren Frauen, 6. Juni 2013.

127 Interview mit einem Anwohner, 14. Februar 2013.

128 Teilnehmer/in der Fokusgruppe mit jüngeren Frauen, 6. Juni 2013.

129 Fokusgruppe mit jüngeren Frauen, 6. Juni 2013.

Im Bezirk gibt es die sogenannte Integrierte Gesundheits- und Sozialberichterstattung. Aufgabe ist Festlegung und Beobachtung der sozialen Indikatoren der Gegend.¹³⁰ Es zeigen sich einige Gemeinsamkeiten für unterschiedliche Gruppen im Bezirk. So verbringen Kinder aus alleinerziehenden Haushalten und Familien mit Migrationshintergrund weniger Zeit in der Kita als Kinder aus Familien mit zwei Elternteilen oder deutscher Herkunft.¹³¹ Der Bericht zeigt auch einen klaren Zusammenhang zwischen der Zeit, die Kinder in der Kita verbringen und dem Bildungshintergrund der Eltern. Dieser ist unter Alleinerziehenden und Einwandererfamilien oft gering.¹³² Nur 5% aller alleinerziehenden Eltern gehört der höheren Bildungsstatusgruppe an, aber 37,5% finden sich in der untersten Statusgruppe. Dies erklärt geringe Bildung und hohe Arbeitslosigkeit unter Müttern.¹³³

Wie in ganz Deutschland, gibt es in Marzahn-Hellersdorf eine auffällige Diskrepanz in den Bildungserfolgen von Jungen und Mädchen. Während die Jungen in der Gruppe mit niedrigem Bildungsabschluss überrepräsentiert sind, gibt es mehr Mädchen als Jungen mit höherer Qualifikation.¹³⁴ Fast die Hälfte aller Kinder (49,8%) im Bezirk benötigen neben der Schule zusätzliche Förderung. Jungen sind eindeutig stärker betroffen als Mädchen, Kinder von Einwanderern stärker als Kinder deutscher Herkunft.¹³⁵

5.3 | BILDUNG FÜR KINDER MIT BEHINDERUNGEN

Es gibt zahlreiche Bildungseinrichtungen speziell für Kinder mit Lernschwierigkeiten.¹³⁶ Das Land Berlin hat in einem ersten Schritt das Modell der Integrationsklassen eingeführt, um mehr Kinder mit Behinderungen (darunter Kinder mit Sehbehinderungen) aus Sonder- und Förderschulen in Regelschulen in integrieren, wo sie ihre Lernfähigkeit unter Beweis stellen können. Die Berliner Erfahrung zeigt, dass eine umfassende Integration von Kindern mit besonderen Förderbedürfnissen nur Hand in Hand mit der maßgeblichen Verkleinerung von Schulklassen und der Einstellung zusätzlichen, speziell qualifizierten Lehrpersonals funktionieren kann.¹³⁷ Seit 2007 reduzierte sich die Anzahl spezieller Förderschulen (Sonderschulen) in Marzahn-Hellersdorf von neun auf drei, die Lehrer wurden Regelschulen zugeteilt.

130 Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf, "Integrierte Gesundheits- und Sozialberichterstattung" 2003–2012, unter: <https://www.berlin.de/ba-marzahn-hellersdorf/verwaltung/gesundheit/ges.soz.berichte.html> (Zugriff 15. März 2014).

131 Marzahn-Hellersdorf, Berlin, Bezirksamt, "Gesundheitsberichterstattung".

132 Marzahn-Hellersdorf, Berlin, Bezirksamt, "Gesundheitsberichterstattung".

133 Marzahn-Hellersdorf, Berlin, Bezirksamt, "Gesundheitsberichterstattung".

134 Ferchland et al., "Zur sozialen Lage".

135 Marzahn-Hellersdorf, Berlin, Bezirksamt, "Gesundheitsberichterstattung".

136 Ferchland et al., "Zur sozialen Lage".

137 Ferchland et al., "Zur sozialen Lage".

Laut Erfahrungen des Bezirks profitieren alle Beteiligten von gemischten Gruppen.¹³⁸ Für den Bürgermeister sind die Ängste und Sorgen von Eltern behinderter und nicht-behinderter Kindern entscheidend.¹³⁹ Einige Interessenvertreter aus dem Planungsbereich äußerten jedoch Bedenken in der Umsetzung des inklusiven Ansatzes. Art und Tragweite der Behinderungen von rund 20% der betroffenen Kinder erfordern ihrer Meinung nach tiefgreifende strukturelle und personelle Veränderung und Anpassungen für barrierefreiem Zugang, von denen öffentliche Einrichtungen in Marzahn-Hellersdorf jedoch weit entfernt seien. Ein Interviewteilnehmer sagte:

Es ist schwer, im Kontext öffentlicher Sparmaßnahmen ein inklusives Bildungssystem aufzubauen, denn um die nötigen Bedingungen zu schaffen, wird Geld gebraucht.¹⁴⁰

5.4 | DISKRIMINIERUNG

Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz von 2006 verbietet direkte und indirekte Diskriminierung im Bildungswesen. Die häufigste Form direkter Diskriminierung, die im Rahmen der Studie identifiziert wurde, ist Mobbing – wobei weder Interessenvertreter noch Fokusgruppenteilnehmer dieses als Diskriminierung bezeichneten. Tatsächlich wurde Diskriminierung nur einmal ausdrücklich erwähnt, als ein Vater in der Fokusgruppe Bildung von der Erfahrung seiner Tochter mit Mobbing in der Schule berichtete. Diese Schule wurde trotz ihres guten akademischen Rufs mehrmals in Fokusgruppendifkussionen erwähnt, stets im Zusammenhang mit angeblich schwierigen Schülerinnen und Schüler. Eine andere Teilnehmerin der Fokusgruppe Bildung beschrieb die Mobbing Erfahrung der Tochter einer Freundin, die ihrer Meinung nach ohne Sanktionen blieb.¹⁴¹

Es gab Anspielungen auf indirekte Diskriminierung aufgrund des sozialen Hintergrunds, der aber im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz nicht als unrechtmäßiger Grund für Diskriminierung erwähnt wird. Schlüsselmoment in der schulischen Laufbahn ist die weiterführende Schulempfehlung der Lehrer im Übergang von Klasse 6 und 7. Daten belegen, dass Schülerinnen und Schüler aus den Einfamilienhaussiedlungen im Süden doppelt so häufig eine Gymnasialempfehlung bekommen wie Kinder aus den großen Plattenbausiedlungen im Norden.¹⁴² Hier deutet sich ein besorgniserregendes Muster ungleicher Bildungschancen aufgrund

138 Siehe INKA Marzahn-Hellersdorf – Regionales Zentrum für Schulerfolg und inklusive Bildung unter: http://bildungsserver.berlin-brandenburg.de/fileadmin/bbb/themen/inklusion/tagung_2012/INKA_Marzahn-Hellersdorf_Vortrag.pdf (Zugriff 11. Juli 2014).

139 Interview mit einem Bezirkspolitiker, 17. April 2013.

140 Interview mit einem Mitarbeiter einer lokalen Organisation, 6. Mai 2013.

141 Fokusgruppe Bildung, 15. Mai 2013.

142 Ferchland et al., "Zur sozialen Lage".

von Einkommen und sozialer Klassenzugehörigkeit an. Es ist deswegen eine Herausforderung für alle im Bildungsbereich Arbeitenden, Kinder und Jugendlichen so zu fördern, dass alle gleiche Bildungschancen haben. Der Bezirk versucht, dies mit seinem Masterplan zu erreichen (siehe Kapitel 3). Er soll dafür sorgen, dass alle Jugendlichen im Bezirk einen Ausbildungsplatz finden.

5.5 | EFFEKTE DER KOMPLEXITÄT IM BEREICH BILDUNG

Es gibt einige Maßnahmen, mit denen bessere Bildungsangebote im Bezirk geschaffen werden sollen. Der Schulentwicklungsplan 2008 -2012 für Marzahn-Hellersdorf identifizierte ein nötiges Investitionsvolumen von 92,5 Millionen Euro, hauptsächlich für räumliche Infrastruktur.¹⁴³ Der nächste Schulentwicklungsplan 2013-2017 sprach nur noch von 60,7 Millionen Euro, da in der ersten Periode mehr investiert worden sei als erwartet.¹⁴⁴ Das Jugendamt z.B. finanzierte Projekte wie Schulstationen¹⁴⁵ und Schülerclubs, die Kinder und Jugendliche außerhalb der Unterrichtszeit schulisch unterstützen, organisiert von einem zivilgesellschaftlichen Träger.¹⁴⁶ Diese Art von Finanzierung ist Resultat der komplexen Zuständigkeiten im Bereich Bildung, in dem verschiedene geltenden Rechtsvorschriften (das Berliner Schulgesetz, Jugendhilfe) und unterschiedliche Verwaltungsebenen (Schule, Bezirk, Land) involviert sind.¹⁴⁷

Der Leiter einer kaufmännischen Berufsschule in Marzahn betont den Wert von Bildung. Seiner Erfahrung nach sind Klassengrößen und die Art der Vermittlung von Grundwissen eine größere Herausforderung als der Zustand von schulischen Einrichtungen. Auch in der Fokusgruppe mit jüngeren Männern wurden große Schulklassen als Problem bezeichnet. Ein junger Mann, der im Bezirk zur Schule gegangen war, erinnerte sich: „Wir hatten Klassen mit einem Lehrer und 30 Schülern.“ Seiner Meinung nach waren die Klassen zu groß, um einzelnen Schülerinnen und Schülern gerecht zu werden. Die meisten Fokusgruppenteilnehmer sprachen sich für kleinere Klassen aus. Sie teilten die Ansicht, dass Lehrer mit den heutigen Klassengrößen überfordert sind.¹⁴⁸

¹⁴³ Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf, Schulentwicklungsplan 2008-2012.

¹⁴⁴ Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf, Schulentwicklungsplan 2013 – 2017 (hiernach: Schulentwicklungsplan 2013-2017) unter: http://www.berlin.de/imperia/md/content/bamarzahnellersdorf/ba-beschlsse/2014/vzb635_iv.pdf?start&ts=1390397063&file=vzb635_iv.pdf (Zugriff 10. Mai 2014).

¹⁴⁵ Schulstationen sind von der Schule unabhängige Anlaufstellen. Sie unterstützen Kinder und Jugendliche einer Schule bei persönlichen Problemen und/oder Schwierigkeiten mit Familie oder Schule. Mehr unter: <http://www.berlin.de/ba-neukoelln/schulamtschulstationen.php> (Zugriff 11. Juli 2014).

¹⁴⁶ Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf, Schulentwicklungsplan 2008-2012.

¹⁴⁷ „Gesetz über die Zuständigkeiten in der Allgemeinen Berliner Verwaltung“ unter: <http://www.berlin.de/imperia/md/content/seninn/abteilungi/fooo41.pdf> (Zugriff 16. März 2014).

¹⁴⁸ Fokusgruppe mit jüngeren Männern, 4. Juli 2013.

Ein weiteres wiederkehrendes Thema der Fokusgruppe Bildung ist die Professionalität und Qualität von Lehrerinnen und Lehrern. Ein Sozialarbeiter aus der Gegend meinte, dass Marzahn unter Lehrern einen schlechten Ruf habe. Eine Versetzung in eine Marzahner Schule werde dementsprechend als Strafe angesehen. Eine Mutter in der Fokusgruppe Bildung denkt, dass Lehrerinnen und Lehrer aus Marzahn sich oft in andere Bezirke versetzen lassen. Lehrerwechsel und Lehrermangel in Marzahner Schulen sind häufig, oft können bestimmte Fächer gar nicht unterrichtet werden.¹⁴⁹ Es existieren zwar keine offiziellen Angaben zur Zahl von Lehrerwechseln in Berliner Bezirken, doch reflektiert der in der Fokusgruppe geäußerte Eindruck den Wettbewerb, der zwischen Bundesländern um junge Lehrer stattfindet. Laut *Berliner Zeitung* wechseln jedes Jahr rund 200 Berliner Lehrerinnen und Lehrer an Schulen im benachbarten Brandenburg. Jeder fünfte in Berlin lebende Lehrer pendelt nach Brandenburg zur Arbeit. Dort genießen sie im Gegensatz zu Berlin Beamtenstatus. Berliner Lehrer sind meist nur einfache Angestellte.¹⁵⁰ Das macht Brandenburg für Lehrerinnen und Lehrer attraktiver als Berlin. Schätzungen zufolge fehlen dort bis 2015 mindestens 5.000 Lehrer. Inzwischen wird auch in Berlin akzeptiert, dass Verbeamtung und bessere Bezahlung nötig sind, um mehr Lehrer für die Stadt zu gewinnen.¹⁵¹

Lehrer und Unterrichtsqualität wurden von Fokusgruppenteilnehmern teils stark kritisiert. So sagte Peter aus der Fokusgruppe mit jüngeren Männern:

*Lehrer sind immer weniger Lehrer, sie wissen nicht, was sie mit ihren Schülern anfangen sollen.*¹⁵²

Ein Teilnehmer der Fokusgruppe Bildung berichtete:

*Lehrer ziehen keine Konsequenzen mehr, die Beziehung zwischen Lehrern und Schülern ist nicht so gut. Es hilft doch nicht, wenn den Kindern ein Eis versprochen wird, wenn sie ihre Hausaufgaben machen.*¹⁵³

Die Fokusgruppe diskutierte auch über die Ausbildung von Lehrern und inwiefern diese die Situation verbessern könne. Ein Teilnehmer, der in einem Gemeinschaftszentrum im Bezirk arbeitet, folgerte, dass mehr junge Lehrerinnen und Lehrer den gängigen Unterrichtsstil verändern könnten.¹⁵⁴

149 Fokusgruppe Bildung, 15. Mai 2013.

150 *Berliner Zeitung*, "Die Konkurrenz im Nachbarland" unter: <http://www.berliner-zeitung.de/berlin/lehrer-in-brandenburg-die-konkurrenz-im-nachbarland,10809148,24056664.html> (Zugriff 11. Mai 2014).

151 Lehrer, die nach Berlin wechseln, dürfen Beamtenstatus behalten", BZ, 31. Juli 2012, unter: <http://www.bz-berlin.de/archiv/lehrer-die-nach-berlin-wechseln-duerfen-beamtenstatus-behalten-article1511698.html> (Zugriff 16. März 2014).

152 Teilnehmer/in der Fokusgruppe mit jüngeren Männern, 4. Juli 2013.

153 Teilnehmer/in der Fokusgruppe Bildung, 15. Mai 2013.

154 Fokusgruppe Bildung, 15. Mai 2013.

Laut Aussage eines Schulleiters wird die Rolle von Schulen und Bildung in der Gesellschaft zunehmend problematisch. Einerseits gebe es die normativen Vorstellungen der Gesellschaft, die er als *Benimm-Kultur* bezeichnete. Diese artikuliere bestimmte Wertvorstellungen, die auf friedlichem Zusammenleben basieren. Dieses müsse innerhalb der Familien vorgelebt werden. Ist dies nicht der Fall, müssen Schulen seiner Meinung nach als Reparaturservice für negative Tendenzen in der Gesellschaft fungieren.¹⁵⁵

Um dieser Herausforderung zu begegnen hat der Schulleiter neue Lernstrategien entwickelt. Klassen 9 und 10 wurden in eine Ausbildungsklasse zusammengelegt, in der praktisches Lernen im Mittelpunkt steht.¹⁵⁶ Ansätze wie dieser, die zu mehr Kreativität im Schulalltag führen, werden in Privatschulen meist erfolgreicher implementiert als in staatlichen Schulen. Schülerinnen und Schüler aus benachteiligten Gegenden besuchen meist große staatliche Schulen, in denen Ressourcen oft knapp sind. Sie kommen dementsprechend seltener in den Genuss innovativer Ansätze, von denen sie profitieren könnten.¹⁵⁷

Ein Teilnehmer der Fokusgruppe mit jüngeren Männern betonte, dass es seiner Meinung nach in Berlin zu viele Pilotprojekte gebe.¹⁵⁸ Ein Interessenvertreter aus dem Quartiersmanagement der Gegend argumentierte in die gleiche Richtung. Ein Problem von Pilotprojekten sei ihre mangelnde Nachhaltigkeit. Oft werden sie aus zeitlich begrenzten Programmen finanziert, was im Bildungsbereich problematisch sei:

*Wir brauchen eine durchgehende Finanzierung für Schulen und Kitas. Klassen mit benachteiligten Kindern brauchen mehr Ressourcen.*¹⁵⁹

Geldmangel sei jedoch nur ein Aspekt des Problems. Er verwies auf andere Herausforderungen für das Quartiersmanagement. Manchmal sei es schwierig, mit Schulen in Kontakt zu treten. Schulsozialarbeit habe oft ein schlechtes Image unter Schülerinnen und Schülern, aber auch bei Eltern und Lehrern.¹⁶⁰ Einige Programme zur Förderung randständiger Gruppen funktionierten gut, z.B. die *Teilhabeapakete* und *Elterencoache* (siehe Infokästen unten).¹⁶¹ Aufgrund der bürokratischen Hürden in der Beantragung zusätzlicher finanzieller Leistungen würden erstere allerdings nur von 35% der Berechtigten in Anspruch genommen.¹⁶²

155 Interview mit einem Lehrer in einer ortsansässigen Schule, 4. Juni 2013.

156 Interview mit einem Lehrer in einer ortsansässigen Schule, 4. Juni 2013.

157 Interview mit einem Lehrer in einer ortsansässigen Schule, 4. Juni 2013.

158 Fokusgruppe mit jüngeren Männern, 4. Juli 2013.

159 Interview mit einem Mitarbeiter einer lokalen Organisation, 6. Mai 2013.

160 Interview mit einem Mitarbeiter einer lokalen Organisation, 6. Mai 2013.

161 "Gewährung der Leistungen im Bildungs- und Teilhabepaket (BuT)" (unter: <https://www.berlin.de/ba-marzahn-hell-ersdorf/buergerdienste/buergeraemter/bildungsunteilhabe.html>) (Zugriff 16. März 2014).

162 Interview mit einem Mitarbeiter einer lokalen Organisation, 6. Mai 2013.

TEILHABEPAKETE

Teilhabe Pakete kommen für die Kosten von Tagesausflügen und Klassenfahrten von Schulen und Kindergärten, Schulbücher und Hefte, Fahrtgeld, kulturelle und soziale Teilhabe, Schulessen, Einrichtungen der Kinder- und Familienpflege und zusätzliche Kosten für Nachhilfe auf.

ELTERNCOACHE

Jede der 10 Schulen in Marzahn-Hellersdorf erhielt €5,000 für die Entwicklung eines Coaching-Programms für Eltern. Die Coache unterstützen Eltern bei speziellen Problemen. Sie sind Teil des Masterplans des Bezirks, um Jugendarbeitslosigkeit in Marzahn-Hellersdorf bis 2016 zu beenden. Das Coaching-Programm begann im Januar 2012. Die Coache werden von einer Vermittlungsstelle koordiniert. Bisher gibt es noch keine Angaben über die Anzahl von Eltern, die diesen Service in Anspruch nehmen.

5.6 | ÜBERGANG VON SCHULE ZU ARBEITSMARKT

Das Angebot von Ausbildungsplätzen im Bezirk ist ein wichtiger Bestandteil des Masterplans des Bezirksbürgermeisters zur Erleichterung des Übergangs von Schule zu Arbeitsmarkt.¹⁶³ Eine Ausbildung ist wichtig für die berufliche Zukunft junger Leute. Eine Teilnehmerin der Fokusgruppe Bildung, die ein Gemeinschaftszentrum im Bezirk leitet, betonte die Wichtigkeit der frühzeitigen Vorbereitung von Schülerinnen und Schüler auf das Berufsleben, am besten sogar bereits in der Kita. Bisher gebe es „keine guten Ideen, wie das funktionieren soll“.¹⁶⁴ Ein Interessenvertreter aus der Gegend, ein Bauarbeiter, der im Bezirk aufgewachsen ist, meinte, dass Ausbildungsplätze durchaus vorhanden seien. Die negative Medienberichterstattung, in der junge Leute oft aufgrund mangelnden Schulerfolgs als unvermittelbar dargestellt würden, sei allerdings ein Problem. Er erinnerte sich an die Schwierigkeiten seiner Tochter bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz:

Es war schwer, einen Ausbildungsplatz für meine Tochter zu finden. Sie wollte gerne Altenpflegerin lernen. Andere Ausbildungsplätze sind umsonst, aber wir mussten jeden Monat 170 Euro für ihre Ausbildung zahlen. Sie bekommt das normale Lehrlingsgehalt. Aber das ist im öffentlichen Sektor, bei einem Privatunternehmen wäre die Ausbildung noch teurer gewesen.¹⁶⁵

163 Interview mit einer Mitarbeiterin der Bezirksverwaltung, 14. Februar 2013.

164 Fokusgruppe Bildung, 15. Mai 2013.

165 Interview mit einem Anwohner, 14. Februar 2013.

6.

ARBEIT

Um die ökonomische Ausgrenzung randständiger Gruppen der Mehrheitsgesellschaft in den Plattenbausiedlungen im Norden Marzahn-Hellersdorfs zu untersuchen, beschäftigt sich dieses Kapitel hauptsächlich mit der Arbeitsmarktsituation im Bezirk. Es beleuchtet die Hauptursachen für die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit in diesem Teil des Bezirks und stellt die besonders stark von ökonomischer Ausgrenzung betroffenen einzeln Gruppen vor. Es endet mit einer Beschreibung möglicher Lösungsstrategien, die von Bezirksverwaltung und anderen Akteuren implementiert wurden, die sich für die soziale und ökonomische Integration randständiger Gruppen einsetzen. Auch schlägt es einige weitere mögliche Handlungsansätze vor. Zunächst allerdings ist eine kurze Darstellung der wirtschaftlichen Lage in Deutschland, Berlin und im Norden Marzahn-Hellersdorfs, wo die Studie durchgeführt wurde, nötig. Dies ermöglicht dem Leser, die Vielschichtigkeit der Probleme nachzuvollziehen, mit denen sich die Bezirksverwaltung konfrontiert sieht, in ihrem Kampf gegen tief verwurzelte Mechanismen ökonomischer Exklusion, die im Norden des Bezirks existieren.

6.1 | DAS ZWEITE DEUTSCHE WIRTSCHAFTSWUNDER UND SEINE FOLGEN FÜR MARZAHN-HELLERSDORF

Dank seiner robusten, exportorientierten Ökonomie, die stark von der EU-Osterweiterung und der umfassenden Umwandlung des Wohlfahrtsstaates durch die Hartz IV-Reformen der Bundesregierung in den frühen 2000ern profitierte, ist Deutschland heute eines der wenigen EU-Länder, die mit Sicherheit behaupten können, der Rezession nach der globalen Wirtschaftskrise 2008 entkommen zu sein. Doch trotz der stetig sinkender Arbeitslosenrate und steigenden Profiten führender deutscher Unternehmen wurden die Methoden, mit denen das neue deutsche Wirtschaftswunder erreicht wurde, in den letzten Jahren häufig kritisiert. Gewerkschaftsverbände kritisieren, dass verschiedene Maßnahmen der jüngsten Wohlfahrtsstaatsreform (wie die berühmten 1-Euro-Jobs) zu geringeren Gehältern für Angestellte führen und das zunehmende Phänomen der Unterbeschäftigung in weiten Teilen der deutschen Bevölkerung verdecken. Die Menschen gelten offiziell als beschäftigt, verdienen aber weniger, als sie für ihren Lebensunterhalt benötigen.¹⁶⁶ Zum anderen bemerken Kritiker im linken politischen Spektrum, dass die hohen Profite großer deutscher Unternehmen von der im letzten Jahrzehnt wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich ablenken.¹⁶⁷ Eine nicht zu verachtende Anzahl von Deutschen lebt heute unterhalb der Armutsgrenze, eine Situation, die vor einigen Jahrzehnten noch unvorstellbar war.

166 Ben Knight, "Hartz Reforms: how a benefits shakeup changed Germany", *The Guardian*, 1. Januar 2013, unter: <http://www.theguardian.com/commentisfree/2013/jan/01/germany-hartz-reforms-inequality> (Zugriff 5. Januar 2013) (hiernach: Knight, "Hartz Reforms").

167 Knight, "Hartz Reforms".

Trotz der positiven wirtschaftlichen Entwicklung der letzten Jahre kämpft Berlin weiterhin mit chronischer Arbeitslosigkeit und hoher öffentlicher Verschuldung. Obwohl der Wiederaufbau der ehemals geteilten Stadt während der 1990er Jahre Arbeitsplätze in der Bauindustrie und ihren Vertragspartnern geschaffen hat, und der Umzug der Bundesregierung Ende des Jahrtausends viele neue Arbeitsplätze für Akademiker mit sich brachte, führte der Umbau der ehemals Ostberliner Wirtschaft als Folge der Vereinigung zu hoher Arbeitslosigkeit in den östlichen Teilen der Stadt. Gleichzeitig verlor der Berliner Westen die Subventionen des Bundes, die während des Kalten Kriegs gezahlt wurden. Diese Faktoren führten zu steigender Verschuldung der Stadt und zwangen den Berliner Senat, die Zahl der öffentlichen Angestellten zu reduzieren. Trotz der Tatsache, dass Berlin während der letzten Jahre einige internationale Unternehmen anlocken konnte und von Tourismus und Kreativindustrie profitiert, ist die Arbeitslosenrate in der Stadt (12,1% im Januar 2014) immer noch fast doppelt so hoch wie der Bundesdurchschnitt (7,3%).

Aufgrund ihrer Geschichte sind die östlichen Stadtteile besonders stark von Arbeitslosigkeit und den damit einhergehenden sozialen und ökonomischen Problemen betroffen. In diesem Sinne bildet Marzahn-Hellersdorf keine Ausnahme. Wie jedoch in Kapitel 2 besprochen, lässt sich der Bezirk, was sozioökonomische Basisdaten betrifft, in zwei verschiedene Teile trennen. Im südlichen Teil liegt die Arbeitslosigkeit fast überall unter dem Berliner Durchschnitt, während im Norden, der Stadtteile wie Marzahn-Nord und Hellersdorf-Nord miteinschließt, fast ein Drittel der Bevölkerung ohne Arbeit und dementsprechend abhängig von sozialen Transferleistungen ist. Wie die folgenden Abschnitte demonstrieren, versucht die Bezirksregierung dieser Situation mit Unterstützung der noch bestehenden lokalen Industrie und ihrer Vertragspartner, der Entwicklung eines gesundheitlichen Dienstleistungssektors, dem Anwerben neuer wissenschaftlicher Industrien und der Werbung für den touristischen Standort Marzahn-Hellersdorf, zu begegnen. Da aber in letzter Zeit Arbeitslose aus den innerstädtischen Bezirken in Randgebiete wie Marzahn-Nord verdrängt wurden und die Bezirksregierung nur bedingt gegen soziale und ökonomische Ungleichheit vorgehen kann, werden die Arbeitslosenzahlen im Bezirk vermutlich auf absehbare Zeit hoch bleiben.

6.2 | GRÜNDE FÜR ARBEITSLOSIGKEIT

Es gibt verschiedene Gründe für die hohe Arbeitslosigkeit im nördlichen Teil des Bezirks. Wie mehrere Interessenvertreter erklärten, wurden Marzahn und Hellersdorf mit der Intention geplant, Leben und Arbeit räumlich voneinander zu trennen.¹⁶⁸ Während die neu errichtete Infrastruktur im Bezirk wie Schulen, Krankenhäuser, Polizeistationen und Bibliotheken einige Arbeitsplätze mit sich brachte,¹⁶⁹ arbeiteten

¹⁶⁸ Interview mit einem Polizist, 10. Juli 2013; Interview einem Journalist, 17. April 2013.

¹⁶⁹ Runder Tisch, 10. Februar 2014.

die meisten Bewohner bereits zu DDR-Zeiten in anderen Berliner Bezirken wie Lichtenberg oder im angrenzenden Brandenburg und kamen nach der Arbeit zurück. Mit Auflösung der DDR verschwanden die meisten dieser Jobs und viele Marzahner und Hellersdorfer fanden nie mehr den Weg zurück in den ersten Arbeitsmarkt. Hinzu kam die angespannte finanzielle Situation des Bezirks nach der Vereinigung, was sich auch auf die lokale Infrastruktur auswirkte und noch mehr Menschen ohne sichere Arbeitsplätze zurück ließ.¹⁷⁰

Viele Menschen, die ihren Job in der Wendezeit verloren, wurden zunächst durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) wieder in den Arbeitsmarkt integriert. Dieses Bundesprogramm zur Bekämpfung der steigenden Arbeitslosenzahlen im wiedervereinigten Deutschland (besonders im Osten) gab Menschen Beschäftigung in niedrig bezahlten, staatlich subventionierten Positionen im zweiten Arbeitsmarkt.¹⁷¹ Viele dieser Stellen wurden später in Beschäftigungsverhältnisse im wachsenden sozialen Sektor umgewandelt, welcher in zahlreichen Vereinen und Organisationen versuchte, die sozialen Probleme abzufangen, da die lokale Verwaltung die Programme nicht mehr finanzieren konnte. Eine Reihe von an dieser Studie beteiligten Menschen fanden nur durch ABM-Programme oder dank der in den späten 1990ern gegründeten Vereinen wieder Arbeit, nachdem sie teils hoch qualifizierte Posten, die sie in der DDR bekleidet hatten, verloren hatten.¹⁷²

Die ABM-Programme wurden mit den Hartz-IV-Reformen der rot-grünen Regierung zwischen 2003 und 2005 beendet, viele Menschen fanden sich mit den neuen Hartz-IV-Bezügen wieder. Laut Aussagen von Interessenvertretern der Bezirksverwaltung und des Nichtregierungssektors hat sich die Reform nachteilig auf den bezirklichen Arbeitsmarkt ausgewirkt und die Situation ökonomisch benachteiligter Menschen in den nördlichen Teilen von Marzahn-Hellersdorf noch verschlechtert.¹⁷³ Grund sei die seit den Reformen von 2003 erschwerte Rückkehr in normale Beschäftigungsverhältnisse, die viele zu einer langfristigen Existenz mit einem mit Hartz-IV-Reformen eingeführten Minimum an sozialen Leistungen zwingt.

Eine Mitarbeiterin des Amtes für Soziales zeigte sich besorgt, dass die reduzierten Chancen für den Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt die Etablierung einer Hartz-IV-Kultur in bestimmten Teilen des Bezirks befördere. Andere erwähnten die Gefahr, dass die in der älteren Generation im nördlichen Marzahn-Hellersdorf bereits weit verbreitete Abhängigkeit von sozialen Transferleistungen sich auch in der zweiten Generation verfestige. Die Tendenzen seien bereits sichtbar: zwei von drei Kindern in Marzahn-Nord und Hellersdorf-Nord leben in Haushalten, die wohlfahrtstaatliche Leistungen

170 Runder Tisch, 10. Februar 2014.

171 Siehe Springer Gabler Verlag (Hrsg.), "Gabler Wirtschaftslexikon, Stichwort: Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen" unter: <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Definition/arbeitsbeschaffungsmassnahmen.html> (Zugriff 12. Dezember 2013).

172 Fokusgruppe mit älteren Männern, 5. Juli 2013; Interview mit einem Journalist, 17. April 2013

173 Interview mit einer Bezirkspolitikerin, 17. April 2013; Interview mit einer Mitarbeiterin eines Gemeinschaftszentrums im Bezirk, 23. April 2013.

beziehen.¹⁷⁴ Ein Interviewteilnehmer bemerkte, dass diese Kinder in einer Situation aufwachsen, in der Eltern es schon aufgegeben haben, eine Arbeit zu suchen (was besonders für Leute über 40 Jahren schwierig ist) und die Abhängigkeit von Sozialhilfe akzeptiert wurde. Interviewteilnehmer betonten weiterhin die Gefahr, dass diese Entwicklung in einer Situation mündet, in der Kinder ohne Rollenvorbilder aufwachsen, die ihnen nötige Arbeitsethik oder wirtschaftliche Unabhängigkeit durch geregelte Arbeit vorleben können.

In der Fokusgruppe Medien wurden einige Elemente dieser entstehenden Hartz-IV-Kultur von Mitgliedern der jüngeren Generation beschrieben. Ein Teilnehmer sagte selbstbewusst, er habe kein Problem damit, Sozialhilfe zu beziehen. Er wolle diese Situation so lange wie möglich erhalten. Viele Sozialhilfeempfänger würden arbeiten, dies aber nicht dem Sozialamt erzählen. So verdienten sie mehr als Menschen, die in den von Sozialamt und JobCenter Marzahn-Hellersdorf vermittelten schlecht bezahlten und anstrengenden Jobs arbeiten. Seiner Meinung nach sind einige Teile des Bezirks aufgrund der niedrigen Mieten „wie für Hartz-IV geschaffen“. Durch Gentrifizierung und steigende Mieten in anderen Berliner Bezirken könnten Sozialhilfeempfänger sich eben nur noch Gegenden wie Marzahn-Nord leisten.¹⁷⁵ Obwohl die meisten anderen Teilnehmer der Fokusgruppe ihm nicht beipflichteten, zeigen seine Kommentare doch, wie junge Menschen im Bezirk sich mit der Idee anfreunden, nicht für die Gesellschaft verantwortlich zu sein. Die Gesellschaft biete ihnen nichts, also hätten sie auch das Recht, deren Gesetze und Provisionen für ihren eigenen Vorteil auszunutzen.

Das heißt nicht, dass die Mehrheit der Angehörigen der jüngeren Generation von sozialen Transferleistungen leben will und die sprichwörtliche deutsche Arbeitsmoral ablehnt. In der Fokusgruppe Arbeit erzählten junge Leute, wie sehr sie sich um einen Job bemühen. Sie sind sich über die Falle der Hartz-IV-Abhängigkeit bewusst. Trotzdem beschwerten sie sich über den Mangel an anständigen Arbeitsmöglichkeiten im Bezirk. Die meisten konnten zwar über ihre Schule einen Ausbildungsplatz finden, aber die Schwierigkeit, nach der Ausbildung eine Stelle zu bekommen, wurde mehrfach betont.¹⁷⁶ Auch wenn Teilnehmer der Fokusgruppe Arbeit dies nicht explizit erwähnten, so haben ihre Probleme bei der Suche nach einem Arbeitsplatz auch mit dem schlechten Ruf Marzahn-Hellersdorfs außerhalb der Bezirksgrenzen zu tun. Ein Interessenvertreter denkt, dass Menschen aus Marzahn oft von Arbeitgebern außerhalb des Bezirks diskriminiert würden. Er fügte hinzu, dass er manchen geholfen habe, einen Job zu finden, indem sie bei ihrer Bewerbung seine Adresse in einem anderen Bezirk benutzten. So konnten sie ihren Wohnort verheimlichen und hatten bessere Chancen auf Anstellung.¹⁷⁷

174 Bezirksamt, Marzahn-Hellersdorf, „Zur sozialen Situation in Marzahn-Hellersdorf 2009“; Interview mit einer Mitarbeiterin in einem lokalen Jugenddienst, 14. April 2013.

175 Fokusgruppe Medien, 25. Juli 2013.

176 Fokusgruppe Arbeit, 4. Juni 2013.

177 Interview mit einem Mitarbeiter einer lokalen Organisation, 6. Mai 2013.

6.3 | AM STÄRKSTEN VON ARBEITSLOSIGKEIT BEDROHTE GRUPPEN

Interviews mit Interessenvertretern, die sich mit sozialer und ökonomischer Ausgrenzung im Bezirk beschäftigen, brachten vier spezifische Gruppen zutage, die am stärksten von Langzeitarbeitslosigkeit und Armut betroffen sind. Die erste Gruppe sind junge Menschen, die aufgrund mangelnder Bildungsabschlüsse Schwierigkeiten mit dem Eintritt ins Erwerbsleben haben.¹⁷⁸ Daher wundert es auch nicht, dass zahlreiche Teilnehmer der Fokusgruppe mit jüngeren Männern sich über einen Mangel an Arbeitsmöglichkeiten für junge Leute im Bezirk beschwerten. Zehn von 12 jungen Teilnehmern wollen den Bezirk nach eigenen Angaben verlassen. Sie sehen keine wirkliche Chance auf einen Arbeitsplatz in der Gegend.¹⁷⁹

Die nächste Gruppe sind die über 50jährigen, die ihren Job während der Wendezeit verloren und wenig Chancen auf eine Neuanschließung haben. Zahlreiche Interessenvertreter sprachen von einer „verlorenen Generation ostdeutscher Männer“, die zur Zeit des Zusammenbruchs der DDR 1989 zwischen 20 und 40 Jahre alt waren und im wiedervereinten Deutschland beruflich niemals Fuß fassen konnten.¹⁸⁰ Diese Gruppe zeigte in den Fokusgruppen eine ausgeprägte Nostalgie für die Arbeitsbedingungen in der DDR. Wie ein Teilnehmer sagte, hatte damals jeder einen sicheren Arbeitsplatz und konnte sich auf eine ordentliche Rente verlassen.¹⁸¹

Die dritte Gruppe, die nur schwer Arbeit in Marzahn-Hellersdorf findet, sind die Alleinerziehenden, meist junge Mütter. In Marzahn-Hellersdorf gibt es die meisten Schwangerschaften von Minderjährigen in ganz Berlin.¹⁸² In den Medien werden sie oft als Wohlfahrtsstaatschmarotzer bzw. ungebildet und inkompetent dargestellt. Arbeitgeber wollen oft nicht das Risiko eingehen, sie einzustellen, auch weil sie Angst haben, dass die jungen Frauen kurz darauf wieder in den Mutterschutz gehen könnten.¹⁸³ Im Rahmen der Recherchen für diesen Bericht fand eine Fokusgruppe mit jungen alleinerziehenden Müttern statt, die durch JULE unterstützt werden, ein Programm, das Wohnraum und Unterstützung beim Umgang mit Behörden wie dem Sozialamt bietet. In diesen Interviews trat zutage, dass selbst die Angestellten der Bezirksämter, die den jungen Frauen helfen sollen, ihnen häufig mit latenter Feindseligkeit begegnen. Die jungen Mütter erklärten sich dieses Verhalten mit weit verbreiteten Vorurteilen gegen junge oder minderjährige alleinerziehende Mütter. Dementsprechend wichtig sind Programme wie JULE im Kampf für die bessere gesellschaftliche Integration stigmatisierter und marginalisierter Personen.

178 Interview mit einer Mitarbeiterin eines lokalen Jugenddienstes, 14. April 2013

179 Fokusgruppe mit jüngeren Männern, 4. Juli 2013.

180 Interview mit einer Mitarbeiterin der Bezirksverwaltung, 18. April 2013; Interview mit einem Mitarbeiter einer lokalen NGO, 2. Mai 2013.

181 Fokusgruppe Identität, 11. Juni 2013.

182 Interview mit einer Mitarbeiterin der Bezirksverwaltung, 14. Februar 2013.

183 Interview mit einer Mitarbeiterin eines lokalen Jugenddienstes, 14. April 2013.

Schließlich finden sich Einwanderer und ihre Familien unter den unproportional häufig von Arbeitslosigkeit Betroffenen. Während die Gruppe der Vietnamesen durch Aufbau ihrer eigenen auf Handel und Dienstleistungen beruhenden Ökonomie einen Weg aus der Arbeitslosigkeit heraus gefunden hat¹⁸⁴, ist die Gruppe der im Laufe der letzten 20 Jahre zugewanderten Spätaussiedler mit größeren Schwierigkeiten konfrontiert, in der neuen Gesellschaft zu bestehen.¹⁸⁵ Dies betrifft insbesondere russische Einwanderer deutscher Herkunft zwischen 40 und 60 Jahren. Mangelnde Deutschkenntnisse und damit verbundene Diskriminierung durch die Mehrheitsgesellschaft, sowie die Tatsache, dass ihre Ausbildungen in Deutschland oft nicht anerkannt werden, sind die häufigsten Gründe dafür, dass sie im deutschen Arbeitsmarkt nicht Fuß fassen können. Da sie in der Regel aber deutsche Staatsbürger sind, haben sie das Recht auf wohlfahrtsstaatliche Leistungen, was ihnen ermöglichte, ihr Überleben zu sichern, allerdings konnten sie sich in ihrer neuen Umgebung nie entfalten. Ihre Abhängigkeit vom Wohlfahrtsstaat verschärfte auch die Vorurteile der deutschen Nachbarn. Viele sind der Ansicht, dass die sogenannten „Russen“ das soziale System ausnutzen, obwohl sie gar kein Recht darauf hätten.

6.4 | DAUERHAFTE PROBLEME UND MÖGLICHE LÖSUNGSANSÄTZE

Vertreter der im Rahmen dieser Studie befragten Bezirksverwaltung kennen die Probleme von Jugendlichen und anderen Risikogruppen bei der Arbeitssuche im Bezirk sehr genau. Sie arbeiten intensiv an möglichen Lösungsansätzen für diese schwierige Situation. Ein mit der wirtschaftlichen Entwicklung des Bezirks betrauter Interessenvertreter erklärte,¹⁸⁶ die Bezirksregierung konzentrierte sich auf die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze innerhalb der lokalen Unternehmensinfrastruktur, die aus vier Wirtschaftszweigen bestehe. Zum einen sind da etablierte (Knor Bremse, Coca-Cola) und neu etablierte (Clean Tech Park) Industrien und ihre Subunternehmer. Die Bezirksverwaltung setzt große Hoffnungen in den neu entwickelten Clean Tech Park, der 2015 öffnet und einer der größten Industrieparks für saubere Energietechnologie in Berlin werden soll. Wie allerdings ein Interessenvertreter einräumte, werden Standorte wie der Clean Tech Park die Arbeitslosigkeit im Bezirk wohl wenig eindämmen, da hauptsächlich hoch qualifizierte Arbeitnehmer benötigt werden, die Forschungs- und Entwicklungsfunktionen übernehmen und die geplante High-Tech-Produktion steuern.

Das zweite Wirtschaftsfeld, auf das die Bezirksverwaltung große Hoffnungen setzt, sind medizinische Dienstleistungen. Der Bezirk konnte bereits eine Reihe großer Krankenhäuser und medizinischer Einrichtungen gewinnen, wie das

184 Interview mit einem Bezirkspolitiker, 25. April 2013; Interview mit einer Mitarbeiterin der Bezirksverwaltung, 14. Februar 2013.

185 Interview mit einem Polizist, 10. Juli 2013.

186 Interview mit einem Bezirkspolitiker, 25. April 2013.

Unfallkrankenhaus Berlin, das Vivantes Klinikum und die Augenklinik Marzahn, die den Bezirk langsam in einen regionalen medizinischen Standort verwandeln.¹⁸⁷ Angesichts der alternden Bevölkerung im Bezirk ist die Hoffnung, dass dieser Wirtschaftszweig in Zukunft viele neue Arbeitsplätze schaffen wird und der lokalen Jugendarbeitslosigkeit nachhaltig entgegenwirken kann.

Ein dritter Wirtschaftsbereich ist der Dienstleistungssektor. Die Bezirksverwaltung setzt große Hoffnungen in den Ausbau des Flughafens Schönefeld, der direkt südlich vom Bezirk liegt, und die dort entstehenden Arbeitsmöglichkeiten. Die Verwaltung bemüht sich auch, kleine Geschäfte und mittelständische Unternehmen zu unterstützen, die unter dem wachsenden Angebot an großen Einkaufszentren wie dem East Gate und Lebensmittel-Discountern wie Aldi und Lidl leiden. Diese Unternehmen spielen auch eine Rolle für den sozialen Zusammenhalt im Bezirk. Wie manche Teilnehmer der Fokusgruppe Wohnen bemerkten, hat das Verschwinden kleiner Läden und der umliegenden Infrastruktur (wie Cafés oder Frisöre) weit tiefgreifende Konsequenzen als den Wegfall von Arbeitsplätzen. Es befördere Verfall und Verschandelung, wie in den letzten Jahren an der Marzahner und Hellersdorfer Promenade bereits erkennbar wird, und reduziere die ohnehin schon wenigen Möglichkeiten für spontane soziale Interaktion im Bezirk.¹⁸⁸

Der vierte von der Bezirksverwaltung unterstützte Sektor ist der sich langsam entwickelnde Tourismus. Viele Mitarbeiter der Verwaltung erwähnten das Potential des bekannten Parks „Gärten der Welt“, der jährlich rund 750.000 Besucher anlockt. Sie hoffen, dass die für 2017 geplante Internationale Gartenausstellung (IGA) in den Gärten der Welt (die geschätzte 2,4 Millionen Menschen nach Marzahn-Hellersdorf bringen soll) den Impetus für eine Modernisierung der touristischen Infrastruktur im Bezirk werden könnte und ihn so in eines der Berliner Touristenziele verwandeln könnte.¹⁸⁹

Die Bezirksverwaltung sieht sich in ihren Bemühungen um die Entwicklung dieser Wirtschaftssektoren im Bezirk mit einigen Herausforderungen konfrontiert. Vor allem sieht sich der Bezirk noch immer mit dem Stigma konfrontiert, das ihm in den 1990er Jahren zugeschrieben wurde, und das nach wie vor Unternehmen (genauso wie Lehrer, Polizisten oder Zahnärzte), davon abhält, sich im Bezirk anzusiedeln.¹⁹⁰ Dabei ist Marzahn-Hellersdorf in vielfacher Hinsicht der perfekte Standort für kleine und mittelständische Unternehmen: es liegt nah am Stadtzentrum, verfügt über günstige Gewerberäume und ist nicht weit entfernt vom neuen internationalen Flughafen. Wie Kapitel 11 demonstriert, arbeitet die Bezirksregierung hart daran, das negative Image Marzahns zu überwinden. Nicht zufällig wirbt der Bezirk mit dem Slogan „Anders als

187 Interview mit einem Bezirkspolitiker, 17. April 2013.

188 Fokusgruppe Wohnen, 13. Juni 2013.

189 Interview mit einem Bezirkspolitiker, 25. April 2013.

190 Fokusgruppe Gesundheit, 5. Juli 2013.

erwartet¹⁹¹. Das Bezirksamt hat außerdem eine Stelle für Standortmarketing eingerichtet¹⁹¹ und versucht, sich als Tor nach Osten zu positionieren – eine sinnvolle Strategie angesichts seiner geografischen Lage (in Europa und in Berlin) und des Potentials der großen vietnamesisch-deutschen und russisch-deutschen Bevölkerung, die als wirtschaftliche Vermittler in zukünftigen Transaktionen mit diesen Ländern fungieren können. Laut Aussagen einer Interessenvertreterin fordern Unternehmen, die erwägen, nach Marzahn zu kommen, allerdings neben Infrastruktur auch die nötigen städtischen Angebote und Einrichtungen für ihre höheren Angestellten. Hier hat der Bezirk ihrer Meinung nach noch einen langen Weg vor sich.¹⁹²

Damit Bemühungen, die lokale Ökonomie zu fördern, sich auch positiv auf die Bevölkerung im Bezirk auswirken, müssen die Bildungsangebote vor Ort den Erwartungen der neu entstehenden Unternehmen entsprechen. Interviews mit verschiedenen Verwaltungsangestellten machten deutlich, dass diese sich des Problems bewusst sind. Sie betonten die Notwendigkeit eines neuen Systems, das Ausbildungsplatzangebote für Jugendliche aus der Gegend mit den Erfordernissen des lokalen Arbeitsmarkts abstimmt.¹⁹³ Die wirtschaftlichen Entwicklungspläne des Bezirks setzen Schwerpunkte in der Ausbildung in den Bereichen Medizin, Informatik und Kommunikationstechnik. Damit sollen junge Menschen an neueste Technologien herangeführt werden, mit denen im Clean Tech Park gearbeitet wird. Laut einiger Interviewteilnehmer beschwerten sich örtliche Unternehmen häufig über den Fachkräftemangel im Bezirk, der sie zwingt, Arbeitskräfte von außerhalb einzustellen.¹⁹⁴ Dies liegt zum einen am Rückgang der Schüler, die einen Ausbildungsplatz suchen, eine Konsequenz der demografischen Veränderungen im Bezirk (heute leben weniger Menschen zwischen 18 und 35 Jahren im Bezirk als vor 10 Jahren), andererseits zeugt es von einem schwerwiegenden strukturellen Mangel an der Vorbereitung Jugendlicher auf Berufe, die heute bzw. in den nächsten 5-10 Jahren von der ansässigen Wirtschaft gebraucht werden. Die meisten Teilnehmer der Fokusgruppen mit jüngeren Menschen hatten noch nie vom Clean Tech Park gehört, sie zeigten sich aber sehr an den verschiedenen relevanten Berufsausbildungen interessiert.¹⁹⁵ Dies legt nahe, dass mehr getan werden muss, um junge Menschen über die möglichen Berufe der Zukunft im Bezirk zu informieren.

Die Synchronisation von Bildung und Ausbildung mit den Arbeitsmöglichkeiten im Bezirk ist nun Aufgabe des vom Bezirksbürgermeister entwickelten Masterplans. Ein Vertreter des Büros des Bürgermeisters erläuterte das Ziel des Masterplans: die Bereitstellung von Ausbildungsplätzen für jeden jungen Menschen im Bezirk bis zum

191 Interview mit einem Journalist, 17. April 2013.

192 Interview mit einer Bezirkspolitikerin, 26. April 2013.

193 Interview mit einem Bezirkspolitiker, 25. April 2013; Interview mit einem Bezirkspolitiker, 17. April 2013.

194 Interview mit einem Journalist, 17. April 2013; Interview mit einem Bezirkspolitiker, 25. April 2013.

195 Fokusgruppe mit jüngeren Männern, 4. Juli 2013; Fokusgruppe Arbeit, 4. Juni 2013.

Jahr 2016.¹⁹⁶ Umgesetzt werden soll dieses Ziel durch verstärkte Zusammenarbeit zwischen Schulen, ansässigen Unternehmen und anderen Arbeitsplatzanbietern im Bezirk. Schulen müssen demnach verstärkt nach Partnerschaften mit möglichen Ausbildern suchen, lokal ansässige Arbeitgeber sind aufgefordert, den jungen Leuten aus dem Bezirk eine Chance zu geben, die auf der Suche nach ihrer ersten Stelle sind. Dennoch, wie ein Interessenvertreter aus dem Bezirk angab, sind Veränderungen der Bildungsstrukturen schwer umzusetzen, da Bildungspolitik Ländersache ist und bei vielen Maßnahmen des Masterplans erst der Berliner Senat zustimmen muss.¹⁹⁷

Die Bezirksverwaltung versucht auch, Jobs in der öffentlichen Verwaltung für junge Leute attraktiver zu machen. Allerdings, wie viele der jüngeren Teilnehmern der Fokusgruppen dargelegten, betrachten viele Jugendliche Verwaltungspositionen trotz der zahlreichen sozialen Absicherungen, die sie mit sich bringen, immer noch als zu bürokratisch und uninteressant.¹⁹⁸ Außerdem reduziert die Bezirksverwaltung gerade die Anzahl ihrer Angestellten und kann interessierten und talentierten jungen Leuten gar keine neuen Positionen anbieten.¹⁹⁹ Damit stellt sich wieder die Frage, wie Bezirksverwaltungen die soziale Eingliederung randständiger Gruppen ohne finanzielle Unterstützung durch Bund und Land maßgeblich verbessern kann. Viele der befragten Interessenvertreter sind der Ansicht, dass die meisten Optionen bereits ausprobiert wurden und erschöpft seien. Die der Bezirksregierung auferlegte Konsolidierung von Ressourcen und Personal, um Geld zu sparen, begrenze die Handlungsspielräume. Ihrer Meinung nach können nur weitreichende finanzielle Investitionen in Programme, welche Arbeitsmarktchancen für Risikogruppen im nördlichen Teil von Marzahn-Hellersdorf verbessern, Abhilfe schaffen.

MASTERPLAN

Erklärtes Ziel des Masterplans ist die Garantie eines Ausbildungsplatzes für jeden interessierten jungen Menschen in Marzahn-Hellersdorf bis 2016.²⁰⁰ Dies soll durch die engere Zusammenarbeit von Schulen und der ansässigen Wirtschaftsinfrastruktur im Bezirk geschehen. Er verlangt von Schulen, verstärkt nach Partnern mit Ausbildungsplätzen zu suchen. Ortansässige Arbeitgeber sollen jungen Menschen aus dem Bezirk mehr Chancen auf eine Einstiegsstelle geben.

196 Interview mit einem Bezirkspolitiker, 17. April 2013.

197 Interview mit einer Bezirkspolitikerin, 17. April 2013.

198 Fokusgruppe mit jüngeren Männern, 4. Juli 2013.

199 Interview mit einer Mitarbeiterin eines lokalen Jugenddienstes, 14. April 2013.

200 Interview mit einem Bezirkspolitiker, 17.4.2013.

7.

WOHNEN

Wie bereits erwähnt, lässt sich Marzahn-Hellersdorf in zwei Gebiete unterteilen, getrennt durch die Bundesstraße B5. Südlich dieser Straße ist die Gegend von Einfamilienhäusern in Privatbesitz dominiert, durchsetzt von kleineren Wohnungsbauprojekten, die in den letzten Jahren entstanden sind. Obwohl die vor dem Zweiten Weltkrieg entstandenen Dörfer Kaulsdorf, Mahlsdorf und Biesdorf noch existieren, sind sie über die Jahrzehnte durch einen Prozess anhaltender Bautätigkeit zusammengewachsen, angefangen in der DDR-Zeit, als privilegierte Mitglieder der ostdeutschen Gesellschaft hier ihre Häuser bauten,²⁰¹ bis heute. Während der letzten 20 Jahre entwickelte die Gegend einen angenehmen suburbanen Charakter, der nicht wenige Berliner mit Wunsch nach einem Eigenheim am Stadtrand anzieht. Die Bebauung wurde dadurch immer enger, die durchschnittliche Größe der Grundstücke ist von 1000 auf rund 600 Quadratmeter geschrumpft.²⁰² Der Mangel an Baugrundstücken hat die Grundstückspreise in den letzten Jahren in die Höhe getrieben und den Bau größerer Wohnungsbauprojekte in der Gegend verhindert.²⁰³ Der südliche Teil ist also eine stabile Vorortgegend, bewohnt von Berlinern, die der Mittelklasse und (seit kürzerem) der gehobenen Mittelklasse angehören.

Wie die meisten Interessenvertreter betonten, unterscheidet sich die Situation auf der anderen Seite der B5 beträchtlich. Während, ähnlich wie im Süden, die alten Dörfer Marzahn und Hellersdorf erhalten blieben, werden sie visuell von den in den 1970ern und 1980ern gebauten großen Plattenbausiedlungen dominiert. Diese zwischen 6 und 22 Etagen hohen Riegel wurden aus vorgefertigten Betonplatten gebaut, um schnell auf die drohende Wohnungsnot in Ostberlin (und der DDR insgesamt) in der Nachkriegszeit zu reagieren.²⁰⁴ Wie in Kapitel 2 beschrieben, war die Bewohnerstruktur zunächst sozial gemischt. Seit den 1990er Jahren aber hat sich die soziale und ökonomische Situation fortlaufend verschlechtert. Eine Folge war die Homogenisierung der Bevölkerung. Einige Quartiere (besonders Marzahn-Nordwest und Hellersdorf-Nord) sind von chronischer Arbeitslosigkeit und damit verbundenen sozialen Problemen wie Kriminalität, Jugendgewalt und Drogenabhängigkeit geplagt. Misstrauen und sozialer Rückzug der Bevölkerung sind hoch. Da diese Studie sich mit randständigen Gruppen aus der Mehrheitsbevölkerung in Marzahn-Hellersdorf beschäftigt, konzentriert sie sich hauptsächlich auf die Viertel nördlich der Bundesstraße B5, insbesondere auf Marzahn-Nordwest und Hellersdorf-Nord.

Auch hier ist der entscheidende historische Zeitpunkt, um die momentane Wohnsituation in Marzahn-Hellersdorf zu verstehen, die Zeit rund um die Vereinigung. Interviews mit Interessenvertretern und Fokusgruppenteilnehmern zeigen, dass die mentalen Landkarten der Menschen nach diesem – für einige dramatischen – Ereignis aufgeteilt sind. Die Studie folgt dieser mentalen Einteilung. Daher beginnt

201 Interview mit einer Mitarbeiterin eines Gemeinschaftszentrums im Bezirk, 23. April 2013.

202 Interview mit einem Journalist, 17. April 2013.

203 Interview mit einem Journalist, 17. April 2013.

204 Rubin, "Concrete Utopia".

dieses Kapitel mit einer Darstellung der Wohnsituation zur Zeit der Einweihung des Bezirks und wendet sich dann den Veränderungen der 1990er Jahre zu. Es betrachtet die massiven Regenerationsmaßnahmen nach der Vereinigung im Rahmen des Programms *Stadtumbau Ost* in den frühen 2000er Jahren, durch die sich die Wohnsituation in Marzahn-Hellersdorf stark veränderte. Der größte Teil des Kapitels konzentriert sich auf die heutige Lage im nördlichen Teil des Bezirks und diskutiert einige der dringlichsten Probleme für randständige Angehörige der Mehrheitsgesellschaft bei der Wohnungssuche. Das Kapitel endet mit der Darstellung und Analyse einiger von Bezirk und anderen Akteuren initiierten sozialen Wohnungsbauprojekte, durch die sozial benachteiligte Gruppen im Bezirk stärker integriert werden sollen.

7.1 | DIE NEUBAUSIEDLUNGEN

Bei Gesprächen über die Zeit vor der Wende sagten Teilnehmer der Fokusgruppe Wohnen als erstes, wie begehrt die damals noch voneinander unabhängigen Bezirke Marzahn und Hellersdorf für Ostberliner waren. Viele erinnerten sich, wie glücklich und aufgeregt sie über die Nachricht waren, für eine Wohnung in den Neubausiedlungen Marzahns ausgewählt worden zu sein.²⁰⁵ Diese waren im Vergleich zu den oft zerfallenden Häusern der Berliner Innenstadt eine erhebliche Verbesserung, die Freude war dementsprechend nicht weiter verwunderlich. Ein Interessenvertreter brachte es auf den Punkt: “Die Wohnungen waren trocken, warm und sicher.”²⁰⁶ DDR-Verwaltung und Medienkanäle stellten die Neubausiedlungen als Verkörperung neuer sozialistischer Utopia dar, was unter nach einem neuen Wohnort suchenden Ostberlinern noch mehr Interesse weckte.²⁰⁷

Für viele junge Familien, die in die neuen Bezirke zogen, war das Leben in Marzahn und Hellersdorf zweifelsohne ein Fortschritt, trotz des Verlusts der sozialen Netzwerke in der Stadt und fehlender Infrastruktur (wie öffentliche Verkehrsmittel und Straßenbeleuchtung), am besten verdeutlicht durch die Gummistiefel, die man brauchte, um durch den Matsch auf den Straßen zu waten (siehe Kapitel 4). Viele Mitglieder der Fokusgruppe Wohnen erinnern sich an die Freude über heißes Wasser, Zentralheizung und ausreichend Platz für Kinderzimmer.²⁰⁸ Zwar waren die Wohnungen kein Eigentum (sie waren meist öffentliches Eigentum, verwaltet von den Unternehmen, in denen die Mieter arbeiteten), aber die Mieten machten nur einen Bruchteil des Einkommens der Bewohner aus.²⁰⁹ Die Wohnungspolitik der DDR

205 Fokusgruppe Wohnen, 13. Juni 2013; Fokusgruppe mit älteren Frauen, 3. Juni 2013.

206 Interview mit einem Aktivist, 8. Mai 2013.

207 Mehr zu diesem Thema in Kapitel 11.

208 Fokusgruppe Wohnen, 13. Juni 2013.

209 Mitteldeutscher Rundfunk, “Der Traum von der Platte” unter: <http://www.mdr.de/damals/archiv/artikel83624.html> (Zugriff 12. November 2013).

subventionierte Kosten für Wohnraum. Viele Forscher, die zum Leben in der DDR arbeiten, argumentieren, dass garantierte Arbeit, Renten und andere Sozialleistungen wie freie Bildung und Gesundheitsversorgung ein Mittel waren, die Bevölkerung ruhig zu stellen. Diese hatte keinerlei Kontrolle über politische Prozesse und konnte dem zunehmend repressiven DDR-Regime nicht entkommen.²¹⁰

Viele Fokusgruppenteilnehmer erinnerten sich gerne an die als „echte zwischenmenschlichen Beziehungen“ empfundenen Verhältnisse zu den Nachbarn vor der Vereinigung.²¹¹ Über die Tatsache hinaus, dass die meisten ursprünglichen Siedler junge Familien waren, die sich ähnlichen Problemen gegenüberstehen, war das Zusammengehörigkeitsgefühl auch Teil einer Ideologie, die starken Wert auf persönliche und gemeinschaftliche Verantwortung für das Allgemeinwesen legte. Von Bewohnern der Neubausiedlungen wurde erwartet, dass sie bei Instandhaltungsarbeiten halfen und zur Verschönerung der Gegend beitrugen. Die Verpflichtung zu einem bestimmten Pensum an Arbeit für die Hausgemeinschaft war sogar Bedingung, um die Zusage für eine Wohnung zu bekommen.²¹² Von den Bewohnern wurde erwartet, dass sie zum Erhalt eines guten Zustands der Häuser beitrugen. Dies führte schnell zu engen Kontakten und neuen sozialen Netzwerken, die nach und nach alte Netzwerke aus der Innenstadt ersetzten. Dementsprechend ist es nicht verwunderlich, dass die meisten Befragten vor der Wende mit ihrer Wohnsituation in Marzahn-Hellersdorf sehr zufrieden waren. Nur wenige Interviewteilnehmer verwiesen auf die Schattenseite der vorgeschriebenen engen sozialen Kontakte: Gesprächsinhalte gemeinschaftlicher Treffen wurden meist direkt an die Stasi weitergegeben, die das Gebiet und ihre Bewohner engmaschig kontrollierte.²¹³

7.2 | DIE WENDE UND IHRE FOLGEN

Nach der Vereinigung änderten sich die Bedingungen im Bezirk drastisch, auch wenn Wohnungen und Plattenbauriegel dieselben blieben. Als erstes veränderte sich die Außenwahrnehmung der Gegend:²¹⁴ Der Bezirk, einmal stolzes Beispiel neuer Formen sozialistischer Solidarität und Koexistenz, wurde in westdeutschen Medien plötzlich zu einer alpträumhaften Umgebung voll von asozialen Ostdeutschen, die sich nach den guten alten DDR-Zeiten zurücksehnten bzw. von Rechtsextremisten, welche Einwanderer die leergefegte Straßen hinunter jagten. Die einst berühmten Plattenbauten wurden, trotz relativer Zufriedenheit ihrer Bewohner, schnell als unmodern, verfallend, mit Asbest gefüllt und dementsprechend unbewohnbar

210 Patrick Major, *Behind the Berlin Wall: East Germany and the Frontiers of Power*, Oxford University Press, Oxford, 2010.

211 Fokusgruppe Identität, 11. Juni 2013; Fokusgruppe Gesundheit, 5. Juli 2013.

212 Rubin, „Concrete Utopia“.

213 Rubin, „Concrete Utopia“. Siehe auch Fokusgruppe mit älteren Frauen, 3. Juni 2013.

214 Für mehr Hintergründe zu diesem Thema siehe Kapitel 11.

eingestuft. Zwar beriefen sich einige Medienberichte auf Tatsachen (Arbeitslosigkeit, wachsende Kriminalität, häufige Angriffe von Skinheads auf Ausländer usw.), so bewerteten viele Fokusgruppenteilnehmer hingegen die Berichte als übertrieben und voller Vorurteile über den Bezirk, der als Paradebeispiel für ewig-gestrige ostdeutsche Leben präsentiert wurde.²¹⁵ Der neue Ruf der Gegend wurde zu einer selbsterfüllenden Prophezeiung. Wer es sich leisten konnte, zog weg.

Nach der Vereinigung wurden ganze Straßenzüge in Marzahn und Hellersdorf an private Investoren verkauft. Laut einigen Teilnehmern der Fokusgruppe Wohnen geschah dies ohne viele Gedanken an die Bewohner, die selten das Angebot wie in anderen ehemals kommunistischen Ländern bekamen, ihre Wohnungen zu kaufen.²¹⁶ Einige der Wohnungsgesellschaften, die große Plattenbauten übernahmen, befinden sich teilweise im Besitz der Stadt. Andere Wohnriegel blieben in Händen der Arbeiterwohnungsgenossenschaften, die bereits in der DDR existiert hatten und Wohnraum für die Angestellten bestimmter Unternehmen zur Verfügung stellten. Diese unterschiedlichen Besitzverhältnisse sind laut Aussagen einiger Interviewteilnehmer sehr wichtig für die weitere Entwicklung bestimmter Gegenden im Bezirk, wie später noch ausführlich erklärt wird. Die folgenschwerste Veränderung durch die Privatisierung der Siedlungen und ihrer damit einhergehenden Integration in den offenen Wohnungsmarkt war der Anstieg der Mieten.²¹⁷ Zusammen mit der immer schlechteren Reputation des Bezirks verdrängte auch diese Tatsache immer mehr Menschen aus Marzahn-Hellersdorf ins benachbarte Brandenburg oder Richtung Innenstadt. So kam es, dass zwischen 1993 und 2003 Marzahn-Hellersdorf ein Sechstel seiner Bevölkerung verlor, die von 297,394 im Jahr 1993 auf 249,676 in 2003 sank.²¹⁸

Es ist wenig verwunderlich, dass diese tiefgreifenden Veränderungen den sozialen Zusammenhalt beeinträchtigten. Zahlreiche Interviewteilnehmer beschrieben, wie die neuen sozialen Bedingungen die vor der Vereinigung entstandenen zwischenmenschlichen Beziehungen gefährdeten. In der Sorge um ökonomisches Überleben in Zeiten wachsender Arbeitslosigkeit und sozialer Unsicherheit, begleitet von einem stetigen Zuzug von Spätaussiedlern aus der ehemaligen Sowjetunion (die von den an ethnische Vielfalt nicht gewöhnten Anwohnern mit viel Misstrauen betrachtet wurden), zogen die Menschen sich zurück und verschlossen ihre Türen.²¹⁹ Nachbarschaftliche soziale Strukturen, die unter dem alten System entstanden waren, vererbten langsam, und es gab keine neuen, um sie zu ersetzen. Steigende Kriminalität und Gewalt verstärkten das Gefühl der Unsicherheit unter der Bevölkerung und trugen wiederum zum Wegzug aus der Gegend bei. Die Verwaltungen der

215 Interview mit einer Mitarbeiterin der Bezirksverwaltung, 18. April 2013; Fokusgruppe Wohnen, 13. Juni 2013.

216 Im Gegensatz dazu erklärten einige Vertreter der Bezirksverwaltung, dass aufgrund der niedrigen Mieten und der Unsicherheit über die Zukunft der Gegend in den frühen 1990er Jahren ihre Wohnungen nicht kaufen wollten.

217 Fokusgruppe mit älteren Frauen, 3. Juni 2013.

218 Bezirksamt, Marzahn-Hellersdorf, "Demographische Situation in Marzahn-Hellersdorf 2012".

219 Fokusgruppe Identität, 11. Juni 2013.

Bezirke Marzahn und Hellersdorf sahen sich Ende der 1990er Jahre mit der Tatsache konfrontiert, dass mehr als ein Fünftel der Wohnungen im Norden leerstanden. Dies traf auch die neuen Hausbesitzer, denen so die nötigen finanziellen Mittel für den Unterhalt der Wohnungsblöcke fehlten.²²⁰

7.3 | DIE REGENERATIONSPROGRAMME

Vor diesem Hintergrund wurde zwischen 2002 und 2008 ein Regenerationsprogramm für den Bezirk initiiert, finanziert von Bund, EU und der Stadt Berlin. Das Projekt war Teil des größeren Programms *Stadtumbau Ost*, und war ein Versuch, der weiteren sozialen und finanziellen Stagnation des Bezirks Einhalt zu gebieten. Ziel war es, ihn visuell ansprechender zu machen, z.B. durch den Abriss von als Folge des demografischen Wandels leer stehenden Gebäuden. Es gab eine Reihe von Vorschlägen, wie man dem sozialen und ökonomischen Niedergang der Gegend begegnen könnte, deren Existenz bedroht erschien. Diese reichten vom fast kompletten Abriss der am stärksten von Leerstand betroffenen Quartiere in Marzahn-Nordwest und Hellersdorf–Nord mit Umsiedlung der verbliebenen Einwohnern bis zur Sanierung der bestehenden Häuser ohne größeren Abriss.²²¹ Nach vielen Debatten entschied sich die Stadt für einen Mittelweg: Abriss einiger der marodesten Strukturen, Verkleinerung von einigen Häusern, Renovierung der restlichen, noch bewohnten Gebäude, und das Pflanzen von Bäumen, um die Gegend zu verschönern.²²² Insgesamt wurden zwischen 2002 und 2008 mehr als 4000 Wohnungen abgerissen, zusammen mit 142 Gebäuden, in denen sich einst Schulen, Kitas und andere soziale Einrichtungen befanden.²²³ Aufgrund von Wegzug und der alternden Bevölkerung wurden sie als überflüssig und zu teuer im Unterhalt eingestuft. Viele Interessenvertreter und Fokusgruppenteilnehmer bedauern diese Entscheidung nun, da diese Infrastruktur für die heute wieder wachsende Anzahl von Kindern im Bezirk nötig wäre.²²⁴

Wie zu erwarten war, fiel die Reaktion der Bevölkerung auf dieses Programm gemischt aus. Einerseits war den Menschen in betroffenen Gegenden klar, dass etwas getan werden musste, um die Situation zu verbessern. Sie waren froh, dass die Stadt etwas unternahm. Wie Tine, Teilnehmerin der Fokusgruppe Medien berichtete, standen viele der zum Abriss freigegebenen Kindergärten und Schulen zu diesem Zeitpunkt

220 Marlies Schulz, *Stadtumbau Ost – Marzahn-Nord: Ergebnisse einer Bewohnerbefragung in den von Stadtumbau betroffenen Wohnhäusern*, Berlin, 2004 (hiernach: Schulz, *Stadtumbau Ost*).

221 Schulz, *Stadtumbau Ost*.

222 Schulz, *Stadtumbau Ost*.

223 Anka Stahl, "Stadtumbau Ost – Das Fördergebiet Marzahn-Hellersdorf. Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt", Berlin, 2012, unter: <http://www.stadtentwicklung.berlin.de/staedtebau/foerderprogramme/stadtumbau/Marzahn-Hellersdorf.254.o.html> (Zugriff 14. November 2013).

224 Interview mit einer Bezirkspolitikerin, am 26. April 2013; Interview mit einem Journalist 17. April 2013; Fokusgruppe Wohnen, 13. Juni 2013.

bereits leer. Die Anwohner selbst sahen den Unterhalt der Gebäude als zu kostspielig an.²²⁵ Andere Fokusgruppenteilnehmer verstanden den Abriss von Gebäuden als weitere Abwertung der Gegend, die sie seit der Vereinigung durchleiden mussten. Sie betrachten den Abriss von Wohnraum noch heute als Fehler. Diese Einstellung lässt sich im Kontext der anhaltenden Ressentiments und des Eindrucks einiger Ostdeutscher erklären, ihre Erinnerungen und alten Identitäten würden im Prozess der Vereinigung systematisch ausgelöscht. Dieses Gefühl wird auch in ihrer vehementen Ablehnung des Abrisses des Palasts der Republik deutlich, dem ehemaligen Sitz der ostdeutschen Regierung im Herzen Berlins.²²⁶ Auf lokaler Ebene äußerte Kirsten, Teilnehmerin der Fokusgruppe Wohnen, ein ähnliches Gefühl. Über einen Ort in Marzahn, an dem heute ein großes Einkaufszentrum steht (East Gate), sagte sie:

Mein Sohn ist hier geboren und aufgewachsen. Heute ist er 30 Jahre alt und sagt immer: "Sie haben meine ganze Kindheit gestohlen. Meine Krippe ist weg, mein Kindergarten ist weg, meine Schulen sind alle weg." Nicht ein Gebäude, in dem er aufwuchs, ist stehen geblieben. Nicht eins!²²⁷

Andere Gegner der Regenerationspläne vermuteten hinter dem Abriss von Gebäuden in Marzahn-Hellersdorf einen geheimen Plan, um die Anzahl vorhandener Wohnungen in der Gegend künstlich zu verringern und damit die Mietpreise in die Höhe zu treiben.²²⁸ Da die Liste zum Abriss freigegebener Gebäude auch einige soziale Einrichtungen wie Schulen und Kindergärten enthielt, sahen manche Anwohner darin auch eine Methode, den bereits schwächelnden Bezirk zu bestrafen. Im Nachhinein enthalten diese Argumente tatsächlich ein Körnchen Wahrheit, doch damals entstanden sie aufgrund mangelnder Einbeziehung der Anwohner in den Entscheidungsprozess. Sie wurden nicht ausreichend über Gründe, Kosten und Vorteile des Programms informiert.²²⁹ Die damals erwachte Ablehnung der Bevölkerung ist noch heute spürbar, obwohl sie heute oft stolz auf Projekte wie die Ahrenfelder Terrassen verweisen, ein Gebäudekomplex, der renoviert und von elf auf vier Etagen verkleinert wurde. Er gilt als gelungenes Beispiel für die Regeneration der Gegend.

225 Fokusgruppe Medien, 25. Juli 2013.

226 David Ladd, *The Ghosts of Berlin: Confronting German History in the Urban Landscape*, University of Chicago Press, Chicago 1997.

227 Fokusgruppe Wohnen, 13. Juni 2013.

228 Siehe auch: Schweizer Fernsehen, 10 vor 10, "Abbruch von Plattenbauten in Berlin", 21. Oktober 2003, unter <https://www.youtube.com/watch?v=VISA6oFemdU>.

229 Schulz, *Stadtumbau Ost*.

7.4 | WOHNEN IN MARZAHN-HELLERSDORF HEUTE

Mit Abschluss des Regenerationsprozesses trat Marzahn-Hellersdorf in die jüngste Entwicklungsphase ein. Sie zeichnet sich durch einen leichten Anstieg der Gesamtbevölkerung des Bezirks und eindeutig weniger verfügbaren Wohnraum in der Gegend aus. Dank Abriss vieler leer stehender Wohnungen und fortschreitender Gentrifizierung der Innenstadt ist der Prozentsatz freier Wohnungen in den letzten Jahren stark zurück gegangen und lag zuletzt bei 3%. Das hat den Bezirk verändert: von einer Gegend, in der Vermieter nach Mietern suchen zu einer Gegend, in der Menschen Wohnungen suchen,²³⁰ was auch die Beziehungen zwischen Mietern und Vermietern veränderte, mit nicht unerheblichen Konsequenzen für die soziale Integration randständiger Gruppen im Bezirk.

Erstens steigen die Mieten seit einigen Jahren stetig, und bei dieser Tendenz wird es in näherer Zukunft vermutlich bleiben.²³¹ Besonders für Menschen mit geringem Einkommen oder solche, die Transferleistungen beziehen, ist diese Entwicklung bedenklich. Sie sehen sich mit der beängstigenden Möglichkeit konfrontiert, ihre Wohnung verlassen und eine neue im bereits gesättigten Wohnungsmarkt finden zu müssen. Diese Aussicht wird auch für alte Menschen zunehmend zur Realität. Nachdem ihre Kinder weggezogen sind, werden ihre Wohnungen nun zu groß und zu teuer.²³² Eine andere von steigenden Mietpreisen betroffene Gruppe sind junge Leute ohne regelmäßige Arbeit, die zum ersten Mal nach einer Wohnung suchen. Sie erleben häufig Vermieter, die mehr von ihren Mietern erwarten als noch vor einigen Jahren, wie ein Mitarbeiter des Sozialamts Marzahn-Hellersdorf erläuterte:

*Eine schlechte SCHUFA-Bewertung war vor fünf Jahren noch kein großes Problem. Inzwischen ist das ein K.O.-Kriterium für junge Leute, die nach einer Wohnung suchen.*²³³

Seit Verknappung des Angebots scheinen die großen Wohnungsbaugesellschaften und Investoren, in deren Besitz sich die meisten Wohnungen im Bezirk befinden, bei der Auswahl ihrer Mieter wählerischer geworden zu sein.²³⁴ Risikogruppen wie junge Leute, alleinerziehende Eltern, Bewerber mit schlechter SCHUFA-Bewertung, Einwanderer und andere, die nicht dem Profil eines verlässlichen und zahlungsfähigen Mieters entsprechen, laufen dementsprechend Gefahr, aus dem lokalen Wohnungsmarkt ausgegrenzt zu werden.

230 Interview mit einer Bezirkspolitikerin, 26. April 2013; Interview mit einer Mitarbeiterin der Bezirksverwaltung, 14. Februar 2013.

231 Fokusgruppe Wohnen, 13. Juni 2013.

232 Fokusgruppe mit älteren Frauen, 3. Juni 2013; Interview mit einem Journalist, 17. April 2013.

233 Interview mit einem Mitarbeiter der Bezirksverwaltung, 3. Mai 2013.

234 Fokusgruppe Wohnen, 13. Juni 2013.

Trotz dieser Probleme ist die Identifikation der Interviewteilnehmer mit ihrer Gegend stark und Anwohner zeigen eine hohe Zufriedenheit mit ihren Wohnverhältnissen. Die Studienteilnehmer schätzen Marzahn-Hellersdorf als grünen und friedlichen Stadtteil mit frisch renovierten und äußerlich attraktiven Wohnhäusern sowie die gute Anbindung sowohl an die Berliner Innenstadt als auch an die Natur außerhalb der Stadtgrenzen, entweder mit dem Auto oder mit Hilfe der guten Anbindung an öffentliche Verkehrsmittel.²³⁵ Andererseits sorgen sie sich um steigende Kriminalität und Gewalt (die in individueller Wahrnehmung meist häufiger vorkommen als in der Realität, wie Kapitel 9 zeigt), steigende Mieten und den Mangel an städtischen Strukturen wie individuelle Geschäfte und Cafés, von denen viele nach Eröffnung des Einkaufszentrums East Gate schließen mussten.²³⁶ Zahlreiche Teilnehmer der Fokusgruppe Wohnen erwähnten auch die fehlenden kulturellen Einrichtungen (wie Galerien, Theater, Kinos). Kulturelle Veranstaltungen finden in Gebäuden statt, die Teilnehmern nicht geeignet erscheinen. Es wurde der Wunsch geäußert, dass die Bezirksregierung sich auch darum kümmert.

Die Anwohner des Bezirks sind sich der Unterschiede zwischen den Quartieren im Norden von Marzahn-Hellersdorf sehr bewusst. Wie ein Interessenvertreter sagte:

*Es gibt die guten und die schlechten Ecken in dieser Stadt und wir wissen alle, wo sie sind.*²³⁷

Solche Einschätzungen basieren allerdings nicht selten auf mangelnder Kenntnis der Gebiete. So behaupteten einige aus Marzahn stammende Teilnehmer der Fokusgruppe mit jüngeren Leuten, dass bestimmte Gegenden von Hellersdorf gefährlich seien, während junge Hellersdorfer das Gleiche über bestimmte Teile von Marzahn sagten. Solche Einschätzungen liegen zum einen in der limitierten Mobilität innerhalb des Bezirks begründet (gerade junge Leute orientieren sich stärker in Richtung Innenstadt als in andere Teile des Bezirks). Die Mehrheit der Studienteilnehmer stimmte außerdem darin überein, dass der Zustand einer bestimmten Gegend in hohem Maße vom Engagement der Hausbesitzer abhängt. Laut Aussagen von Teilnehmern der Fokusgruppe Wohnen brächten sich Arbeiterbaugenossenschaften und Wohnungsbaugesellschaften stärker in die soziale Entwicklung des Bezirks ein. Sie befinden sich zumindest teilweise in öffentlicher Hand (Stadt oder Land Berlin) und in Gegensatz zu privaten Investorengesellschaften gelten städtische Vermieter (wie die DeGeWo) meist als stärker engagiert, was öffentliche Veranstaltungen und die allgemeine Verschönerung der Umgebung angeht. Auch würden sie mehr Wohnungen nach Gesichtspunkten sozialer Fairness vermieten.²³⁸ Entgegen dieser weit verbreiteten Meinung sagte ein Interessenvertreter, dieses Engagement der

235 Fokusgruppe Wohnen, 13. Juni 2013; Fokusgruppe mit älteren Frauen, 3. Juni 2013.

236 Fokusgruppe Wohnen, 13. Juni 2013.

237 Interview mit einem Anwohner, 14. Februar 2013.

238 Fokusgruppe Wohnen, 13. Juni 2013.

Wohnungsgesellschaften hätte damit zu tun, dass Vermieter früher Mieter gewinnen mussten, seit der Wohnraum in den letzten Jahren knapp geworden ist, sei ein Rückgang solchen Engagements zu verzeichnen.²³⁹ Wenn diese Einschätzung stimmt, wird die Einbeziehung von Wohnungsgesellschaften in die sozioökonomische Entwicklung der Gegend weiter abnehmen, denn Wohnraum im Bezirk wird knapper. Dies wird sich deutlich auf die Bemühungen der Bezirksregierung und anderen Akteuren auswirken, die soziale und ökonomische Situation randständiger Bevölkerungsgruppen in Marzahn-Hellersdorf zu verbessern.

DAS JULE-PROJEKT

Jule ist ein Pilotprojekt der Wohnungsgesellschaft DeGeWo in Kooperation mit dem Bezirk Marzahn-Hellersdorf. Es soll jungen Mütter und Vätern Wohnraum bieten und sie sozialpädagogisch betreuen, etwa bei der Arbeitssuche oder der weiteren Ausbildung. Im Rahmen des Projekts erhalten sie eine Wohnung in einer gemeinschaftlichen Umgebung, Kinderbetreuung, individuelle Beratung und Hilfe mit bürokratischen Strukturen, mit denen sie sich auf dem Weg zu sozioökonomischer Integration auseinandersetzen müssen.



GESUNDHEIT UND SOZIALE SICHERUNG

Dieses Kapitel beginnt mit einer historischen Darstellung des deutschen Gesundheitssystems, um gegenwärtige Herausforderungen bei der Lösung heutiger Probleme zu verstehen und zu erklären.

Das Kapitel zeichnet nach, wie die Wende zu einer Wahrnehmung führte, in der die staatliche Gesundheitsversorgung der DDR mit dem komplizierten und bürokratischen Gesundheitssystem der Bundesrepublik verglichen wird. Durch die zunehmende Vermarktung der Gesundheitsversorgung und über die Medien verbreitete Informationen, die lokale Entscheidungen zum Thema Gesundheit beeinflussen, nimmt das Misstrauen der Menschen gegenüber Entscheidungen ihrer Ärzte zu. Manche Ärzte sehen gar ihre Autorität unterlaufen. Obwohl alle Versicherten Zugang zu ärztlicher Behandlung haben, sind die Leute in Marzahn-Hellersdorf der Ansicht, dass nicht alle gleich behandelt werden, wie zum Beispiel Hartz-IV-Empfänger. Das liegt auch daran, dass vor allem ältere Menschen sich schwer tun, Geld oder zusätzliche Unterstützung zu beantragen.

Gesundheitsindikatoren randständiger Bewohnergruppen des Bezirks zeigen zahlreiche Gesundheitsrisiken, die beispielsweise zu psychischen Gesundheitsproblemen und Störungen bei Kindern führen können. Da in den nördlich gelegenen Plattenbausiedlungen viele Familien leben, gibt es dort eine räumliche Konzentration von Kindern mit Entwicklungsstörungen oder besonderen Bedürfnissen. Indikatoren wie Alter, Sprachkenntnisse, Arbeitslosigkeit, alleine Leben und die Anzahl von Kindern im Haushalt scheinen die Selbstwahrnehmung der Menschen über ihre Gesundheit zu beeinflussen.

Das Kapitel beschreibt auch die Qualität von Gesundheitsdiensten und Krankenhäusern im Bezirk. Das Prinzip des Vertrauensarztes und das Recht auf freie Wahl von behandelnden Ärzten im Gesundheitssystem der DDR ist immer noch im Bewusstsein der älteren Generation im Bezirk verankert. In starkem Kontrast dazu stehen die Erfahrungen im neuen System, in dem es schwer ist, einen Termin zu bekommen, die Wartezeiten lang und Fachärzte rar sind und in dem es an speziellen Versorgungsangeboten für ältere Menschen mangelt. Das Kapitel schließt mit einer Diskussion der alternden Gesellschaft in Bezug auf Arbeitsmöglichkeiten für junge Leute.

Informationen und Analysen in diesem Kapitel beruhen vor allem auf Aussagen der Teilnehmer der Fokusgruppe Gesundheit. Das Thema wurde allerdings auch in der Fokusgruppe mit älteren Männern angesprochen. Es bezieht sich weiterhin auf Fachartikel zu öffentlicher Gesundheit, eine Studie zur Situation von Frauen im Bezirk, den Schuleinstiegsbericht der Bezirksverwaltung und Interviews mit Interessenvertretern innerhalb und außerhalb der Bezirksverwaltung, wie z.B. mit einer älteren Frau, die erst in der DDR einer akademischen Karriere nachging und dann im vereinigten Deutschland 10 Jahre lang arbeitslos war. Nun leitet sie ein Gemeindezentrum vor Ort.

8.1 | GESCHICHTE DES DEUTSCHEN GESUNDHEITSSYSTEMS

Die Grundzüge des deutschen Gesundheitssystems lassen sich bis zur Sozialpolitik des 19. Jahrhunderts unter Reichskanzler Bismarck zurückverfolgen. Selbstverwalteter Korporatismus, das Monopol der kassenärztlichen Vereinigung und die fragmentierten Strukturen der Gesundheitsversorgung liegen alle in historischen Beschlüssen begründet. Diese Art gewachsener Strukturen lassen sich nur schwer verändern, was einige Schwierigkeiten bei der Lösungsfindung für Probleme im Gesundheitssystem heute erklärt.²⁴⁰ Im Jahr 1883 wurde die Gesetzliche Krankenversicherung (GKV) eingeführt. Sie war Teil von Bismarcks Sozialgesetzgebung. Eines der Hauptmerkmale des deutschen Gesundheitssystems ist die Finanzierung der Gesundheitsversorgung der Bevölkerung durch die Sozialversicherung.²⁴¹

Grundlage des Gesundheitssystems der DDR waren staatliche Strukturen. In der medizinischen Versorgung wurde stark auf Vorsorge gesetzt. Dieses System folgte dem Modell der UdSSR, aber es beinhaltete auch Aspekte der deutschen Gesundheitspolitik unter Bismarck und der starken Tradition der Sozialhygiene aus der Weimarer Republik.²⁴² Staat und einige kirchliche Träger betrieben Krankenhäuser, Polikliniken und Gesundheitszentren, die sich um die gesundheitliche ambulante Versorgung von Patienten kümmerten.

Polikliniken waren wichtiger Bestandteil des Gesundheitssystems der DDR. Man fand sie in allen Stadtteilen und Landkreisen. In den 1970er Jahren verfügte jede Poliklinik über mindestens fünf spezialisierte Stationen, einen Zahnarzt sowie eine Apotheke. Ärzte wurden von Krankenhäusern eingestellt und proportional über die poliklinischen Einrichtungen verteilt. Anfangs wurden auch Allgemeinmediziner den Bezirken zugeordnet, doch dagegen regte sich rasch Widerstand. Im September 1973 wurde das Recht auf freie Wahl des Arztes bestätigt. Ab diesem Zeitpunkt durften Ärzte des Vertrauens zur medizinischen Grundversorgung konsultiert werden. In ländlichen Gegenden praktizierten Allgemeinmediziner außerhalb von Polikliniken. Außerdem gab es die Parallelstruktur der Betriebsärzte, welche Arbeiter und ihre Familien versorgten. Der Verantwortungsbereich der Betriebsärzte war damit größer als der ihrer westdeutschen Kollegen, den Werksärzten.²⁴³ Die fortlaufende Kontrolle der Gesundheit der DDR-Bevölkerung war Aufgabe der Dispensairebetreuung. Dieser

240 Thomas Gerlinger & Wolfram Burkhardt (2012), Dossier Gesundheitspolitik: Bismarcks Erbe: Besonderheiten und prägende Merkmale des deutschen Gesundheitswesens unter: <http://www.bpb.de/politik/innenpolitik/gesundheitspolitik/72553/deutsche-besonderheiten> (Zugriff 16. März 2014) (hiernach: Dossier Gesundheitspolitik).

241 Dossier Gesundheitspolitik.

242 Ärztezeitung, 2009: "Prinzipien, Finanzierung und Organisation des DDR-Gesundheitswesens, Ärztezeitung Sonderdruck", Sonderausgabe, unter: http://www.aerztezeitung.de/politik_gesellschaft/gp_specials/special-mauerfall-20/article/574143/prinzipien-finanzierung-organisation-des-ddr-gesundheitswesens.html (Zugriff 16. März 2014) (hiernach: "Prinzipien, Finanzierung und Organisation").

243 "Prinzipien, Finanzierung und Organisation".

Ausdruck stammt aus dem Französischen und verweist auf eine Ausgabestelle von Medikamenten für Arme. Die Dispensairebetreuung wurde Mitte der 50er Jahre eingeführt und bis 1989 strukturell immer weiter ausgebaut. Sie beinhaltete die komplette Versorgungskette, von Prävention und Früherkennung von Erkrankungen bis zur Nachsorge nach Behandlung. Sie unterschied sich je nach Risikofaktoren und Schwere der Krankheit. Die Dispensairebetreuung war auch ein wichtiger Bestandteil der Gesundheitsversorgung in Unternehmen.²⁴⁴

Die Finanzierung des Gesundheitssystems der DDR beruhte auf drei Säulen: Teile der Kosten finanzierten sich aus den Abgaben zur Sozialversicherung und der staatlichen Versicherung. Die Sozialversicherung wurde staatlich subventioniert. Die dritte Finanzierungssäule kam direkt aus dem Staatshaushalt. Damit wurden Gesundheitseinrichtungen und Personal bezahlt. Staatliche Subventionen stiegen erheblich über die Jahre, da die Sozialversicherungsbeiträge von Arbeitern und Unternehmen die Kosten der Gesundheitsversorgung immer weniger deckten.²⁴⁵

Im wiedervereinten Deutschland steht die Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) seit Jahren im Mittelpunkt der Debatte um das Gesundheitssystem. Stichworte sind hier Bürgerversicherung, Kopfprämie und Kapitaldeckungsverfahren. Keiner der gegenwärtigen Reformvorschläge zielt auf eine grundsätzliche Veränderung des Systems zu hauptsächlich steuer- oder marktfinanzierter Gesundheitsversorgung.²⁴⁶

8.2 | WAHRNEHMUNG VON GESUNDHEITSSYSTEM UND WENDE

Für ältere Bewohner des Bezirks stellt die Vereinigung einen wichtigen Zeitpunkt dar, auch in ihrer Erfahrung mit der Gesundheitsversorgung. In der Fokusgruppe Gesundheit erinnerte sich eine ältere Frau, die zu Gründungszeiten nach Marzahn zog, wie stolz die Bewohner damals auf die hohe Lebensqualität im Bezirk waren. „Alles war toll geplant und funktionierte, auch das Gesundheitssystem.“ Andere Teilnehmer meinten, dass damals alles anders gewesen sei als heute. Die Idee, dass Zeit Geld ist, habe keine wirkliche Bedeutung gehabt.²⁴⁷

Teilnehmer der Fokusgruppe stellten fest, dass sich seit der Vereinigung nicht viel am Gesundheitssystem geändert habe. Ihrer Meinung nach komplementierten die privat

244 "Prinzipien, Finanzierung und Organisation".

245 "Prinzipien, Finanzierung und Organisation".

246 Dossier Gesundheitspolitik.

247 Fokusgruppe Gesundheit, 5. Juli 2013.

niedergelassenen Ärzte das DDR-System der Polikliniken und Fachärzte. Polikliniken aus DDR-Zeiten seien seit der Vereinigung renoviert und neue private Arztpraxen eröffnet worden.²⁴⁸ Diese Wahrnehmung stimmt nicht mit der tatsächlichen Entwicklung seit der Wende überein, sie trifft wenn überhaupt erst auf die letzten Jahre zu. Polikliniken waren ein Hauptmerkmal des DDR-Systems. Unter der Wende-Regierung gab es nur wenig Unterstützung für den Erhalt von Polikliniken.²⁴⁹ Der Gesundheitssektor der DDR wurde allgemein als rückständig betrachtet. Heute finden seine positiven Elemente langsam mehr Anerkennung, so wie die gut funktionierende Verbindung von stationärer und ambulanter Versorgung, dem betrieblichen Gesundheitssystem, die Versorgung von Diabetes- oder Rheuma-Patienten, die Tumor-Registrierungsstelle und das Impfsystem.²⁵⁰ Der Erhalt des alten Gesundheitssystems wurde bei den schnellen Vorbereitungen auf die Vereinigung 1990 nicht diskutiert. Die westdeutsche Regierung bestand darauf, den eigenen Wohlfahrtsstaat auch im Osten einzuführen, so dass die Zahl der Polikliniken nach der Vereinigung schnell sank. Nach drei Jahren wurden nur noch 2% der ambulanten Versorgung von Polikliniken durchgeführt. Erst mit Entstehung der Medizinischen Versorgungszentren (MVZ) und rechtlicher Gleichstellung der verbliebenen Polikliniken mit medizinischen Zentren änderte sich der Umgang mit diesen Relikten der DDR.²⁵¹

Kritiker sagen heute, dass die strukturellen Defizite des Gesundheitssektors in ganz Deutschland bereits damals vorauszusehen waren und man eine Gelegenheit verpasst habe, das Gesundheitswesen im wiedervereinigten Deutschland in seiner Gesamtheit zu reformieren. Sie nennen 1990 eine historisch einzigartige Gelegenheit, noch einmal ganz von vorn anzufangen. Damals hätte eine bessere Lösung für das Gesundheitssystem im neuen Deutschland gefunden werden können.²⁵²

Die Wende beeinflusste die Meinung über Gesundheitsversorgung im Bezirk auf sehr spezifische Weise, wie in der Fokusgruppe Gesundheit deutlich wurde. Teilnehmer sorgen sich zum Beispiel über die von ihnen empfundene zunehmende Vermarktung von Gesundheit. Wie bereits erwähnt, finanziert sich das deutsche Gesundheitssystem nicht hauptsächlich aus Steuern oder durch den freien Markt. Trotzdem bewerten Bürger die letzten Reformen als stärkere Ausrichtung auf privatwirtschaftliche Strukturen. Teilnehmer der Fokusgruppe Gesundheit betrachten Neuerungen wie z.B. mehr Wahlmöglichkeiten im Gesundheitssystem als negativ. Sie fürchten, dass mehr Wettbewerb im Gesundheitssektor die Optionen von Menschen mit geringen Einkommen einschränken wird. Drei Rentner in der Fokusgruppe Gesundheit

248 Fokusgruppe Gesundheit, 5. Juli 2013.

249 Mitarbeiter einer NGO, Merten & Thomas Gerst, "Wende im DDR-Gesundheitswesen 1989/90: Vom Westen viel Neues", Deutsches Ärzteblatt 103 (36) (2006), unter: <http://www.aerzteblatt.de/archiv/52564/Wende-im-DDR-Gesundheitswesen-1989-90-Vom-Westen-viel-Neues> (Zugriff 16 März 2014) (hiernach: "Wende im DDR-Gesundheitswesen 1989/90").

250 "Wende im DDR-Gesundheitswesen 1989/90".

251 "Wende im DDR-Gesundheitswesen 1989/90".

252 "Wende im DDR-Gesundheitswesen 1989/90".

beklagten sich über billige Medikamente. Da die Krankenkassen keine höheren Zuschüsse zahlen, verschrieben Ärzte keine teuren Medikamente mehr.²⁵³ Der Gesundheitssektor wurde mit einer Fabrik verglichen: was zu teuer ist fliege raus.²⁵⁴ Schuld daran seien die hohen Preise für Medikamente in Deutschland. So koste das Antibiotikum *Flammazine* in Deutschland €21, in Frankreich hingegen nur €3,91.²⁵⁵ Dabei gebe es generische pharmazeutische Produkte, die günstiger als patentierte Originalprodukte seien:

*[der Arzt] muss entscheiden, welche Medikamente er mit seinem Budget verschreibt. Ärzte müssen kostengünstige Rezepte ausstellen und gleichzeitig der Verantwortung für ihre Patienten und hochwertige Therapien gerecht werden.*²⁵⁶

Ein positiver Aspekt dieser Art von Vermarktung sei der Zugang zu mehr Informationen über Medikamente und medizinische Behandlungsmöglichkeiten über die Medien. Dies bestätigten zwei Fokusgruppenteilnehmer, die sich erst nach Medienrecherche für bestimmte Behandlungen entschieden. Dies trage zum besseren Verständnis der verschiedenen Behandlungsoptionen bei. Zugang zu mehr Informationen über Gesundheitsfragen führt allerdings auch dazu, dass Menschen die Entscheidungen des Arztes hinterfragen. Laut Aussagen einiger Fokusgruppenteilnehmer entscheide letztendlich der Hausarzt über die Behandlung, aber Patienten fragten nun öfter nach. Ärzte hätten manchmal das Gefühl, ihre Autorität werde untergraben.²⁵⁷

Die Erfahrung der Wende scheint die Wahrnehmung des Gesundheitssystems verändert zu haben. Das kostenfreie staatliche Gesundheitssystem der DDR steht in starkem Kontrast zum komplizierten und bürokratischen System des neuen Deutschlands. Das westdeutsche System ruht auf den Säulen der Bismarck'schen Gesundheitsversorgung im deutschen Kaiserreich. Es wird oft als Zweiklassensystem betrachtet, in dem Menschen, die mehr Geld haben, auch besser behandelt werden als Arme und gesellschaftlich Ausgegrenzte. Die Fokusgruppe Gesundheit diskutierte den Druck, unter dem Ärzte stehen, von Seiten der Kasse und Patienten aufgrund der neuen Budgetregelungen. Ein Rentner sagte, dass die Wende ihnen vor allem mehr Bürokratie im Gesundheitssektor gebracht habe. Er fügte hinzu:

253 Fokusgruppe Gesundheit, 5. Juli 2013.

254 Fokusgruppe Gesundheit, 5. Juli 2013.

255 Siehe die unterschiedlichen Arzneimittelpreise in Deutschland im Vergleich zur EU: Medikamentenpreise, Europäisches Verbraucherzentrum, unter: <http://www.eu-verbraucher.de/de/verbraucherthemen/gesundheit-in-der-eu/der-kauf-von-medikamenten/medikamentenpreise> (Zugriff 16. März 2014).

256 "Budget schonen durch Generika-Einsatz? Datenanalyse aus dem Bereich der PPI", *JournalMed*, at <http://www.journalmed.de/newsview.php?id=19764> (Zugriff 16. März 2014).

257 Fokusgruppe Gesundheit, 5. Juli 2013.

*Am Ende des Monats nehmen einige Ärzte gar keine neuen Patienten mehr, weil sie für die kein Geld mehr haben.*²⁵⁸

8.3 | GESUNDHEIT RANDSTÄNDIGER GRUPPEN

Der Zusammenhang zwischen niedrigem sozioökonomischen Status, mangelnder Bildung und schlechter Gesundheit ist ausreichend dokumentiert. Daher verwundert es nicht, dass die Gesundheitsindikatoren randständiger Anwohner in Marzahn-Hellersdorf in vielen Bereichen besorgniserregend sind. Die Akkumulation von Risikofaktoren im Bezirk wie geringer sozialer und ökonomischer Status, sich auflösende Familienstrukturen, frühe Elternschaft und Rauchen während der Schwangerschaft²⁵⁹ befördern psychische Probleme und Störungen bei Kindern.

Dazu die Leiterin eines Gemeindezentrums im Bezirk:

*Die Daten der Gesundheitsuntersuchung vor Eintritt in die Grundschule deuten auf einige konkrete Entwicklungsprobleme von Kindern aus armen Familien im Bezirk hin.*²⁶⁰

Der schlechte Gesundheitszustand von Kindern wird auch in der Gesundheitsberichterstattung 2012 des Bezirks hervorgehoben.²⁶¹ Die sprachliche, motorische und kognitive Entwicklung der Kinder in Marzahn-Hellersdorf liegt unter dem Durchschnitt im Vergleich mit anderen Bezirken. Kinder sozial benachteiligter Eltern sind besonders betroffen. Da viele dieser Familien im nördlichen Teil leben, ist dort die räumliche Konzentration von Kindern mit Entwicklungsverzögerungen und besonderen Förderbedürfnissen hoch. Am stärksten betroffen sind Hellersdorf-Nord und Marzahn-Nord.²⁶² Der Bericht hält fest, dass schlechte Zahnpflege, mangelnde Ernährung, Rauchen in der Wohnung, exzessiver und unkontrollierter TV-Konsum und damit einhergehender Mangel an Bewegung und Stimulation in vielen Haushalten den Alltag vieler Kinder ausmachen.²⁶³

- In mehr als der Hälfte aller Familien (51,6%) raucht mindestens ein Elternteil. Dies ist die höchste Rate in ganz Berlin, der Durchschnitt liegt bei 38,2%. In Familien mit niedrigem Sozialstatus liegt der Anteil bei 71,5% und ist damit fünfmal höher als in Familien mit hohem Status (14,1%).²⁶⁴

²⁵⁸ Teilnehmer/in der Fokusgruppe Gesundheit, 5. Juli 2013.

²⁵⁹ Marzahn-Hellersdorf, Berlin, Bezirksamt, "Gesundheitsberichterstattung".

²⁶⁰ Interview mit einer Mitarbeiterin eines Gemeinschaftszentrums im Bezirk, 23. April 2013.

²⁶¹ Interview mit einer Mitarbeiterin eines Gemeinschaftszentrums im Bezirk, 23. April 2013.

²⁶² Marzahn-Hellersdorf, Berlin, Bezirksamt, "Gesundheitsberichterstattung".

²⁶³ Marzahn-Hellersdorf, Berlin, Bezirksamt, "Gesundheitsberichterstattung".

²⁶⁴ Marzahn-Hellersdorf, Berlin, Bezirksamt, "Gesundheitsberichterstattung".

- Nur 80% der Kinder hatten das ihrer Größe entsprechende Gewicht. Neun Prozent der Kinder waren übergewichtig und 12% lagen unter dem Durchschnittsgewicht für Alter und Größe.²⁶⁵
- Kinder deutscher Herkunft litten häufiger an motorischen Störungen als Kinder mit Migrationshintergrund.²⁶⁶
- 41,6% der Kinder hatten Probleme mit ihrer sprachlichen Entwicklung; Jungen waren etwas stärker betroffen als Mädchen. Der Anteil lag bei Kindern aus Einwandererfamilien höher als bei deutschen Kindern. Die Abhängigkeit der Unterschiede vom Sozialstatus war offensichtlich.²⁶⁷
- 17,2% der Kinder zeigten Störungen in der sozialen und emotionalen Entwicklung. Jungen (20,8%) waren wieder stärker betroffen als Mädchen (13,5%).²⁶⁸

Diese Tatsachen wurden in Interviews mit Interessenvertretern und in verschiedenen Fokusgruppen angesprochen. Die Teilnehmerin vom Gemeindezentrum in Marzahn sprach über die Probleme, die sowohl deutsche Eltern als auch Einwanderer betreffen, nämlich „sozio-motorische Defizite“. Sie betonte, dass in Marzahn die meisten Sozialhilfeempfänger Berlins leben, viele davon Raucher und Alleinerziehende.²⁶⁹ Die Fokusgruppe Bildung diskutierte ebenfalls Situation und soziale Probleme von Hartz-IV-Empfängern im Bezirk. Einige Teilnehmer äußerten sich kritisch über die Anzahl von Kindern mit eigenem Fernseher.²⁷⁰ Daten in der Gesundheitsberichterstattung bestätigen die Sorge über den negativen Einfluss auf die Gesundheit, wenn Kinder zu viel Zeit vor dem Fernseher verbringen. Fast jedes vierte Kind in Marzahn-Hellersdorf besitzt bereits vor Eintritt ins Grundschulalter einen eigenen Fernseher. Das sind doppelt so viele wie im Berliner Durchschnitt und mehr als in jedem anderen Bezirk.²⁷¹ Laut Gesundheitsberichterstattung sehen bis zu zwei Drittel der Kinder im Bezirk bis zu zwei Stunden Fernsehen pro Tag, in Berlin insgesamt sind es 23%, die zwei Stunden am Tag fernsehen und 7%, die mehr als zwei Stunden am Tag vor dem Fernseher verbringen.²⁷²

Alter, Sprachkenntnisse, Arbeitslosigkeit, alleinerziehend sein und die Anzahl von Kindern beeinflussen die Wahrnehmung der Menschen über ihre Gesundheit, wie eine Studie über Frauen im Bezirk zeigt.²⁷³ Zwei Drittel aller Frauen in Marzahn-Hellersdorf

265 Marzahn-Hellersdorf, Berlin, Bezirksamt, „Gesundheitsberichterstattung“.

266 Marzahn-Hellersdorf, Berlin, Bezirksamt, „Gesundheitsberichterstattung“.

267 Marzahn-Hellersdorf, Berlin, Bezirksamt, „Gesundheitsberichterstattung“.

268 Marzahn-Hellersdorf, Berlin, Bezirksamt, „Gesundheitsberichterstattung“.

269 Interview mit einer Mitarbeiterin eines Gemeinschaftszentrums im Bezirk, 23. April 2013.

270 Fokusgruppe Bildung, 15. Mai 2013.

271 Marzahn-Hellersdorf, Berlin, Bezirksamt, „Gesundheitsberichterstattung“.

272 Marzahn-Hellersdorf, Berlin, Bezirksamt, „Gesundheitsberichterstattung“.

273 Heidrun Schmidtke, „Lebenslagen von Frauen in Marzahn-Hellersdorf“, Sozialwissenschaftliche Forschungszentrum Berlin-Brandenburg e.V. (SFZ) (hiernach; Schmidtke, „Lebenslagen von Frauen“) unter: http://www.sfz-ev.de/index_htm_files/FrauenStudie.pdf (Zugriff 11. Juli 2014).

bezeichnen ihre Gesundheit als gut. Fast 90% der Frauen unter 21 beschrieben ihre Gesundheit als gut oder sehr gut. Diese Zahl nimmt jedoch mit dem Alter ab.²⁷⁴ 24% der Frauen deutscher Herkunft beschrieben ihre Gesundheit als sehr gut im Vergleich zu nur 3% der Spätaussiedlerinnen. Die Autorin der Studie vermutet einen Zusammenhang zwischen der höheren Arbeitslosenrate dieser Frauen und Gesundheit bzw. Wohlergehen.²⁷⁵ Die Hälfte aller Frauen in der Studie leiden manchmal unter Stress, ein Fünftel fühlte sich zum Zeitpunkt der Befragung gestresst, ein Drittel fühlte sich nicht unter Stress. Die Anwesenheit von Kindern beeinflusst das Stressgefühl von Frauen. Alleinerziehende Mütter berichteten öfter von Stress während der letzten 7 Tage (63%) als Mütter mit Lebensgefährten (48%). 72% aller Frauen mit drei und mehr im Haushalt lebenden Kindern fühlten sich oft unter Stress.²⁷⁶

8.4 | GESUNDHEIT UND FINANZIELLE SITUATION VON SOZIALLEISTUNGSEMPFÄNGERN UND ÄLTEREN

Obwohl das Gesundheitssystem für die Behandlungskosten aller Versicherten aufkommt, wird Gesundheitsversorgung als ungerecht wahrgenommen. In der Fokusgruppe Gesundheit wurde dies an der Geschichte eines Teilnehmers über seinen Nachbar deutlich:

Tatsache ist, dass Hartz-IV-Empfänger viele medizinische Behandlungen nicht bezahlen können, weil sie zu teuer sind.

Ein anderer Teilnehmer fügte hinzu, dass er selbst für neue (und teurere) Medikamente aufkommen müsse. Andere stimmten zu, dass Patienten vieles selbst bezahlen müssen. Dafür wurden im Laufe der Diskussion mehrere Gründe genannt, wie z.B. Unterschiede zwischen privater oder gesetzlicher Versicherung und höhere Preisen für Medikamente in Apotheken.²⁷⁷ Empfänger sozialer Transferleistungen hätten manchmal kein Geld für teure Medikamente, auch wenn sie es vielleicht beantragen könnten. Teilnehmer der Fokusgruppen mit älteren Menschen sprachen die emotionalen Hürden an, zum Amt zu gehen und nach Geld zu fragen. Dies sei besonders für ältere Leute, die ihr Leben lang gearbeitet haben, schwer. Sie sprachen von der Scham, einen Berechtigungsschein zu beantragen, und dem Gefühl zu betteln.²⁷⁸

Die Teilnehmer der Fokusgruppe mit älteren Männern diskutierten über ihre Renten. Eine Schwierigkeit während der Wende war die Umstellung vom zentral organisierten

274 Schmidtke, "Lebenslagen von Frauen".

275 Schmidtke, "Lebenslagen von Frauen".

276 Schmidtke, "Lebenslagen von Frauen".

277 Fokusgruppe Gesundheit, 5. Juli 2013.

278 Fokusgruppe mit älteren Frauen, 3. Juni 2013; Fokusgruppe mit älteren Männern, 5. Juli 2013.

Sozialversicherungssystem der DDR auf das differenzierte Sozialversicherungssystem der Bundesrepublik.²⁷⁹ Es gab verschiedene Rentensysteme in Ost und West. Ein ehemaliger Polizeibeamter der DDR und Teilnehmer in der Fokusgruppe mit älteren Männern gab an, er hätte in der DDR fast doppelt so viel Rente bekommen wie heute im wiedervereinigten Deutschland.²⁸⁰ Ein anderer Teilnehmer und Rentner fügte hinzu:

*Manchmal hatten Arbeiter viel zu tun, manchmal weniger, die Arbeit war nicht regelmäßig und durchgehend. Wenn sie heute in Rente gehen, sind sie arm.*²⁸¹

Ein Mann aus der gleichen Fokusgruppe widersprach dieser Ansicht:

*Ostdeutsche Rentner, die immer gearbeitet haben, bekommen eine gute Rente. Die Kurhäuser sind voll von ostdeutschen Rentnern.*²⁸²

Ein weiterer Teilnehmer der Fokusgruppe, der in DDR und BRD als Polizist gearbeitet hatte, ist mit seiner Rente zufrieden:

*Ich war bei der Polizei und kann mit dem Geld gut leben. Aber als Hartz-IV-Empfänger muss man sich total entblößen, wenn man die Rente beantragt.*²⁸³

8.5 | QUALITÄT DER GESUNDHEITSDIENSTE IN MARZAHN-HELLERSDORF

Fokusgruppenteilnehmer äußerten sich meist zufrieden mit der Qualität von gesundheitlicher Versorgung und Krankenhäusern, obwohl einige ernste gesundheitliche Probleme haben. Teilnehmer kennen drei Polikliniken im Bezirk, die sie alle als gut bewerten.²⁸⁴ In der Diskussion wurden Erwartungen an Ärzte thematisiert.

*Er soll dich kennen und dir sagen, wann die nächste Vorsorgeuntersuchung fällig ist.*²⁸⁵

*Er sagt mir, wo ich hin gehen soll und meine Krankenversicherung sagt mir ebenfalls, wann ich einen Vorsorgetermin habe.*²⁸⁶

279 Diese Umstellung, die auch Rentenzahlungen in der ehemaligen DDR umfasst, heißt "DDR-Altlasten". Mehr unter: [http://de.wikipedia.org/wiki/DDR-Altlasten_\(Rente\)](http://de.wikipedia.org/wiki/DDR-Altlasten_(Rente)) (Zugriff 16. März 2014).

280 Teilnehmer/in der Fokusgruppe mit älteren Männern, 5. Juli 2013.

281 Teilnehmer/in der Fokusgruppe mit älteren Männern, 5. Juli 2013.

282 Teilnehmer/in der Fokusgruppe mit älteren Männern, 5. Juli 2013.

283 Teilnehmer/in der Fokusgruppe mit älteren Männern, 5. Juli 2013.

284 Fokusgruppe Gesundheit, 5. Juli 2013.

285 Zwei Teilnehmer/innen der Fokusgruppe Gesundheit, 5. Juli 2013.

286 Teilnehmer/in der Fokusgruppe Gesundheit, 5. Juli 2013.

*Ein guter Arzt ist für einen da, er untersucht dich, spricht mit dir und gibt dir das Gefühl, ein Mensch zu sein.*²⁸⁷

Diese Ansichten reflektieren die Erfahrungen der Fokusgruppenteilnehmer mit Ärzten in der DDR. Eine Teilnehmerin mochte ihre Ärztin sehr gerne, sie nannte sie „eine echte DDR-Ärztin“ und beschrieb ihre Sprechstunden folgendermaßen:

*Man kam rein, sie fragte nach der Familie und erst in den letzten fünf Minuten fragte sie nach dem Grund fürs Erscheinen und kümmerte sich darum.*²⁸⁸

Fast alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Fokusgruppe waren jahrelang beim gleichen Arzt. Sie möchten den Arzt ungern wechseln, da es viel Zeit und Energie koste, sich an einen neuen Arzt zu gewöhnen und ebenso viel Zeit koste, bis der Arzt sich über den Hintergrund und medizinische Vorgeschichte eines Patienten informiert habe. Langfristige Beziehung und Vertrautheit mit einem Arzt wurde von allen als wichtig beschrieben. Eine Teilnehmerin geht sogar mit ihren Enkeln zum gleichen Arzt. Mit ihm könne sie reden und der Arzt kenne ihre Familie, es sei gut für sie, seit langem zum selben Arzt zu gehen.²⁸⁹ Diese positive Erfahrung mit einem Arzt steht in Kontrast zu den Erfahrungen zweier anderer Teilnehmer, die sich über Ärzte beschwerten, die überhaupt nicht mit einem reden.

*Sie schicken einen nur überall herum.*²⁹⁰

Ein anderer Teilnehmer berichtet von einer ähnlichen Erfahrung:

*Mein Arzt interessiert sich nicht für seine Patienten. Er schaut sie schnell an und schickt sie dann fort.*²⁹¹

Ein weiterer Teilnehmer sieht das Problem in der Einstellung mancher Ärzte:

*Manche reden noch nicht einmal mit ihren Patienten, sie haben keinerlei zwischenmenschlichen Kontakt.*²⁹²

Eine junge Teilnehmerin der Fokusgruppe Gesundheit arbeitet als Altenpflegerin. Ihrer Erfahrung nach werden viele ihrer Patienten in Krankenhäusern schlecht behandelt. Wenn sie zurück ins Altenheim entlassen werden, seien sie oft in schlechtem Zustand. Ihrer Erfahrung nach macht es einen Unterschied, wenn sie ihre Patienten zum Arzt

287 Teilnehmer/in der Fokusgruppe Gesundheit, 5. Juli 2013.

288 Teilnehmerin der Fokusgruppe Gesundheit, 5. Juli 2013.

289 Fokusgruppe Gesundheit, 5. Juli 2013.

290 Zwei Teilnehmer/innen der Fokusgruppe Gesundheit, 5. Juli 2013.

291 Teilnehmer/in der Fokusgruppe Gesundheit, 5. Juli 2013.

292 Teilnehmer/in der Fokusgruppe Gesundheit, 5. Juli 2013.

oder ins Krankenhaus begleitet. Von manchen Ärzten werde sie zwar ignoriert, die meisten seien jedoch aufmerksamer den Patienten gegenüber:

Aber meiner Erfahrung nach kümmern sich Ärzte einfach weniger um alte Menschen. Ärzten geht es nur ums Geld.²⁹³

Wie es scheint, bleiben das Konzept des Vertrauensarztes und die freie Arztwahl Teil der gelebten Erfahrung älterer Teilnehmer der Fokusgruppe Gesundheit, sie waren, wie oben gezeigt, Bestandteil des DDR-Gesundheitssystems. Die Erfahrungen mit dem neuen System stehen in starkem Kontrast dazu und zeichnen sich durch Schwierigkeiten einen Termin zu bekommen, lange Wartezeiten, zu wenigen Fachärzte und mangelnder medizinischer Versorgung einer alternden Gesellschaft aus.

8.5.1 | TERMINE UND WARTEZEITEN

Beim Arzt einen Termin zu bekommen war eins der dominierenden Themen in der Fokusgruppe Gesundheit. Teilnehmer beschwerten sich, dass, wenn sie endlich einen Termin bekommen hatten, sie teilweise Stunden lang warten mussten, bevor der Arzt sie aufrief. Eine 50jährige Teilnehmerin sprach über Interaktionen mit medizinischem Personal, die nicht zufriedenstellend waren.²⁹⁴ Ein Mann in derselben Altersgruppe berichtete über eine schlechte Erfahrung mit einem Kardiologen in Marzahn.

Ich habe sechs Wochen auf einen Termin gewartet. Als ich endlich dran kam, kümmerte der Arzt sich um drei Patienten gleichzeitig.²⁹⁵

Eine Rentnerin in der Fokusgruppe beschwerte sich:

Fachärzte nehmen sich nicht genug Zeit für die Patienten und es gibt überhaupt kein Gespräch. Er macht seine Untersuchung und schreibt ein Rezept.²⁹⁶

Ihr Mann fügte hinzu:

Ärzte haben es immer eilig und sie haben keine Zeit für Erklärungen.²⁹⁷

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren sich einig, dass Wartezeiten verkürzt werden müssen, auch wenn sich dafür mehr Ärzte im Bezirk niederlassen müssen. Manche Fokusgruppenteilnehmer glaubten, dass Privatpatienten kürzere Wartezeiten hätten als Kassenpatienten. Die oben bereits erwähnte 50jährige Frau sagte, ihre

293 Teilnehmer/in der Fokusgruppe Gesundheit, 5. Juli 2013.

294 Teilnehmer/in der Fokusgruppe Gesundheit, 5. Juli 2013.

295 Teilnehmer/in der Fokusgruppe Gesundheit, 5. Juli 2013.

296 Teilnehmer/in der Fokusgruppe Gesundheit, 5. Juli 2013.

297 Teilnehmer/in der Fokusgruppe Gesundheit, 5. Juli 2013.

Hausarztpraxis sei freitags für Kassenpatienten geschlossen, dann behandle er nur Privatpatienten.²⁹⁸ Ein Mann, der aus der privaten Krankenversicherung in die gesetzliche gewechselt hatte, konnte allerdings keine Unterschiede in der Behandlung bemerken.²⁹⁹

8.5.2 | FACHARZTMANGEL

Teilnehmer der Fokusgruppe Gesundheit hatten keine Probleme bei der Suche nach Haus- oder Zahnärzten. Fachärzte wie Psychologen, Neurologen, Dermatologen und Orthopäden hingegen seien im Bezirk schwer zu finden.³⁰⁰ Ein Vertreter der Bezirksverwaltung erklärte, dass der Bezirk sich bemühe, Facharztpraxen gleichmäßig zu verteilen:

*Es gibt Gegenden, in denen Fachärzte sich konzentrieren. Ein Verteilungsschlüssel gibt vor, wie viele Allgemeinmediziner und Fachärzte sich in einer Gegend niederlassen dürfen.*³⁰¹

Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Fokusgruppe Gesundheit diskutierten über den Facharztmangel unter Verweis auf den schlechten Ruf von Marzahn, das von Außenstehenden oft als Plattenbaudschungel betrachtet werde. Das negative und vorurteilsbeladene Image, das auch in Kapitel 4 und 11 angesprochen wird, haftet dem Bezirk nach Meinung einer Teilnehmerin seit der Wende an:

*Es beeinflusst Ärzte, Lehrer und Polizisten in ihrer Entscheidung, hierher zu kommen.*³⁰²

Ein Rentner aus der Fokusgruppe Gesundheit befürchtet, dass schlechte Ärzte mit mangelnder Erfahrung gezwungen seien, nach Marzahn zu kommen, und sie so schnell wie möglich wieder von hier weg wollten.³⁰³ Ein Anderer fügte hinzu, dass viele Ärzte im Bezirk langsam alt werden und jüngere Nachfolger gebraucht würden.³⁰⁴

*Viele Fachärzte und Spezialisten wollen nicht hierher kommen oder sie wollen schnell wieder weg, in Bezirke, in denen sie Geld machen können, wie Zehlendorf oder Grunewald.*³⁰⁵

298 Teilnehmer/in der Fokusgruppe Gesundheit, 5. Juli 2013.

299 Teilnehmer/in der Fokusgruppe Gesundheit, 5. Juli 2013.

300 Fokusgruppe Gesundheit, 5. Juli 2013.

301 Interview mit einer Mitarbeiterin der Bezirksverwaltung, 14. Februar 2013.

302 Fokusgruppe Gesundheit, 5. Juli 2013.

303 Teilnehmer/in der Fokusgruppe Gesundheit, 5. Juli 2013.

304 Teilnehmer/in der Fokusgruppe Gesundheit, 5. Juli 2013.

305 Teilnehmer/in der Fokusgruppe Gesundheit, 5. Juli 2013.

Dies sind wohlhabende Bezirke in Berlin. Diese Sorge erinnert an die in der Fokusgruppe Bildung gefallene Vermutung, dass das schlechte Image von Marzahn-Hellersdorf für die vielen Lehrerwechsel im Bezirk verantwortlich sei.

Die Fokusgruppe Gesundheit schloss mit der Empfehlung an Politiker, auf die Veränderungen im Gesundheitssektor angemessen zu reagieren. Teilnehmerinnen und Teilnehmer überlegten, wie der Bezirk für Ärzte attraktiver werden könne. Ein Teilnehmer schlug ein System vor, in dem Ärzte erst auf dem Land oder in Gegenden mit Ärztemangel arbeiten müssen, bevor sie sich aussuchen dürfen, wo sie sich niederlassen.³⁰⁶

8.5.3 | DIE ALTERNDE GESELLSCHAFT

Die sich verändernde Demografie im Bezirk wird neue Herausforderungen im Gesundheitssektor mit sich bringen. Marzahn-Hellersdorf war zwar einmal der Bezirk mit der jüngsten Bevölkerung, doch das Durchschnittsalter steigt heute schnell (siehe Kapitel 2). Der Bezirksbürgermeister betonte die Tatsache der schnellen demografischen Veränderungen im Bezirk und die Ratlosigkeit, wie mit der alternden Bevölkerung umzugehen sei.³⁰⁷

*Es braucht Unterstützung für alte Leute, damit diese in ihren Wohnungen bleiben können und es braucht Geschäfte, die den Bedürfnissen älterer Menschen gerecht werden.*³⁰⁸

Er hob den sozialen Charakter des Einkaufens hervor. Einkaufen sei kein rein technischer Vorgang der Versorgung, Geschäfte mit Angeboten für Ältere müssten eine soziale Funktion übernehmen.³⁰⁹

Laut Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Fokusgruppe Gesundheit gibt es zu wenig Ärzte und Gesundheitseinrichtungen im Bezirk, um der alternden Gesellschaft gerecht zu werden. Ein Teilnehmer, der von Anfang an im Bezirk wohnt, sagte, dass dies bei der Planung von Marzahn-Hellersdorf nicht in Betracht gezogen worden sei, damals sei es schließlich ein sehr junges Viertel gewesen.³¹⁰

Eine 17-jährige Teilnehmerin meinte, die alternde Gesellschaft schaffe neue Arbeitsplätze für Jüngere. Viele junge Leute würden gern als Altenpfleger arbeiten, diese Jobs müssten allerdings besser bezahlt werden. Eines ihrer Argumente, das auf

306 Teilnehmer/in der Fokusgruppe Gesundheit, 5. Juli 2013.

307 Interview mit einem Bezirkspolitiker, 17. April 2013.

308 Interview mit einem Bezirkspolitiker, 17. April 2013.

309 Interview mit einem Bezirkspolitiker, 17. April 2013.

310 Teilnehmer/in der Fokusgruppe Gesundheit, 5. Juli 2013.

den ersten Blick ausländerfeindlich erscheinen mag, beschreibt die heutige Situation im Gesundheitssektor:

*Statt die Gehälter zu erhöhen, bringen sie Ausländer rein, die für weniger Geld arbeiten.*³¹¹

Sie verwies auf die Rekrutierung von Pflegepersonal aus Süd- und Osteuropa durch die Bundesregierung.³¹² Sie selbst macht eine Ausbildung zur Altenpflegerin, weil sie den durch den demografischen Wandel wachsenden Bedarf an Pflegekräften erkannt hat.

*Der Job wird von meinen Freunden unterschätzt, er ist schlecht bezahlt und die Ausbildung kostet €150 im Monat.*³¹³

Sie aber will weiter in diesem Job arbeiten. Sie möge alte Menschen und sehe eine Zukunft für sich. In diesem Sektor wird es keinen Mangel an Beschäftigungsmöglichkeiten geben.³¹⁴

311 Teilnehmer/in der Fokusgruppe Gesundheit, 5. Juli 2013.

312 "Fachkräftemangel: Bundesregierung wirbt im Ausland um Pflegekräfte", Spiegel Online 11. September 2013, unter: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/bundesregierung-wirbt-in-neun-laendern-um-pflegekraefte-a-921552.html>, (Zugriff 16. März 2014).

313 Teilnehmer/in der Fokusgruppe Gesundheit, 5. Juli 2013.

314 Teilnehmer/in der Fokusgruppe Gesundheit, 5. Juli 2013.

9.

**POLIZEI UND
SICHERHEIT**

Dieses Kapitel beginnt mit einer kurzen Darstellung der Geschichte und Struktur der Polizei in Berlin. Es konzentriert sich auf die Diskrepanz zwischen den statistischen Daten zu Kriminalität und Sicherheit, die zeigen, dass die Kriminalitätsrate in Marzahn-Hellersdorf im Vergleich zu anderen Berliner Bezirken sehr niedrig ist, und der Wahrnehmung der Anwohner, deren Ansicht nach die Sicherheitslage in ihrem Bezirk schlechter sei als anderswo. Um diesen Widerspruch zu verstehen, wird die mögliche Verbindung von Angst vor Kriminalität und der vermeintlich stark wachsenden ethnischen Vielfalt diskutiert.

Das Kapitel verweist auf unterschiedliche Kriminalitätsrisiken je nach Gegend des Bezirks und Tageszeit und zitiert politische Entscheidungsträger zu ihrer Deutung des offensichtlichen Widerspruchs zwischen Angst vor Kriminalität (die verbreitet ist) und tatsächlicher Kriminalitätsrate (die niedrig ist). Diskussionen in den Fokusgruppen erlaubten einen Einblick in Erklärungsmuster von Anwohnern zu Kriminalität oder Gewalt im Bezirk. Es gibt unterschiedliche lokale Deutungen für die Gründe von Kriminalität und für verschiedene Arten von Kriminalität.

Es folgt die detaillierte Untersuchung lokaler Betrachtungsweisen eines wichtigen Ereignisses im Sommer 2013, noch während des Forschungszeitraums dieser Studie: die Einrichtung eines Asylbewerberheims in Marzahn-Hellersdorf. Dieses Ereignis weckte ein kollektives Trauma aus der Zeit der Wende und ist stark mit der Frage der Definition von Sicherheit im Bezirk verknüpft. Um die Situation besser zu verstehen, muss man auf die Zeit nach der Vereinigung zurück schauen, auf die Geschichte der Vietnamesen und Spätaussiedler im Bezirk und die rassistisch motivierten Auseinandersetzungen in der ersten Hälfte der 1990er Jahre.

Diskussionen mit Studienteilnehmern über Image und Rolle der Polizei betonten, dass viele ehemalige Polizisten und Angestellte des Sicherheitsapparats der DDR im Bezirk leben. Einige von ihnen nahmen an verschiedenen Fokusgruppen teil und gaben Einblick in die sich verändernden Rollen und Wahrnehmungen von Polizei in der DDR und im vereinten Deutschland. Interviews verdeutlichen die hohen Erwartungen an die Polizei und die wachsende Anzahl von Themen, mit denen sie konfrontiert sind und für die traditionell andere Behörden zuständig sind. Dies deutet auf eine sich wandelnde Rolle der Polizeiarbeit hin zu mehr *Social Engineering*, allerdings ohne dass ausreichendes Personal oder entsprechende Ausbildungen zur Verfügung stünden. Das Kapitel schließt mit einer Betrachtung gemeinsamer Anstrengungen in der Verbrechensprävention im Bezirk und den verschiedenen Kooperationsebenen von Präventionsbeamten mit Sozialarbeitern, Streetworkern, Quartiersmanagement, privaten und öffentlichen Einrichtungen und Schulen.

Die Daten für dieses Kapitel stammen aus der Auswertung von Gesprächen in den Fokusgruppen Polizei, Bildung, und mit jüngeren und älteren Männern sowie aus Interviews mit wichtigen Schlüsselfiguren aus Zivilgesellschaft und Bezirksverwaltung. Das Kapitel bezieht sich weiterhin auf öffentlich zugängliche Informationen über

Struktur und Organisation der Polizei in Berlin, eine Studie des Max-Planck-Instituts über Sicherheit in Marzahn,³¹⁵ eine Studie zu neuen Einwanderergruppen in Berlin,³¹⁶ einen Bericht über Alltag und Sozialismus in Marzahn,³¹⁷ eine Studie des Zentrums Demokratische Kultur³¹⁸ und den Berliner Präventionsbericht.³¹⁹

9.1 | KURZE GESCHICHTE DER POLIZEISTRUKTUR IN BERLIN

Berlin ist in sechs Polizeidirektionen unterteilt. Trotz unterschiedlicher Größe sind sie strukturell identisch aufgebaut. Die wichtigsten Arbeitsbereiche sind Sicherheit, Verbrechensbekämpfung, Verkehrssicherheit und Prävention.³²⁰ Polizeidirektorat Nr. 6 ist für die Verwaltungsbezirke Lichtenberg, Marzahn-Hellersdorf und Treptow-Köpenick in Ostberlin zuständig. Im Jahr 2013 umfasste dieses Direktorat eine Fläche von 282,46 Quadratkilometern mit 739.000 Einwohnern. Rund 2.000 Angestellte arbeiten dort in sechs regionalen Bereichen.³²¹

Die Polizei in Berlin entstand 1848 mit der Gründung der Königlichen Schutzmannschaft durch König Friedrich Wilhelm den IV. Während der Weimarer Republik fand eine Neuorganisation der Berliner Polizei statt, die ihre militärische Struktur aufgab. 1920 wurde die Schutzpolizei etabliert. Während des Nationalsozialismus wurden alle deutschen Polizeiverbände abgeschafft und dem Reichsführer-SS Heinrich Himmler unterstellt. Die verschiedenen Polizeistaffeln waren direkt in die Verbrechen der Nazis involviert. Nach dem Krieg war die Polizei zunächst der sowjetischen Besatzungsmacht unterstellt. Im Jahr 1948 wurde in den westlichen Besatzungszonen die reguläre Polizeiarbeit wieder aufgenommen. Im Gegensatz dazu wurden im sowjetischen Sektor vom Militär geleitete Polizeieinheiten eingeführt, zu denen später auch die Freiwilligen der Volkspolizei und der FDJ (Freie Deutsche Jugend, die kommunistische Jugendorganisation) zählten. Ab Mitte der 1950er Jahre wurden die verschiedenen Laufbahngruppen der verbeamteten Polizisten nach

315 Tim Lukas, *Marzahn – Sicherheit nach Plan*, Max, Polizist Planck Institute, Berlin, Februar 2007 (hiernach: Lukas, *Marzahn – Sicherheit nach Plan*).

316 Wolfgang Kil and Hilary Silver, "From Kreuzberg to Marzahn. New Migrant Communities in Berlin", *German Politics and Society* 81, 24 (4) (2006) (hiernach: Kil/ Silver, "From Kreuzberg to Marzahn").

317 Rubin, "Concrete Utopia".

318 ZDK Kommunalanalyse, 2003. Zentrum Demokratische Kultur (ZDK) (Hg.), „Gegen Rechtsextremismus hilft mehr Demokratie.“ Community Coaching – Kommunalanalyse und Demokratieentwicklung im Gemeinwesen, Reihe: Bulletin. Schriftenreihe des Zentrum Demokratische Kultur, 4/03, Leipzig, Stuttgart, Düsseldorf.

319 *Berliner Morgenpost*, "Präventionsbericht: Die Gewalt an Berliner Schulen geht zurück", 16. Januar 2012, unter: <http://www.morgenpost.de/berlin-aktuell/article1882335/Die-Gewalt-an-Berliner-Schulen-geht-zurueck.html> (Zugriff 16. März 2014) (hiernach: *Berliner Morgenpost*, "Präventionsbericht").

320 Der Polizeipräsident in Berlin, "Struktur und Organisationsaufbau der Polizei Berlin", unter: <http://www.berlin.de/polizei/dienststellen> (Zugriff 12. Mai 2014).

321 "Der Polizeipräsident in Berlin", unter: http://de.wikipedia.org/wiki/Der_Polizeipr%C3%A4sident_in_Berlin (Zugriff 16. März 2014).

militärischen Rängen benannt. Der Bau der Berliner Mauer 1961 führte zur endgültigen Trennung der beiden Berliner Polizeitruppen. Nach dem Fall der Mauer übernahm die Westberliner Polizei die Verantwortung für die Polizeiarbeit in Gesamtberlin. Die 20.000 Angestellten der Polizei im Westen wurden mit den 12.000 Polizisten aus dem Osten zusammengeführt. Im ehemaligen Ostberlin wurden zwei weitere Polizeidirektorate gebildet. Die dann sieben Direktorate wurden später auf sechs reduziert.³²²

9.2 | ZAHLEN UND DAS GEFÜHL VON SICHERHEIT

In der Fokusgruppe Polizei diskutierten Teilnehmerinnen und Teilnehmer verschiedene Wahrnehmungen von Sicherheit in Marzahn. Viele Teilnehmer sind mit der Sicherheit in ihrer Gegend nicht zufrieden. Andere meinten, sie hätten sehr wenig Kontakt mit der Polizei. Während Statistiken zu Kriminalität und Sicherheit belegen, dass der Bezirk im Vergleich zu anderen Stadtteilen nicht besonders unsicher ist, äußerten Teilnehmer die Ansicht, dass es in ihrem Bezirk schlechter um die Sicherheit bestellt sei als anderswo. Eine Teilnehmerin, die ein Gemeinschaftszentrum im Bezirk leitet, bezeichnete Marzahn als sehr sichere Gegend. Ihrer Meinung nach existiert ein starker Kontrast zwischen dem Sicherheitsgefühl der Leute und der tatsächlichen Kriminalitätsrate.³²³

Während des Forschungsprozesses wurde deutlich, dass die Sicherheitssituation im Bezirk grundsätzlich aus zwei unterschiedlichen Perspektiven betrachtet werden kann. Eine ist die offizielle Darstellung der Lage anhand von Statistiken, die den Eindruck bestätigen, dass kein Anlass zu Sorge besteht. Die andere Perspektive ist die der Bewohner des Bezirks, in der Zahlen nicht mit Alltagswahrnehmung und Erfahrungen übereinstimmen. Dementsprechend entsteht ein Gefühl von Entfremdung.

9.3 | ANGST UND SICHERHEIT IN ORTEN UND ZEITEN

Das Thema Kriminalität wurde in der Fokusgruppe mit jungen Männern besprochen. Ihrer Meinung nach variiert Kriminalität je nach Gegend und Ort. Ein lokaler Interessenvertreter, ein Bauarbeiter, äußerte, dass Nachrichten der Polizei im Internet und von Polizeibeamten vermittelte Informationen den Bezirk in Bezug auf Kriminalität grundsätzlich negativ darstellten. Er selbst arbeite auch in anderen Bezirken und habe nicht den Eindruck, dass Kriminalität und Sicherheit in Marzahn-

322 Der Polizeipräsident in Berlin", unter: [http://de.wikipedia.org/wiki/Der_Polizeipr%C3%A4sident_in_Berlin_\(Zugriff_16. März 2014\)](http://de.wikipedia.org/wiki/Der_Polizeipr%C3%A4sident_in_Berlin_(Zugriff_16._M%C3%A4rz_2014)).

323 Fokusgruppe Polizei und Sicherheit, 5. Juli 2013.

Hellersdorf ein besonderes Problem darstellten.³²⁴ Ein Interessenvertreter der Polizei betonte, dass es in Marzahn keine Orte der Angst gebe:

*Es gibt große helle Straßen, es ist sauber, es liegt kein Müll rum, die Umgebung ist auch sauber. Geh mal zum U-Bahnhof Schöneweide, das ist wirklich ein Ort der Angst.*³²⁵

Seiner Meinung nach gibt es angenehme und unangenehme Leute im Bezirk, genau wie saubere und schmutzige Ecken. Er bezeichnete „russische Bürger“ als spezielles Problem. Sie seien laut und konsumierten Alkohol auf öffentlichen Plätzen und Straßen.

*Es gibt Stellen, wo sich die Alkis treffen, manchmal auf Kinderspielplätzen.*³²⁶

Teilnehmer der Fokusgruppe mit älteren Männern identifizierten die Straßenbahn als Ort der Angst und Unsicherheit, hauptsächlich durch die Anwesenheit alkoholisierter Jugendlicher. Das Gefühl der Unsicherheit in den automatisch betriebenen Straßenbahnen, die keinen ansprechbaren Fahrer oder Schaffner haben und sich auf Videoüberwachung verlassen, wurde mit der Sicherheit in Bussen verglichen, in denen die Fahrer alles mitbekommen und die im Notfall anhalten können. Wie sehr schlechte Erfahrungen sich auf Einzelpersonen auswirken können, wurde in der Fokusgruppe anhand der Geschichte eines Rentners verdeutlicht, der vor 15 Jahren aus Westberlin herzog. Er erzählte, dass er seit einem Vorfall vor 10 Jahren, in dem er bedrängt wurde, nicht mehr mit der S-Bahn fahre. Er forderte mehr Sicherheit in der S-Bahn.³²⁷ Für andere ältere Fokusgruppenteilnehmer bezog sich die Wahrnehmung von Sicherheit eher auf bestimmte Tageszeit als auf Orte.³²⁸

Jüngere Bewohner berichteten von ähnlichen Erlebnissen. Ein im Bezirk aufgewachsener Teilnehmer Mitte 40 meinte, viele Leute seien der Ansicht, in Marzahn lebten viele „Assis“. Damit stimme er nicht überein, seiner Meinung nach lebten in Neukölln oder Kreuzberg viel schlimmere Leute als in Marzahn. Er sah aber Ähnlichkeiten in zwei Bereichen:

*Respekt ist auf allen Seiten verloren gegangen. Die jungen Leute in Neukölln und Kreuzberg haben keinen Respekt, und die Weißen, wir, die Deutschen, haben auch keinen Respekt. Alle pöbeln herum und abends werden ziemlich viele ausgeraubt. In der Nacht muss man sich schnell vorwärts bewegen.*³²⁹

324 Interview mit einem Anwohner, 14. Februar 2013.

325 Interview mit einem Polizist, 10. Juli 2013.

326 Interview mit einem Anwohner, 14. Februar 2013.

327 Fokusgruppe mit älteren Männern, 5. Juli 2013.

328 Fokusgruppe mit älteren Männern, 5. Juli 2013.

329 Interview mit einem Anwohner, 14. Februar 2013.

Ein anderer Teilnehmer der Fokusgruppe mit älteren Männern betonte, dass ältere Menschen das Haus abends nicht verlassen, was zu ihrem Gefühl der Isolation beitrage. Er erwähnte eine Initiative gegen diesen Trend, das Projekt „Vereinsamung aufbrechen“, initiiert von jungen Senioren (65-80 Jahre).³³⁰ Es findet in einem Gemeinschaftszentrum in der Gegend statt und wird von einer der Wohnungsbaugesellschaften finanziert. Dort gibt es „thematische Frühstücke“, bei denen interessante Themen für Ältere diskutiert werden.³³¹

Eine große Herausforderung für Politiker ist die offensichtliche Diskrepanz zwischen der Angst vor Kriminalität (die hoch ist) und den tatsächlichen Kriminalitätsraten (die gering sind). Eine Studie des Max-Planck-Instituts folgerte, da das Unsicherheitsgefühl nicht mit der tatsächlichen Kriminalitätsrate in Deckung zu bringen ist, seien die Gründe von Unsicherheit unklar und das Gefühl der Unsicherheit sei selbst kreiert.³³² Da die Menschen ihre Wohnungen nach Einbruch der Dunkelheit nicht verlassen, sind die Straßen leer, und werden so als unsicher angesehen. Die einzige Lösung sei es daher in dieser Logik, die Präsenz der Polizei auf den Straßen zu erhöhen.³³³ Interviewte Experten von Polizei, Wohnungsgesellschaften und Quartiersmanagement suchen nach anderen Wegen, dieses Problem zu lösen.

9.4 | LOKALE ERKLÄRUNGEN FÜR KRIMINALITÄT UND GEWALT

Ein wichtiger erster Schritt zum Verständnis des Gefühls der Unsicherheit liegt darin, ihre Narrative von Kriminalität besser zu verstehen. Teilnehmer der Fokusgruppen und Interessenvertreter hatten oft eigene Erklärungen für die Gründe von Kriminalität oder Gewalt. Teilnehmer der Fokusgruppe Polizei boten z.B. die Erklärung, dass Hartz-IV-Empfänger, die sich auf der untersten sozialen Stufe befinden und aus dieser Situation nur schwer herausfinden, mit Hilfe von Kriminalität und Gewalt soziale Frustration abreagieren. Teilnehmer meinten auch, die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich in Deutschland verstärke diese Frustration noch. Die daraus resultierende Wut manifestiere sich im Bezirk als Abneigung gegen Arme, wie es ein älterer Teilnehmer der Fokusgruppe Polizei ausdrückte. Seiner Meinung nach sei die Politik für diese Entwicklung verantwortlich.³³⁴

330 Fokusgruppe mit älteren Männern, 5. Juli 2013.

331 Projekt „Vereinsamung Aufbrechen“ wird unter dem Titel GEMEINSAM STATT EINSAM ehrenamtlich fortgeführt, unter: <http://www.verein-kiekin.de/projekt-vereinsamung-aufbrechen-wird-unter-dem-titel-gemeinsam-s> (Zugriff 16. März 2014).

332 Lukas, *Marzahn – Sicherheit nach Plan*.

333 Lukas, *Marzahn – Sicherheit nach Plan*.

334 Fokusgruppe Polizei und Sicherheit, 5. Juli 2013.

Eine andere Erklärung bezog sich auf Gewalt von Jugendlichen. Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Fokusgruppe Bildung sprachen von Gewalt unter Grundschulkindern³³⁵ und Kämpfen zwischen Jugendlichen.³³⁶ Der Interessenvertreter der Polizei berichtete stattdessen von abnehmender Jugendgewalt im Bezirk. Da es aber keine Angebote für Jugendliche im Bezirk gebe, müssten sie sich an öffentlichen Orten treffen, wo sie sich um Frauen streiten.³³⁷ Teilnehmer der Fokusgruppen Polizei und der mit jüngeren Männern erklärten, die meisten Jugendzentren seien geschlossen worden und junge Leute hätten nichts zu tun. Ein junger Mann verglich Hellersdorf mit der Dritten Welt, um die Situation zu veranschaulichen:

*Dies ist kein Dritte-Welt-Land, aber in einer industrialisierten Stadt könnte es mehr Einrichtungen für Jugendliche unter 18 geben.*³³⁸

Der Rektor einer Berufsschule in Marzahn bot noch eine weitere Erklärung. Er betonte die wichtige Rolle von klaren Grenzen für Jugendliche. Seiner Meinung nach sind Gesetze oft zu nachsichtig, es gebe zu viel Empathie. Richter müssten zeigen, wie wichtig es sei, Fehler zuzugeben und Sühne zu üben. Er sagte, viele Verbrechen fänden unter dem Einfluss von Alkohol statt. Er erwähnte den Alexanderplatz, wo Alkoholiker und Jugendgangs aufeinander treffen. Jugendliche trafen sich dort auch für Mutproben.³³⁹ Ein im Bezirk aufgewachsener Bauarbeiter kennt Orte in Marzahn-Nord, an denen Drogen gedealt und konsumiert werden, z.B. in einem nahe gelegenen Gymnasium.³⁴⁰

In Interviews mit Interessenvertretern und in einigen Fokusgruppendifkussionen wurden bestimmte Gruppen mit konkreten Arten krimineller Aktivität in Zusammenhang gebracht. Alte Leute zum Beispiel verbinden junge Leute mit Graffiti und Vandalismus. Ein ehemaliger Polizeibeamter der DDR, der an der Fokusgruppe Polizei teilnahm und für ein Gemeindezentrum vor Ort arbeitet, beschrieb die regelmäßige Entfernung von Graffiti von der Fassade des Gebäudes als eine seiner Aufgaben. Es sei ein immerwährender und kostspieliger Kampf zwischen ihm und den Sprayern. Die neueste, sogar noch schlimmere Mode sei das Zerkratzen der Fenster.

Ein im Rahmen der Studie interviewter Polizist sieht Sprayer als das geringste Problem. Seiner Meinung gibt es in Marzahn-Hellersdorf weitaus weniger Graffiti als in Spandau-Nord. Diejenigen, die sich über Graffiti beschwerten, bezeichnete er

335 Fokusgruppe Bildung, 15. Mai 2013.

336 Fokusgruppe mit jüngeren Männern, 4 Juli 2013.

337 Interview mit einem Polizist, 10. Juli 2013.

338 Fokusgruppe mit jüngeren Männern, 4 Juli 2013.

339 Interview mit einem Lehrer in einer ortsansässigen Schule, 4 Juni 2013.

340 Interview mit einem Anwohner, 14. Februar 2013.

als Menschen mit Blockwartmentalität, ³⁴¹ die mehr mit dem Wunsch nach sozialer Kontrolle als mit Kriminalität zu tun habe. ³⁴²

In der Fokusgruppe mit älteren Männern wurden die von einigen nach der Vereinigung eingefahrenen Profite als ungestraft gebliebene Wirtschaftskriminalität bezeichnet. Ein Teilnehmer unterschied zwischen Geld machen und Profit machen. Seiner Meinung nach gab es damals viel „Wirtschaftskriminalität gegen Osis, gegen die nicht vorgegangen wurde und für die sich auch niemand interessiert.“ ³⁴³ Als Beispiel nannte er den Verkauf eines ehemaligen Freizeitzentrums der DDR an einen Leipziger Investor. Ohne an Konditionen gebunden zu sein konnte der Käufer das Unternehmen wieder verkaufen, sein Geld nehmen und nach Südamerika ziehen.

Eine Reihe von Fokusgruppenteilnehmerinnen und Teilnehmern ist der Ansicht, dass Vietnamesen in den illegalen Zigarettenhandel involviert seien. Diese Vorstellung, in der ein bestimmtes Verbrechen mit einer ethnischen Gruppe in Verbindung gebracht wird, entstand während der Wende. Nach der Vereinigung verloren die Vietnamesen als die größte Gruppe verbliebener Vertragsarbeiter der DDR als erstes ihre Jobs. Um zu überleben gingen viele in den Handel. Dazu gehörte auch der Handel mit Zigaretten, der bald zum täglichen Leben auf Märkten und Bahnhöfen in der ehemaligen DDR zählte ³⁴⁴ und offiziell illegal war. Ein Interessenvertreter aus dem Bezirk sagte über die Gruppe: „Aber jetzt sind sie weg, weil sie sich mit den Russen ums Territorium streiten.“ In anderen Bezirken blühe der Handel weiter. Nach seinen Beobachtungen funktioniert der Zigarettenhandel folgendermaßen:

Die Übergabe findet auf den Balkonen statt. Ein Pole kommt angefahren, öffnet den Kofferraum und dann kommen vier Fidschis (die abwertende Bezeichnung für Vietnamesen in der Gegend), nehmen die Kisten und keiner stört sich dran. Polen und Russen stecken am meisten mit drin, denn da werden die Zigaretten produziert. Die Fidschis sind nur für den Vertrieb verantwortlich. ³⁴⁵

Ein Teilnehmer bemitleidet sie:

Die armen Kerle, denn die werden manchmal von der Polizei mitgenommen, dabei ist die Polizei eigentlich hinter den großen Bossen her. ³⁴⁶

³⁴¹ Dieser Begriff bezieht sich das Dritte Reich und beschreibt eine Person, auf die politisch Verlass war und an Polizei oder Gestapo berichtete. Heute wird er im Zusammenhang mit Leuten benutzt, die sich überkorrekt verhalten und die Nachbarschaft kontrollieren. Siehe: [http://dict.leo.org/forum/viewUnsoldquery.php?idThread=177697&idForum=1&lang=de&lp=ende_\(Zugriff 16. März 2014\)](http://dict.leo.org/forum/viewUnsoldquery.php?idThread=177697&idForum=1&lang=de&lp=ende_(Zugriff 16. März 2014)).

³⁴² Interview mit einem Polizist, 10. Juli 2013.

³⁴³ Fokusgruppe mit älteren Männern, 05. Juli 2013.

³⁴⁴ Interview mit einer Aktivistin in einer lokalen Initiative, 17. April 2013.

³⁴⁵ Interview mit einem Anwohner, 14. Februar 2013.

³⁴⁶ Interview mit einem Anwohner, 14. Februar 2013.

Ein Interessenvertreter der Bezirksverwaltung beschwerte sich über die Doppelmoral der Gesellschaft:

Den Vietnamesen wird immer der Handel mit Zigaretten vorgeworfen, junge Vietnamesen werden hergeholt, um auf den Straßen zu verkaufen. Niemand redet über die Kunden. Da steckt eine etablierte kriminelle Struktur dahinter, mit der sich die Polizei seit 20 Jahren beschäftigt, insofern ist das kein neues Problem. Es wird nur jetzt nicht mehr so thematisiert wie in den 1990er Jahren. Die Kunden entschuldigen sich immer damit, dass sie kein Geld haben, dass sie Hartz IV beziehen, aber für die vietnamesischen Händler gilt das nicht, die werden kriminalisiert.³⁴⁷

Der Polizist erklärte, der illegale Zigarettenhandel liege eher im Zuständigkeitsbereich der Zollbeamten als in dem der regionalen Polizei.³⁴⁸

Im Rahmen der Studie befragte Anwohner nannten noch eine weitere Verbindung von Ethnizität und krimineller Aktivität. Die Spätaussiedler wurden mit Aggression und Gewalt in Verbindung gebracht. Der Studienteilnehmer von der Polizei stellte fest, dass rund 20% der Spätaussiedler soziale Transferleistungen beziehen. Sie seien zwischen 20 und 40 Jahren alt und das Geld werde für Wodka ausgegeben. Das häufigste von Angehörigen dieser Gruppe verübte Verbrechen sei Körperverletzung. Meist rufe ein Außenstehender die Polizei, sobald diese aber komme, kann kein Täter gefunden werden. Die Gruppensolidarität sei groß und niemand melde ein Verbrechen.³⁴⁹

Ein anderer Polizist verwies auf sogenannte „ethnisierte Verbrechen“ im Bezirk, obwohl er diese Bezeichnung selbst nicht gebrauchte. Gemeint ist damit zu Zuordnung bestimmter Arten von Verbrechen zu speziellen ethnischen Gruppen. Ein Beispiel ist der Zigarettenhandel, der oberflächlich betrachtet die Domäne der Vietnamesen zu sein scheint, während die Versorgung von russischen oder polnischen Gruppen organisiert werde. Andere Beispiele sind Probleme, die älteren Spätaussiedlern im Zusammenhang mit Alkohol und Gewalt zugeschrieben werden, oder der Rechtsextremismus unter den Deutschen. Solche strukturellen Elemente ethnisierte Kriminalität stärken die Propaganda rechtsgerichteter Parteien wie der NPD, die von Ausländerkriminalität im Bezirk sprechen.

347 Interview mit einer Mitarbeiterin der Bezirksverwaltung, 14. Februar 2013.

348 Interview mit einem Polizist, 10. Juli 2013.

349 Interview mit einem Polizist, 10. Juli 2013.

9.5 | RASSISMUS UND RECHTSEXTREMISMUS NACH DER WENDE

Im Sommer 2013 weckten die Vorfälle im Zusammenhang mit einem geplanten Asylbewerberheim ein eng mit der Wahrnehmung von Sicherheit in Marzahn-Hellersdorf verknüpftes Trauma aus der Zeit kurz nach der Wende. Die Mobilisierung einer Minderheit der Bevölkerung durch die NPD schien bestehende Vorurteile gegenüber dem Bezirk zu bestätigen, die in Kapitel 11 noch ausführlich beschrieben werden. Auslöser war eine für den 9. Juli 2013 geplante öffentliche Informationsveranstaltung, um die Anwohner über die Einrichtung eines Asylbewerberheims in einer leer stehenden Schule in der Nachbarschaft zu unterrichten. Die Organisatoren der Veranstaltung waren von der Notwendigkeit überzeugt, die Anwohner zu informieren, um in eine Diskussion um diese Entscheidung zu treten. Die NPD mobilisierte zu diesem Anlass über Facebook eine Bürgerinitiative. Bezirksangestellte verloren die Kontrolle über die Veranstaltung, die NPD dominierte die Veranstaltung. Ein Polizist, der an diesem Tag Dienst hatte, berichtete von seiner Wahrnehmung der Veranstaltung. Er erinnerte sich an Leute, die mit auf Unwissen basierenden vorgefertigten Meinungen zu der Veranstaltung gekommen seien und von den NPD-Aktivisten weiter aufgeheizt worden seien. Auch Verteidiger des Asylbewerberheims seien anwesend gewesen, sie protestierten gegen die NPD. Max beschrieb die Situation als einen Zusammenprall zwischen Linken und Rechten. Beide hätten die Veranstaltung für ihre Zwecke zu nutzen versucht, während Bezirksverwaltung und Polizei hilflos zwischen ihnen standen.³⁵⁰

Zum besseren Verständnis der Situation muss man in die 1990er Jahre zurück blicken. Eine Frau mittleren Alters von einer Migrantenselbsthilfeorganisation beschrieb die damalige Situation. Ihrer Meinung nach sei der wirkliche Rassismus im April 1990 am Tag von Hitlers Geburtstag entstanden.

Organisierte Nazis kamen von Westen und marschierten durch Marzahn. Damals gab es auch Gegenproteste von jungen Leuten. Offener Rassismus wurde in der DDR streng bestraft, nach der Wende konnte er offen gezeigt werden. Zur Zeit der Wende probierten Jugendliche alles aus, die Erwachsenen fühlten sich durch die neuen Umstände verunsichert und hatten wenig Zeit, sich um ihre pubertierenden Kinder zu kümmern. Alle Seiten waren überlastet. Diese Wendekinder fanden niemals ins Berufsleben. Sie hatten irgendwelche Jobs, bezogen Sozialhilfe und arbeiteten schwarz. Die Nazis gingen gezielt auf sie zu, um sie zu organisieren.³⁵¹

Bis 1993/1994 waren viele der vietnamesischen Einwanderer wegen des Zigarettenhandels aus Marzahn verjagt worden.

³⁵⁰ Interview mit einem Polizist, 10. Juli 2013.

³⁵¹ Interview mit einer Aktivistin in einer lokalen Initiative, 17. April 2013.

*Ihre Wohnheime wurden geschlossen, sie mussten in andere Berliner Bezirke ziehen.*³⁵²

Später hörte sie, wie rechte Jugendliche sich beschwerten, dass nun die Russen statt der Vietnamesen hier seien. Diese seien weniger willige Opfer. Ihrer Meinung nach habe sich seit den 1990er wenig verändert. Diese Haltung wurde allerdings von Interessenvertretern innerhalb und außerhalb der Bezirksverwaltung zurückgewiesen.

*Heute gibt es nicht mehr zehn offene Übergriffe pro Tag, wie es nach der Wende der Fall war. Aber es gibt einen latenten Rassismus, auch in der Verwaltung.*³⁵³

Eine Studie aus dem Jahr 2006 über neue Einwanderergruppen in Berlin dokumentiert die Geschichte der Vietnamesen und Spätaussiedler und die rassistisch motivierten Auseinandersetzungen in der ersten Hälfte der 1990er Jahre.³⁵⁴

Ein Interessenvertreter aus der Verwaltung sagte, dass Verbrechen durch Rechtsextreme zwar stark zurück gegangen, Diskriminierung und Jugendgewalt aber nach wie vor ein Thema seien.³⁵⁵ Andere Interessenvertreter betonten die Veränderung der Situation:

*Die Verwaltung hat sich bemüht, das negative Image von Marzahn-Hellersdorf der 1990er zu verändern. Damals galt der Bezirk als Ort der Wiederauferstehung des Rechtsextremismus in Deutschland.*³⁵⁶

Der Bezirksbürgermeister verwies auf Daten der Polizei, laut denen es innerhalb der letzten drei Jahre insgesamt sechs rechtsextremistische Vorfälle gab, „das sind nicht mehr als zwei pro Jahr“.

*Er meint, die Rechten seien von Marzahn-Hellersdorf ins benachbarte Köpenick und nach Schöneweide gezogen.*³⁵⁷ Ein Vertreter der Polizei beschrieb die Veränderung im Bezirk durch rechts gerichtete Täter. Vor Jahren habe es noch den „abenteuerorientierten Plattenbau-Skin“ gegeben. Seit 1997/1998 sei allerdings Druck auf die Rechte ausgeübt worden.

*Sie versuchen, nach Marzahn-Hellersdorf zurück zu kommen und es gibt ein gewisses Wählerpotential, aber ihr logistisches Zentrum ist in Treptow und Schöneweide, da sitzen die Köpfe und Geschäfte.*³⁵⁸

352 Interview mit einer Aktivistin in einer lokalen Initiative, 17. April 2013.

353 Interview mit einer Aktivistin in einer lokalen Initiative, 17. April 2013.

354 Kil/ Silver, "From Kreuzberg to Marzahn".

355 Interview mit einem Anwohner, 14. Februar 2013.

356 Interview mit einer Mitarbeiterin eines lokalen Jugenddienstes, 14. April 2013.

357 Interview mit einem Bezirkspolitiker, 17. April 2013.

358 Interview mit einem Polizist, 10. Juli 2013.

Ein Hinweis auf die abnehmende Unterstützung der Rechten sind die Stimmeneinbußen der NPD bei Wahlen in Marzahn-Hellersdorf. Im Vergleich zu den Wahlen 2006, als die NPD genug Stimmen in der Bezirksverordnetenversammlung hinter sich vereinigen konnte, um Fraktionsstatus zu erlangen, verlor sie 2011 gut die Hälfte der Stimmen. In der BVV sitzen momentan nur zwei NPD-Mitglieder. Die Hälfte ihrer Anhänger wechselte zu Pro Deutschland (einer populistischen anti-muslimischen Partei). Der Bezirksbürgermeister meinte:

*Die NPD hat ihren Einfluss verloren, ihr Umfeld existiert nicht mehr. Wenn junge Männer sich für diese Richtung interessieren, müssen sie das außerhalb Marzahns tun.*³⁵⁹

Eine weitere Interessenvertreterin, die vor 37 Jahren aus Bulgarien in die DDR kam, beschrieb die Diskriminierung, die sie selbst erlebte. Sie erinnerte sich an Anschläge auf Asylbewerber in den frühen 1990er Jahren. Diese führten 1992 zur Asylgesetzgebung, die als „Asylkompromiss“ bekannt wurde. Obwohl es auch heute noch einige gefährliche Jugendgangs im Bezirk gebe, könne sie sich nicht vorstellen, dass heute noch jemand offen Asylbewerberheime angreifen würde.³⁶⁰

Westdeutschland hat in seiner ganzen Geschichte nicht so viele Wellen von rechtsextremen Nationalismus erlebt wie die neuen Bundesländer nach der Wende in den 1990ern.

Dies beschrieb sie als eine Art fehlgeleiteten Patriotismus.³⁶¹ Obwohl sie vor den Geschehnissen im Zusammenhang mit dem Asylbewerberheim interviewt wurde, sah sie die Rolle der NPD in bestimmten Vorgängen vor Ort voraus.

*Die Nationalisten der NPD spielen heute keine öffentliche Rolle mehr, aber sie sind weiterhin aktiv an symbolischen Daten wie dem 1. Mai (Tag der Arbeit). Es ist nicht klar, welche Rolle die NPD an manchen Orten spielt.*³⁶²

9.6 | IMAGE UND ROLLE DER POLIZEI

Eine Studie über Leben im Alltag und Sozialismus in Marzahn-Hellersdorf zeigt, wie die Zuteilung von Wohnungen in der DDR nach wie vor die Zusammensetzung der heutigen Bevölkerung beeinflusst.³⁶³ Dies ist insofern relevant, als dass viele Polizisten und Angehörige des Sicherheitsapparats der DDR im Bezirk lebten:

359 Interview mit einem Bezirkspolitiker, 17. April 2013.

360 Interview mit einer Mitarbeiterin der Bezirksverwaltung, 14. Februar 2013.

361 Interview mit einer Mitarbeiterin der Bezirksverwaltung, 14. Februar 2013.

362 Interview mit einer Mitarbeiterin eines Gemeinschaftszentrums im Bezirk, 23. April 2013.

363 Rubin, „Concrete Utopia“.

*Nach Marzahn zu ziehen hatte offensichtlich einen politischen Beigeschmack, das war den Bewohnern schon klar. Viele Wohnungen waren für Mitglieder der Regierung, der Nationalen Volksarmee (NVA), der Grenzpolizei, Stasi, Volkspolizei und anderer Staatsorgane reserviert. Die meisten waren Angestellte des riesigen Verwaltungsapparats der DDR.*³⁶⁴

An der Fokusgruppe Polizei und Sicherheit nahm ein pensionierter Polizeibeamter teil. Er hatte 24 Jahre lang als Volkspolizist in der DDR und 18 Jahre im vereinten Deutschland gearbeitet. Die größten Unterschiede habe er in Bezug auf Sicherheit und Humanität erlebt. Wie viele ältere Teilnehmerinnen und Teilnehmer hat er ein positives Bild von der DDR. Seiner Meinung nach sei es damals sicherer gewesen, aber da gab es auch die Stasi im Hintergrund. In der DDR seien Polizeibeamte respektiert worden, heute hingegen würden während sie als Bürger zweiter Klasse behandelt. Er sagte auch, Polizeibeamte seien früher besser geschützt gewesen. Heute müssten sie mehr Verantwortung für ihr Handeln übernehmen. Seiner Meinung nach erschwere dies die Polizeiarbeit:

*Polizisten müssen sich mehr Gedanken machen, ob ihre Handlungen legal sind oder nicht.*³⁶⁵

Dementsprechend froh war er, zur Zeit der Wende kein junger Polizeibeamter mehr gewesen zu sein. Andere Teilnehmer der Fokusgruppe widersprachen der Ansicht, dass Polizisten sich heute verstecken müssen, wenn sie allein in Uniform herum laufen.³⁶⁶

Ein Interessenvertreter der Polizei argumentierte, heute würde von der Polizei erwartet, sich um Dinge zu kümmern, die eigentlich im Zuständigkeitsbereich anderer Stellen liegen, z.B. dem von Schulen oder der Bezirksverwaltung.

Die Leute haben oft eine falsche Vorstellung von Macht, Rolle und Aufgaben der Polizei. Sie sollen dort komplexe soziale Probleme lösen, wo andere Stellen nicht mehr weiter kommen.

Er fügte hinzu:

*Image und Erfahrungen im Umgang mit der Polizei ergeben sich aus Kontakten zwischen Bürgern und Polizisten. Die sind meist selten und finden oft in schwierigen Situationen statt. Die Polizei kommt z.B. nur in eine Schule, wenn dort ein Verbrechen vorgefallen ist, das beeinflusst natürlich das Image.*³⁶⁷

³⁶⁴ Rubin, "Concrete Utopia".

³⁶⁵ Teilnehmer/in der Fokusgruppe Polizei und Sicherheit, 5. Juli 2013

³⁶⁶ Fokusgruppe Polizei und Sicherheit, 5. Juli 2013

³⁶⁷ Interview mit einem Polizist 10. Juli 2013.

Seiner Meinung nach finde in Deutschland ein Wechsel von sogenannter *Amtshilfe*, d.h. der Zusammenarbeit und gegenseitigen Unterstützung verschiedener staatlicher Einrichtungen (z.B. durch Informationsaustausch) zu *Vollzugshilfe* im Sinne der Umsetzung von Entscheidungen anderer Organe in deren Auftrag, notfalls mit Gewalt, statt. Komme ein Schüler nicht mehr in die Schule, könne diese die Polizei bitten, seine gegenwärtige Adresse ausfindig zu machen. Dies sei ein Beispiel für Amtshilfe. Wolle die Schule den Schüler zurück in der Klasse haben, könne sie die Polizei beauftragen, ihn zurück zu bringen (wenn nötig, gegen seinen Willen). Das sei Vollzugshilfe. Nach Ansicht des Vertreters der Polizei und der des Rektors der Kaufmännischen Schule im Bezirk (siehe Kapitel 5), hätten die Leute nun zwar Freiheitsrechte, aber keine Pflichten. Dies unterwandere die soziale Ordnung. Der Polizei komme die Aufgabe zu, die soziale Ordnung wieder herzustellen. Damit sei die Aufrechterhaltung des „Sozialen“ statt nur der Sicherheit nun Aufgabe der Polizei.³⁶⁸ Damit müsse die Polizei ähnlich wie Schulen heute eine soziale Funktion einnehmen, für die es weder Personal noch Ausbildung gäbe.

In Interviews und Fokusgruppen waren auch Haushaltskürzungen für Polizei und andere öffentliche Bereiche Thema. Der Vertreter der Polizei berichtete von Personalabbau im Außendienst und von einigen geschlossenen Polizeistationen in den letzten Jahren. Dieser Trend sei gestoppt, der Senat rekrutiere wieder neue Polizeibeamtinnen und Beamte.³⁶⁹

Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Fokusgruppe Polizei und Sicherheit nannten Sprechstunden der Polizei eine hilfreiche Kontaktmöglichkeit für die Lösung kleinerer Probleme.³⁷⁰

Polizeisprechstunden gab es bereits in der DDR. In der Bundesrepublik wurden sie aus finanziellen Gründen zeitweise abgeschafft, inzwischen aber wieder eingeführt.³⁷¹ Sie finden in öffentlichen Einrichtungen statt und geben Bürgern die Gelegenheit, mit Beamten über sicherheitsrelevante Sorgen und Bedenken zu sprechen. Sprechstunden sind eine Gelegenheit für Polizei und Bürger, kleinere Probleme wie Nachbarschaftskonflikte etc. unbürokratisch zu regeln.

In der Fokusgruppe Polizei und Sicherheit äußerten Teilnehmer den Eindruck, dass Ermittlungsabteilungen in der Strafverfolgung entweder abgeschafft oder mit anderen Abteilungen verschmolzen worden seien, was den Einfluss der Polizei im Bezirk weiter beeinträchtige. Ein Kriminaldauerdienst bearbeite Anzeigen bis zur Weiterleitung

368 Interview mit einem Polizist 10. Juli 2013.

369 Interview mit einem Polizist 10. Juli 2013.

370 Fokusgruppe Polizei und Sicherheit, 5. Juli 2013.

371 Der Polizeipräsident in Berlin: "Polizeidirektion 6 – Abschnitt 62", <http://www.berlin.de/polizei/dienststellen/polizei-in-den-bezirken/direktion-6/abschnitt-62> (Zugriff 12. Mai 2014).

an den Bezirksstaatsanwalt. Diese Stelle sei für die gesamte Ermittlungsarbeit zuständig.³⁷² Ein ehemaliger Polizeiangestellter erläutert die Folgen der finanziellen Kürzungen:

Die Polizei zeigt keine Präsenz mehr und braucht länger, um zu reagieren, denn die verantwortliche Dienststelle ist 6 km entfernt. Das ist zu weit weg um zu handeln. Bis die da sind, ist alles bereits passiert.³⁷³

9.7 | ERSTATTUNG VON ANZEIGEN, PRÄVENTION UND KOOPERATION

Eine Studie belegt, dass die Anzeige von Straftaten von mehreren Faktoren abhängt:

- Gruppenzugehörigkeit des Opfers, wenn es zu einer Minderheit gehört;
- Status dieser Gruppe in der deutschen Mehrheitsbevölkerung;
- Vorherige Erfahrung mit der Polizei;
- Sozialer und räumlicher Kontext des Vorfalls, der entscheidet, ob ein Verbrechen angezeigt werden kann ohne in eine Opferrolle zu geraten.³⁷⁴

Laut dieser Studie sind rechte und rassistisch motivierte Gewalt oft spontane Gruppenverbrechen, die unter dem Einfluss von Alkohol stattfinden. Die alltäglichen Übergriffe in Vierteln mit vielen Einwanderern würden dahinter verschwinden. Unter Angehörigen der Minderheitengruppen entstehe dadurch psycho-sozialer Stress.³⁷⁵

Die Rolle des Präventionsbeamten entstand im Jahr 2000. Präventionsbeamte arbeiten mit jungen Leuten, Einwanderern und Menschen mit Migrationshintergrund. Der für diesen Bericht interviewte Polizeibeamte gab an, dass Präventionsbeamte gemeinsam mit Sozialarbeitern und Street-Workern potentielle Krisenherde beruhigen können. Er verwies auf die 75 in das Programm involvierten zivilgesellschaftlichen Träger, die ebenfalls in der Präventionsarbeit tätig seien. Ein Präventionsbericht dokumentiert die Situation.³⁷⁶ Auch das Quartiersmanagement ist involviert, es achtet darauf, dass Eltern sich angemessen um ihre Kinder kümmern und unterstützt sie bei der Erziehung:

372 Der Polizeipräsident in Berlin: "Polizeidirektion 6 – Kriminalpolizei" unter: <http://www.berlin.de/polizei/dienststellen/polizei-in-den-bezirken/direktion-6> (Zugriff 12. Mai 2014).

373 Teilnehmer/in der Fokusgruppe Polizei und Sicherheit, 5. Juli 2013.

374 ZDK Kommunalanalyse, 2003.

375 ZDK Kommunalanalyse, 2003.

376 *Berliner Morgenpost*, "Präventionsbericht".

Der Wertetransfer muss früher beginnen ... Maßnahmen gegen Gewalt und Abziehen (das Klauen von Wertgegenständen von Gleichaltrigen) müssen langfristig angelegt sein und schon ab einem Alter von ca. 6 Jahren beginnen.³⁷⁷

Die Polizei arbeitet mit privaten und öffentlichen Trägern und Schulen im Bezirk. Ein Studienteilnehmer verwies auf die Trennung des Bezirks in Nord und Süd.

In Hellersdorf bezieht rund ein Drittel der Bevölkerung Hartz-IV, und es gibt viele Einrichtungen, die sich mit Jugendarbeitslosigkeit und dem Abbau von Vorurteilen beschäftigen, sich gegen Rechtsextremismus und Rassismus engagieren und für interkulturelles Zusammenleben einsetzen.³⁷⁸

Wenn die Polizei ein Fußballspiel organisiert, arbeitet sie mit den Stadtteilorganisationen zusammen.

Ziel ist, allen klar zu machen, dass Polizisten auch nur Menschen sind. Das Image der Polizei ist, wie in anderen Bezirken auch, nicht das Beste und die Dienste des öffentlichen Sektors erreichen ihr Publikum oft nicht. Für die Zielgruppe mittleren Alters ab 40 gibt es gar keine Angebote mehr. Die sitzen dann ihren Wohnungen. In den Jahren nach der Wende war es nicht möglich, attraktive Dienstleistungen zu schaffen, und die Generation zwischen 30 und 50 ist stark von der DDR geprägt. In der Nähe vom Besenringplatz gibt es ein Jugendzentrum, da setzt sich die Polizei mit den Jugendlichen zusammen. Im Vergleich zu Charlottenburg läuft die Zusammenarbeit hier gut, sie sind gut vorbereitet.³⁷⁹

Eine Studie berichtet, dass das Land Niedersachsen in der Präventionsarbeit in die richtige Richtung gehe und ein Vorbild zur Stabilisierung der Situation in Marzahn-Hellersdorf sein könne.³⁸⁰ Zu den Maßnahmen dort gehören Stadtentwicklung, strukturelle und technische Veränderungen in Häusern, öffentlichen Gebäuden und Wohngebieten. In Niedersachsen kümmern sich Wohnungsbaugesellschaften um Sozialmanagement sowie die Stärkung von bürgerschaftlicher Verantwortung und guter Nachbarschaft. Wohnungsgesellschaften in Marzahn sollten stärker mit der Polizei und Einrichtungen des Bezirks zusammen arbeiten, gemeinsam mit Sozial- und Jugenddiensten.³⁸¹

377 Interview mit einem Polizist, 10. Juli 2013.

378 Interview mit einem Polizist, 10. Juli 2013.

379 Interview mit einem Polizist, 10. Juli 2013.

380 Lukas, *Marzahn – Sicherheit nach Plan*.

381 Lukas, *Marzahn – Sicherheit nach Plan*.

10.

PARTIZIPATION UND
STAATSBÜRGERSCHAFT

Dieses Kapitel beginnt mit einer Definition der deutschen Staatsbürgerschaft und der verschiedenen Regeln für Einwanderer. Es beschreibt die Kategorisierung der deutschen Bevölkerung, nationale Minderheiten und die Rechte deutscher Staatsbürger in Europa.

Es beschäftigt sich weiterhin mit der Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen im ehemaligen Westdeutschland und in der DDR, im vereinten Deutschland und im Bezirk. Das Wahlverhalten im Norden des Bezirks zeigt kleine Inseln mit vielen Stimmen für die rechten Nationalisten, inmitten eines Meers hoher Wahlergebnisse für DIE LINKE. Für dieses Phänomen werden verschiedene Erklärungen angeboten. Der Bericht untersucht auch andere politische Beteiligungsmöglichkeiten als Wahlen, um Wege aus der gegenwärtigen Lage aufzuzeigen.

Viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer diskutierten das Thema Partizipation im Sinne ökonomischer Teilhabe. Sie nannten positive und negative Beispiele, wie diese erreicht werden kann oder woran sie scheitert. Teilnehmer definierten gesellschaftliche Teilhabe vorrangig über Konsum, was für Menschen mit wenig Geld natürlich schwierig sei. Die Ergebnisse zeigen Verbitterung über den deutschen Vereinigungsprozess. Im Rahmen dieser Studie interviewte Interessenvertreter fühlten sich insbesondere von Mitsprache an einer neuen Verfassung ausgeschlossen.

Weiterhin identifiziert das Kapitel politische Partizipationsmöglichkeiten verschiedener Gruppen im Bezirk und diskutiert, wie sich die Kürzung öffentlicher Gelder auf gesellschaftliche Teilhabe auswirkt.

Die Fallstudie über die öffentliche Informationsveranstaltung des Bezirks über die Einrichtung eines Asylbewerberheims in einer Schule zeigt Grenzen der Partizipation auf. Obwohl die Veranstaltung der Einbeziehung der Bürger dienen sollte, wurde sie von national gesinnten Aktivisten an sich gerissen. Die Kombination von Reaktion der Bezirksverwaltung, Polizeistrategie und Medienberichterstattung bestärkten bereits existente Vorurteile über Marzahn-Hellersdorf. Ergebnis war eine Begrenzung der Aufnahme von Flüchtlingen aus öffentlich akzeptierten Krisenregionen, wie momentan Flüchtlinge aus Syrien.

Die Identifikation der Partizipationshindernisse im Bezirk ist genauso wichtig wie die Darstellung verschiedener Initiativen zur Aktivierung der Bevölkerung im Bezirk. Die Flüchtlingsheimveranstaltung machte deutlich, dass trotz weitreichender Partizipationsmöglichkeiten eine ganze Gruppe von Menschen nicht beteiligt war. Es gibt viele Gründe dafür, warum Menschen nicht teilnehmen oder das Gefühl haben, nicht gehört zu werden und keine Stimme zu haben. Maßnahmen zur Aktivierung der Bürger wurden in Interviews und Diskussionen immer wieder hervorgehoben.

Partizipation wurde in allen Fokusgruppen thematisiert: in den Gruppen mit älteren Männern und Frauen, jüngeren Männern und Frauen, den Fokusgruppen Partizipation

und Bildung. Dieses Kapitel stützt sich weiterhin auf Zeitungsartikel, Fachliteratur, Internetseiten der Bezirksregierung und Verwaltung, eine Dokumentation über Kunst in der Öffentlichkeit, ein Buch von Erzählungen über Marzahn³⁸², Youtube-Videos und Interviews mit Interessenvertretern innerhalb und außerhalb der Bezirksverwaltung.

10.1 | DEFINITION DER STAATSBÜRGERSCHAFT IN DEUTSCHLAND

In der Definition von Staatsbürgerschaft in Deutschland werden mehrere Unterscheidungen gemacht. Ein deutscher Staatsbürger ist erstens, wer die deutsche Staatsbürgerschaft nach dem Staatsangehörigkeitsgesetz von 1913 besitzt. Es kann durch Geburt, Erklärung oder Adoption erworben werden. Seit 2000 erhalten die Kinder ausländischer Staatsbürger automatisch mit ihrer Geburt die deutsche Staatsangehörigkeit, wenn mindestens ein Elternteil seit 8 Jahren rechtlich legal in Deutschland lebt. Mit Eintritt ins Erwachsenenalter muss sich das Kind innerhalb von fünf Jahren für oder gegen den Erhalt der Staatsbürgerschaft entscheiden (Optionsmodell). Zweitens gelten auch Flüchtlinge oder Vertriebene deutscher Herkunft als Deutsche, die nach 1937 im ehemaligen Staatsgebiet des Deutschen Reiches Zuflucht gefunden haben, ihre Ehepartner und ihre Nachkommen.³⁸³ In diese Kategorie fallen Aussiedler und Spätaussiedler und die 12 Millionen ethnisch Deutschen, die nach dem Zweiten Weltkrieg Osteuropa und Russland verlassen mussten.

Der Begriff *Migrant* besteht aus mehreren Kategorien:

- eine Person, die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt oder die außerhalb der heutigen Staatsgrenzen der Bundesrepublik Deutschland geboren ist;
- eine Person, die nach 1949 ins gegenwärtige Staatsgebiet der Bundesrepublik Deutschland eingewandert ist oder mindestens einen Elternteil besitzt, der außerhalb des gegenwärtigen Staatsgebiets der Bundesrepublik Deutschland geboren ist;
- eine Person, deren Eltern nach 1949 in das gegenwärtige Territorium der Bundesrepublik Deutschland eingewandert sind;
- ethnisch Deutsche aus Osteuropa und der ehemaligen UdSSR (Aussiedler und Spätaussiedler) stellen eine Untergruppe von Migranten da, wenn sie, ihre Ehepartner oder ihre Nachkommen die deutsche Staatsangehörigkeit

382 Rohnstock, Katrin (HG) (2004): Marzahn erzählt (Keine) Platten Geschichten. Berlin (hiernach: Rohnstock, Platten Geschichten).

383 Springer Gabler Verlag (HG), "Gabler Wirtschaftslexikon, Stichwort: Staatsangehörigkeit" unter: <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Archiv/1022/staatsangehoerigkeit-v11.html> (Zugriff 18. September 2013).

angenommen haben und nach 1949 ins gegenwärtige Staatsgebiet der Bundesrepublik Deutschland gezogen sind.

Dementsprechend sind Migranten entweder Migranten mit eigener Migrationserfahrung oder in Deutschland geboren ohne Migrationserfahrung.

Alle Menschen, die legal auf deutschem Territorium leben, zählen zu einer der folgenden Gruppen. Sie sind entweder:

- Ausländer ohne persönliche Migrationserfahrung
- Ausländer mit Migrationserfahrung
- Deutsche mit eigener Migrationserfahrung, inklusive ethnisch Deutsche
- Deutsche ohne Migrationserfahrung aber mit Migrationshintergrund durch die Migration ihrer Eltern
- Deutsche ohne Migrationshintergrund.

Zusätzlich gibt es die Definition von Minderheiten nach der Rahmenkonvention zum Schutz von Nationalen Minderheiten des Europäischen Rats, ratifiziert durch die Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1998. Diese Konvention verbietet jegliche Form der Diskriminierung einer Person aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit sowie die Assimilierung gegen ihren Willen.³⁸⁴ Zu den nationalen Minderheiten in Deutschland zählen die Friesen, die dänische Minderheit, die Sorben und die deutschen Sinti und Roma.³⁸⁵ Seit einem Referendum im Jahr 1920 gibt es auch eine deutsche Minderheit in Dänemark, bis heute leben ethnisch Deutsche in Zentral- und Osteuropa, sowie den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion, wo es bis zu 1,2 Millionen sein sollen. Rund 500.000 leben in Russland, ca. 300.000 in Polen und gut 180.000 in Kasachstan.³⁸⁶ Diese Gruppe wird in diesem Bericht als Spätaussiedler bezeichnet.

384 Bundesministerium des Innern – BMI (2014): “Nationales und internationales Minderheitenrecht” unter: http://www.bmi.bund.de/DE/Themen/Gesellschaft-Verfassung/Nationale-Minderheiten/Nationales-internationales-Minderheitenrecht/nationales-internationales-minderheitenrecht_node.html (Zugriff 11. Juli 2014).

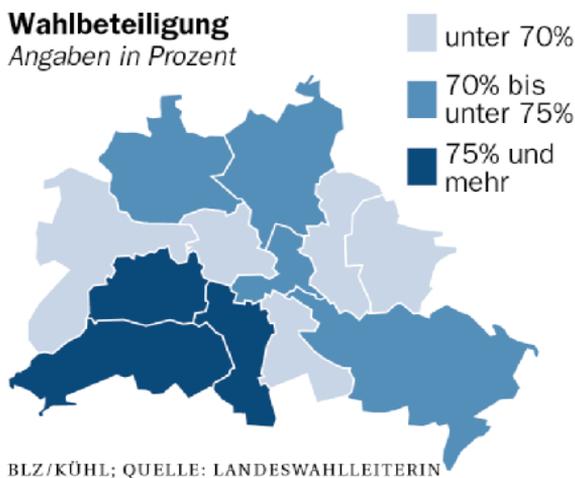
385 Bundesministerium des Innern – BMI (2013): “Minderheiten in Deutschland” unter: http://www.bmi.bund.de/DE/Themen/Gesellschaft-Verfassung/Nationale-Minderheiten/Nationale-Minderheiten-Deutschland/nationale-minderheiten-deutschland_node.html (Zugriff 19. September 2013).

386 Bundesministerium des Innern – BMI (2014): “Deutsche Minderheiten in Europa und den Nachfolgestaaten der UdSSR” unter: http://www.bmi.bund.de/DE/Themen/Gesellschaft-Verfassung/Nationale-Minderheiten/Deutsche-Minderheiten-Europa/deutsche-minderheiten-europa_node.html (Zugriff 11. Juli 2014).

10.2 | BETEILIGUNG BEI WAHLEN

Ein wichtiger Indikator für bürgerschaftliche Partizipation und Staatsbürgerschaft ist die Beteiligung an demokratischen Wahlen, an denen auf Bundes- und Landesebene nur deutsche Staatsbürger teilnehmen dürfen. EU-Bürger dürfen bei Kommunal- und Europawahlen mit abstimmen.³⁸⁷ Wählen ist zentrales Privileg des deutschen Staatsbürgerschaftsrechts. Bis 1983 lag die Beteiligung an Bundestagswahlen in Westdeutschland stets über 85%. Nach 1987 fiel sie unter 80%. Bei Landtagswahlen liegt die durchschnittliche Wahlbeteiligung in der Regel über 50%, bei Kommunalwahlen über 45%. In den letzten Wahlen des Europaparlaments stimmten 43% der Deutschen ab. Die höchste Wahlbeteiligung lag bei 93,4% bei den freien Wahlen des ehemaligen ostdeutschen Parlaments im Jahr 1990. Die zweithöchste Wahlbeteiligung gab es in Westdeutschland bei der Bundestagswahl von 1972 mit einer Wahlbeteiligung von 91,1%. In diesen Wahlen wurde über Willy Brandts Ostpolitik entschieden. Die niedrigste Wahlbeteiligung gab es bei den Bundestagswahlen von 2009 mit 70,8%.³⁸⁸ In Marzahn lag die Wahlbeteiligung stets unter der Gesamtbeteiligung. An der Bundestagswahl 2013 nahmen 65,1% der wahlberechtigten Bevölkerung teil, 2009 waren es 63,4%.³⁸⁹ Marzahn-Hellersdorf gehört zu einer ganzen Reihe von Bezirken in Ost- und Westberlin, in denen die Wahlbeteiligung unter 70% lag.

ABBILDUNG 2: TEILNAHME AN BERLINER LANDTAGSWAHLEN, 2013



Quelle: Berliner Zeitung, "Wahlergebnis Ostberlin", 23. September 2013, unter <http://www.berliner-zeitung.de/grosse-koalition/wahlergebnis-Ostberlin-nichtwaehler-sind-die-groesste-gruppe,20889098,24407348.html> (Zugriff 16. März 2014).

387 See Wikipedia, "Ausländerstimm- und Wahlrecht", http://de.wikipedia.org/wiki/Ausl%C3%A4nderstimm-_und_-wahlrecht#Situation_in_Deutschland (Zugriff 12. Mai 2014).

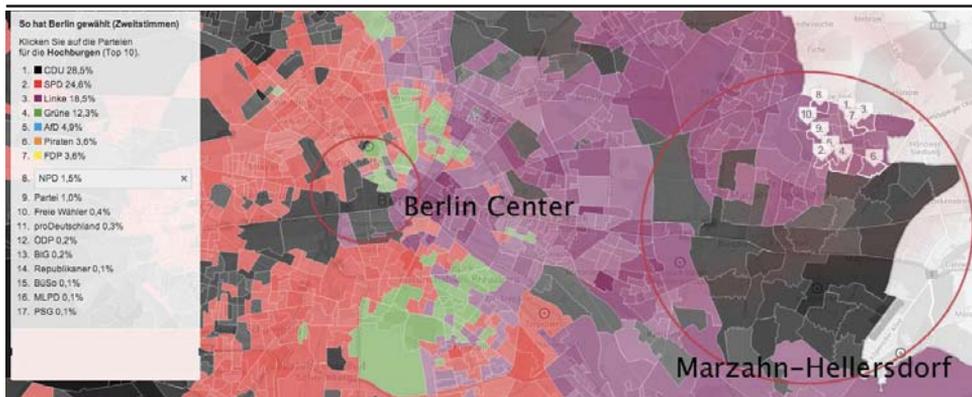
388 See Wikipedia, "Wahlbeteiligung", unter: <http://de.wikipedia.org/wiki/Wahlbeteiligung>, (Zugriff 19 September 2013)

389 Deutscher Bundestag, "Wahlkreis 13" unter: <http://www.bundestag.de/bundestag/wahlen/wahlkreise13/index.html> (Zugriff 16. März 2014).

Wichtiges Muster im Wahlverhalten in Marzahn-Hellersdorf ist die starke Unterstützung der LINKEN. In Marzahn-Hellersdorf sowie im benachbarten Bezirk Lichtenberg ist DIE LINKE mit Abstand die stärkste Partei, manchmal verfügt sie fast über eine absolute Mehrheit.³⁹⁰ Bei der letzten Bundestagswahl 2013 war die LINKE Petra Pau Direktkandidatin des Wahlbezirks Marzahn-Hellersdorf.³⁹¹ Sie gewann den Wahlbezirk mit 47,7% der Stimmen.³⁹² In der Vergangenheit war sie eine der Vorsitzenden des parlamentarischen Untersuchungsausschusses über die NSU-Morde³⁹³ und Vize-Präsidentin des Bundesparlaments.

Die folgende Karte zeigt die Teilung des Bezirks im Wahlverhalten. Im Norden (lila) dominiert die LINKE, im Süden führt die konservative CDU (schwarz). Die Karte zeigt auch die 10 Wahllokale Berlins, in denen in den Bundestagswahlen 2013 die NPD gewann.

ABBILDUNG 3. 10 WAHLLOKALE MIT HÖCHSTER ANZAHL DER STIMMEN FÜR DIE NPD, 2013



Quelle: Berliner Morgenpost, „Bundestagswahl 2013 in Berlin. Alle Stimmen der 1709 Wahllokale“, unter <http://berlinwahlkarte2013.morgenpost.de/#partei=8> (Zugriff 18. März 2014).

390 In den letzten Wahlen für das Berliner Abgeordnetenhaus 2011 gewannen Die LINKE, CDU und SPD je einen Wahlbezirk in Marzahn-Hellersdorf. Die Karte unter <http://www.morgenpost.de/berlin-aktuell/article1768373/Ergebnisse-der-Berliner-Abgeordnetenhauswahl-2011.html> (Zugriff 11. Juli 2014) informiert über die Wahlergebnisse in jedem Wahlbezirk Berlins.

391 CDU 19,4%, SPD 16,1%, Bündnis 90/Die Grünen 5,7%, FDP 5,5% und alle anderen 5,6%. Siehe: <http://www.bundestag.de/bundestag/wahlen/wahlkreise09/wahlkreise/wko86.html> (Zugriff 19. September 2013).

392 Wahlergebnisse der Landtagswahl 2013 unter: <http://www.bundestag.de/bundestag/wahlen/wahlkreise09/wahlkreise/wko86.html> (Zugriff 19. September 2013).

393 NSU steht für Nationalsozialistischer Untergrund. Ein Neonazi-Trio (zwei Männer und eine Frau) ermordete seit 1998 mehrere Ladenbesitzer überwiegend türkischer Herkunft und eine Polizistin. Nach ihrer Enttarnung begingen die beiden Männer Selbstmord, die Frau steht derzeit in München vor Gericht. Ein Ermittlungsausschuss des Bundestages beschäftigte sich mit Polei- und Geheimdienststrukturen. Obwohl der Ausschuss in seinem Abschlussbericht nicht ausdrücklich auf institutionellen Rassismus verweist, wurde dieser jedoch von mehreren Mitgliedern des Ausschusses inoffiziell in Bezug auf den deutschen Sicherheitsapparat erwähnt.

In den großen Gebieten hoher Wahlgewinne der LINKEN gibt es Inseln, die hohe Stimmenabgaben für die NPD zeigen. Tabelle 3 zeigt die Ergebnisse der Gegenden mit den niedrigsten und höchsten Wählerstimmen für die NPD.

TABELLE 3. ZEIGT WAHLLOKALE MIT DEN MEISTEN UND WENIGSTEN STIMMEN FÜR DIE NPD

Wahllokal 1 (höchste Anzahl Stimmen)	Wahllokal 10 (niedrigste Anzahl Stimmen)
2013 Beteiligung 40,3%	2013 Beteiligung 48,6%
2009 Beteiligung 41%	2009 Beteiligung 47,9%
Die LINKE 29,9% (202 Stimmen)	Die LINKE 35,8% (358 Stimmen)
SPD 17,8% (120 Stimmen)	SPD 18,1% (181 Stimmen)
CDU 17,6% (119 Stimmen)	CDU 17,4% (174 Stimmen)
NPD 12,4% (84 Stimmen)	NPD 8,3% (83 Stimmen)
AfD 7,8% (53 Stimmen)	AfD 8,2% (82 Stimmen)
Piraten 4,3% (29 Stimmen)	Piraten 2,7% (27 Stimmen)
Bündnis90/Die Grünen 2,1% (14 Stimmen)	Bündnis90/Die Grünen 2,1% (21 Stimmen)

Quelle: Berliner Morgenpost, „Bundestagswahl 2013 in Berlin. Alle Stimmen der 1709 Wahllokale“, unter <http://berlinwahlkarte2013.morgenpost.de/#partei=8> (Zugriff 18. März 2014).

Vor den Bundestagswahlen 2013 konstituierte sich eine neue Partei, die Alternative für Deutschland (AfD), die sogenannte „Anti-Euro“-Partei, die von politischen Kommentatoren als rechtsgerichtete populistische Partei bezeichnet wird und die für den Austritt aus der Eurozone plädiert. Bezieht man die AfD ins rechte Spektrum mit ein, erhielt der rechte Flügel insgesamt 16-20% der Stimmen. 2011 erhielt die NPD die meisten Stimmen in Wahllokal Nr. 303, wo sie bei extrem niedriger Wahlbeteiligung 32% für sich verbuchen konnten.³⁹⁴ Niedrige Wahlbeteiligung und gute Ergebnisse für die NPD wurden auch von lokalen Interessenvertretern erwähnt:

Das ist im Norden von Marzahn. Während die durchschnittliche Wahlbeteiligung bei Bezirkswahlen mit 50% sowieso schlecht ist, lag sie im Norden nur bei 30%. Im Süden ist das anders.³⁹⁵

Die Tatsache, dass die NPD mit zwei Vertretern im Bezirksparlament vertreten ist, liegt an der niedrigen Wahlbeteiligung. Diese kommt kleinen Parteien zugute, die

394 Interview mit einer Mitarbeiterin der Bezirksverwaltung, 14. Februar 2013.

395 Interview mit einem Bezirkspolitiker, 17. April 2013.

*ihre Wählerschaft mobilisieren können. Die Wahlbeteiligung erhöhen hilft dabei, die Rechten aus dem Parlament fern zu halten.*³⁹⁶

Eine Studie legt nahe, ein Grund für die wachsende Zustimmung für rechte Parteien in ehemaligen Staatsgebieten der DDR liege im Wegzug junger Frauen aus ländlichen Teilen Ostdeutschlands in urbane Gegenden im Westen. Dadurch sei ein soziales Ungleichgewicht entstanden, mit dem sich die Popularität rechter Parteien in Gegenden mit einem hohen Überschuss an Männern erkläre.³⁹⁷

Während der Bezirk Marzahn-Hellersdorf mit durchschnittlich 1,15% der Zuwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion und ihren Nachfolgestaaten unter dem Berliner Durchschnitt liegt, leben in Marzahn im Vergleich die meisten Spätaussiedler, obwohl es in Hellersdorf, Biesdorf und Kaulsdorf/Mahlsdorf wenige gibt. Vergleicht man ihre Anzahl mit den Wahlergebnissen, zeigt sich hohe Unterstützung für die NPD in Gegenden mit einem großen Anteil von Spätaussiedlern. Interessenvertreter beschrieben zwei Tendenzen im Wahlverhalten der Spätaussiedler in Marzahn-Hellersdorf. Ihren Aussagen nach machen viele entweder von ihrem Wahlrecht nicht Gebrauch oder sie wählen die CDU. Eher weniger stimmten für DIE LINKE (ehemalige Kommunisten), über Unterstützung der SPD sei wenig bekannt. Sie betonten auch, wie wichtig Spätaussiedlern ihre politische Repräsentation sei.

*Es gibt eine kleine Gruppe engagierter Leute, die das machen und es gibt Repräsentanten in der Bezirksverordnetenversammlung und im Kulturbeirat, aber es sind nicht genug und immer die gleichen.*³⁹⁸

Vor der Wahl sagte ein Teilnehmer der Fokusgruppe mit älteren Männern:

*Die Politiker sind freundlich, es wird viel geredet und versprochen, aber nachher passiert nicht viel. Es gab Versprechen, die Sozialpolitik zu verbessern, aber bisher ist nichts passiert.*³⁹⁹

Die niedrige Wahlbeteiligung wurde mit verschiedenen Interessenvertretern und in der Fokusgruppe Partizipation diskutiert.⁴⁰⁰ Ein Vertreter des Quartiersmanagement-Teams verwies auf die 70% Nicht-Wähler und betonte die Notwendigkeit, auf diesen Teil der Bevölkerung zuzugehen.⁴⁰¹ Ein Teilnehmer der Fokusgruppe mit älteren Männern erwähnte die Wahlkampfkostenerstattung, die von der Anzahl der

396 Interview mit einer Mitarbeiterin der Bezirksverwaltung, 14. Februar 2013.

397 Steffen Kröhnert & Reiner Klingholz "Not am Mann – Von Helden der Arbeit zur neuen Unterschicht?", Berlin Institut für Bevölkerung und Entwicklung, unter: <http://www.berlin-institut.org/publikationen/studien/not-am-mann.html?type=98> (Zugriff 19. September 2013).

398 Interview mit einem Mitarbeiter einer NGO, 19. April 2013.

399 Teilnehmer/in der Fokusgruppe mit älteren Männern, 5. Juli 2013.

400 Interview mit einer Mitarbeiterin der Bezirksverwaltung, 14. Februar 2013; Fokusgruppe Partizipation, 21. Mai 2013.

401 Interview mit einem Mitarbeiter einer lokalen Organisation, 6. Mai 2013.

erhaltenen Stimmen abhängt und die jede Partei erhält. Parteien mit vielen Wählern werden dadurch finanziell unterstützt. Er schlug vor, die Zahl der Nicht-Wähler in die Verteilung der Sitze einzubeziehen und im Namen der Repräsentativität auch „Nichtwählern eine Stimme zu geben“. Nicht-Wähler haben das Recht zu wählen, weil sie deutsche Staatsbürger sind, machen aber nicht davon Gebrauch. Die meisten Nicht-Wähler, fügte er hinzu, kämen aus der ärmeren Gesellschaftsschicht.⁴⁰² Eine Vertreterin des Gemeinschaftszentrums unterstützte dieser Ansicht. Ihrer Meinung nach seien die vielen Sozialhilfeempfänger im Norden des Bezirks schwer zu motivieren. Sie interessierten sich nicht für Politik und die Fernsehprogramme, die sie ständig schauten, seien auch nicht sehr politisch.⁴⁰³

Ein weiterer Interessenvertreter aus der Verwaltung betonte die wichtige Rolle von demokratischer Bildung schon in jungen Jahren, am besten bereits in Kitas und Schulen.⁴⁰⁴ Im September 2013, eine Woche vor den Bundestagswahlen, stimmten bundesweit rund 190.000 Kinder und Jugendliche zwischen 12 und 15 in über 1.500 Wahllokalen in den so genannten U-18-Wahlen ab. 2,55% der jungen Leute in ganz Berlin wählten die NPD. Mit einer Wahlbeteiligung von fast 17.000 Jugendlichen bekam die Partei 924 Stimmen in Berlin. In Marzahn-Hellersdorf und Treptow-Köpenick konnte die NPD mit 5,32 und 7,3% die 5%-Hürde überwinden. Ein Mitglied des Mobilien Beratungsteams gegen Rechtsextremismus MBR zeigte sich besorgt:

*Das rechte Spektrum hat in Gegenden, in denen sie auch sonst Unterstützung erhalten, gut abgeschnitten. Wenn rechte Parteien von Jugendlichen mehr Stimmen erhalten als in den echten Wahlen, muss man sich Sorgen machen.*⁴⁰⁵

Er erklärte die Ergebnisse mit der ohnehin existierenden Präsenz der Rechten in diesen Bezirken und damit, dass Kinder dem Vorbild ihrer Eltern folgen.⁴⁰⁶

10.3 | PARTIZIPATIONSMÖGLICHKEITEN AUF BEZIRKSEBENE

In den letzten zehn Jahren hat die Bezirksverwaltung eine Tradition geschaffen, von zunächst jährlichen und inzwischen halbjährlichen Stadtteilversammlungen,

402 Fokusgruppe mit älteren Männern, 5. Juli 2013

403 Interview mit einer Mitarbeiterin eines Gemeinschaftszentrums im Bezirk, 23. April 2013.

404 Interview mit einem Mitarbeiter der Bezirksverwaltung, 2. Mai 2013.

405 Alexander Fröhlich & Sidney Gennies (2013): "U18-Wahl in Berlin und Brandenburg. NPD mobilisiert Jugendliche", Tagesspiegel/Berlin, unter: <http://www.tagesspiegel.de/berlin/u18-wahl-in-berlin-und-brandenburg-npd-mobilisiert-jugendliche/8805684.html> (Zugriff 20. März 2014) (hiernach: Fröhlich & Gennies, "U18-Wahl in Berlin und Brandenburg").

406 Fröhlich & Gennies, "U18-Wahl in Berlin und Brandenburg".

in neun Quartieren des Bezirks.⁴⁰⁷ Laut Aussagen des Bürgermeisters leide diese Partizipationsmöglichkeit allerdings an mangelnder Beteiligung der Bürger. Um mehr Teilnehmer zu werben beschloss die Bezirksverordnetenversammlung im Jahr 2013 eine Änderung des Formats. Statt Tagesordnungen im Voraus festzulegen, finden die Versammlungen nun unregelmäßig zu aktuellen Themen statt.⁴⁰⁸ Auch andere Mechanismen ermöglichen bürgerschaftliche Teilhabe, so wie die Bürgersprechstunde mit Bezirksbürgermeistern und Bezirksräten, die Bürgerfragestunde mit der Bezirksverordnetenversammlung, der Bürgerhaushalt und themenorientierte Veranstaltungen.⁴⁰⁹ In der Bürgerfragestunde können Anwohner ihre Fragen direkt an den Bürgermeister oder die Bezirksräte adressieren. Bei der Bezirksverordnetenversammlung kann eine Stadtteilversammlung beantragt werden.⁴¹⁰

Laut eines Vertreters der Verwaltung wird die Bürgerfragestunde im Gegensatz zu den Stadtteilversammlungen von Anwohnern intensiv genutzt.

Partizipation an der Bürgerfragestunde ist in Nord- und Südmarzahn gleich hoch, aber die angesprochenen Themen sind unterschiedlich ... Fragen wie die Förderung der Gemeinschaft oder nach dem Umgang mit der geplanten Umgehungsstraße werden eher im wohlhabenden Süden gestellt, im ärmeren Norden hingegen geht es mehr um individuelle Probleme, z.B. wie man an eine größere Wohnung für eine schwangere Mutter mit mehreren Kindern kommt.⁴¹¹

Der Vertreter eines lokalen Quartiersmanagementbüros wies darauf hin, dass der öffentliche Konsultationsprozess zur geplanten Umgehungsstraße, von der 3000-5000 Menschen betroffen sein werden, immerhin 300 Teilnehmer anziehen konnte. Dies sei seiner Meinung nach ein gutes Ergebnis.⁴¹²

10.3.1 | TEILNAHME AN BÜRGERHAUSHALT UND PLANUNG

Interessenvertreter verwiesen auf Partizipationsmechanismen für Bürger im Bezirk in haushalts- und administrativer Planung wie den Bürgerhaushalt.⁴¹³ Dabei handelt es sich nicht um ein für bestimmte Zwecke festgesetztes Budget. Der Bürgerhaushalt sorgt für einen transparenten Haushaltsplan des Bezirks, indem Bürger Vorschläge

407 Dagmar Pohle, "Wie viel Bürgerkommune ist erwünscht?", Informationsblatt links Bezirksverband Marzahn-Hellersdorf, 2013, unter: http://www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de/fileadmin/marz-hell/Bezirksverband/MaHeLi/maheliz2013_06_web.pdf (Zugriff 16. März 2014) (hiernach: Pohle, "Bürgerkommune").

408 Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf (2013): "Moderne Bürgerkommunikation—ab jetzt themenorientierte Einwohner-versammlungen in Marzahn-Hellersdorf", Pressemitteilung 17. Juni 2013, unter: <https://www.berlin.de/ba-marzahn-hellersdorf/aktuelles/presse/archiv/20130617.1530.386184.html> (Zugriff 20. März 2014)

409 Pohle, "Bürgerkommune".

410 Pohle, "Bürgerkommune".

411 Interview mit einem Bezirkspolitiker, 17. April 2013.

412 Interview mit einem Mitarbeiter einer lokalen Organisation, 6. Mai 2013.

413 Interview mit einer Mitarbeiterin der Bezirksverwaltung, 14. Februar 2013.

machen können, wie das dem Bezirk zur Verfügung stehende Geld ausgegeben werden soll – auch wenn nicht alle Ideen umgesetzt werden können.⁴¹⁴ Die Fokusgruppe Partizipation diskutierte Vor- und Nachteile des Bürgerhaushalts.⁴¹⁵

Im Rahmen des Bürgerhaushalts gemachte Vorschläge sind nur Empfehlungen, die nicht verbindlich sind. Die Bürger selbst wählen unter allen Vorschlägen Prioritäten aus. Laut Erfahrung einer Teilnehmerin, die in einem örtlichen Gemeinschaftszentrum arbeitet, werde im Bezirk viel Lobbyarbeit für die Unterstützung bestimmter Projekte betrieben.⁴¹⁶ Ziel ist nach Aussagen des Bezirksbürgermeisters die Steigerung von Partizipation. Im Jahr 2013 wurden 200 Vorschläge gesammelt, es gab 3000 Teilnehmer. Durch das Engagement der Anwohner wusste die Verwaltung bei der Planung des Haushalts 2014/2015, welche Projekte und Anliegen bei den Bürgern Unterstützung finden. Sie wollte mindestens die Hälfte der 46 höchstbewerteten Vorschläge umsetzen.⁴¹⁷ Obwohl der Bürgerhaushalt politisch kontrovers diskutiert wird, wie ein Vertreter des Bezirksverwaltung mitteilte⁴¹⁸, wird er im Bezirk mit dem Ziel der Stärkung politischer Teilhabe fortgesetzt.⁴¹⁹

Das Stadterneuerungsprogramm Ost verweist ebenfalls auf Bürgerhaushalte als Mittel zur Förderung gesellschaftlicher Partizipation. Die Internetseite des Bezirks wirbt mit der Verbesserung der Lebensqualität durch Einführung des Bürgerhaushalts in den vergangenen Jahren.⁴²⁰

10.3.2 | WIRTSCHAFTLICHE BETEILIGUNG

Die Fokusgruppenteilnehmerin, die ein Gemeinschaftszentrum vor Ort leitet, berichtete von zwei Tendenzen, die sie seit der Wende unter ihren Angestellten beobachte. Entweder nehmen die Menschen an Wahlen im neuen politischen System teil oder sie enthalten sich. Ihrer Meinung nach stellt ihr Engagement in mehreren Vereinsvorständen (Zentrum für Mädchen, Frauen und Geschäftsgründerinnen) eine wichtige Art der Beteiligung dar. Diese Vereine hätten in den 1990er Jahren, nach Ende

414 Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf (2011): Vorlage zur Kenntnisnahme für die BVV, Vorschläge von Bürgerinnen und Bürgern des Bezirkes Marzahn-Hellersdorf zum Haushalt 2012/2013 (Bürgerhaushalt) unter: http://www.berlin.de/imperia/md/content/bamarzahnellersdorf/ba-beschlsse/2011/vzbbv1316_.pdf?start&ts=1300887424&file=vzbbv1316_.pdf (Zugriff 16. März 2014).

415 Fokusgruppe Partizipation, 21. Mai 2013.

416 Interview mit einer Mitarbeiterin eines Gemeinschaftszentrums im Bezirk, 23. April 2013.

417 Interview mit einem Bezirkspolitiker, 17. April 2013.

418 Interview mit einer Bezirkspolitikerin, 17. April 2013.

419 Bezirksverordnetenversammlung Marzahn-Hellersdorf (2013): Drucksache – o819/VII, Überarbeitung des Strategiepapiers 2012-2016 unter: <http://www.berlin.de/ba-marzahn-hellersdorf/bvv-online/voo20.asp?VOLFDNR=5102&options=4> (Zugriff 12. Juli 2014).

420 Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf (2012): "Ein Kurzportrait", unter: <http://www.berlin.de/ba-marzahn-hellersdorf/derbezirk/zahlenfakten/kurzinfo.html> (Zugriff 12. Juli 2014).

der DDR, neue Stellen geschaffen, als Angestellte des alten Regimes keine Arbeit mehr finden konnten.⁴²¹

Ein anderer Aspekt wirtschaftlicher Partizipation, der sich mehr auf Gesamtdeutschland bezieht, wurde in der Fokusgruppe mit älteren Männern angesprochen. Ein Teilnehmer sprach von der Neigung vom Politiken, prestigeträchtige Projekte zu bevorzugen, auch wenn man sich diese nicht leisten könne.⁴²² Dies ist eine Anspielung auf verschiedene Großprojekte, die durch Mismatch in den Medien auffielen, so wie Stuttgart 21 (Umbau des alten Bahnhofs), die Hamburger Elbphilharmonie (eine ambitionierte Konzerthalle) und der Berliner Großflughafen Schönefeld.

In Gesprächen über solche Projekte wurde immer wieder der Mangel an öffentlichen Konsultationen und Beteiligungsverfahren in Planung, Design und finanzieller Kontrolle erwähnt. Ein Teilnehmer der Fokusgruppe mit älteren Männern pflichtete bei:

Früher, vor der Wende, konnte man sich nicht vorstellen, wie Wessis leben. Jeder dort schien reich zu sein. In der DDR waren die Erwartungen an den Lebensstil in Deutschland hoch. Die Vereinigung kam letztendlich durch die Wahl der CDU und der SPD zustande.⁴²³

Die Vereinigung wurde nicht per Referendum für eine neue deutsche Verfassung durchgeführt, sondern durch einen Verwaltungsakt, in dem die ehemalige DDR der alten Bundesrepublik mit ihrem vorläufigen Grundgesetz von 1949 beitrug. Dieser Beitritt wurde dann durch die Wahlen von 1990 indirekt legitimiert. Fokusgruppenteilnehmer fanden, dass die Bevölkerung vom Gründungsprozess des vereinten Deutschlands ausgeschlossen war.

Laut der Teilnehmerin vom Gemeinschaftszentrum verhindere heute der Sparkurs mehr Bürgerbeteiligung. Sie fragte, wie sich Infrastruktur entwickeln solle, wenn immer mehr Gelder im öffentlichen Sektor gestrichen würden und es immer weniger Beamte gäbe. Alles ruhe dann auf den Schultern von zivilgesellschaftlichen Organisationen und Trägern, was zu mehr Wettbewerb unter ihnen führe. Das Angebot von sozialen Dienstleistungen sei nicht mehr garantiert.

Der öffentliche Sektor verliert die Kontrolle und der Bezirk kann nichts mehr steuern, weil alles den freien Trägern zugeschoben wird.⁴²⁴

421 Fokusgruppe Partizipation , 21. Mai 2013.

422 Fokusgruppe mit älteren Männern, 5. Juli 2013.

423 Teilnehmer der Fokusgruppe mit älteren Männern, 5. Juli 2013.

424 Interview mit einer Mitarbeiterin eines Gemeinschaftszentrums im Bezirk, 23. April 2013.

Ihrer Erfahrung nach sei es schwierig, gutes Personal zu finden, die Beziehungen zum Bezirksamt würden schwächer, Bürger hätten keine direkten Ansprechpartner mehr und niemand kümmere sich mehr um Dienstleistungen für den Bürger:

*Arbeitsmarktmaßnahmen werden von den JobCentern zunehmend gestrichen. Die Zahl der sogenannten Bedarfsgemeinschaften (Personen, die mit einem Sozialleistungsempfänger zusammen leben, werden einem gemeinsamer Haushalt zugerechnet) steigt. Im Ordnungsamt stapeln sich über 15.000 Beschwerden, um die sich keiner mehr kümmern kann.*⁴²⁵

Ihrer Meinung nach seien alle öffentlichen Haushalte von mangelnder Steuergerechtigkeit betroffen. Im Vergleich zu den großen Flächenländern fehlten in Stadtstaaten wie Berlin oder Hamburg eigene kommunale Finanzabteilungen.

*Nach Zusammenlegung der beiden Bezirke (Marzahn und Hellersdorf) gab es weniger Geld für den Bezirk. Es gab mehr zu tun, aber das musste mit weniger Geld und weniger Personal geschehen – mit der Folge, dass z.B. das Grünflächenamt aufgrund der Kürzungen weniger Geld hat und es im Bezirk schmutziger ist.*⁴²⁶

Die Folgen beobachte sie jeden Tag bei ihrer Arbeit im Zentrum, das ehrenamtlich organisierte Aktivitäten und Dienstleistungen anbietet, wie z.B. Beratung bei rechtlichen Problemen, Fragen im Zusammenhang mit der Rente und sozialen Angelegenheiten. Es gibt einen sogenannten aufsuchenden Verbraucherschutz auf russisch und deutsch und das Zentrum organisiert Aktionen für Senioren.⁴²⁷ Ein weiteres Projekt ist JULE für alleinerziehende Mütter, es hilft ihnen bei Anträgen auf Sozialleistungen und unterstützt sie in ihrem Recht auf Sozialhilfe. Sie organisieren auch die Beratungsstunde des örtlichen Polizeabschnitts. Die Teilnehmerinnen der Fokusgruppe mit jüngeren Frauen finden die Angebote des Zentrums sehr hilfreich. Ihrer Erfahrung nach gehe alles schneller, wenn jemand von JULE die jungen Mütter zum Amt begleite. JULE hilft jungen Müttern auch bei der Suche nach einer Unterkunft.⁴²⁸

Ein Vertreter eines örtlichen Quartiersmanagementbüros erwähnte die Schuldnerberatung und die zahlreichen Privatinsolvenzen im Bezirk. Seiner Meinung nach sei der Wunsch nach Teilhabe durch Konsum für diesen Trend verantwortlich, den sich aber nicht alle leisten könnten.⁴²⁹ Wie bereits in Kapitel 8 erwähnt, in Bezug auf die ältere Generation, ist Einkaufen Gehen auch ein sozialer Vorgang, über den

425 Interview mit einer Mitarbeiterin eines Gemeinschaftszentrums im Bezirk, 23. April 2013.

426 Interview mit einer Mitarbeiterin eines Gemeinschaftszentrums im Bezirk, 23. April 2013.

427 Interview mit einer Mitarbeiterin eines Gemeinschaftszentrums im Bezirk, 23. April 2013.

428 Fokusgruppe mit jüngeren Frauen, 6. Juni 2013.

429 Interview mit einem Mitarbeiter einer lokalen Organisation, 6. Mai 2013.

Erwerb von Produkten hinaus. Dieser Vorgang ist aber für fast alle Menschen wichtig. Die Fokusgruppe mit älteren Frauen diskutierte intensiv über die Vor- und Nachteile großer Einkaufszentren wie East Gate, Spree Center oder die am Alexanderplatz.⁴³⁰ Die Fokusgruppe Bildung bewertete den Einfluss von Medien (Fernseher, Handys, Computer) auf das Leben junger Kinder als problematisch. Der Gruppendruck führe zu Konformitätsfragen innerhalb der Gruppe. Wenn die Eltern kein Geld für elektronische Geräte ausgeben, stünden Kinder und Jugendliche in der Gruppe gleich schlechter da. Bestimmte Handymarken bestimmten den Status.⁴³¹

10.3.3 | TEILHABE IN DER STADTENTWICKLUNG

Quartiersmanagement ist ein Prozess der Stadtentwicklung und wird in Städten und Vororten zu Planung und Begleitung eingesetzt.⁴³² Die vier Quartiersmanagementbüros (Marzahn-Nordwest, Hellersdorfer Promenade und Mehrower Allee)⁴³³ sind für Stadtentwicklungsprogramme in den Quartieren verantwortlich. Diese sind Teil eines Ansatzes in der Stadtentwicklung, mit dem Bewohner stärker eingebunden werden sollen.⁴³⁴ In Deutschland wurde das Quartiersmanagement zwischen den 1970ern und 1990ern eingeführt. In Berlin, Hamburg und Bremen sollte Stadtentwicklung in besonders betroffenen Stadtteilen beispielsweise als Antwort auf die Hausbesetzerszene gelten.⁴³⁵ Die Aufgabe von Quartiersmanagern ist es, verschiedene Akteure aus Verwaltung, Lokalpolitik, privatem Sektor und lokalen Initiativen mit Bürgern zusammen zu bringen. Ziel ist die Integration der verschiedenen Aspekte ökonomischer Entwicklung, soziale Stärkung und strukturelle Entwicklung im Kiez.⁴³⁶ Quartiersmanagement soll die aktive Teilhabe der Anwohner an der Verbesserung ihrer Nachbarschaft anregen. Leitgedanke sind Ermächtigung der Bürger, die Entwicklung von Selbstverantwortung für den eigenen Stadtteil und die Stärkung langfristiger und eigenständiger Bürgerinitiativen.⁴³⁷

Die Interessenvertreterin aus dem örtlichen Gemeinschaftszentrum ist auch in einer Bürgerinitiative aktiv. Diese will eine Wohnstraße in eine Straße mit Geschäften und Unternehmen verwandeln. Einige aktive Stadtteilzentren gibt es bereits, die Sanierung

430 Fokusgruppe mit älteren Frauen, 3. Juni 2013.

431 Fokusgruppe Bildung, 15. Mai 2013.

432 Ein umfassender Überblick findet sich unter: <http://de.wikipedia.org/wiki/Quartiersmanagement> (Zugriff 16. März 2014) (hiernach: "Quartiersmanagement").

433 Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf, "Quartiersmanagementgebiete im Bezirk" unter: https://www.berlin.de/ba-marzahn-hellersdorf/verwaltung/bauen/stapl_quartiersm.html (Zugriff 16. März 2014).

434 Fokusgruppe Partizipation, 21. Mai 2013.

435 "Quartiersmanagement".

436 "Quartiersmanagement".

437 "Quartiersmanagement".

der Straße dient der Verbesserung der visuellen Erscheinung, es entstehen neue Spielplätze für Kinder und ein Markt.⁴³⁸

*Dazu gehören Maßnahmen, mit denen die Anzahl der leer stehenden Geschäfte reduziert werden sollen. Die leeren Läden wurden Künstlern zur Verfügung gestellt. Die bringen moderne Kunst in den Kiez, so wie Konzeptkunst, aber diese Art von Kunst verstehen die Anwohner nicht.*⁴³⁹

Kunst im öffentlichen Raum könne eine wichtige Rolle in der Regeneration des Bezirks spielen. „Aber nur wenige Leute beteiligen sich an dieser Initiative“, beschwerte sie sich.

Eine Publikation zu Kunst in öffentlichen Räumen in Marzahn-Hellersdorf beschreibt die Rolle von Kunst in der Stadterneuerung wie folgt:

*Da Kunst in Großsiedlungen die allgemeine Öffentlichkeit betrifft, muss sie in Kooperation mit Hausbesitzern und Nutzern öffentlicher Räume entstehen. Versteht man Kunst und künstlerische Einbindung in großen Siedlungsprojekten als eine Verbindung räumlicher und sozialer Fragen und regt damit den öffentlichen Diskurs an, erfüllt sie mehr als einen rein dekorativen Zweck.*⁴⁴⁰

Ein älterer Interessenvertreter und Aktiver im Bezirk äußerte sich kritisch über die Ähnlichkeit der Partizipationsmöglichkeiten in der DDR und im wiedervereinigten Deutschland, was die meisten Interviewteilnehmerinnen und Teilnehmer in diesem Projekt stark zurückweisen würden. Seiner Meinung nach solle es eine wertfreie Erinnerungskultur geben. Es gebe mehr Kontinuitäten als Brüche, die man aber nicht erwähnen dürfe, da die vereinigte deutsche Identität die ideologische Distanz zu den beiden Diktaturen (Nationalsozialismus und Kommunismus) brauche. Er verglich das Quartiersmanagement mit der Nationalen Front der DDR, nur dass ersteres kapitalistische Mittel zum gleichen Zweck einsetze. Die Nationale Front war eine Massenorganisation der DDR, die Freizeitaktivitäten für die Nachbarschaft organisierte und dem sozialistischen Staat und Parteiapparat unterstellt war.

*Wir haben in der DDR auch gemeinsam Parks gestaltet. Alles wurde vorbereitet und wir bauten dann den Park.*⁴⁴¹

Anwohner können in den Stadterneuerungsprojekten des Quartiersmanagements auf verschiedene Weise aktiv werden. Für jedes Gebiet gibt es ein bestimmtes

438 Interview mit einer Mitarbeiterin eines Gemeinschaftszentrums im Bezirk, 23. April 2013.

439 Interview mit einer Mitarbeiterin eines Gemeinschaftszentrums im Bezirk, 23. April 2013.

440 Thorsten Goldberg, Ellena Olsen, Mitarbeiter einer NGO Schönfeld, Andreas Sommerer (2008): Kunst in der Großsiedlung, Kunstwerke im öffentlichen Raum in Marzahn und Hellersdorf, Berlin.

441 Interview mit einem Aktivist, 8. Mai 2013.

Budget (Quartiersfond) und einen Quartiersrat, der aus 15 Anwohnern und 10 Kooperationspartnern der Quartiersentwicklung besteht. Für den Quartiersrat können Personen nominiert werden. Ein Interessenvertreter aus der Gegend schlussfolgerte:

Das ist ein formalisierter Prozess, der nicht die Leute erreicht, die er erreichen soll.

Der Quartiersrat sei so etwas wie ein Miniatur-Stadtrat, mit eigenen Interessen, in dem Neues oft bekämpft würde. Es fänden dort formale Diskussionen statt, dominiert von der Elite der Gegend.⁴⁴²

Der oben bereits zitierte Aktivist aus dem Bezirk sprach auch die historische Entwicklung der verschiedenen Partizipationsmechanismen an. Die um 2005/2006 eingeführten Quartiersräte hätten die alten Bewohnerbeiträge ersetzt.

Als sich die Bewohnerbeiträge das erste Mal trafen, gab es nur 10 Bewohner, aber sie gründete neun Komitees! Aber bei den Bewohnerbeiträgen ging es 100 Prozent um den Stadtteil, beim Quartiersmanagement macht das nur 60% aus, hauptsächlich geht's ums Geld.⁴⁴³

Seiner Meinung nach sprachen bis 2005 die Bewohnerbeiträge für die Anwohner. Obwohl er 2006 offiziell seine ehrenamtlichen Ämter niederlegte, arbeitete er bis 2009 inoffiziell weiter und hörte erst endgültig auf, „als der Hauptnutznießer dieses Prozesses zum Leiter des Prozesses wurde“, wie er kritisch bemerkte. Die Machtkonstellationen hätten sich verschoben.⁴⁴⁴

Er beschrieb die Anstrengungen für Änderungen im städtebaulichen Regenerationsprogramm für Marzahn-Hellersdorf. Neue Pläne für den Rückbau, statt des Abrisses ganzer Häuserblöcke, wurden 2002 vorgestellt und vom Bürgerrat unterstützt.⁴⁴⁵ Im Jahr 2003 wurden auch Briefe, Petitionen und Pressemitteilungen gegen die Abrisspläne veröffentlicht. Der zuständige Senator für Wohnen unterstützte die Abrisspläne damals und fragte: „Wer will schon in einen Plattenbau ziehen?“⁴⁴⁶

Die alte Struktur des Bürgerbeirats war auf Kollisionskurs mit dem neu eingerichteten Bewohnerbeirat. Vierhundert Anwohner nahmen an einer Protestveranstaltung teil und fragten den Bezirksbürgermeister im benachbarten Ahrensfelde in einem offenen Brief, ob sie sich seinem Verwaltungsbezirk anschließen könnten. Diese Aktion wurde von den Medien aufgegriffen, sie berichteten unter der Schlagzeile „Flucht nach Brandenburg“ und bemühten so ein Bild aus Zeiten des Kalten Kriegs, die Flucht von

442 Interview mit einem Mitarbeiter einer lokalen Organisation, 6. Mai 2013.

443 Interview mit einem Aktivist, 8. Mai 2013.

444 Interview mit einem Aktivist, 8. Mai 2013.

445 Interview mit einem Aktivist, 8. Mai 2013.

446 Interview mit einem Aktivist, 8. Mai 2013.

Ost- nach Westberlin.⁴⁴⁷ (Diese Geschichte wurde auf einem Geschichtenwettbewerb erzählt. Die beliebteste Geschichte wurde veröffentlicht.)⁴⁴⁸

Ein Teilnehmer der Fokusgruppe mit jüngeren Männern schlug vor, die Bürger sollten sich selbst organisieren, die besten Projekte seien doch immer die eigenen:

*Der Staat ist viel zu unflexibel für gute und einfache Vorschläge. Zum Beispiel sollte man sein Kind mit zur Arbeit bringen können, Eltern könnten sich gegenseitig bei der Aufsicht unterstützen. Schüler aus höheren Klassen könnten für wenig Geld jüngeren Schülern helfen.*⁴⁴⁹

10.3.4 | ANDERE PARTIZIPATIONSMECHANISMEN

In der Fokusgruppe Partizipation wurden verschiedene weitere Möglichkeiten der Teilhabe für Jung und Alt besprochen.⁴⁵⁰ Einige davon sind hier aufgelistet:

1. Die *Freiwilligenagentur* vernetzt Ehrenamtliche mit sozialen Einrichtungen und Organisationen. Sie verfügt über eine große Datenbank von Freiwilligen und Initiativen.⁴⁵¹
2. Marzahn gehört zu den bundesweit 100-150 *Orten der Vielfalt*, eingeführt durch die Bundesregierung. Dieses Programm richtet sich an Bewohner vietnamesischer und russischer Herkunft.⁴⁵² Ein weiterer Ort der Vielfalt sind die Gärten der Welt.⁴⁵³ Der Titel steht für Engagement gegen Rechtsextremismus und für Demokratie und Vielfalt.⁴⁵⁴ Um sich als Ort der Vielfalt zu qualifizieren, muss dort aktive, progressive und experimentelle Integration praktiziert werden.⁴⁵⁵
3. Das Bezirksprogramm *Demokratieentwicklung* wird aus Bundesgeldern finanziert und mit Hilfe der Aktionspläne für Bildung und Wirtschaft des Bezirks umgesetzt. Unternehmer im Bezirk wollen laut Aussagen eines Interessenvertreters in der Verwaltung allerdings neutral bleiben, obwohl sie wichtige Akteure in der Förderung der Demokratie seien. Seiner Meinung nach müssten sie sich stärker

447 Interview mit einem Aktivist, 8. Mai 2013.

448 Rohnstock, Platten Geschichten.

449 Fokusgruppe mit jüngeren Männern, 4 Juli 2013.

450 Fokusgruppe Partizipation, 21. Mai 2013.

451 Interview mit einem Mitarbeiter einer lokalen NGO, 2. Mai 2013.

452 Interview mit einer Mitarbeiterin der Bezirksverwaltung, 14. Februar 2013.

453 Interview mit einem Mitarbeiter einer lokalen NGO, 2. Mai 2013.

454 Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf, "Polis – Bezirkliche Koordinierungsstelle für Demokratieentwicklung am Ort der Vielfalt Marzahn-Hellersdorf" unter: <http://www.berlin.de/ba-marzahn-hellersdorf/verwaltung/haushalt/migrba-polis.html> (Zugriff 12. Juli 2014).

455 Das Integrationsprogramm des Bezirks umfasst sieben Handlungsfelder. Siehe: Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf, "Bezirkliches Integrationsprogramm Marzahn-Hellersdorf" unter: http://www.berlin.de/lb/ads/diversity/beispiele/migrba_lenkint.html (Zugriff 12. Juli 2014).

mit Verwaltung und Zivilgesellschaft vernetzen. Der Aktionsplan Bildung konzentriert sich auf Wohnen, Quartier und Öffentlichkeit. Ein Demokratie-Audit wird in Kooperation mit der Alice-Salomon-Hochschule im Hellersdorfer Zentrum durchgeführt, finanziert durch die Lotto-Gesellschaft. Das Motto lautet: "Was haben wir und was brauchen wir?". Dies wurde als schlüssige Strategie bis 2016 vorgestellt, die allerdings noch nicht offiziell in Kraft getreten ist.⁴⁵⁶

10.4 | HERAUSFORDERUNGEN IM FALL DES ASYLBEWERBERHEIMS

Kurz nach Abschluss der Feldforschung für diese Studie wurde ein Asylbewerberheim im Bezirk Gegenstand politischer und medialer Diskussion. Am 9. Juli 2013 fand in Hellersdorf eine Informationsveranstaltung zur Einrichtung des Heims statt. Da die Bundestagswahlen vor der Tür standen, wurde das Thema heftig diskutiert. Einem Medienbericht zufolge demonstrierten 750-1000 als Anwohner identifizierte Personen „laut schreiend“ gegen das geplante Heim. Der Senator für Soziales, Mario Czaja (CDU) verurteilte die undifferenzierte rechte Propaganda. Neonazis hätten „ausländerfeindliche Sprüche schamlos ausgenutzt“ und „das Informationsbedürfnis der Bürger instrumentalisiert“.⁴⁵⁷ Bei der Veranstaltung waren Vertreter von Polizei und Bezirksverwaltung anwesend. Ihrer Aussage nach ging es dabei um die Unterbringung zusätzlicher 400 Flüchtlinge in einem ehemaligen Schulgebäude in Marzahn-Hellersdorf,⁴⁵⁸ in dem bereits seit längerer Zeit etwa 170 Asylbewerber lebten, ohne ernsthafte Probleme.⁴⁵⁹ Eine vor dieser Veranstaltung interviewte Interessenvertreterin hatte von einer eigens organisierten Sprechstunde für Flüchtlinge und Anwohner berichtet, um damit Problemen vorzubeugen.⁴⁶⁰

Asylbewerber und Flüchtlinge wurden auch in der Fokusgruppe mit jüngeren Männern angesprochen. Ein Teilnehmer meinte, Marzahn sei toleranter geworden.⁴⁶¹ Ein Teilnehmer an besagter Informationsveranstaltung sagte, dass viele rechtsgerichtete Politiker aus dem benachbarten Brandenburg und aus anderen Teilen Berlins da gewesen seien und das Treffen gestört hätten. Sie trugen T-Shirts mit den Daten des Rostock-Lichtenhagen-Angriffs auf Asylbewerber von 1992 und dem Slogan „Nein zum Heim“. Laut Aussagen des Bezirksbürgermeisters kamen 70 Rechte, 150 Linke und 400-500 Anwohner, es sei aber unmöglich gewesen, Fragen zu stellen

456 Interview mit einem Mitarbeiter der Bezirksverwaltung, 2. Mai 2013.

457 Die Tageszeitung (TAZ), "Protest gegen Asylbewerberheim, Pogromstimmung in Hellersdorf", 10. Juli 2013 unter: <http://www.taz.de/Protest-gegen-Asylbewerberheim/!119659/> (Zugriff 12. Juli 2014).

458 Interview mit einem Polizist, 10. Juli 2013 und einem Bezirkspolitiker, 17. April 2013.

459 Interview mit einem Bezirkspolitiker, 17. April 2013.

460 Interview mit einer Mitarbeiterin eines Gemeinschaftszentrums im Bezirk, 23. April 2013.

461 Fokusgruppe mit jüngeren Männern, 4 Juli 2013.

oder die Anwohner zu informieren.⁴⁶² Die ganze Veranstaltung wurde auf Youtube veröffentlicht.⁴⁶³

Laut Aussagen der Bezirksverwaltung wurde der Bezirk nur einen Monat vorher über die Unterbringung der Flüchtlinge in Bezirk informiert, die Informationsveranstaltung sei dann so schnell wie möglich organisiert worden. Sie war für Anwohner gedacht und sollte diese mit einbeziehen.⁴⁶⁴ Dass sie während der Sommerferien stattfand, machte einige Leute misstrauisch. Ein Teilnehmer aus der Bezirksverwaltung erklärte, Anwohner hätten nicht verstanden, dass die Unterbringung der Flüchtlinge eine Entscheidung des Berliner Senats gewesen sei. Der Bezirk sei erst einige Tage später davon in Kenntnis gesetzt worden, musste diese Entscheidung aber erklären und ausführen.

Die Verwaltung war überrascht über den hohen Organisationsgrad der Intervention der Neonazis. Rechte Aktivisten erschienen als Bürgerinitiative getarnt, bis nach Beginn der Veranstaltung habe niemand realisiert, dass die NPD dahinter steckte. Selbst der Bundesvorsitzende der NPD nahm teil und blieb unerkannt von der Polizei. Er konnte das Mikrofon sichern und begann zu sprechen. Dann wurde er allerdings erkannt und das Mikrofon wurde ihm abgenommen. Die Veranstalter der Versammlung beriefen sich hier auf ihr Hausrecht, nicht auf rechtliche Beschränkungen der Redefreiheit (z.B. Volksverhetzung). Er schickte daraufhin seine Frau und zwei weitere Frauen hinein, die niemand kannte und dementsprechend auch nicht von der Polizei identifiziert werden konnten. Die drei Frauen konnten ungehindert sprechen. Einige Menschen bekamen Angst und verließen die Veranstaltung.⁴⁶⁵

In der Presse wurde die Veranstaltung als „Hellersdorf gegen Asylbewerber“ dargestellt, es waren aber die Rechtsextremen, die diesen Event für ihr Anliegen instrumentalisieren konnten. Der Bürgermeister meint heute, es sei ein Fehler gewesen, die Informationsveranstaltung öffentlich zu machen.⁴⁶⁶ Ein junger Vertreter der Bezirksverwaltung, der sich mit den Themen Rechtsextremismus und Demokratieentwicklung beschäftigt, bezeichnete die gegenwärtige Situation als Herausforderung.⁴⁶⁷ Seiner Meinung nach habe diese Veranstaltung 10 Jahre harter Arbeit am Image des Bezirks zerstört. Das größte Problem seien nicht die Rechten, sondern die Köpfe der Menschen. Da gebe es seiner Meinung nach Gesinnungen, die Demokratie unterlaufen und zerstören.⁴⁶⁸ Der Bürgermeister vermutete den Einfluss diffuser Ängste.

462 Interview mit einem Bezirkspolitiker, 17. April 2013.

463 Videoaufnahme der Informationsveranstaltung vom 9. Juli 2013 in Marzahn-Hellersdorf unter: <http://www.youtube.com/watch?v=xia4sKTiC3E> (Zugriff 17. September 2013).

464 Interview mit einem Polizist, 10. Juli 2013.

465 Interview mit einem Polizist, 10. Juli 2013.

466 Interview mit einem Polizist, 10. Juli 2013.

467 Interview mit einem Polizist, 10. Juli 2013.

468 Interview mit einem Polizist, 10. Juli 2013.

*Die Medienberichterstattung über den Bezirk differenziert überhaupt nicht, sie verschärft nur die gängigen Vorurteile über Marzahn-Hellersdorf. Die Medien verfolgen den Grundsatz, nur schlechte Neuigkeiten sind Neuigkeiten. Damit zementieren sie das negative Image von Marzahn.*⁴⁶⁹

Es gibt allerdings zahlreiche Aktivitäten gegen Rechts. Am Tag nach der Veranstaltung wurde eine Facebook-Seite erstellt, auf der junge Leute sich auf die Seite der Flüchtlinge stellten. Sie forderten, nicht nur „akzeptierte Flüchtlingsgruppen“ wie momentan aus Syrien und dem Irak zu unterstützen. „Man wurde auf allen Ebenen aktiv, vom Quartier bis zum Bürgermeister“, sagte ein Teilnehmer.⁴⁷⁰ Die Beschränkung auf Flüchtlinge aus Syrien, Irak und dem Iran war laut einiger Interessenvertreter eine strategische Gegenmaßnahme. Auch die Trennung von NPD und Anwohnern war eine strategische Entscheidung. Um weitere Gelegenheiten für organisierten rechten Protest zu verhindern, fanden in der Folge nur noch kleine Veranstaltungen mit persönlich an Anwohner gerichteten Einladungen statt. Die Betreiber des Asylbewerberheims wollen zukünftig die Türen der Einrichtung für Nachbarn öffnen.⁴⁷¹ Ein Interessenvertreter der Polizei teilte mit, ihre Strategie sei es, Diskussionen mit Fakten, also objektiven Zahlen, zu unterstützen.⁴⁷²

10.5 | PARTIZIPATIONSHINDERNISSE

Betrachtet man die Choreografie der Veranstaltung über das Asylbewerberheim zeigen sich unterschiedliche Facetten. Trotz zahlreicher Partizipationsangebote im Bezirk fühlen sich einige Leute noch immer außen vor. Interessenvertreterinnen und Vertreter sowie Fokusgruppenteilnehmerinnen und Teilnehmer gaben viele mögliche Erklärungen, warum Menschen sich nicht beteiligen. Ein Teilnehmer der Fokusgruppe Bildung erwähnte z.B. er gehe nicht zu Demonstrationen, weil er sich in großen Menschenansammlungen unwohl fühle.⁴⁷³ In der Gruppe mit älteren Männern wurde das Thema Teilhabe ebenfalls diskutiert. Sie formulierten eine bestimmte Sichtweise auf die Verantwortlichen:

*Wer studiert hat, hat das Sagen. Arbeiter können sich nicht erheben und werden nicht gefragt. Arbeiter können nicht mitmachen. Politiker sind Lobbyisten und werden beeinflusst.*⁴⁷⁴

469 Interview mit einem Polizist, 10. Juli 2013.

470 Interview mit einem Polizist, 10. Juli 2013.

471 Interview mit einem Polizist, 10. Juli 2013.

472 Interview mit einem Polizist, 10. Juli 2013.

473 Fokusgruppe Bildung, 15. Mai 2013.

474 Fokusgruppe mit älteren Männern, 5. Juli 2013.

Ein anderer Teilnehmer meinte, die Leute hätten genug von Politik und sprach über eine Sporthalle, die im Oktober 2014 gegen den Willen der meisten Bürger in eine Halle für Frauen umgebaut werde. Dies sei dem Einfluss von Lobbyisten zuzuschreiben.⁴⁷⁵ Die Halle, die momentan von Männern und Frauen genutzt wird, bleibt zukünftig von Montag bis Freitag für Männer geschlossen. Um diesen Plan zu vereiteln, wurde die Bürgerinitiative „Eine Halle für Alle“ gegründet. Sie sammelte um die 1000 Unterschriften für ein Bürgerbegehren, das nun in der Bezirksverordnetenversammlung verhandelt werden muss. Die Initiative bezeichnet den Plan, Männer aus dem Studio auszuschließen, als diskriminierend.⁴⁷⁶ Ein Interessenvertreter aus der Stadtentwicklung formulierte es anders: „Die Leute wollen gehört werden. Politiker müssen ihnen eine Stimme geben.“⁴⁷⁷

Der als Bauarbeiter tätige Teilnehmer berief sich auf eigene Erfahrungen mit dem mangelnden Interesse der Leute, an Veranstaltungen teilzunehmen. „Die Leute sind mit ihrem eigenen Leben beschäftigt“, sagte er. Er verwies auf Erfahrungen in der Kita seines Sohnes.

*Andere Eltern kommen noch nicht mal zum Elternabend. Sie kommen total gestresst von der Arbeit, sie haben einen Vertrag mit der Kita über eine bestimmte Stundenanzahl von Betreuung und bemühen sich, sie rechtzeitig abzuholen. Aber mehr beteiligen können sie sich nicht, viele Frauen haben niedrig bezahlte Teilzeitjobs, die hohe Flexibilität von ihnen erwarten.*⁴⁷⁸

Die Fokusgruppe mit älteren Männern diskutierte die Unvereinbarkeit von Konformität und Unabhängigkeit in Bezug auf die DDR und das vereinigte Deutschland. Einerseits würden die Bürger intelligenter, skeptischer und vorsichtiger und würden deshalb nicht wählen gehen. Andererseits seien Bürger wie eine Herde, die alle vier Jahre ihre Stimme abgebe. Ein sehr kritischer Teilnehmer sagte:

*Es ist nicht so anders als in der DDR. Das hier hat nichts mit Demokratie zu tun. Man muss alles selber machen.*⁴⁷⁹

Ein Teilnehmer widersprach dieser Sichtweise. Er meinte, es bräuhete mehr Erziehung zu Selbständigkeit. Mitbestimmung werde als Anpassung der Bürger an bestehende Bedingungen falsch verstanden. Dies unterlaufe Selbstständigkeit. Man müsse sich von Klein auf anpassen. Selbstständigkeit sollte unterstützt werden, denn diese erhöhe

475 Fokusgruppe mit älteren Männern, 5. Juli 2013.

476 Fokusgruppe mit älteren Männern, 5. Juli 2013.

477 Interview mit einem Mitarbeiter einer lokalen Organisation, 6. Mai 2013.

478 Interview mit einem Anwohner, 14. Februar 2013.

479 Fokusgruppe mit älteren Männern, 05. Juli 2013.

die Lebensqualität. Die Leute seien zu sehr von den Medien beeinflusst und würden deshalb im Mainstream mitschwimmen.⁴⁸⁰

10.6 | AKTIVIERUNG

Laut eines Vertreters des Quartiersmanagements seien die richtigen Wege für die Aktivierung von Menschen niedrigschwellige Maßnahmen mit überschaubarem Zeitrahmen. Dafür müssten die richtigen Personen gefunden und qualifiziert werden. Da es im Zusammenhang mit ethnischen Gruppen es zu viele Partikularinteressen gebe, solle man sich auf soziale Milieus konzentrieren. Im Bereich der frühkindlichen Erziehung schlug er Elternvertreter vor, die über die Eltern-Kinder-Bindung aktiviert werden könnten. Angebote wie Hausaufgabenbetreuung oder Karriereberatung seien weitere Maßnahmen, um Menschen zu Beteiligung zu ermutigen.⁴⁸¹

Der Teilnehmer schlug andere Methoden direkter Kommunikation mit Menschen über PR-Übungen vor. Es müsse eine Strategie entwickelt werden, um alle Bevölkerungsgruppen zu erreichen. Dabei könne man von Techniken im Marketing lernen. Es brauche die Unterstützung örtlicher Vereine und Initiativen und kulturelle Übersetzer in der frühkindlichen Betreuung, um z.B. die Vietnamesen zu unterstützen.⁴⁸² Die Diskussion einiger Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Fokusgruppe Partizipation ging in eine ähnliche Richtung. Auch sie schlugen vor, mehr Menschen zu erreichen, z.B. im East Gate Einkaufszentrum oder bei Veranstaltungen wie Kochen mit Kindern, auf Festen und durch Beratung.⁴⁸³

Die gleichen Teilnehmerinnen und Teilnehmer betonten gemeinsame Interessen als Aktivierungspotential. So könne man die Menschen beispielsweise in Tierarztprechstunden erreichen, weil es in Marzahn-Hellersdorf so viele Hunde gäbe. Deren Besitzer könne man über ihre Hunde erreichen.⁴⁸⁴ Teilnehmerinnen der Fokusgruppe mit älteren Frauen betonten das bessere Angebot an Teilhabemöglichkeiten in der DDR. Da habe es z.B. es Clubgaststätten gegeben, von denen einige noch existieren. Heute sollten neue Orte das alte Zugehörigkeitsgefühl ersetzen, wie das Kino in Hellersdorf Zentrum, Techno-Partys und der Karneval der Kulturen in Kreuzberg-Friedrichshain.⁴⁸⁵

480 Fokusgruppe mit älteren Männern, 05. Juli 2013.

481 Interview mit einem Mitarbeiter einer lokalen Organisation, 6. Mai 2013.

482 Interview mit einem Mitarbeiter einer lokalen Organisation, 6. Mai 2013.

483 Fokusgruppe Partizipation, 21. Mai 2013.

484 Interview mit einem Mitarbeiter einer lokalen Organisation, 6. Mai 2013.

485 Fokusgruppe mit älteren Frauen, 3. Juni 2013.

11.

**DIE ROLLE DER
MEDIEN**

Sozialwissenschaftler, die sich mit der Rolle der Massenmedien beschäftigen, sind sich einig, dass Nachrichten weit mehr als die soziale Realität reflektieren. Redakteure und Journalisten in Nachrichtenmedien wählen die Themen, setzen Prioritäten bezüglich ihrer Nachrichtentauglichkeit, räumen Top-Themen mehr Platz ein und bereiten sie anhand eigener Ideologien auf. Damit beeinflussen sie die öffentliche Wahrnehmung der sozialen Wirklichkeit und lenken Medienkonsumenten in ihrer Auseinandersetzung mit der Welt:⁴⁸⁶

*Mit der Auswahl und Verbreitung von Nachrichten spielen Redakteure, Redaktionsangestellte und Medienanstalten eine wichtige Rolle in der Präsentation der politischen Wirklichkeit. Anhand des Umfangs einer Nachricht und ihrer Positionierung erfahren Leser nicht nur etwas über ein bestimmtes Thema, sondern auch, wie wichtig sie es nehmen sollen.*⁴⁸⁷

Durch diesen allgemein anerkannten Einfluss der Medien auf ihr Publikum werden die Medien laut Gurevich und Levy „zu einem Ort, an dem verschiedene soziale Gruppen, Institutionen und Ideologien um die Definition und Konstruktion der sozialen Wirklichkeit kämpfen“.⁴⁸⁸

Doch auch Nachrichtenkonsumenten spielen eine aktive Rolle in diesem Prozess:

*Die Menschen sind keine kulturellen Trottel, die passiv Texte so lesen, wie deren Produzenten dies vorsehen. Texte, und besonders Medienmetaphorik, können grundsätzlich auf unterschiedliche Weise gelesen werden – sie sind, um den Jargon zu verwenden, polysemisch. Texte mögen bevorzugte Meinungen oder Standpunkte transportieren, die vom Leser gern akzeptiert werden können. Aber viele Leser lehnen diese Einladung ab, indem sie sich entweder mit der dominanten Meinung auseinandersetzen oder sie zurückweisen und sich gleich einer anderen Lesart zuwenden.*⁴⁸⁹

Leser beschäftigen sich also mit einem Text und versuchen, ihn aktiv entschlüsseln; dieser Prozess birgt das Potential, die Botschaft des Urhebers zu verzerren. Individuelle Unterschiede wie Alter, Geschlecht, Bildung, Grad von Engagiertheit, Kenntnis des Themas, Interaktionen mit Freunden und Familie, Entwicklung des kritischen Denkens usw. beeinflussen alle, wie ein Text von der jeweiligen Person gelesen wird. Die Menschen bringen also immer einen Teil ihrer Persönlichkeit zu den

486 Eine Auseinandersetzung mit Auswahl, Framing und Priming in Nachrichtenmedien siehe: D.A. Scheufele and D. Tewksbury “Framing, Agenda Setting, and Priming.” *Journal of Communication* 57 (2007), S. 9–20.

487 Max, Polizist, sowie E. McCombs und Donald L. Shaw, “The agenda Setting Function of Mass Media”, *Public Opinion Quarterly* 36 (2) (Sommer 1972), S. 172.

488 M.Gurevitch und M. Levy, “Introduction”, in M. Gurevitch und M. Levy (Hrsg.), *Mass Communication Yearbook* 5, Sage Publications, Beverly Hills, CA, 1985, S. 12.

489 William A. Gamson, David Croteau, William Hoynes und Theodor, “Media Images and the Social Construction of Reality”, *Annual Review of Sociology* 18 (1992), S. 388.

Medien, mit denen sie sich beschäftigen, mit. Wir beginnen gerade erst zu verstehen, in welcher Komplexität Menschen sich mit Texten befassen und damit ihre eigene soziale Realität konstruieren.

Will man den Einfluss der Medien auf die Wahrnehmung der Wirklichkeit von Menschen in Marzahn-Hellersdorf und deren Auswirkung auf die soziale Integration randständiger Gruppen aus der Mehrheitsbevölkerung verstehen, ist zunächst ein kurzer Überblick nötig, über die Art und Weise, wie der Bezirk in lokalen und nationalen Medien portraitiert wurde, von seiner Einweihung bis heute. Dieses Kapitel zeigt auch die Bemühungen verschiedener Akteure um das Medienimage und die möglichen Gründe für die unterschiedlichen Arten, den Bezirk darzustellen. Zudem beschäftigt sich das Kapitel mit der Frage, wie die Bewohnerinnen und Bewohner von Marzahn-Hellersdorf auf Medienberichte reagieren, und wie diese ihre Wahrnehmung der Wirklichkeit beeinflussen.

Medieninhalte zu lesen ist in keiner Weise einfach. Menschen sind mehr oder weniger stark an Medien interessiert und sie nutzen unterschiedliche Arten von Medien zur Aufnahme von Informationen. Nachrichten werden auf unterschiedliche Weise gelesen, abhängig von den sozioökonomischen Umständen und der Stellung einer Person in der Gesellschaft. Während des Feldforschungsprozesses in Marzahn-Hellersdorf wurde deutlich, wie sehr Alter, Bildungshintergrund und Kenntnis des Bezirks die Aufnahme und Verarbeitung von Medienberichten über Marzahn-Hellersdorf beeinflussen. Das Unterkapitel zur Aufnahme von Medieninhalten konzentriert sich dementsprechend auf diese drei sozio-demografischen Faktoren und ihre Auswirkungen. Es werden begrenzt Empfehlungen für den Umgang mit Medien gemacht, die verschiedenen Interessenvertretern in ihrem Bemühen um die Einbindung randständiger Gruppen im Bezirk behilflich sein könnten.

11.1 | DARSTELLUNG VON MARZAHN-HELLERSDORF IN DEN MEDIEN IM LAUF DER ZEIT

Aufgrund ihrer Größe und Lage in der Hauptstadt der DDR ist es nicht verwunderlich, dass der ostdeutsche Staatsapparat für eine positive Berichterstattung über die Bezirke Marzahn und Hellersdorf sorgte. Besonders Marzahn wurde zum Symbol der Versprechungen des real existierenden Sozialismus und dem Kampf der DDR gegen Wohnungsnot, indem Bürger mit qualitativ gutem, massenproduzierten Wohnraum versorgt wurden.⁴⁹⁰ Dieser Eindruck wurde durch regelmäßige Besuche hoher ostdeutscher Politfunktionäre (wie Erich Honecker) und Prominente (wie der erste ostdeutsche Astronaut Sigmund Jähn) gefördert. Sie wurden zu Medienspektakeln

490 Rubin, "Concrete Utopia".

aufgebauscht, an die sich manche Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Fokusgruppen heute noch stolz erinnern.⁴⁹¹

In solchen weit publizierten Veranstaltungen wurden die beiden neu gebauten Bezirke mit den zerfallenden innerstädtischen Vierteln Ostberlins wie Prenzlauer Berg oder Friedrichshain verglichen, um die dramatischen Verbesserungen in der Qualität des allgemeinen Lebensstandards in der DDR zu unterstreichen. Moderne Annehmlichkeiten der neu gebauten Siedlungen wie fließend Wasser, Zentralheizung oder separate Kinderzimmer wurden öffentlich angepriesen. Die Einwohner der DDR wurden in Werbeanzeigen auf die verschiedenen neuen Möglichkeiten in den neuen Siedlungen aufmerksam gemacht, die oft wenig mit der Realität der Menschen, die dorthin zogen, zu tun hatten, die sich vieles nicht leisten oder in den Ostberliner Läden nicht finden konnten.⁴⁹²

Wichtiger noch, Politiker stellten die Neubausiedlungen – wie in DDR-Medienkanälen verbreitet wurde – als Orte dar, an denen neue Formen des Zusammenlebens entstehen, durch die aktive Einbeziehung der neuen Bewohner in Verschönerung und Entwicklung der neuen Siedlungen, die aufgrund von Geldmangel und der Hast des Bauvorhabens oft noch nicht fertig gestellt waren. Diese Idee der kollektiven Gemeinschaft sollte in Marzahn und Hellersdorf in die Tat umgesetzt werden, was sich besonders in dem Spruch „Vom Ich zum Wir“ widerspiegelt, der im Treppenhaus an der Wand stand, als er in Marzahn ankam, wie sich ein früher Siedler in Marzahn erinnert.⁴⁹³

Die radikal moderne Architektur von Großsiedlungen wie der in Marzahn wurde als Verkörperung des Gleichheitsprinzips im Sozialismus dargestellt, der als entscheidender ideologischer Vorteil des ostdeutschen Staates gegenüber seines westlichen Nachbarn gesehen wurde. Damit wurden die Siedlungen als Antwort auf den Klassenunterschied konzipiert, der angeblich in den ehemals bürgerlichen innerstädtischen (vor dem zweiten Weltkrieg errichteten) Vierteln bestehen geblieben war.⁴⁹⁴ Echos dieser Ideologie kann man auch heute noch hören, wenn sich die ersten Siedler von Marzahn-Hellersdorf an die Zeit vor der Wende erinnern: damals wohnten Arbeiter neben Professoren und anderen besser bezahlten Mitgliedern der DDR-Gesellschaft. Die DDR-Fernsehserie „Einzug ins Paradies“ über das Leben im Marzahn, 1983 produziert und 1987 ausgestrahlt, fasste all die Hoffnungen der ostdeutschen Regierung für den neu gebauten Bezirk elegant zusammen: qualitativ hochwertige Wohnungen, neue Formen der Partizipation, spontan gebildetes Gemeinschaftsgefühl und Kameradschaft der neuen Bewohner, Hand in Hand mit kompletter Auslöschung von Klassenunterschieden, repräsentiert durch die

491 Fokusgruppe Gesundheit, 5. Juli 2013.

492 Rubin, „Concrete Utopia“.

493 Rubin, „Concrete Utopia“.

494 Rubin, „Concrete Utopia“.

Protagonisten der Serie. Leider bereiteten die Prozesse, die von der Vereinigung Deutschlands im Jahr 1990 ausgingen, all diesen Hoffnungen einer neuen Art des Zusammenlebens ein jähes Ende.

Nach dem Niedergang der DDR änderte sich die Berichterstattung über die beiden Bezirke schlagartig. Leben und Identitäten der Bewohner sind davon bis heute beeinflusst. Westliche Medien, insbesondere die des Springer-Verlags, begannen über verschiedene, angeblich endemische soziale Missstände in Plattenbausiedlungen wie in Marzahn und Hellersdorf zu berichten. Hauptthemen waren (in chronologischer Reihenfolge): die Wiederauferstehung von Skinheads und anderen rechten Gruppen im Osten und Bilder unmenschlicher Lebensbedingungen in grauen und verwahrlosten Fertigbausiedlungen (die nun abwertend als Plattenbauten bezeichnet wurden). Solche Porträts schlossen auch bald die Menschen mit ein. Wie eine Mitarbeiterin in der Pressestelle des Bezirks erklärte, war das gängige Medienbild von Marzahn in den 1990ern „graue Menschen in grauen Platten“.

Der äußerliche Verfall der Siedlungen wurde auf diese Weise moralisiert und auf ihre Bewohner übertragen. Dadurch ignorierten westliche Medien die gemischte sozioökonomische Zusammensetzung der Bewohner der Gegend und stellten die Menschen paternalistisch als arme hilflose Dummköpfe und (in jüngerer Vergangenheit) als faule Sozialparasiten dar, die jede Art von aktiver Teilhabe am Gemeinwesen ablehnten.⁴⁹⁵ Dieses neue Vorurteil wird von Reality-TV-Sendungen auf Sendern wie RTL (von einem Teilnehmer der Fokusgruppe Medien als Hartz-IV-Sender bezeichnet) und der sehr beliebten Komikerin Ilka Bessin verstärkt, deren Fernsehcharakter „Cindy aus Marzahn“ viele der westlichen Vorurteile über sogenannte Osis aufgreift. Solche Darstellungen des Lebens in Marzahn-Hellersdorf basieren auf aus dem Kontext gegriffenen Vereinfachungen der Realität und bemühen sich in der Regel nicht um die Analyse der sozialen und ökonomischen Faktoren, die für die Verschlechterung der Bedingungen in den neuen Bundesländern verantwortlich sind.

Für die negative Berichterstattung westlicher Medien über Marzahn und Hellersdorf in den 1990er Jahren gibt es zwei Hauptgründe. Wie eine Interessenvertreterin feststellte, passte der Bezirk perfekt ins westliche Schema sozialer Wohnungsbaugesunden, in denen die untere sozioökonomische Schicht wohnt. Die äußerliche Ähnlichkeit zwischen Marzahn-Hellersdorf und sozialen Wohnungsbauprojekten in Westberlin wie dem Märkischen Viertel und Gropiusstadt bestätigte diesen Eindruck.⁴⁹⁶ Der architektonische Stil und die Baumaterialien (vorgefertigte Betonplatten) sind bei allen Projekten ähnlich, doch westliche Beobachter missachteten die vielschichtige sozioökonomische Zusammensetzung der Siedlungen in Ostberlin, wo viele Bewohner einen besseren Bildungshintergrund hatten als in vergleichbaren Wohnprojekten im Westen. Nachdem

495 Fokusgruppe Medien, 25. Juli 2013.

496 Interview mit einer Bezirkspolitikerin, 17. April 2013.

das gleiche Schema jedoch einmal in Umlauf war, wurde es zur selbsterfüllenden Prophezeiung, da diejenigen die Gegend in großen Zahlen verließen, die nicht mit dem Stigma der Zugehörigkeit zur Arbeiterklasse leben wollten, in einer neuen Gesellschaft, in der Arbeiter nicht mehr den Status genossen, wie das in der DDR der Fall war.

Zweitens waren zahlreiche Interviewteilerinnen und Teilnehmer dieser Studie der Ansicht, westliche Politiker und ihre Medien hätten absichtlich versucht, Marzahn-Hellersdorf zu diffamieren. So sagte Natalia, eine Teilnehmerin in der Fokusgruppe Wohnen:

Man konnte nicht zulassen, dass der einzig wahre DDR-Bezirk, der einzige Bezirk, der zu DDR-Zeiten errichtet wurde, in einem positiven Licht dasteht. Für mich ist das eine politische Entscheidung.⁴⁹⁷

Ein anderer Teilnehmer dieser Fokusgruppe vermutete hinter der absichtlichen Diffamierung des Bezirks die Tatsache, dass Marzahn seit der Vereinigung immer wieder mehrheitlich für Parteien wie die Partei des Demokratischen Sozialismus, PDS oder die LINKE, Nachfolgepartei der offiziellen kommunistischen Partei der DDR, der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands SED, stimmte.⁴⁹⁸ Dies sei auch eine Erklärung für die oft verwirrende Berichterstattung über Politik im Bezirk: einerseits werde der Bezirk als von rechten Populisten und Nazis kontrolliert dargestellt, andererseits gelte er als rote Hochburg. Eines ist klar: die negative und eindimensionale Medienberichterstattung hat viel Groll in der lokalen Bevölkerung verursacht. Die Menschen fühlen sich in der Opferrolle und ihrer einst stolzen Identität beraubt, und obwohl das Medienklima sich in letzter Zeit verbesserte, hält dieses Gefühl an.

Obwohl die Bezirksregierung und ihre Pressestelle, einige Lokalzeitungen und Journalisten aus der Gegend sich bemühen, negativer Berichterstattung mit guten Nachrichten und Berichten über das Leben in Marzahn-Hellersdorf zu begegnen, sind sie doch oft hilflos angesichts der westlichen Medienhegemonie und der dort verbreiteten Vorurteile gegen östliche Teile des wiedervereinigten Deutschlands. Während der letzten zehn Jahre mehrten sich jedoch die Zeichen, dass sich die Medienberichterstattung über den Bezirk etwas verbessert.⁴⁹⁹ Ein Teilnehmer beklagte allerdings, dass der Bezirk nun außer auf den Justizseiten fast gar nicht mehr erwähnt werde.⁵⁰⁰

Vertreter des Bezirks und andere Studienteilerinnen und Teilnehmer erklären diese Entwicklung mit den einschneidenden äußerlichen Veränderungen in

497 Fokusgruppe Wohnen, 13. Juni 2013.

498 Fokusgruppe Wohnen, 13. Juni 2013.

499 Interview mit einer Journalistin, 6. Mai 2013.

500 Interview mit einem Journalist, 17. April 2013.

Marzahn-Hellersdorf während der letzten zehn Jahre, ausgelöst durch das massive städtebauliche Regenerationsprogramm und der Tatsache, dass viele der in den 1990er Jahren noch leer stehenden Wohnungen heute wieder bewohnt sind. Dies wiederum erlaube privaten Wohnungsbaugesellschaften mehr Geld in Renovierung und Verschönerung der Gegend zu investieren. Diese Entwicklung, die laut Ansicht einer interviewten Interessenvertreterin die weit verbreitete Armut und sozialen Probleme im Bezirk verdecke,⁵⁰¹ habe die Medienbilder von grauem Verfall und grauen Menschen, die in den 1990ern so populär waren, untragbar gemacht. Ein Vertreter der Pressestelle des Bezirks merkte jedoch an, einige Zeitungen suchten immer noch nach grauen Verfallsobjekten, wenn sie über die sozialen Probleme im Bezirk schreiben. Fänden sie keine, benutzten sie eben alte Bilder aus Marzahn in den 1990er Jahren.

11.2 | DAS BILD VON MARZAHN-HELLERSDORF HEUTE

Die meisten Interviewteilernehmerinnen und Teilnehmer waren sich einig, dass Berliner Radiosender und Zeitungen die Veränderungen im Bezirk wahrnehmen und verstanden hätten, dass die von ihnen in der Vergangenheit verbreiteten Bilder nicht zum Wohlergehen der Anwohner beigetragen hätten. Inwiefern solche redaktionellen Änderungen auf Bemühungen der Bezirksregierung und lokale Unternehmen zurückgehen, die den Bezirk attraktiver für Investoren und andere Unternehmen machen wollen, ist unklar. Interviews mit Interessenvertretern zeigten jedoch das Problembewusstsein der Bezirksregierung und ihre Anstrengungen, das negative Bild insbesondere über Marzahn in den Köpfen von Außenstehenden zu verändern. Neben der wichtigen Aufgabe der Veränderung der Medienbilder über den Bezirk glauben im Rahmen dieser Studie befragte Bezirksangestellte auch an die positive Wirkung von mehr Besuchern im Bezirk, die sich ein eigenes Bild über Verbesserungen in der Gegend machen könnten. Sie setzen diesbezüglich große Hoffnungen in die größte Touristenattraktion von Marzahn-Hellersdorf, die 1987 gebauten Gärten der Welt. 2017 wird hier die Internationale Gartenausstellung (IGA) stattfinden, die geschätzte 2,4 Millionen Besucher anziehen soll und, wie ein Interessenvertreter angab, zu einem neuen, positiveren Image von Marzahn-Hellersdorf beitragen könne.⁵⁰²

11.3 | REAKTION DER ANWOHNER AUF BILDER IN DEN MEDIEN

Die Studie zeigt einige bedeutende Unterschiede in der Reaktion der Anwohner auf die Medienberichterstattung über ihren Bezirk, abhängig von ihrer sozialen und ökonomischen Situation. Ältere und gebildetere Leute verlassen sich auf traditionelle

501 Interview mit einer Mitarbeiterin eines lokalen Jugenddienstes, 14. April 2013.

502 Interview mit einem Mitarbeiter einer lokalen Organisation, 6. Mai 2013.

Nachrichtenquellen wie Berlins größte Tageszeitungen und Fernsehnachrichten. Jüngere sehen weniger klassische Nachrichtensender und verlassen sich auf ihre sozialen Netzwerke und das Internet, um Informationen zu erhalten.⁵⁰³ Während die Älteren außerdem Lokalzeitungen wie *JWD* und *Die Hellersdorfer* lesen, setzen junge Leute recht selten auf solche Publikationen, um sich über Neuigkeiten in der Gegend zu informieren.

Solche Unterschiede sollten Interessenvertreter bei der Entwicklung von Kommunikationsstrategien im Hinterkopf behalten, wenn sie möglichst viele Menschen erreichen wollen. Eine Vertreterin der Pressestelle des Bezirks stellte fest:

*Um mehr Einwohner zu erreichen, muss man Informationen sowohl in der Berliner Woche, dem Berliner Abendblatt, der Berliner Zeitung, im Radio und in den Abendnachrichten veröffentlichen und Poster aufhängen.*⁵⁰⁴

Was in dieser Aussage auffallend fehlt, ist eine Strategie für die stetig wachsende Anzahl der Menschen, die sich für den Informationserwerb hauptsächlich auf das Internet verlassen. Obwohl Bezirksvertreter der Ansicht zu sein scheinen, dass ältere Menschen das Internet eher unregelmäßig nutzen, zeigt die Studie, dass auch die ältere Generation das Netz langsam aber stetig als Hauptinformationskanal für nationale, internationale und lokale Nachrichten nutzt.⁵⁰⁵ Eine im Rahmen der Studie befragte Journalistin gab außerdem zu bedenken, dass es bei knapper werdenden redaktionellen Ressourcen und dem daraus resultierenden Mangel an Lokalanalyse in den Berliner Tageszeitungen zu einer Verlagerung der Diskussionen in verschiedene Blogs, Facebook-Gruppen und andere internetbasierten Kommunikationsformen komme.⁵⁰⁶ Bezirksangestellte, die die Menschen im Bezirk zu erreichen wollen, sollten sich stärker auf solche Kommunikationskanäle konzentrieren und Internetstrategien entwickeln.

Es gibt zudem große Unterschiede, in der Art, wie Medienberichte über Marzahn-Hellersdorf in den verschiedenen Generationen gelesen werden. Die ältere Generation, die schon seit Jahrzehnten im Bezirk lebt, reagiert allgemein kritischer und sensibler auf vorurteilsbelastete Porträts ihrer Gegend. In den Fokusgruppen beschwerten sich ältere Teilnehmerinnen und Teilnehmer häufig über die Stigmatisierung als Hartz-IV-Bezirk oder als Hochburg von Neonazis und widersprachen solchen Darstellungen.⁵⁰⁷ Sie beklagten auch häufiger den negativen Einfluss von „Cindy aus Marzahn“, die ihrer Meinung nach nicht unwesentlich zum schlechten Image des Bezirks beitrage.⁵⁰⁸ Auch jüngere Studienteilnehmerinnen und Teilnehmer bemerken den nachhaltigen Fokus der Medien auf negative Aspekte des Lebens in Marzahn-Hellersdorf, sie sind

503 Fokusgruppe Medien, 25. Juli 2013.

504 Interview mit einer Mitarbeiterin der Bezirksverwaltung, 18. April 2013.

505 Fokusgruppe mit älteren Frauen, 3. Juni 2013.

506 Interview mit einer Journalistin, 6. Mai 2013.

507 Fokusgruppe mit älteren Männern, 5. Juli 2013.

508 Fokusgruppe mit älteren Frauen, 3. Juni 2013.

aber weitaus weniger kritisch und akzeptieren solche Berichte als mehr oder minder akkurate Beschreibungen der Situation.⁵⁰⁹ Die unterschiedliche Wahrnehmung der Medienberichterstattung zwischen den Generationen korreliert mit der unterschiedlichen Identifikation mit dem Bezirk (siehe Kapitel 4).

Eine weiterer Unterschied in der Wahrnehmung der Medienberichterstattung über den Bezirk besteht zwischen alteingesessenen Einwohnern und Neuzugezogenen oder Außenstehenden. Die Letztgenannten akzeptieren häufiger negative Medienbilder als gerechtfertigte Darstellung der sozialen Bedingungen in Marzahn-Hellersdorf und wiederholen sie sogar in ihren eigenen Beschreibungen.⁵¹⁰ Dies zeigt, wie Vertrautheit mit der Gegend als ein wichtiger Faktor im kritischem Umgang mit den Medien zu sehen ist. Es bestätigt die Annahme der Bezirksangestellten, dass lang gehegte Vorurteile von Außen über Marzahn am besten durch ein besseres Kennenlernen der Gegend abgebaut werden können. Mit dieser Herausforderung muss sich die Bezirksverwaltung in Zukunft auseinandersetzen. Die häufig geforderte Förderung öffentlicher Strukturen (wie kulturelle Zentren oder ein Fußballstadion), mit denen mehr Berliner nach Marzahn gebracht werden könnten, ist ein guter Anfang, aber sie mag nicht ausreichen. In der Zwischenzeit müssen Interessenvertreterinnen und Vertreter bessere Strategien für die Bekämpfung des anhaltend negativen Images von Marzahn-Hellersdorf entwickeln. Der erste Schritt ist die Betonung der zahlreichen positiven Veränderungen und die Werbung mit erfolgreichen Projekten des letzten Jahrzehnts.

INTERNET NACHRICHTENPORTAL LICHTENBERGMARZAHN+

Eine Reihe prominenter Ostberliner Journalisten (wie Birgit Eltzel, Andrea Scheuring und Klaus Tessmann), deren Leben auf die ein oder andere Weise entweder mit dem Bezirk Marzahn-Hellersdorf oder dem Nachbarbezirk Lichtenberg verknüpft ist, starteten im Dezember 2013 das Onlineportal LichtenbergMarzahn+. Dieses Nachrichtenportal konzentriert sich vornehmlich auf die beiden oben genannten Ostberliner Bezirke. Es will dem Mangel an ausführlicher Berichterstattung über die Gegend begegnen und gleichzeitig lokales Engagement und Debatten über bezirksrelevante Themen stärken. Obwohl das Portal noch in den Startlöchern steckt, konnte es im ersten Monat bereits mehr als 25.000 Besucher verzeichnen – und die Lebensfähigkeit eines auf Lokalnachrichten basierenden Internetportals, das Anwohner mit Nachrichten aus ihrem Bezirk und ihren Quartieren versorgt, bestätigen.

509 Fokusgruppe Medien, 25. Juli 2013.

510 Fokusgruppe Medien, 25. Juli 2013; Fokusgruppe mit jüngeren Frauen, 6. Juni 2013.

12.

SCHLUSSFOLGERUNGEN

Wie eingangs dargestellt, betrachtet dieser Bericht die Lebenssituation sowie die ökonomische, soziale und kulturelle Partizipation von benachteiligten Gruppen der Mehrheitsbevölkerung, die von starker sozio-ökonomischer Ausgrenzung betroffen sind, und im Berliner Bezirk Marzahn-Hellersdorf leben, vor allem in den Stadtteilen Marzahn-Nord, Hellersdorf-Nord und Hellersdorf-Ost. Darüber hinaus werden Hindernisse sozio-ökonomischer Partizipation sowie mögliche Faktoren aufgezeigt, welche zur Marginalisierung ökonomisch schwacher Gruppen der Mehrheitsbevölkerung in den oben genannten Gebieten führen.

Eingedenk der Grenzen der angewendeten Methodologie, verzichtet der Bericht darauf, einen Katalog von Ergebnissen zu formulieren zu den Bedingungen im Wohngebiet, in dem mehr als 150,000 Menschen leben, und stellt statt dessen eine Reihe von Themen vor, die aus der Analyse bereits bestehender Forschung, statistischer Daten von Statistischen Landes- und Bundesämtern sowie den Interviews mit Interessenvertretern und Anwohnern des Bezirks hervorgegangen sind. Vor allem drei eng miteinander verzahnte Aspekte verweisen auf die Prozesse sozialer, ökonomischer und kultureller Inklusion der Menschen im Bezirk, mit denen diese Studie sich befasst. Diese Aspekte sind a) die anhaltenden sozio-ökonomischen, kulturellen und sozialen Konsequenzen der deutschen Vereinigung im Bezirk, b) die Effekte einer besonderen Konstellation der Generationen als Ergebnis der jüngeren Stadtentwicklungsgeschichte des Bezirks und c) neue Formen der Partizipation.

1. DER LANGE SCHATTEN DER VEREINIGUNG IN MARZAHN-HELLERSDORF

Obwohl kürzlich der 25. Jahrestag des Mauerfalls gefeiert wurde, als Beginn des Prozesses der deutschen Vereinigung, der 1999, zehn Jahre später, mit dem Umzug des Deutschen Bundestags von Bonn nach Berlin einen symbolischen Abschluss fand, so sind die Effekte der Prozesse, die durch die Vereinigung ausgelöst wurden, in Marzahn-Hellersdorf bis heute fühlbar. Das hat damit zu tun, dass der Bezirk, wie ein Teilnehmer der Fokusgruppen formulierte, "der einzige wirkliche DDR-Bezirk [ist], der einzige Bezirk, der während der DDR-Zeit entstand"⁵¹¹ und der zudem einer der Bezirke Berlins ist, der nicht von der Vereinigung profitieren konnte.

Zu den Nachwirkungen der Vereinigung in Marzahn-Hellersdorf zählen eine Welle der Arbeitslosigkeit nach dem Niedergang der ostdeutschen Wirtschaft in den 1990ern und die folgende politische Entrechtung einer bis zur Wendezeit ökonomisch und politisch privilegierten Bevölkerung. Dies ging einher mit einer Neupositionierung vor allem Marzahns im öffentlichen Diskurs, vom glänzenden Beispiel der neuen Form des sozialistischen gemeinschaftlichen Lebens zum Archetyp gescheiterter sozialistischer Ideologie, verkörpert durch die sogenannten Plattenbauten, die vor

511 Fokusgruppe Wohnen, 13. Juni 2013.

allem von Außenstehenden und westdeutschen Medien als “Bronx von Berlin” beschrieben wurden und von Stadtplanern des Westens als nicht lebenswert angesehen wurden. Diese Prozesse führten zu einem signifikanten Wegzug von wohlhabenderen Einwohnern, gefolgt von Stadtentwicklungsprozessen, in deren Folge 4000 Wohneinheiten und 142 Gebäude, die verschiedene Institutionen, darunter Schulen, Kindergärten und Jugendclubs, beherbergten, abgerissen wurden.

Nicht zuletzt brachten die Jahre nach der Vereinigung die Ankunft verschiedener neuer Gruppen von Zuwanderern (vor allem Aussiedlern und Jugoslawen) und führte zu einer stärkeren Wahrnehmung bereits anwesender Gruppen wie der vietnamesischen Community, deren Angehörige nun die Möglichkeit hatten, die Enge der Arbeiterbehausungen zu verlassen, in denen sie bis zum Ende der DDR wohnen mussten. Diese Veränderungen wurden von zwei weiteren wichtigen Entwicklungen begleitet, die in der Mitte der 1990er-Jahre einen negativen Einfluss auf den sozialen Zusammenhalt im Bezirk hatten: das Aufkommen rechtsextremer Gewalt in der Gegend und die Wahrnehmung von Einwohnern, vor allem aber von Menschen außerhalb, der Bezirk sei nicht sicher. Diese negativen Sichtweisen auf den Bezirk wurden geprägt von den weitverbreiteten sensationsheischenden und stereotypen Bildern, die westliche Medien der deutschen Öffentlichkeit präsentierten, wenn sie sich mit dem Bezirk befassten.

Alle der oben genannten Veränderungen hatten einen bedeutenden Effekt auf die Prozesse der Identitätsformation und die Zugehörigkeitsgefühle der noch im Bezirk verbliebenen Bevölkerung. Mit der Abwicklung der ostdeutschen Wirtschaft und der Entstehung prekärer und unsicherer Arbeitsverhältnisse, die die Identifikation mit der eigenen Arbeitstätigkeit zunehmend erschwerten, verlor die einstmalige stolze Arbeiteridentität ihre zentrale Bedeutung für die Einwohner. Sie wurde langsam ersetzt durch Konsum als Möglichkeit der ökonomischen Partizipation in der neuen marktorientierten Gesellschaft, oder – im Falle der Menschen, die in der neuen Gesellschaft nicht Fuß fassen konnten – durch eine langsame Akzeptanz eines Lebensstils in Abhängigkeit wohlfahrtsstaatlicher Einrichtungen. Darüber hinaus beeinflussten die kapitalistische Wirtschaftsweise und die zunehmenden sozio-ökonomischen Probleme im Norden des Bezirks auch die sozialen Beziehungen: die Betonung der Gemeinschaft, die zu Zeiten der DDR wertgeschätzt und manchmal auch verordnet wurde, wich einer Welle des Individualismus, da die Menschen die alten sozialen Strukturen ablehnten und noch keine neuen an ihre Stelle getreten waren. Viele äußerten die Ansicht, dass die Veränderungen der späten 1990er-Jahre den sozialen Zusammenhalt in der Gegend stark beschädigt haben und bis heute die Versuche verschiedener Akteure erschweren, tragende Gemeinschaften in Marzahn-Hellersdorf aufzubauen.

Dennoch hatten die Schwierigkeiten, denen sich die Menschen in Marzahn-Hellersdorf im ersten Jahrzehnt nach der Vereinigung gegenübersehen und das Stigma des Bezirks, das in ganz Deutschland verbreitet war, auch einige positive Effekte. So gibt es

ein starkes Gefühl des Widerstands und des Stolzes auf den Bezirk, und die Menschen verlassen sich auf sich selbst und die anderen Anwohner, um mit ihren Problemen umzugehen. Aus den Überresten der alten sozialen Institutionen ist eine neue „soziale Ökonomie“ erwachsen, in Form unzähliger NGOs, Vereinen und Clubs. Diese werden sicher weiterhin, zusammen mit der sich verbessernden Wohnungsversorgung und ökonomischen Situation im Bezirk, an der Erholung der Gegend mitwirken.

2. BESONDERE GENERATIONENASPEKTE IM BEZIRK

Wie im Kapitel zu Demografie ausgeführt, wurde der Bezirk Marzahn-Hellersdorf zu dem, was er heute ist als Ergebnis eines radikalen Wohnungsbauprojektes, das zwischen 1975 und 1989 geschätzte 250,000 (mehrheitlich junge) Menschen in den Bezirk brachte. Dies hatte klare Effekte auf die Altersstruktur im Bezirk, die eine ungewöhnliche Zwei-Spitzen-Verteilung aufweist, mit einer hohen Zahl von Einwohnern in ihren späten Fünfzigern und einer weiteren großen Gruppe von Menschen in ihren Mitt-Zwanzigern. Als Ergebnis der Umwälzungen, die der Bezirk seit 1989 erlebt (siehe oben), haben diese beiden Gruppen sehr unterschiedliche Perspektiven auf ihren Bezirk und die sozialen, politischen, ökonomischen und kulturellen Prozesse, die dort stattfinden.

Die ältere Generation wurde in der DDR sozialisiert und hat die langsame und schmerzhaft Neupositionierung von Marzahn-Hellersdorf im größeren sozialen Kontext des wiedervereinten Berlins erlebt. Die jüngere Generation dagegen hat nur die schwierigeren Zeiten im Bezirk miterlebt und musste sich von klein auf mit dem Stigma, in einem sogenannten Sozialhilfe-Bezirk zu leben, auseinandersetzen. Dies führte zu einer Kluft zwischen den Generationen und ist Quelle erheblichen Misstrauens zwischen der Gummistiefelgeneration und den Wendekindern.

So beklagen die Älteren einen Mangel an Arbeitsethik, politischem Engagement und Respekt vor Autoritäten sowie exzessiven Konsum bei der jüngeren Generation. Umgekehrt sehen die Jüngeren die Generation ihrer Eltern als in der Vergangenheit verhaftet und werfen ihnen vor, nostalgisch zu sein und das Leben in der DDR zu verklären, unfähig, die Veränderungen ihres Lebensumfeldes der letzten 25 Jahre anzunehmen. In Bezug auf sozio-ökonomische Partizipation hatte diese Konstellation negative Auswirkungen, in dem sie die beiden Gruppen davon abhielt, Probleme im Bezirk gemeinsam anzugehen und führte a) zu der Exklusion der jüngeren Generation (und Zugezogener, die oft wegen ihrer ethnischen Zugehörigkeit ausgeschlossen werden) aus Vereinen, lokalen Gremien und anderen Orten der Entscheidungsfindung im Bezirk und b) zur Entstehung paralleler Strukturen sozialer Partizipation, die von der jüngeren Generation, oftmals online, organisiert werden und damit weder von der älteren Generation noch von der Bezirksverwaltung wahrgenommen werden.

Nicht zuletzt ist Marzahn-Hellersdorf aufgrund seiner spezifischen Altersstruktur der am schnellsten alternde Bezirk Berlins. Viele lokale Vertreter räumten ein, dass Strukturen für eine Versorgung im Alter nur unzureichend entwickelt sind, was bedeutende Konsequenzen für die Prozesse sozialer und ökonomischer Exklusion älterer Einwohner im Bezirk haben wird.

3. NEUE FORMEN DER PARTIZIPATION

Das letzte Themenfeld, das in diesem abschließenden Kapitel behandelt wird, umfasst die Wege, auf denen die Menschen in Marzahn-Hellersdorf neue Formen der Partizipation entwickelt haben, nachdem die bisherigen Mechanismen ökonomischer, politischer, sozialer und kultureller Partizipation scheinbar weggebrochen waren. Was die politische Partizipation im Bezirk betrifft, drückten viele Anwohner ihre Enttäuschung darüber aus, sich kein Gehör verschaffen zu können. Sie gaben an, die meisten Projekte im Bezirk würden auf eine paternalistische top-down-Weise umgesetzt. Ein gutes Beispiel hierfür sind die ersten Sanierungspläne, die (wie das Kapitel zu Partizipation zeigt) erst nach erheblichen Grassroots-Protesten der Anwohner, welche die Pläne als Zerstörung ihres Umfeldes ansahen, geändert wurden.

Jüngere Proteste gegen die Einrichtung eines Asylbewerberheims können als weiteres Beispiel gesehen werden, das trotz ausländerfeindlicher Untertöne vor allem als eine Reaktion gegen eine weitere von oben vorgesezte Entscheidung der Bezirks- und Landesregierung gesehen werden muss. Wie oben erwähnt, wehren sich vor allem jüngere Menschen im Bezirk gegen solche Formen der Politikgestaltung, indem sie sich in nicht-hierarchischen und oft dezentralen Formen organisieren, worauf sich lokale Institutionen nicht schnell genug einstellen. Zudem wurden viele bestehende Partizipationsmechanismen (wie das Quartiersmanagement und der Bürgerhaushalt) von interviewten Akteuren als Mechanismen kritisiert, welche zwar die Inklusion der Anwohner in Entscheidungsprozesse leisten sollen, dies aber nur oberflächlich tun. Sie werden als Teil einer neuen partizipativen Politikgestaltung gesehen, die sich in lokalen Verwaltungen durchsetzt, und/oder als stumpfes Werkzeug, um auf politische Apathie der Bevölkerung zu reagieren und der weitverbreiteten Ansicht zu begegnen, die Politik sei hoffnungslos weit entfernt von den Interessen und Bedürfnissen der Menschen.

Das größte Hindernis für ökonomische Inklusion ist der Mangel an Möglichkeiten für bezahlte Erwerbstätigkeit, der von vielen Akteuren als ein Hauptproblem genannt wurde und als zentrale Form der ökonomischen Inklusion angesehen wird. Marzahn-Hellersdorf sieht sich hohen Zahlen struktureller Arbeitslosigkeit gegenüber und die Hartz-4-Reformen hatten dramatische negative Effekte auf die ökonomische Partizipation, indem ein großer Teil der Bevölkerung isoliert und demotiviert wurde. Arbeitslose werden in eine ökonomisch abhängige Position innerhalb der Gesellschaft gerückt, die sie wiederum diskursiv (durch die Medien) für eine Reihe sozialer Probleme verantwortlich macht. Dies vergrößert die Kluft zwischen den

arbeitslosen Menschen und denen, die noch in der Position sind, Arbeit zu haben. Es gibt unterschiedliche Wege, auf denen die Bewohner des Bezirks versuchen, mit dieser Situation umzugehen: zum einen, wie das Beispiel der Freiwilligenagentur zeigt, versuchen viele Menschen, über ehrenamtliche und unterbezahlte Tätigkeiten in den verschiedenen Institutionen im Bezirk den Weg zurück in den ersten Arbeitsmarkt zu finden. Zum anderen versuchen sie, wie das Angehörige anderer sozialer Gruppen ebenso tun, Statussymbole und solche des Erfolges zu erlangen, in der Hoffnung, dadurch ökonomische und soziale Zugehörigkeit zu der Gesellschaft, in der sie leben, zu sichern. Im Falle von Arbeitslosen birgt diese Strategie, soziale Akzeptanz zu sichern, oft erhebliche Risiken und führt zu ernsthaften finanziellen Problemen.

Während der Forschung zeigte sich, dass die Hausgemeinschaften, in denen die ältere Generation häufig bereits seit ihrer Ankunft in den jeweiligen Häuserblöcken in den 1980ern lebt, noch immer die Basis für ihre sozialen Beziehungen und für ihr Engagement im Stadtteil darstellen. Tatsächlich waren sie auch die Basis für verschiedene Vereine und Gruppen, die es überall im Norden des Bezirks gibt. Doch während diese Vereine und Organisationen eine positive Funktion für ihre Mitglieder haben, können sie für Neuankommlinge ausgrenzenden Charakter haben, ebenso für Mitglieder der jüngeren Generation, die Schwierigkeiten haben im Umgang mit der Art zu denken und zu handeln der Älteren, die im sozialistischen Kontext groß geworden sind.

Dennoch sollten diese Organisationen mit ihren weitreichenden sozialen Netzwerken, ihrer Kultur der aktiven Teilnahme und des politischen Engagements sowie einem Gefühl der Verantwortlichkeit für den Stadtteil als wichtige Ressource gesehen werden, die es zu kultivieren und an die jüngere Generation weiterzugeben gilt.

Für die zukünftige Entwicklung des Gebiets ist es wichtig, die grundlegenden Probleme anzugehen, die eine umfassendere Partizipation der lokalen Bevölkerung in politischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Prozessen im Bezirk verhindern – die etablierten Top-Down-Methoden politischer Entscheidungsfindung und -umsetzung, von der Bundesebene bis zum Bezirk. In Marzahn-Hellersdorf wird diese Methode der politischen Arbeit deutlich in den Programmen der verschiedenen politischen Ebenen (von Bund bis Bezirk), die in den letzten 20 Jahren durchgeführt wurden. Wie es ein Teilnehmer des Runden Tisches zusammenfasste: die meisten dieser Programme wurden von einer Problem-Perspektive auf den Bezirk getragen. Es ist Zeit, das immense soziale Potential Marzahn-Hellersdorf in den Blick zu nehmen, das bislang versteckt ist und nicht zur Geltung kommt.

Anhang 1. Literaturverzeichnis

ENGLISCH

Bhabha, Homi K. (Hg.) *Location of Culture*. London: Routledge, 1994.

Brubaker, W. Rogers und Frederick Cooper. "Beyond Identity", *Theory and Society* 20 (1) (Februar 2000), S. 1–47.

Collins, Jennifer. "Germans rally to oppose right-wing extremists", *Globe and Mail*, 13 September 2013.

Dellenbaugh, Mary. „Spatial Appropriation for Cultural Production. Two Case Studies in East Berlin after German Reunification“, Präsentation auf 7. Changing Europe Summer School, Moskau, 2012.

Dettmer, Markus & Cornelia Schmergal (2013) „Social Justice Becomes Elusive in Germany“, *Spiegelonline*. Unter: www.spiegelonline.de

Gamson, William A. & David Croteau, William Hoynes and Theodore Sasson, "Media Images and the Social Construction of Reality", *Annual Review of Sociology* 18 (1992), S. 388.

Gurevitch, M. und M. Levy. "Introduction". In M. Gurevitch und M. Levy (eds), *Mass Communication Yearbook* 5. Beverly Hills, CA: Sage Publications, 1985.

Hieronymus, Andreas (2008): "Fashion, Brands and Money. Cultural Styles and Social Positions, in Rätzzel, Nora. *Finding the Way Home: Young People's Stories of Gender, Ethnicity, Class, and Places in Hamburg and London*, Göttingen.

Jones, Owen. *Chavs: The Demonization of the Working Class*. London, New York: Verso, 2012.

Kil, Wolfgang und Hilary Silver, Hilary. "From Kreuzberg to Marzahn: New Migrant Communities in Berlin", *German Politics and Society*, 81, 24 (4) (2006).

Kleining, Gerhard & Harald Witt "The Qualitative Heuristic Approach: A Methodology for Discovery in Psychology and the Social Sciences. Rediscovering the Method of Introspection as an Example" (2000), unter: <http://www.qualitative-research.net/index.php/fqs/article/view/1123/2495> (Zugriff 23. März 2014).

Knight, Ben. "'Hartz Reforms': how a benefits shakeup changed Germany", *The Guardian*, 1. Januar 2013. Unter: <http://www.theguardian.com/commentisfree/2013/jan/01/germany-hartz-reforms-inequality>

Kolinsky, Eva. "Former Contract Workers from Vietnam in Eastern Germany between State Socialism and Democracy 1989–1993" *Journal of German as a Foreign Language*, Nr. 3, 2004, S. 83–101.

Ladd, David. *The Ghosts of Berlin: Confronting German History in the Urban Landscape*. Chicago: University of Chicago Press. 1997.

Major, Patrick. *Behind the Berlin Wall: East Germany and the Frontiers of Power*. Oxford: Oxford University Press, 2010.

McCombs, Maxwell E. und Donald L. Shaw. "The Agenda Setting Function of Mass Media", *Public Opinion Quarterly* 36 (2) (Sommer 1972), S. 172.

Price, Patricia. *Dry Place: Landscapes of Belonging and Exclusion*. Minneapolis, MN: University of Minnesota Press, 2004.

Rubin, Eli. "Concrete Utopia: Everyday Life and Socialism in Berlin-Marzahn", *Bulletin of the German Historical Institute* Supplement 7 (2011), S. 29–45.

Sarhaddi Nelson, Soraya. "Germany's Refugee Policy Tested by New Arrivals", 90.9 WBUR Bostons NPR news station, <http://www.wbur.org/>, September 2013.

Scheufele, D.A. and D. Tewksbury. "Framing, Agenda Setting, and Priming", *Journal of Communication* 57 (2007), S. 9–20.

Schneider, Jens, Tineke Fokkema, Raquel Matias, Snežana Stoj i , Dušan Ugrina & Constanza Vera-Larrucea. "Identities: Urban Belonging and Intercultural Relations", In M. Crul, J. Schneider und F. Lelie (Hrsg.), *The European Second Generation Compared*. Amsterdam University Press: Amsterdam, 2012.

DEUTSCH

Ärztezeitung. "Prinzipien, Finanzierung und Organisation des DDR-Gesundheitswesens, *Ärztezeitung Sonderdruck*" unter: http://www.aerztezeitung.de/politik_gesellschaft/gp_specials/special-mauerfall-20/article/574143/prinzipien-finanzierung-organisation-des-ddr-gesundheitswesens.html (Zugriff 16. März 2014).

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg. "Zensus 2013. Gebäude und Wohnungen, Marzahn-Hellersdorf", 2013. Unter: www.statistik-berlin-brandenburg.de

Berliner Morgenpost. "Präventionsbericht: Die Gewalt an Berliner Schulen geht zurück", 16. Januar 2012. Unter: <http://www.morgenpost.de/berlin-aktuell/article1882335/Die-Gewalt-an-Berliner-Schulen-geht-zurueck.html>

Buttler, Harald. "Interview". In *Integrationsbeirat Marzahn-Hellersdorf, 20 Jahren Integrationsbeirat Marzahn-Hellersdorf*, 2011.

Der Polizeipräsident in Berlin. "Polizeidirektion 6", unter: <http://www.berlin.de/polizei/dienststellen/polizei-in-den-bezirken/direktion-6>

Der Polizeipräsident in Berlin. "Struktur und Organisationsaufbau der Polizei Berlin", unter: <http://www.berlin.de/polizei/dienststellen> (Zugriff 12. Mai 2014).

Deutschlandradio. "Weitere Demonstrationen um Flüchtlingsheim in Berlin". 21. August 2013. Unter: www.dradio.de

Die Tageszeitung (TAZ). "Protest gegen Asylbewerberheim, Pogromstimmung in Hellersdorf", 10. Juli 2013 unter [http://www.taz.de/Protest-gegen-Asylbewerberheim/!119659/](http://www.taz.de/Protest-gegen-Asylbewerberheim/).

Ferchland, Rainer, Wilfried Barthel, Ursula Schröter und Renate Ullrich. "Zur sozialen Lage von Kindern und Jugendlichen in Marzahn-Hellersdorf. Ein Beitrag zur integrierten Sozialberichterstattung", 2010. Originalstudie unter: <http://www.berlin.de/polizei/dienststellen/polizei-in-den-bezirken/direktion-6>

kommunalpolitik-berlin.de/pdf/Broschuere_soziale_Lage_Kinder_Jugend_Marzahn_Hellersdorf.pdf

Fröhlich, Alexander & Sidney Gennies. "U18-Wahl in Berlin und Brandenburg. NPD mobilisiert Jugendliche", Tagesspiegel/Berlin, 2013 unter: <http://www.tagesspiegel.de/berlin/u18-wahl-in-berlin-und-brandenburg-npd-mobilisiert-jugendliche/8805684.html>

Gerlinger, Thomas & Wolfram Burkhardt. *Dossier Gesundheitspolitik: Bismarcks Erbe: Besonderheiten und prägende Merkmale des deutschen Gesundheitswesens* unter: <http://www.bpb.de/politik/innenpolitik/gesundheitspolitik/72553/deutsche-besonderheiten>

Goldberg, Thorsten; Ellena Olsen, Martin Schönfeld, Andreas Sommerer. *Kunst in der Großsiedlung. Kunstwerke im öffentlichen Raum in Marzahn und Hellersdorf*. Berlin, 2008.

Gollbach, Jochen. "Die Bedeutung und Gestaltung bürgerschaftlichen Engagements in Marzahn-Hellersdorf", Freiwilligenagentur Marzahn-Hellersdorf, 2011.

Grumbach, Detlef. "Die Einstellung der Eliten zu sozialen Fragen", 2013. Unter: <http://www.dradio.de/dlf/sendungen/andruck/2222024>

Hieronymus, Andreas. "'Prolls' & 'Punks': Mode, Marken und Moneten. Kulturelle Stile, Codes und soziale Positionen". In: *"Auf dem Weg zur Stadtgesellschaft"* in Wolf-Dietrich Bukow, Claudia Nikodem, Erika Schulze and Erol Yildiz (Hrsg.), (2001), Berlin, S. 105–24.

Immobilienverband Deutschland. "Marzahn-Hellersdorf. Ausgewählte Preisspannen und Ertragsfaktoren für Wohn- und Renditeimmobilien in der Metropolregion Berlin-Brandenburg". Bezirksbericht, 2010.

Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik (IfS). "Möglichkeiten der verbesserten sozialen Inklusion in der Wohnumgebung", Abschlussbericht des Forschungsprojekts 2010.

Investmentbank Berlin (IBB). Wohnungsmarktbarometer 2012, Report 2012.

Kommunalpolitisches Forum Marzahn. "Zur sozialen Lage von Kindern und Jugendlichen in Marzahn-Hellersdorf", Studie. 2010.

Kompetenzzentrum Großsiedlungen e.V. Ausstellung "Gross-Siedlungen", 2009 unter: http://www.gross-siedlungen.de/de/30_Ausstellung.htm (Zugriff 13. Juli 2014).

Kröhnert, Steffen & Reiner Klingholz. "Not am Mann – Von Helden der Arbeit zur neuen Unterschicht?", Berlin Institut für Bevölkerung und Entwicklung, 2007 unter: <http://www.berlin-institut.org/publikationen/studien/not-am-mann.html?type=98>

Ma czka, Iwona Maria. "Alles Banane? Fiktionale Erinnerung an DDR und Wende in den ersten zwanzig Jahren nach dem Mauerfall". Dissertation, Universität Leiden, 2010.

Merten, Martina & Thomas Gerst. "Wende im DDR-Gesundheitswesen 1989/90: Vom Westen viel Neues" *Dtsch Arztebl* 103 (36) (2006), unter: <http://www.aerzteblatt.de/archiv/52564/Wende-im-DDR-Gesundheitswesen-1989-90-Vom-Westen-viel-Neues>

Peters, Freia. "Strenge Erziehung: Die besten deutschen Schüler stammen aus Vietnam", *Die Welt*, 8 August 2013.

Planergemeinschaft Kohlbrenner. "Wohnungsmarktentwicklungskonzept Marzahn-Hellersdorf 2020: Marzahn-Hellersdorf, ein Metropolenraum im Wandel—Chancen zur sozialen und städtebaulichen Urbanisierung", 2013.

Pohle, Dagmar. "Wie viel Bürgerkommune ist erwünscht?", *Informationsblatt linker Bezirksverband Marzahn-Hellersdorf*, 2013 unter: http://www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de/fileadmin/marz-hell/Bezirksverband/MaHeLi/maheli2013_o6_web.pdf (Zugriff 16. März 2014).

Reiser, Alexander. "Strategien in der Arbeit des Quartiersmanagements Marzahn-NordWest im Arbeitsbereich – Integration der Aussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion", Broschüre Quartiersmanagement Marzahn-Nord-West, 2003 unter: <http://www.eundc.de/pdf/o2105.pdf>

Rohnstock, Katrin (Hg.). *Marzahn erzählt (Keine) Platten Geschichten*. Berlin, 2004.

Schmidtke, Heidrun. "Lebenslagen von Frauen in Marzahn-Hellersdorf", Sozialwissenschaftliche Forschungszentrum Berlin-Brandenburg e.V. (SFZ) unter: http://www.sfz-ev.de/index_htm_files/FrauenStudie.pdf

Schulz, Marlies. "Stadtumbau Ost Marzahn-Nord. Ergebnisse einer Bewohnerbefragung in den vom Stadtumbau betroffenen Wohnhäusern" 2004, unter: https://www.geographie.hu-berlin.de/Members/schulz_marlies/pj_marzahn.pdf

Schweizer Fernsehen, 10 vor 10, "Abbruch von Plattenbauten in Berlin", 21. Oktober 2003, unter: https://www.youtube.com/watch?v=VISa6oFemdU_

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft. "Schulreform. Ergebnisse und Ausblick" 2013 unter: <http://www.berlin.de/sen/bildung/bildungspolitik/schulreform> (Zugriff 14. März 2014).

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft. "Jugend und Wissenschaft – Zahlen, Daten, Fakten: Ausgewählte Eckdaten Berufliche Schulen 2012/2013", Report der Senatsverwaltung, 2012.

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt. 2013 Aktionsräume Plus: Bilanz und Ausblick, unter http://www.stadtentwicklung.berlin.de/soziale_stadt/aktionsraeume_plus/download/Aktionsraeumeplus_Dokumentation2013.pdf

Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrum Berlin-Brandenburg (SFZ). "Soziale Integration – soziale Lage – subjektive Befindlichkeiten von Spätaussiedlern in Marzahn-Hellersdorf 2006", 2007.

Sozialwissenschaftliches Forschungszentrum Berlin-Brandenburg (SFZ), "Wohnsituation und Wandel des Wohnverhaltens von Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Marzahn-Hellersdorf 2008", 2008.

Stahl, Anka. "Stadtumbau Ost – Das Fördergebiet Marzahn-Hellersdorf. Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt", Berlin, 2012, unter: <http://www.>

stadtentwicklung.berlin.de/staedtebau/foerderprogramme/stadtumbau/Marzahn-Hellersdorf.254.o.html

Tim Lukas. Marzahn – Sicherheit nach Plan, Max Planck Institute, Berlin, Februar 2007.

ZDK *Kommunalanalyse*. Zentrum Demokratische Kultur (ZDK) (Hg.), "Gegen Rechtsextremismus hilft mehr Demokratie." Community Coaching – Kommunalanalyse und Demokratieentwicklung im Gemeinwesen. Reihe: Bulletin. Schriftenreihe des Zentrum Demokratische Kultur, 4/03, Leipzig, Stuttgart, Düsseldorf, 2003.

OFFIZIELLE DOKUMENTE

Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf. "Bezirkliches Integrationsprogramm Marzahn-Hellersdorf", 2008, unter: http://www.berlin.de/lb/ads/diversity/beispiele/migrba_lenkint.html

Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf. Schulentwicklungsplan 2008-2012, 2008, unter: https://www.berlin.de/imperia/md/content/bamarzahnellersdorf/publikationen/schule/schulentwicklungsplanmarzahn_hellersdorf2008_2012.pdf?start&ts=1222770167&file=schulentwicklungsplanmarzahn_hellersdorf2008_2012.pdf

Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf. Vorlage zur Kenntnisnahme für die BVV, Vorschläge von Bürgerinnen und Bürgern des Bezirkes Marzahn-Hellersdorf zum Haushalt 2012/2013 (Bürgerhaushalt), 2011 unter: http://www.berlin.de/imperia/md/content/bamarzahnellersdorf/ba-beschlsse/2011/vzbbvv1316_.pdf?start&ts=1300887424&file=vzbbvv1316_.pdf (Zugriff 16. März 2014).

Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf. "Ein Kurzportrait", 2012 unter: <http://www.berlin.de/ba-marzahn-hellersdorf/derbezirk/zahlenfakten/kurzinfo.html> (Zugriff 12. Juli 2014).

Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf. "Demographische Situation in Marzahn-Hellersdorf 2012, Beiträge zur integrierten Gesundheits- und Sozialberichterstattung". Marzahn-Hellersdorf, 2013.

Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf. "Moderne Bürgerkommunikation – ab jetzt themenorientierte Einwohner-versammlungen in Marzahn-Hellersdorf". Pressemitteilung 17. Juni 2013, unter:

<https://www.berlin.de/ba-marzahn-hellersdorf/aktuelles/presse/archiv/20130617.1530.386184.html>

Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf. "Polis – Bezirkliche Koordinierungsstelle für Demokratieentwicklung am Ort der Vielfalt Marzahn-Hellersdorf", 2013, unter: http://www.berlin.de/ba-marzahn-hellersdorf/verwaltung/haushalt/migrba_polis.html

Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf. Schulentwicklungsplan 2013 – 2017, 2013, unter: http://www.berlin.de/imperia/md/content/bamarzahnellersdorf/ba-beschlsse/2014/vzb635_iv.pdf?start&ts=1390397063&file=vzb635_iv.pdf

Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf. "Quartiersmanagementgebiete im Bezirk", 2014 unter: https://www.berlin.de/ba-marzahn-hellersdorf/verwaltung/bauen/stapl_quartiersm.html

Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf. "Integrierte Gesundheits- und Sozialberichterstattung" 2003–2012, unter: <https://www.berlin.de/ba-marzahn-hellersdorf/verwaltung/gesundheit/ges.soz.berichte.html>

Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf. "Strukturierung der sozialräumlichen Planungsgrundlagen des Bezirks Marzahn-Hellersdorf", 2006.

Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf. "Zur sozialen Situation in Marzahn-Hellersdorf 2009", 2009.

Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf. "Der öffentliche Gesundheitsdienst in Marzahn-Hellersdorf 2006–2010", 2012.

Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf. "Demographische Situation in Marzahn-Hellersdorf 2012", Beiträge zur integrierten Gesundheits- und Sozialberichterstattung, 2013.

Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf. "Gesundheitsberichterstattung. Ergebnisse der Einschulungsuntersuchungen Schuljahr 2011/2012. Beiträge zur integrierten Gesundheits- und Sozialberichterstattung", 2013.

Bezirksverordnetenversammlung Marzahn-Hellersdorf. Drucksache – 0819/VII, Überarbeitung des Strategiepapiers 2012-2016, 2013, unter: <http://www.berlin.de/ba-marzahn-hellersdorf/bvv-online/v0020.asp?VOLFDNR=5102&options=4>

Bundesministerium des Innern – BMI. "Minderheiten in Deutschland" 2013 unter: http://www.bmi.bund.de/DE/Themen/Gesellschaft-Verfassung/Nationale-Minderheiten/Nationale-Minderheiten-Deutschland/nationale-minderheiten-deutschland_node.html

Bundesministerium des Innern – BMI. "Deutsche Minderheiten in Europa und den Nachfolgestaaten der UdSSR", 2014 unter: http://www.bmi.bund.de/DE/Themen/Gesellschaft-Verfassung/Nationale-Minderheiten/Deutsche-Minderheiten-Europa/deutsche-minderheiten-europa_node.html

Bundesministerium des Innern – BMI. "Nationales und internationales Minderheitenrecht" 2014 unter: http://www.bmi.bund.de/DE/Themen/Gesellschaft-Verfassung/Nationale-Minderheiten/Nationales-internationales-Minderheitenrecht/nationales-internationales-minderheitenrecht_node.html

Anhang 2. Fokusgruppen und Interessenvertreter

FOKUSGRUPPENTERMINE UND RUNDER TISCH

Bildung, 15. Mai 2013
Partizipation, 21. Mai 2013
Ältere Frauen, 3. Juni 2013
Arbeit, 4. Juni 2013
Jüngere Frauen, 6. Juni 2013
Identität, 11. Juni 2013
Wohnen, 13. Juni 2013
Jüngere Männer, 4. Juli 2013
Ältere Männer, 5. Juli 2013
Polizei und Sicherheit, 5. Juli 2013
Gesundheit, 5. Juli 2013
Medien, 25. Juli 2013
Runder Tisch, 10. Februar 2014

INTERVIEWTERMINE INTERESSENVERTRETER

Mitarbeiterin der Bezirksverwaltung, 18. April 2013
Mitarbeiterin eines lokalen Jugenddienstes, 14. April 2013
Lehrer in einer ortsansässigen Schule, 4. Juni 2013
Mitarbeiter einer lokalen Organisation, 6. Mai 2013
Bezirkspolitikerin, 26. April 2013
Journalist, 17. April 2013
Bezirkspolitiker, 25. April 2013
Mitarbeiter einer lokalen NGO, 2. Mai 2013
Journalistin, 6. Mai 2013
Aktivist, 8. Mai 2013
Mitarbeiter einer NGO, 19. April 2013
Anwohner, 14. Februar 2013
Polizist, 10. Juli 2013
Bezirkspolitikerin, 17. April 2013
Mitarbeiterin eines Gemeinschaftszentrums im Bezirk, 23. April 2013
Aktivistin in einer lokalen Initiative, 17. April 2013

Mitarbeiter der Bezirksverwaltung, 3. Mai 2013

Bezirkspolitiker, 17. April 2013

Mitarbeiterin der Bezirksverwaltung, 14. Februar 2013

Mitarbeiter der Bezirksverwaltung, 2. Mai 2013

BESCHREIBUNG DER INTERESSENVERTRETER

Blau, Michael, Anwohner von Marzahn, befragt in Marzahn.

Bryant, Thomas, Leiter von POLIS (Bezirkliche Koordinierungsstelle für Demokratieentwicklung am Ort der Vielfalt Marzahn-Hellersdorf), befragt in Hellersdorf.

Eltzel, Birgit, Journalistin für die *Berliner Zeitung* BZ, befragt in Berlin.

Gollbach, Jochen, Leiter der Freiwilligen-Agentur, befragt in Marzahn.

Gräff, Christian, Bezirksstadtrat für Wirtschaft und Stadtentwicklung, befragt in Hellersdorf.

Heidrich, Eckhart, Schulleiter Oberstufenzentrum Marzahn, befragt in Marzahn.

Hentschel, Tamara, Leiterin der Reistrommel e.V. (Vietnamesischer Verein), befragt in Marzahn.

Jahn, Rita, Vertreterin des Jugenddiensts Marzahn-Hellersdorf, befragt in Hellersdorf.

Knape, Michael, Polizeichef, Polizeidirektion 6 (Marzahn-Hellersdorf, Lichtenberg, Treptow-Köpenick), befragt in Marzahn.

Komoß, Stefan, Bürgermeister von Marzahn-Hellersdorf, befragt in Hellersdorf.

Lampe, Jörg, Leiter des Quartiersmanagement Marzahn-Nordwest, befragt in Marzahn.

Marburg, Elena, Leiterin des Büros der Integrationsbeauftragten Marzahn-Hellersdorf, befragt in Hellersdorf.

Moll, Michael, Vertreter Abteilung Gesundheit und Soziales der Bezirksverwaltung Marzahn-Hellersdorf, befragt in Hellersdorf.

Nachtmann, Ralf, Journalist der *JWD* (Lokalzeitung), befragt in Biesdorf.

Pohle, Dagmar, Bezirksstadträtin für Gesundheit und Soziales, befragt in Hellersdorf.

Preußing, Thorsten, Journalist und Mitglied des ehemaligen Bürgerrats Marzahn-Nordwest, befragt in Marzahn.

Schilling, Renate, Leiterin des Gemeinschaftszentrums Marzahn-Mitte und Abgeordnete der Linkspartei in der Bezirksverordnetenversammlung, befragt in Marzahn.

Stegemann, Rosemarie, Leiterin der Pressestelle Marzahn-Hellersdorf, befragt in Hellersdorf.

Witt, Juliane, Bezirksstadträtin für Jugend, Familie und Kultur, befragt in Berlin.

Wunder, Lutz, Projektleiter Kulturring (kulturelle Einrichtung), befragt in Marzahn.



**OPEN SOCIETY
FOUNDATIONS**